

Mohssen Massarrat

**Kapitalismus
Machtungleichheit
Nachhaltigkeit**



Perspektiven Revolutionärer Reformen

VSA

Mohssen Massarrat
Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit

Mohssen Massarrat, geboren im Iran, ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück; zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen internationale Wirtschaftsbeziehungen, Energie, Nachhaltige Entwicklung, Mittlerer und Naher Osten sowie Friedens- und Konfliktforschung; aktiv in der Friedensbewegung. Letzte Buchveröffentlichung: *Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl*, Hamburg 2003.

Mohssen Massarrat

Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit

Perspektiven zu Revolutionären Reformen

VSA-Verlag Hamburg

Den Opfern der Kriege gewidmet

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2006, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 10: 3-89965-142-1
ISBN 13: 978-3-89965-142-3

Inhalt

Vorwort 9

Teil 1

Globalisierung, Kapitalismus und Machtungleichheit

Kapitel 1

Kritik der herrschenden Kapitalismus- und Imperialismuskritik an ausgewählten Beispielen:

Mandel, Luxemburg, Harvey, Callinicos 16

1. Verabsolutierung der Kapitalverwertungsmechanismen 20
 Exkurs: Kapitalismus ist auch Imperialismus 27

2. Ausklammerung von Macht und Machtungleichheit
 als autonome Sphäre 30
 Exkurs: Missverständnis Marxscher Methode 39

3. Vermengung von Akkumulations- und Verteilungsmechanismen 41

Kapitel 2

Macht und Machtungleichheit im Kapitalismus 45

1. Machttheorien von Max Weber und Michael Mann 45

2. Versuch einer erweiterten Machttheorie:
 Primäre, sekundäre und legitimierende Machtquellen 47
 Monopolisierbarkeit und Eigenständigkeit 50
 Zwölf Machtformen 54
 Moralische Macht 63

3. Exkurse 64

4. Wege aus der Kapitalismusfalle 70

Kapitel 3

Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen 77

1. Innergesellschaftliche Spaltung und weltpolitischer
 Messianismus der USA 79

2. Imperium, Imperialismus, Hegemonie 87

3. Triebkräfte, Säulen und Grenzen des Hegemonialsystems	97
Militärindustrieller Komplex, Unilateralismus und Hegemonialsystem	99
Verborgene Machtressource I: Die nukleare Abschreckungsstrategie	104
Verborgene Machtressource II: Öl und Geostrategie	106
Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen	106
Ölabhängigkeiten bewahren und verstärken	110
Verborgene Machtressource III: Der US-Dollar als Leitwährung	117
Israel als hegemonialer Brückenkopf	124
Hegemonialrente	127
Grenzen des Hegemonialsystems	129

Teil 2

De-Globalisierung, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit

Kapitel 4

Revolutionäre Reformen: Nachhaltigkeit und De-Globalisierung ... 136

1. Nachhaltiges Wachstum versus Nachhaltigkeit als neue Herrschaftsideologie	138
2. Das integrative Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (Sozialökologie)	141
3. Das Fünf-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit	144
4. Gefangenendilemma, Steuerung und Planung	151
5. Chaos und Selbstorganisation	155
6. De-Globalisierung	157

Kapitel 5

Chancengleichheit und Gerechtigkeit

als Ethik der Nachhaltigkeit 163

1. Gerechtigkeitstheorien	164
2. Warum eine Leitethik für Nachhaltigkeit unverzichtbar ist	166
3. Chancengleichheit als liberal-egalitäre Universalethik und als Ethik für die global-integrative Nachhaltigkeit	170
4. Chancengleichheit bei der Nutzung globaler Ressourcen	178

Kapitel 6

De-Globalisierung in kapitalistischen Zentren:

Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen	180
1. Massenerwerbslosigkeit und Krise des Keynesianismus	180
2. Die neoliberale Diktatur	182
3. Aus der Krise in die Offensive: 30-Stunden-Woche für Deutschland und Europa bis 2010	184
4. Einwände	192
5. Mehr Sicherheit und Autonomie durch Grundeinkommen	196

Kapitel 7

Ressourcenschutz für die nächsten Generationen.

Beispiel: Klimaschutz über Kyoto I hinaus und Transformation

zu erneuerbaren Energien	199
1. Klimapolitische Herausforderung im 21. Jahrhundert und Grenzen von Kyoto I	200
2. Kyoto I als Übergangsstadium niedriger Ölpreise	202
3. Kyoto II: Neues Zeitalter für den Klimaschutz und erneuerbare Energien	207
4. Erweitertes Klimaregime Kyoto II: Globale Angebotsverknappung fossiler Energieträger und internationale Klima-Agentur	209
5. Allianzen für einen globalen Klima-New Deal	221

Kapitel 8

Demokratisierung der Demokratie:

Reform der politischen Systeme zur Nachhaltigkeit	224
1. Demokratievakuum in der parlamentarischen Demokratie	225
2. Parteienstaat in der Legitimationskrise	234
3. Phänomen Zivilgesellschaft – Phänomen Non Governmental Organizations	238
4. Teilhabe der NGOs an politischer Macht und Legitimationsfrage	244
5. Formen der Rückkopplung der Zivilgesellschaft an politische Systeme hin zur Nachhaltigkeitsdemokratie	253
6. Offene Einwände	262

Kapitel 9

Globale Krisenprävention von unten

Beispiel UNCOPAC – Utopie oder echte Chance? 268

1. UNCOPAC: Modell für mehr Demokratie im UN-System 269

2. Entstehung von UNCOPAC als zivilgesellschaftlicher
Lernprozess 272

Kapitel 10

Regionale Krisenprävention. Beispiel: Konferenz für Sicherheit

und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) 274

1. Grundlegende Konfliktstrukturen 275

2. Regionale Gemeinsamkeiten 279

3. Perspektiven für gemeinsame Sicherheit 281

Kapitel 11

De-Hegemonialisierung:

Übergang zu einer neuen Weltordnung 289

1. Europas Beitrag für eine multilaterale Weltordnung 290

2. Europa als Zivilmacht:
Zwischenschritte für eine europäische Alternative 294

Literatur 297

Vorwort

Die »Chicago Boys« und die reichen Eliten in der Welt bestimmen seit drei Jahrzehnten maßgeblich die Wirtschafts- und Sozialpolitik in nahezu allen Ländern der Welt. Ihre neoliberale Ideologie breitete sich schon in den 1970er Jahren schleichend, aber konsequent aus und lieferte den liberalen und konservativen Parteien, Regierungen und Managern der multinationalen Institutionen Weltbank, IWF und WTO die programmatischen Schlagworte und Rezepte. Der Neoliberalismus konnte relativ mühelos seine Hegemonie durchsetzen, weil

- *erstens* der real existierende Sozialismus seine Legitimation und Ausstrahlung als Alternative zum Kapitalismus längst verloren hatte,
- *zweitens* der Keynesianismus für die postfordistische Ära des globalisierten Kapitalismus bei wachsender Massenarbeitslosigkeit durch drastisch steigende Arbeitsproduktivität keine wirksamen Konzepte anzubieten hatte
- und *drittens* und nicht zuletzt es dem Neoliberalismus perfekt gelang, die ursprünglich gegen die bürokratisch verkrusteten staatlichen Strukturen und die fordistisch gezähmten Gewerkschaften gerichtete 1968er-Kulturrevolution und die Sehnsüchte der jungen Generation für eine freiere und gerechtere Welt und für die Abschaffung obrigkeitstaatlicher und autoritärer Familienstrukturen in ihren Wertekanon zu integrieren und sie in der Gestalt von Liberalisierung, Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung in den Dienst der neoliberalen Globalisierung zu stellen.

Das Ergebnis ist bekannt: Die reichen Eliten wurden reicher, Milliarden Abhängige und Besitzlose wurden ärmer, die Prekarität ist zum Wesensmerkmal des armen Südens, aber auch des reichen Nordens geworden, die Sinn- und Identitätskrise greift global um sich, die Welt wird unter Führung neokonservativer und neoliberaler Vorgaben von einem Krieg in den nächsten getrieben, die Erdatmosphäre wird immer wärmer, andere genauso gefährvolle ökologische Krisen spitzen sich weiter zu, statt eingedämmt zu werden.

Heute stecken der Neoliberalismus und seine Rezepte allerdings in einer Legitimationskrise. In Lateinamerika wurden neoliberale Regierungen abgewählt, dort scheint ein neues Zeitalter von sozialen Reformen angebrochen zu sein. Auf die Allianz zwischen Neoliberalismus und Neokonservativen und ihrem unilateralistischen Flaggschiff, dem US-Hegemonialsystem,

reagiert die islamische Welt mit politischem Extremismus. Und dennoch wäre es naiv anzunehmen, dass der Neoliberalismus demnächst automatisch in sich zusammenfällt. Ohne tragfähige Allianzen und überzeugende Alternativen ist ein Politikwechsel und eine bessere Welt nicht möglich.

Insofern stellt sich die ernsthafte Frage, welcher Art von Alternativen die Gegner des Neoliberalismus und die Kritiker der kapitalistischen Globalisierung wollen und wie diese realisiert werden können. Die Bewegungen wünschen sich in ihrer großen Mehrheit eine Alternative zum Kapitalismus. Viele von ihnen sind sogar davon überzeugt, dass zuallererst der Kapitalismus abgeschafft werden muss und dass die Lösung aller Weltprobleme von diesem Hauptziel abhängt. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls das Gros der gegenwärtig heiß diskutierten antikapitalistischen und antiimperialistischen Lektüren.

Doch muss befürchtet werden, dass der neue Aufbruch der weltweiten sozialen Bewegungen, der linken Regierungen in Südamerika, aber auch der unter islamischen Vorzeichen in der islamischen Welt eingeschlagene Weg, ein Vorspiel für einen neuen Aufschwung des globalen Kapitalismus darstellt. Die linken Regierungen in Lateinamerika und die islamischen Reformbewegungen und Regime zielen durchweg auf die gerechtere Verteilung des Einkommens, auf die *steigende Massenkaufkraft* und den steigenden Konsum der großen Bevölkerungsmehrheit ab, den ihr die halbkapitalistisch-neoliberalen Regime zur Befriedigung der Grundbedürfnisse vorenthalten haben. Auch nahezu alle Forderungen der globalisierungskritischen Bewegungen, wie z.B. Fairer Handel, Entschuldung armer Entwicklungsländer, Beseitigung der Handelsdiskriminierung des Südens durch die WTO, Reform von WTO und IWF, Einführung der Tobinsteuer auf internationale Finanztransaktionen, um die erzielten Steuereinnahmen für die Entwicklung des Südens zu verwenden, bewirken – so sie tatsächlich realisiert werden – flächendeckend eine steigende Massenkaufkraft der Entwicklungsländer.

Die global und flächendeckend steigende Kaufkraft mehrerer Milliarden neuer Konsumenten ist, wie man schon jetzt beispielsweise in China und Indien beobachten kann, die wirkungsvollste Voraussetzung, um »überschüssiges« Kapital mit der »überschüssigen« Arbeit weltweit profitabel zusammenzubringen und dem Kapitalismus zu einem neuen, vielleicht sogar noch nie da gewesenen Aufschwung zu verhelfen. Und tatsächlich gibt es keinen logischen Grund dafür, weshalb sich das im letzten halben Jahrhundert im Norden Praktizierte nicht auch im Süden durchsetzen können sollte.

Das neoliberale Projekt fördert im Gegensatz zur weitläufig verbreiteten Annahme nicht den Aufschwung und die Ausweitung des Kapitalismus,

sondern es stellt ein Hindernis dafür dar. Der Neoliberalismus ist eine Synthese zwischen Liberalismus und Merkantilismus und ein Projekt der reichen Eliten, das in erster Linie dazu dient, eine Umverteilung zu ihren eigenen Gunsten und zulasten globaler Massenkauflkraft durchzusetzen. Das neoliberale Projekt ist eine Strategie der Umverteilung und nicht identisch mit dem Kapitalismus, der der eigenen Akkumulations- und Expansionslogik folgt.

Anti-neoliberale Forderungen sind daher auch nicht automatisch antikapitalistisch. Vielmehr können sie sogar zum Gedeihen des Kapitalismus beitragen. Die Analyse des Unterschieds zwischen Neoliberalismus und Kapitalismus ist für die sozialen Bewegungen, die eine Welt jenseits vom Kapitalismus wollen, äußerst wichtig, um nicht in die Kapitalismusfalle hineinzutappen. Wie groß die Gefahr ist, in diese Falle zu geraten, zeigt Alex Callinicos in seinem dezidiert als *Anti-kapitalistisches Manifest* verfassten Buch. Im Übergangsprogramm des Manifests listet er elf Punkte auf, die den Übergang zu einer postkapitalistischen Gesellschaft ermöglichen sollen. Einige der im Manifest vorgeschlagenen Maßnahmen, vor allem die Streichung der Dritte-Welt-Schulden, Tobinsteuer, progressive Steuern (Callinicos 2003: 141ff.), richten sich zwar gegen das neoliberale Projekt, sie widersprechen jedoch nicht der kapitalistischen Logik und ebnen eher einer Expansion des Kapitalismus den Weg. Es wäre nicht das erste Mal in der Weltgeschichte, dass der Kapitalismus, auf dem Rücken der sozialen Bewegungen einschließlich seiner gesellschaftlichen Hauptwidersacher, nämlich der Arbeiterbewegung, den Sieg davongetragen und sich etabliert hätte.

Wer also für eine Welt streitet, die über den Kapitalismus hinaus geht und verhindern will, dass eine neue kapitalistische Wachstumsdynamik in der ganzen Welt den Globus endgültig in den ökologischen Kollaps stürzt, der darf sich nicht allein auf die Bekämpfung des neoliberalen Projektes beschränken. Es kommt entscheidend darauf an, diesen Schritt mit der Perspektive für eine Welt zu verknüpfen, in der nicht die Logik des Kapitalismus und Machtungleichheit, sondern die Logik der intergenerativen Gerechtigkeit dominiert. Es geht um die Perspektive der Nachhaltigkeit und eine Logik, die das Grundbedürfnis der überwältigenden Mehrheit der Menschen nach gerechter Verteilung der produzierten Güter und Dienstleistungen mit der Notwendigkeit koppelt, die Erde als Erbe der Menschheit den nächsten Generationen mindestens genau so zu überlassen, wie die gegenwärtige Generation sie vorgefunden hat. Dieses Buch soll dazu einen bescheidenen Beitrag leisten.

Im ersten Teil des Buches werden zunächst Defizite der kapitalismus- und imperialismuskritischen Analysen herausgearbeitet, um in einem zwei-

ten Schritt zu begründen, dass die gegenwärtige neoliberale Globalisierung Ausdruck einer Symbiose von Kapitalismus und Machtungleichheit ist. Die Untersuchung des US-Hegemonialsystems veranschaulicht einerseits die Strukturen der globalen unilateralistischen Beziehungen in ihrer ökonomischen, machtpolitischen und kulturellen Komplexität und andererseits die darin schlummernden Gefahrenpotenziale für die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit.

Im zweiten Teil des Buches werden zunächst die theoretischen Grundlagen für Revolutionäre Reformen durch Nachhaltigkeit und De-Globalisierung einschließlich der leitenden Ethik dieser Reformen als Alternative zur neoliberalen Globalisierung und des Kapitalismus erarbeitet. Anschließend wird anhand von fünf Projekten exemplarisch veranschaulicht, wie man sich Revolutionäre Reformen mit ökonomischen, ökologischen, sozialen, politischen, und friedenspolitischen Zielen konkret vorzustellen hat. Im Schlusskapitel dieses Teils werden auch Schritte des kritischen Überganges zu einer gerechteren und friedlicheren Weltordnung skizziert.

Die Kapitel 1, 2, 4, 10 und 11 wurden alle im August und September 2006 geschrieben, alle übrigen Kapitel sind Texte, die bereits veröffentlicht waren und im Juni und Juli 2006 teilweise gründlich überarbeitet wurden. Dieses Buch wäre ohne die intensiven Diskussionen mit den Studierenden in mehreren Seminaren am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück in den letzten Jahren nicht zustande gekommen, weshalb ich für viele Anregungen zutiefst dankbar bin. Ganz besonders gilt mein Dank, stellvertretend für viele Studierende, Daniela Gottschlich, die im Forschungsseminar »Nachhaltige Entwicklung – Strategien für Nord und Süd«, das im Zeitraum 1999-2003 ununterbrochen stattfand, intensiv mitgearbeitet und die Diskussionen mit geprägt hat. Auch die intensiven Kontroversen bei zahlreichen Vorträgen und in mehreren sozialpolitischen, ökonomischen, ökologischen und friedenspolitischen Projekten außerhalb des akademischen Raums, in denen ich in den letzten Jahren mitgewirkt habe, waren für die Formulierung einer Reihe von Hypothesen gerade auch bei den fünf handlungsrelevanten Beispielen besonders fruchtbar. In diesem Zusammenhang möchte ich die vielfältigen Anregungen, die ich in Gesprächen mit Hans-Peter Dürr, Dieter S. Lutz (†), Michael Bouteiller, Heiko Kaufmann, Peter Grottian, Peter Strotmann, Otto Meyer und vielen anderen Menschen erhielt und für die ich dankbar bin, hervorheben. Mein Dank gilt ebenfalls Elisabeth Wollek, die nicht nur meine Seminare mit ihren Vorschlägen bereichert hat, sondern auch die meisten Grafiken in diesem Buch fachkundig erstellt hat. Dieses Buch wäre auch ohne die Hilfe meiner langjährigen Mitarbeiterin, Gabriele Meyer, nicht in dieser Form und terminge-

recht zustande gekommen. An dieser Stelle gilt ihr mein ganz besonderer Dank für ihre gewissenhafte Textverarbeitung, die oft auch mit ihren stilistischen Anregungen zu einer besseren Lesbarkeit beigetragen hat. Nicht zuletzt möchte ich noch meiner lieben Frau, Mechthild Massarrat, herzlich dafür danken, dass sie mich auch bei diesem Projekt begleitet und vielfach unterstützt hat und wieder, wie so oft, buchstäblich in letzter Minute eingesprungen ist.

Teil 1

Globalisierung, Kapitalismus und Machtungleichheit

Kapitel 1

Kritik der herrschenden Kapitalismus- und Imperialismuskritik an ausgewählten Beispielen: Mandel, Luxemburg, Harvey, Callinicos

Der reale Sozialismus sowjetischer Prägung ist zusammengebrochen. Kapitalisten aller Länder sind erfreut darüber, dass sich der Kapitalismus, wie übrigens Marx es im Kommunistischen Manifest vorausgesagt hatte, auch global entfaltet, und dass die Hoffnungen vieler Marxscher Schüler nicht in Erfüllung gegangen sind: Weder ist der Kapitalismus zusammengebrochen, wie Rosa Luxemburg es prophezeit hatte, noch befand er sich schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seinem letzten Stadium, wie Lenin prognostiziert hatte.

Heute, fast 140 Jahre nach dem Erscheinen des ersten Bandes des *Kapitals*, befinden sich kritische Gesellschaftsanalysen im Allgemeinen und die marxistische Gesellschaftsanalyse im Besonderen in einer tiefen Krise. Noch nie war der Einfluss marxistischer Theorien auf die Wissenschaft und die Politik so gering wie heute. Nicht nur Klassiker wie Luxemburg, Bucharin, Kautsky und auch Lenin, sondern auch bedeutende Marxisten, wie Ernest Mandel, die während und nach der 1968er Bewegung zur Weiterentwicklung der marxistischen Theorie beigetragen haben, sind inzwischen in Vergessenheit geraten. Dieser Sachverhalt ist jedoch kein Beleg für Fukuyamas These vom *Ende der Geschichte*, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine kurzlebige Popularität erlangt hatte. Mit dem Niedergang des realen Sozialismus sind keineswegs auch die Gründe entfallen, die zur Entstehung marxistischer Theorien geführt und die Kapitalismus- und Imperialismuskritik jahrzehntelang zum Dauergegenstand wissenschaftlicher und politischer Diskurse gemacht hatten. Auch die sozialen Bewegungen haben in den letzten Jahrzehnten deshalb weltweit einen noch nie dagewesenen Aufschwung erfahren. Denn weder der Kapitalismus als ökonomisches Organisations- und Steuerungsmodell noch diverse Gesellschaftskonzepte, wie die soziale Marktwirtschaft und der neoliberale Kapitalismus, vermochten bisher, auf Instabilitäten, Konflikte, Ungerechtigkeiten, die sie selbst mitproduzieren, immanente Antworten zu liefern.

Deshalb werden auch heute erhebliche Anstrengungen unternommen, die Ursachen der zunehmenden globalen Konflikte, Krisen, Kriege, des wachsenden Wohlstandsgefälles, von Hunger und Armut, fortschreitender Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, Massenarbeitslosigkeit und des internationalen Terrorismus analytisch zu beschreiben und Gegenstrategien zu entwerfen. In jüngster Vergangenheit belebten eine Reihe marxistischer Autoren, darunter David Harvey, Alex Callinicos, Giovanni Arrighi, Christian Zeller, Elmar Altvater u.a., mit neueren kapitalismuskritischen Beiträgen die Diskussion. Das Problem besteht jedoch darin, dass diese Beiträge es bisher nicht über den kleinen, politisch motivierten, linken Insider-Kreis hinaus geschafft haben, mit tragfähigen politischen Projekten dem herrschenden Diskurs Nennenswertes entgegen zu setzen und die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu erschüttern. So muss damit gerechnet werden, dass auch den meisten neueren marxistischen Beiträgen das gleiche Schicksal widerfahren wird wie Ernest Mandels *Spätkapitalismus*,¹ dem m.E. immer noch fundiertesten kapitalismuskritischen Werk, das in den letzten Jahrzehnten entstanden ist. Bedenken wir, dass Kritik an bestehenden Zuständen dringender denn je geworden ist, so ist die Frage nach Gründen für die abnehmende Relevanz von kapitalismus- und imperialismuskritischen Analysen keine akademische, sondern eine höchst politische Frage.

Ernest Mandel warf im *Spätkapitalismus* mit Blick auf klassische Imperialismustheorien ähnliche Fragen auf, wie wir sie heute erneut stellen und auch stellen müssen. Nach eingehender Beschäftigung mit den Theorien von Marx-Schülern, wie Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg, Henryk Grossmann und Nikolai Bucharin, über die Entwicklung des Kapitalismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, weist Mandel zu Recht auf methodisch-analytische Unzulänglichkeiten hin, die auf die genannten AutorInnen gleichermaßen zutreffen: »Wir können ... feststellen, dass alle diese Theorien (mit Ausnahme der Konzeption Bucharins, der freilich keine geschlossene Theorie zu diesem Thema entwickelt hat) an dem Grundübel leiden, die Gesamtdynamik der kapitalistischen Produktionsweise sozusagen aus einer einzigen Variablen im System ableiten zu wollen. Alle anderen durch Marx aufgedeckten Entwicklungsgesetze dieser Produktionsweise wirken dann mehr oder weniger automatisch nur in Funktion dieser einzigen Variablen.«²

Diese einzige Variable, die die genannten Autoren in ihren Theorien verabsolutierten, sind nach Mandel die von Marx im zweiten Band des *Kapital*

¹ Mandel 1972.

² Ebenda: 36.

benutzten Reproduktionsschemata.³ »Wir sind der Ansicht«, schreibt Mandel, »dass die Reproduktionsschemata ... für die Erforschung der Bewegungsgesetze des Kapitals oder der Geschichte des Kapitalismus unbrauchbar sind. Deshalb ist jede Bemühung, aus diesem Schemata entweder die Unmöglichkeit einer reinen kapitalistischen Wirtschaft oder den notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise, entweder die zwangsläufige Entwicklung zum Monopolkapitalismus oder das Wesen des Spätkapitalismus abzuleiten, zum Scheitern verurteilt.«⁴ Anstelle der analytischen Verabsolutierung einer einzigen Variablen zieht Mandel es vor, sich in seiner eigenen Analyse des Spätkapitalismus an Marx' methodischem Hinweis, den auch ich hier wiedergebe, zu orientieren: »Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleicheung *aller Widersprüche* der bürgerlichen Ökonomie gefasst werden. Die einzelnen Momente, die sich in diesen Krisen zusammenfassen, müssen also in jeder Sphäre der bürgerlichen Ökonomie hervortreten und entwickelt werden, – und je weiter wir in ihr vordringen, müssen einerseits neue Bestimmungen dieses Widerstreits entwickelt, andererseits die abstrakteren Formen derselben als wiederkehrend und enthalten in den konkreteren nachgewiesen werden.«⁵

Mandels *Spätkapitalismus* war in der Tat der gründlichste Versuch, weit über die Werke der namhaftesten Marx-SchülerInnen und auch der zeitgenössischen kritischen und neueren zeitgenössischen marxistischen Kapitalismus- und Imperialismustheorien hinaus, ein komplexes und umfassendes Gesamtbild des Kapitalismus der Nachkriegszeit zu liefern. Dabei gelang es ihm, die weltweite Dimension des Kapitalismus, »die Phänomene des ökonomischen Strukturwandels, gesellschaftlicher Veränderungen, der internationalen Arbeitsteilung und letztlich damit auch des Imperialismus«, so Christian Zeller,⁶ in sein Konzept zu integrieren. Hinsichtlich des Komplexitätsgrades der Mehrdimensionalität, der Historizität, des Bezuges zu weiträumig globalen Entwicklungen auch in nichtkapitalistischen Gesellschaften, des empirischen Materials und des Bezuges zur internationalen Diskussion sucht Mandels Werk auch bis heute seinesgleichen. Und dennoch hat es den internationalen Diskurs über Kapitalismus und Imperialismus bestenfalls in den 1970er Jahren beeinflusst. Bereits Anfang der 1980er Jahre geriet Mandels Werk – wie eingangs erwähnt – in Vergessenheit und

³ Ebenda: 22.

⁴ Ebenda: 22.

⁵ K. Marx 1919: 282, zitiert nach Mandel 1972: 36.

⁶ Zeller: 2004: 73f.

spielte bei den theoretischen und analytischen Interpretationen aktueller Kapitalismus- und Weltwirtschaftskrisen – z.B. der Ölkrise in den 1970er Jahren, der Finanzkrisen in den 1980er und 1990er Jahren, des rasanten Wachstums in asiatischen Schwellenländern, der wachsenden Verschuldungskrise, des Finanzkollapses einiger Schwellenländer wie Mexiko, Argentinien, Thailand und Indonesien Ende der 1990er Jahre, des Phänomens neoliberaler Globalisierung und erst recht bei der Diskussion um die Grenzen des Wachstums und der globalen ökologischen Krisen – so gut wie keine Rolle.⁷

Christian Zeller bedauert Mandels Bedeutungslosigkeit und führt den Sachverhalt tautologisch darauf zurück, dass »Mandels wertvolle Anregungen in den 1980er Jahren nicht produktiv für neue Überlegungen aufgegriffen wurden.«⁸ Warum dies aber der Fall ist, ist m.E. nicht einem Zufall oder der Nachlässigkeit zeitgenössischer AutorInnen zuzuschreiben. Diese Frage bedarf einer eingehenden Antwort, da sie weit über Mandels Werk hinaus für den Stellenwert marxistischer Analyse auch der Welt von heute, für Strategiedebatten, den Diskurs über die Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und zum amerikanischen Hegemonialsystem von grundsätzlicher Bedeutung ist. Ich führe die Bedeutungslosigkeit von Mandels *Spätkapitalismus* für die Gegenwarts- und Zukunftsfragen auf folgende drei methodischen Unzulänglichkeiten zurück, die nicht nur für die analytischen und politischen Selbstblockaden von Mandels wissenschaftlichem und politischem Lebenswerk, sondern auch für viele andere Marx-Schüler symptomatisch sind:

- *Erstens* führt Mandel alle gesellschaftlichen Prozesse (Erscheinungen und strukturelle Veränderungen) im Kapitalismus in letzter Instanz auf die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation zurück und verabsolutiert damit die Kapitalverwertungsmechanismen.
- *Zweitens* vernachlässigt Mandel Macht und Machtungleichheit als eine vom kapitalistischen Akkumulationskreislauf und vom Wertgesetz unabhängige gesellschaftliche Kategorie.
- *Drittens* und folglich vermengt Mandel methodisch die Logik der Wertproduktion und der Kapitalakkumulation mit der Logik der Verteilung bzw. Umverteilung der produzierten Werte.

⁷ Im Schlussbericht der Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages, immerhin ein dicht geschriebenes, 600 Seiten umfassendes Konvolut, in das zu Theorien und Strukturen der weltwirtschaftlichen Entwicklung beachtliche Expertisen eingeflossen sind, wird z.B. Mandels Werk an keiner Stelle als Quelle herangezogen. Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002.

⁸ Zeller 2004: 74.

Im Folgenden sollen diese methodischen Unzulänglichkeiten und im Ansatz auch deren Konsequenzen im Einzelnen untersucht werden. Im Grunde treffen sie auch für den überwiegenden Teil der klassischen wie auch der aktuellen Kapitalismus- und Imperialismuskritiken zu. Daher sollen sich folgende Ausführungen nicht auf Mandels *Spätkapitalismus* beschränken, wenn auch Mandels Werk wegen seiner erwähnten Vorzüge dabei im Vordergrund steht.

1. Verabsolutierung der Kapitalverwertungsmechanismen

Mandel zieht aus seiner Kritik der Eindimensionalität der klassischen Kapitalismus- und Imperialismustheorien von Hilferding, Luxemburg, Grossmann und Bucharin die Konsequenz und arbeitet zur Erfassung der kapitalistischen Entwicklung in ihrer Komplexität von der industriellen Revolution bis zur Gegenwart *sechs Grundvariablen* heraus. Nach seiner Auffassung beheben sie die bestehenden methodischen Defizite und sind gleichzeitig hinreichend, um einer umfassenden Analyse historischer und gegenwärtiger Konflikte in der Realität der kapitalistischen (Welt-)Gesellschaft gerecht zu werden. Es handelt sich dabei, so Mandel, um »*die organische Zusammensetzung des Kapitals im Allgemeinen und in den beiden Abteilungen im Besonderen ...; die Verteilung des konstanten Kapitals zwischen fixem und zirkulierendem ...; die Entwicklung der Mehrwertrate; die Entwicklung der Akkumulationsrate (Verhältnis zwischen produktiv und unproduktiv konsumiertem Mehrwert); die Entwicklung der Umschlagszeit des Kapitals; die Austauschrelationen zwischen den beiden Abteilungen ...*«⁹

Mandel sprengte mit seinem Sechs-Variablen-Modell zweifelsohne die eindimensionalen Ansätze der Kapitalismus- und Imperialismusanalyse von Rosa Luxemburg (Reproduktionsschemata und Unterkonsumtionstheorie), Nikolai Bucharin (Kapitalkonzentration und Monopoltheorie) und anderen Klassikern und ging über diese Ansätze weit hinaus. Wie kein anderer zuvor faszinierte Mandel sowohl in seinen früheren Studien¹⁰ wie im *Spätkapitalismus* mit dem Versuch, die Wechselwirkung zwischen entwickeltem Kapitalismus und wenig entwickelten bzw. vorkapitalistischen Gesellschaften systematischer und umfassender als die Klassiker zu erfassen: »Bucharin hat die Weltwirtschaft zu Recht ›als ein System von Produktionsverhältnissen und entsprechenden Austauschverhältnissen im internationalen Aus-

⁹ Mandel 1972: 37.

¹⁰ Beispielsweise mit seinem Werk »Marxistische Wirtschaftstheorie«. Mandel 1968.

maß« definiert. Aber in seinem Buch *Imperialismus und Weltwirtschaft*«,¹¹ merkt Mandel kritisch an, »wird ein entscheidender Aspekt dieses Systems nicht hervorgehoben: dass nämlich die kapitalistische Weltwirtschaft ein *gegliedertes System kapitalistischer, halbkapitalistischer und vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse, durch kapitalistische Austauschverhältnisse miteinander verbunden und durch den kapitalistischen Weltmarkt beherrscht, darstellt*. Nur so kann die Herausbildung dieses Weltmarkts als Produkt der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise ... als Kombination von kapitalistisch entwickelten und kapitalistisch unterentwickelten Wirtschaften und Nationen zu einem sich allseitig bedingenden System verstanden werden.«¹²

Tatsächlich ist der *Spätkapitalismus* eine gründliche und materialreiche Untersuchung der kapitalistischen Weltwirtschaft anhand der Logik von Mandels Sechs-Variablen-Modell und der Wechselwirkung dieser Variablen des Kapitalismus mit seinem weniger entwickeltem bzw. nicht kapitalistischem globalen Umfeld. Trotz dieses richtungsweisenden methodischen Fortschritts reduzierte auch Mandel seinen analytischen Blick auf eine neue problematische wie folgenreiche Annahme: »Ein Großteil der vorliegenden Arbeit ist der Untersuchung der Entwicklung und Korrelation zwischen diesen sechs Grundvariablen der kapitalistischen Produktionsweise gewidmet. Unsere These besagt, dass die Geschichte des Kapitalismus, zugleich Geschichte der Entfaltung seiner Widersprüche und seiner inneren Gesetzmäßigkeit, *nur* (Hervorhebung von M.M.) als Funktion des Zusammenspiels dieser sechs Variablen erfasst und verstanden werden kann. Die Fluktuationen der Profitrate sind der Seismograph dieser Geschichte, da sie am klarsten das Ergebnis dieses Zusammenspiels gemäß der Logik einer auf Profit, d.h. Kapitalverwertung, ausgerichteten Produktionsweise zum Ausdruck bringen.«¹³

Mit der Verengung – die Entwicklungsgesetze des Kapitalverhältnisses und der Kapitalverwertungsmechanismen könnten alle außerhalb des Akkumulationskreislaufes und im globalen Umfeld der kapitalistischen Produktionsweise existierenden Strukturen beherrschen, sich diese entsprechend den Erfordernissen der Kapitalakkumulation formen und vollständig unterwerfen – reproduzierte Mandel m.E. auf einem hohen Niveau einen ähnlichen methodisch-analytischen Fehler, den er den Klassikern wie Hilferding, Luxemburg, Grossmann und Bucharin vorgehalten hatte. Die Verabsolutie-

¹¹ Bucharin 1969 (1915).

¹² Mandel 1972: 46.

¹³ Ebenda: 37.

nung der Kapitalverwertungsmechanismen als einzige und alles in der Welt regulierende Lokomotive der Weltgeschichte seit der Entstehung des Kapitalismus ist m. E. Mandels Werk sowie auch dessen politischer Praxis zum Verhängnis geworden.

Mit der Annahme, die Mechanismen der Kapitalverwertung und der Profitmaximierung (als »Seismograph der Weltgeschichte«) seien alles, und alles andere in der sozial und kulturellen so hochkomplexen Weltgesellschaft sei nichts, koppelte Mandel das Schicksal der Menschheit an Gedeih und Verderb des Kapitalismus. Von hier bis zur politischen Schlussfolgerung, die Menschheit könne erst dann zum Gipfel humaner Lebensverhältnisse aufsteigen, wenn der Kapitalismus untergegangen sei, ist es dann nur noch ein kleiner Schritt. Ich werde auf die durch diese methodische Analyseverengung erzeugte Selbstblockade, die nicht nur für Mandel, sondern auch für den größten Teil der neueren kapitalismus- und imperialismuskritischen Analysen mit erheblichen Konsequenzen für die politische Praxis in unserer Gegenwart symptomatisch ist, später zurückkommen.¹⁴ Im Folgenden sollen die Kritik an der methodischen Verengung und die Folgen bei Mandel selbst, aber auch bei Klassikern und bei den heute diskutierten neueren Beiträgen genauer untermauert werden.

Mandels *Spätkapitalismus* ist eine in sich logische Rekonstruktion zentraler Strukturmerkmale und präzise Bestandsaufnahme des Kapitalismus der Nachkriegszeit. Er bemüht sich, für die aus seiner Sicht zentralen Strukturmerkmale des Spätkapitalismus in mehreren Kapiteln mit einer oft selbst für Experten schwerfälligen, theoriezentrierten Abhandlung eine geschlossene und empirisch untermauerte Argumentation zu liefern und sie anschließend zu einem Gesamtbild zusammenzuführen. Dabei setzt Mandel sich jeweils mit ungenauen, irreführenden, Ideologie beladenen Thesen marxistischer bzw. nichtmarxistischer Autoren kritisch auseinander und integriert weiterführende Ansätze in seine Analyse. Im Einzelnen kann ich seiner Analyse mit wenigen Ausnahmen¹⁵ folgen.

Trotz des Versuchs eines differenzierten Gesamtbildes zeichnet Mandel m.E. eher ein zu schlichtes, ja fast naives Bild des von einer Krise in die nächste schlitternden Kapitalismus, dem die entfremdeten Lohnabhängi-

¹⁴ Vgl. dazu »Wege aus der Kapitalismusfalle« in Kapitel 2.

¹⁵ So ist beispielsweise Mandels Stadien-Theorie der kapitalistischen Entwicklung in Kapitel 2 des *Spätkapitalismus* nicht frei von Inkonsistenzen. Vgl. dazu Massarrat 1976. Auch seine Analyse des Werttransfers aus den Ländern der Dritten Welt in kapitalistische Zentren ist m.E. mit Fehlern behaftet, die nicht unwichtig sind. Dazu mehr in Kapitel 2 »Exkurs II«.

gen als Träger einer antikapitalistischen Umwälzung gegenüberstehen. Da die Entfremdung ein objektiver Tatbestand ist, wird »durch die Entfremdungserscheinungen in der Konsum-, der Freizeit- und in der Überbausphäre«, schreibt Mandel im letzten Kapitel von *Spätkapitalismus*, »die Möglichkeit der Einsicht der Lohnabhängigen in die Entfremdung« verstärkt, »der sie unterliegen, d.h. die Möglichkeit der Herausbildung von Klassenbewusstsein, d.h. die Möglichkeit der sozialistischen Selbstbefreiung. Auch unter den Bedingungen nachhaltiger ›Prosperität‹ haben sich die Grundwidersprüche des Kapitalismus in unserem Zeitalter als unlösbar und nicht reduzierbar erwiesen. Der Arbeiter wird niemals mit einer Arbeitszeit, die ihm als verlorene Lebenszeit, mit einem Arbeitsprozess, der ihm als Zwangsarbeitsprozess erscheint, und mit einer Unternehmensstruktur, die ihm nur einen Untertanenstatus gewährt, zufrieden sein.«¹⁶

Mandel nennt drei Symptome, die den revolutionären Prozess in Gang setzen:

Erstens der Gegensatz zwischen dem steigenden Überfluss an Konsumgütern und der deutlichen Unterversorgung mit den notwendigen *kollektiven Dienstleistungen* (kostenlose Gesundheitsversorgung, Wohnung, Bildung, Nahtransport), die »nur marginal durch kapitalistische Warenproduktion zu befriedigen« sind, sodass der Kampf um die »optimale Bedürfnisbefriedigung unter Ausschaltung der Marktgesetze« entsteht.

Zweitens »wird es für viele Lohnabhängige immer unerträglicher, dass ... Investitionsentscheidungen ganz weniger Mitglieder der Aufsichtsräte großer Konzerne die Beschäftigung, das Einkommen und sogar den Wohnort von hunderttausenden Familien bestimmen können«, sodass »die Vergesellschaftung der Investitionsbeschlüsse – und die offene Darlegung der gesellschaftlichen Prioritäten –, die diesen Beschlüssen zugrunde liegen ..., eine andere, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse tendenziell sprengende Forderung von immer mehr Lohnabhängigen werden.«

Drittens »die für den Spätkapitalismus charakteristische Tendenz zur Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat bzw. zur Einschränkung oder gar Aufhebung der Tarifautonomie der Gewerkschaften« und »die Krise des bürgerlichen Nationalstaates ... der einen untrennbaren Bestandteil der Krise kapitalistischer Produktionsverhältnisse bildet.«¹⁷

»Alle diese Probleme«, schreibt er in den letzten Zeilen seines Werkes weiter, »sind unlösbar, solange die Verfügungsgewalt über die Produktivkräfte dem Kapital nicht entrissen wird. Die Inbesitznahme der Produkti-

¹⁶ Mandel 1972: 522.

¹⁷ Ebenda: 523ff.

onsmittel durch die assoziierten Produzenten, die geplante Verwendung dieser Mittel nach demokratisch von der Masse der Arbeitenden bestimmten Prioritäten, der radikale Abbau der Arbeitszeit als Vorbedingung der aktiven Selbstverwaltung in Wirtschaft und Gesellschaft, die Aufhebung der Warenproduktion und der Geldbeziehungen sind die Voraussetzungen ihrer Lösung. Die Ablösung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist das Hauptziel der kommenden revolutionären Massenbewegung des lohnabhängigen Proletariats.«¹⁸

Im *Spätkapitalismus* übersieht Mandel, wie auch seine doch sehr optimistischen Schlussfolgerungen zeigen, dass die Gegensätze des gegenwärtigen Kapitalismus in seinem globalen Umfeld – beispielsweise zwischen den USA als Hegemonialmacht, der EU und Japan, zwischen diesen und den Transformationsstaaten China, Russland, Osteuropa, zwischen Nord und Süd, zwischen heutigen und künftigen Generationen – die innergesellschaftlichen Gegensätze des Kapitalismus zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern massiv überlagern. Das Entfremdungsproblem der Lohnabhängigen ist – dies soll an dieser Stelle hervorgehoben werden – angesichts der existenziellen Gegenwartsprobleme, wie neue Kriege, zunehmende Verelendung von mehreren Milliarden Menschen, drohende Klimakatastrophe, in der Prioritätentliste der dringenden Gegenwartsfragen deutlich nach hinten gerutscht. Es ist durchaus auch kein Zufall, dass innerhalb der globalisierungskritischen sozialen Bewegungen nicht die Entfremdung und Vergesellschaftung, sondern in erster Linie fairer Handel, Tobin-Steuer und mehr Transparenz und Kontrolle der internationalen Finanzströme diskutiert werden.

Mandel übersieht auch gleichzeitig die Chancen, die sich durch die weltgesellschaftliche Realität in ihrer sozialen Vielschichtigkeit für vielfältige, weit über das Proletariat hinausgehende Allianzbildungen sowohl für die Überwindung der existenziellen Gegenwartsprobleme wie für politische Gegenstrategien zur Eindämmung des Imperialismus und Kapitalismus ergeben.

Dass Mandels facettenreicher *Spätkapitalismus* nicht zur Grundlage für weitere kapitalismus- und imperialismuskritische Analysen geworden ist, hat weniger damit zu tun, dass er sein Werk zwei Jahrzehnte vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Freisetzung der bis dato zugeschüttet gebliebenen und tiefer gehenden globalen Konfliktfelder formuliert hat, und auch nicht damit, dass die neoliberale Globalisierung erst in den 1990er Jahren richtig in Gang gekommen ist. Der Hauptgrund für Mandels Nicht-

¹⁸ Ebenda: 585f.

beachtung zahlreicher globaler Konfliktfelder, die ihrerseits auf den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital in den kapitalistischen Zentren zurückwirken, ist m.E. vielmehr die Verabsolutierung der Rolle der Kapitalverwertungsmechanismen und die methodische Beschränkung des analytischen Blickes auf das Zusammenwirken der oben genannten sechs Variablen. Unter der Annahme, dass alle (welt-)gesellschaftlichen Konflikte letztlich Resultat der Kapitalverwertungsmechanismen und des Konflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital sind, war Mandels Schlussfolgerung logisch, dass die sozialistische Revolution und Überwindung des Kapitalismus auf die Agenda der Weltpolitik zu setzen sei – eine Schlussfolgerung, die Mandel selbst und die politische Strömung, die er anführte, in die Isolation getrieben und den *Spätkapitalismus* aus dem internationalen Diskurs verbannt hat.

Mandels Verabsolutierung der Bedeutung von Kapitalverwertungsmechanismen steht durchaus in der Tradition der klassischen Kapitalismus- und Imperialismuskritik, obwohl Mandel sich – wie oben erwähnt – von ihnen abgrenzt. Als Beispiel wird im Folgenden auf Rosa Luxemburgs Werk *Akkumulation des Kapitals*¹⁹ Bezug genommen. Ihr Werk ist wie Mandels *Spätkapitalismus* deshalb faszinierend, weil Luxemburg wie kein anderer unter Marx' Schülern so präzise und brillant formuliert darauf hinweist, dass in der Welt – und erst recht in der Welt ihrer Epoche – neben den Kapitalisten und Arbeitern auch *das Andere* existiert, das auf die Kapitalakkumulation zurückwirkt. »Dieses Schema«, schreibt sie Bezug nehmend auf Marx' Reproduktionsschemata in Band II des *Kapital*, »unternimmt es, den Akkumulationsprozess unter der Voraussetzung darzustellen, dass Kapitalisten und Arbeiter die einzigen Vertreter der gesellschaftlichen Konsumtion sind.«²⁰ *Das Andere* ist in den Augen Rosa Luxemburgs »das nichtkapitalistische Milieu«, das kapitalistische Staaten Ende des 19. Jahrhunderts unter sich aufteilen wollten und darum auch Kriege führten.

Soweit ist Rosa Luxemburg, die darstellt, was um die Jahrhundertwende tatsächlich geschah, zuzustimmen. Problematisch wird jedoch ihre Ursachenanalyse, die zu einer ähnlichen Kritik Anlass gibt wie Mandels *Spätkapitalismus*. Denn sie leitet den Imperialismus ihrer Zeit, d.h. den Drang zur Eroberung und Aufteilung des »nichtkapitalistischen« Teils der Welt unmittelbar auf den Kapitalverwertungszwang zurück. Es besteht ihrer Meinung nach wegen der Realisierung des produzierten Mehrwerts ein Zwang, das nichtkapitalistische Hinterland als zusätzlichen Konsument notfalls durch

¹⁹ Luxemburg: 1913.

²⁰ Ebenda: 318.

Kolonialisierung gewaltsam an den Nabel des kapitalistischen Akkumulationskreislaufs zu binden. Die Realisierung des Mehrwerts sei, so Luxemburg, »von vornherein an nichtkapitalistische Produzenten und Konsumenten als solche gebunden. Die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer des Mehrwerts ist also direkte Lebensbedingung für das Kapital und seine Akkumulation, insofern also der entscheidende Punkt im Problem der Kapitalakkumulation.«²¹

Nun hat der Marx-Forscher Roman Rosdolsky den methodologischen Fehler von Luxemburgs Ableitung längst aufgedeckt und ausführlich begründet, dass die Kausalität zwischen schrankenlosem Verwertungstrieb des Kapitals und imperialistischer Expansion logisch nicht zwingend ist.²² Meine methodische Kritik an Luxemburgs Imperialismustheorie ist, dass sie die Kapitalverwertung und die Mechanismen der Kapitalakkumulation, ähnlich wie Mandel, als ursächlich für den Imperialismus, letztlich für die epochalen Konflikte, Kriege und nach innen gerichteten Repressionssysteme, verabsolutiert und alle anderen Aspekte, wie beispielsweise Macht und Machtungleichheit, die neben dem Kapitalverhältnis ein Eigenleben führen, ausblendet. Kolonialismus und Imperialismus um die Jahrhundertwende lassen sich jedenfalls logisch und empirisch – wie an anderer Stelle dargelegt²³ – durch vertikale Machtungleichheit zwischen den mächtigen kapitalistischen Staaten und den *ohnmächtigen* nichtkapitalistischen Ländern ebenso begründen, wie sich imperialistische Kriege darauf zurückführen lassen, dass horizontal annähernd *gleich mächtige* und auf gleicher Augenhöhe befindliche kapitalistische Staaten gegeneinander um die Aufteilung der nichtkapitalistischen Regionen und ihrer Ressourcen wetteifern.²⁴ Wie für Mandel hing auch für Rosa Luxemburg die Lösung der epochalen Fragen am Ende des 19. Jahrhunderts, wie imperialistische Kriege und der aufkommende Faschismus als logische Konsequenz der Verabsolutierung des Kapitalverhältnisses, also entscheidend davon ab, den Kapitalismus revolutionär zu beseitigen. Dieser Logik entspricht auch die konsequente politische Praxis, die Rosa Luxemburg und andere 1919 zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschland veranlasst hat.

²¹ Ebenda: 338.

²² Rosdolsky 1968, vor allem Anhang II: Methodische Bemerkungen zu R. Luxemburgs Kritik der Marxschen Reproduktionsschemata: 86ff.

²³ Erste ausführliche Überlegungen siehe in meinem vor dreißig Jahren publizierten Buch: Massarrat 1976, vor allem 7. Kapitel, »Kritik der Methode der Imperialismustheorien von Lenin, Kautsky, Bucharin und Luxemburg«, S. 113-146.

²⁴ Über Macht als eigenständige Sphäre siehe ausführlicher in Kapitel 2 in diesem Buch.

Auch die aktuelle linke Kapitalismus- und Imperialismuskritik, der die neoliberale Globalisierung – und der darauf beruhenden Verschärfung von Finanzkrisen, Massenarbeitslosigkeit, soziale Spaltung, Umweltkrisen und neuen Kriegen – neuen Auftrieb gegeben hat, wird von Beiträgen dominiert, die die Kapitalverwertungsmechanismen verabsolutieren und sie für alle gegenwärtigen Krisen verantwortlich machen. Als Beispiel nehme ich auf Alex Callinicos' international viel diskutiertes *Anti-Kapitalistisches Manifest*²⁵ und David Harveys viel beachteten Beitrag *Der neue Imperialismus*²⁶ Bezug.

Im analytischen Hauptkapitel von Callinicos' *Anti-kapitalistischem Manifest* mit der Überschrift »Der Kapitalismus gegen die Welt« hebt er bei der Analyse der aktuellen Weltprobleme die herausragende Rolle der Kapitallogik als entscheidend für Alles dezidiert hervor: »Der Kapitalismus selbst und die ihm innewohnende Logik – eine Logik der Ausbeutung und der konkurrenzgetriebenen Akkumulation – sind das Problem. Der Neoliberalismus hat durch die Beseitigung vieler Institutionen und Praktiken, die den Kapitalismus (zumindest im Norden) erträglich machten, dessen konstitutive Mängel nur in ein grelleres Licht gerückt. Diese Mängel waren aber schon immer vorhanden und können, glaube ich, nur durch den Sturz des Kapitalismus selbst beseitigt werden.«²⁷ Callinicos vergewissert sich nach der in Teilbereichen durchaus erhellenden Analyse einiger aktueller Probleme, insbesondere der gewaltsamen Konflikte, im Resümee desselben Kapitels der Richtigkeit seiner anfangs herausgestellten Ursachenprognose. »Jetzt können wir erkennen«, schreibt er, »wie sich dieser Prozess – der Kapitalakkumulation (M.M.) – auf geopolitische Rivalitäten zwischen Staaten ausdehnt, und dass die Behauptung militärischer Macht ebenfalls der gleichen Logik folgt. Der Kapitalismus ist deshalb auch Imperialismus. ... Die Welt wird ein zunehmend Furcht erregender Ort, und die Ursache dafür wie auch für andere Probleme ist der Kapitalismus.«²⁸

Exkurs: Kapitalismus ist auch Imperialismus

Mit dieser Gleichsetzung koppelt Callinicos ähnlich wie Mandel sämtliche imperialistisch-hegemonialpolitischen US-Kriege auf dem Globus an den Kapitalismus. Wäre das tatsächlich so, dann hieße es, dass die Menschheit mit diesen Katastrophen – und dies ist die weniger erfreuliche Botschaft –

²⁵ Callinicos 2003.

²⁶ Harvey 2005.

²⁷ Callinicos 2003: 36.

²⁸ Ebenda: 74.

Vorlieb nehmen müsste, solange keine Alternative zum Kapitalismus gefunden worden ist.

Wenn auch nicht ganz so platt, kommt auch David Harvey in seinem Buch *Der neue Imperialismus*²⁹ zu einem ähnlichen Ergebnis. Der Kern von Harveys »neuem Imperialismus«, den er seit zwei Jahrzehnten aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht und weiterentwickelt hat, weist im Prinzip methodisch wie inhaltlich eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Ansatz von Rosa Luxemburg in *Akkumulation des Kapitals* auf. Während Luxemburg allerdings von der Annahme einer strukturellen Konsumtionslücke (Unterkonsumtion) ausging, die den Kapitalismus zur Unterordnung von nichtkapitalistischen Räumen und Konsumenten treibt, um selbst zu überleben, liegt die Ursache des Imperialismus für Harvey in der strukturellen Produktion von überschüssigem Kapital und überschüssiger Arbeit, die für den Fortbestand des Kapitalismus nur imperialistisch zusammengeführt werden kann: »Der zentrale Punkt dieser Argumentation«, schreibt Harvey, »betrifft eine chronische Tendenz des Kapitalismus, Krisen der Überakkumulation hervorzubringen, die ich theoretisch aus der Umformulierung der Marxschen Theorie der Tendenz zum Fall der Profitrate gewonnen habe. Solche Krisen äußern sich typischerweise in Kapitalüberschüssen (in Waren-, Geld- oder Produktivkapazitätsform) und überschüssiger Arbeitskraft nebeneinander, ohne dass es allem Anschein nach die Möglichkeit gäbe, sie auf profitable Weise zusammenzubringen oder gesellschaftlich nützliche Aufgaben zu verrichten.«³⁰ Im Unterschied zu Lenin und auch Luxemburg, die den Imperialismus – wenn auch mit verschiedenen Argumentationsketten – als »eine bestimmte Form der Produktion und der Verwendung des globalen Raums für des Rätsels Lösung« des Überlebens des Kapitalismus hielten, sieht Harvey »des Rätsels Lösung« in der »raum-zeitliche Fixierung«. »Die kapitalistische (im Gegensatz zur territorialen) Logik des Imperialismus ist, so meine ich, vor diesem Hintergrund des Ausfindigmachens ›raum-zeitlicher Fixierung‹ für das Problem des Überschusskapitals zu verstehen.«³¹

Ich verzichte an dieser Stelle darauf, die langatmigen wie mit vielen Annahmen, Unklarheiten, Unverbindlichkeiten und Selbstverständlichkeiten behafteten Ausführungen Harveys wiederzugeben. Im Grunde genommen lässt sich Harveys Erklärung darauf zuspitzen, dass das Kapital bei Überakkumulationskrisen und überschüssiger Arbeit sich vom kapitalisti-

²⁹ Harvey 2005.

³⁰ Ebenda: 89f.

³¹ Ebenda: 91.

schen Kern betriebs-, sektor-, regions- und nationüberschreitend in alle Himmelsrichtungen und in alle bisher nicht kapitalistischen Sektoren (öffentliche Sektoren) innerhalb und außerhalb seines territorialen Ursprungs in Bewegung setzt, um die Bedingungen dafür zu verbessern, das überschüssige Kapital mit der überschüssigen Arbeit profitabel zusammenzubringen. »Der grundlegende Gedanke der raum-zeitlichen Fixierung ist«, sagt Harvey selbst, »ziemlich einfach: Überakkumulation innerhalb eines gegebenen territorialen Systems bedeutet, es besteht ein Überschuss an Arbeit ... und an Kapital.«³² Die Lösung dieser Krisenkonstellation geschieht »durch (a) zeitliche Verschiebung (der) Investitionen in langfristige Kapitalprojekte oder soziale Ausgaben ..., (b) räumliche Verschiebung durch die Erschließung neuer Märkte, neuer Produktionskapazitäten und Ressourcen, und neuer Chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten an anderen Orten oder (c) eine Kombination von (a) und (b).«³³

Demnach landet Harvey wieder genau dort, wo Marx aufgehört hatte. Denn die Entstehung von überschüssigem Kapital und überschüssiger Arbeit gehört zum Wesen der kapitalistischen Produktionsweise und ist nicht – wie Harvey und andere annehmen – Ausdruck der Krise, die imperialistisch nach Lösung sucht. Die Überschussproduktion ist sogar die Voraussetzung der Produktivitätssteigerung, der Vertiefung und Erweiterung der Kapitalakkumulation. Die Überschussproduktion unter anarchischen, für Kapitalismus und Konkurrenz typischen Bedingungen signalisiert die drohende Entwertung und sinkende Profitrate und ist der Anlass der Kapitalbewegung und vielfältiger Aktivitäten, um der Entwertung zu entkommen. Überschussproduktion ist auch der entscheidende Mechanismus der Kapitalvernichtung, nämlich Vernichtung der nicht wettbewerbsfähigen Teile. Sie ist untrennbar mit Konkurrenz verbunden. Man spricht in diesem Zusammenhang von »Bereinigungskrisen«.

Wenn aber dieser zentrale Mechanismus als des Rätsels Lösung für das imperialistische Überleben des Kapitalismus deklariert wird, wie Harvey es tut, dann sind auch alle Versuche der Kapitalisten, innerhalb des eigenen Ursprungslandes durch Bewegung von einem Sektor zum anderen, von einem Bundesland zum nächsten, von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen durch Privatisierung zum öffentlichen Sektor, dann ist die Börse, die diese Bewegungen koordiniert, und dann war im Grunde genommen der Kapitalismus schon bei seiner Entstehung gleichzeitig auch Imperialismus. Der Imperialismus ist aber mehr als eine grenzüberschreitende Folge

³² Ebenda: 109.

³³ Ebenda: 111.

des Kreislaufs von Kapitalüberschuss und Kapitalentwertung. Er resultiert aus dem Zusammenwirken von Kapitalverwertungsmechanismen und anderen Faktoren, insbesondere – wie unten noch zu zeigen sein wird – von Machtungleichheit mit allen ihren verheerenden Folgen für die Menschheit.

Harvey und mit ihm alle anderen Autoren schließen jedoch durch die Verabsolutierung der Kapitalverwertungsmechanismen als alleinige Ursache für alles und jedes diese anderen Faktoren methodisch aus. Sie kommen so unweigerlich zur tautologischen Schlussfolgerung, dass der Imperialismus eigentlich der Kapitalismus ist. Des Rätsels Lösung für die Frage, was Imperialismus eigentlich ist, bliebe damit weiterhin offen.

2. Ausklammerung von Macht und Machtungleichheit als autonome Sphäre

Die Geschichte des Marxismus ist die Geschichte der Klassenkämpfe und der Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse. Es ist fast undenkbar, dass in marxistischen Abhandlungen die Machtfrage keine Rolle spielt. Dies gilt selbstverständlich auch für marxistische Kapitalismus- und Imperialismuskritik aller Schattierungen. Anders verhält es sich allerdings bei der Frage, ob und inwiefern in klassischen und neueren Analysen *Macht* im Kapitalismus ein Eigenleben zugestanden und als eine vom Kapital unabhängige Kategorie betrachtet wird. Dies ist bei Mandel und den übrigen Autoren, die ich oben kritisiert habe, nicht der Fall.

Im Kapitel 5 von *Spätkapitalismus* über »Kapitalverwertung, Klassenkampf und Mehrwert«, bleibt die Rolle des Proletariats in der kapitalistischen Tagespolitik im Wesentlichen auf seinen Einfluss auf die Höhe und die Entwicklung der Mehrwertrate reduziert, die Mandel theoretisch und empirisch ausführlich untersucht. In Anlehnung an Marx ist die Frage nach dem Teilungsverhältnis zwischen Lohn und dem Mehrwert auch für Mandel »eine Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden«. ³⁴ Schlägt das Kräfteverhältnis im Verteilungskampf zugunsten des Proletariats um, wird es nach Mandel alles daran setzen, den Lohnanteil entsprechend dem historischen und kulturellen Minimum anzuheben. Die Arbeiterklasse kann demnach bei steigender Nachfrage nach Arbeitskräften und Abnahme der Reservearmee sogar einen höheren Lohnanteil am neu geschaffenen Wert erzielen, als er dem historisch-kulturell bedingten Minimum entspricht. Um-

³⁴ Mandel 1972: 141.

gekehrt kann das Kapital das Lohnniveau in Abhängigkeit von der wachsenden Reservearmee unter das Existenzminimum drücken.³⁵ Im Kapitel 5 und anderen Teilen von *Spätkapitalismus* wird die Macht des Proletariats und dessen Organisationen, nämlich der Gewerkschaften, als eine von Kapitalverwertungsmechanismen abhängige Macht aufgefasst, die daher und folgerichtig im Kapitalismus wegen der ihr fehlenden Eigenständigkeit nicht im Stande sind, eine eigene, vom Kapitalismus unabhängige Gestaltungskraft zu entwickeln und Reformen anzustoßen, die über die Stabilisierung des Kapitalismus hinausgehen.

Besonders deutlich hebt Rosa Luxemburg die Machtschranken der Arbeiterklasse und Gewerkschaften im Kapitalismus hervor, auf die sich auch Mandel bezieht: »Die Hauptfunktion der Gewerkschaften besteht darin, dass sie durch die Erhöhung der Bedürfnisse der Arbeiter, durch ihre sittliche Hebung an Stelle des physischen Existenzminimums erst das kulturelle gesellschaftliche Existenzminimum, d.h. eine bestimmte kulturelle Lebenshaltung der Arbeiter schaffen, unter welche die Löhne nicht herabgehen können, ohne sofort einen Kampf der Koalition, eine Abwehr hervorzurufen. Darin liegt namentlich auch die große ökonomische Bedeutung der Sozialdemokratie, dass sie durch die geistige und politische Aufrüttelung der breiten Massen der Arbeiter ihr kulturelles Niveau und dadurch ihre ökonomischen Bedürfnisse erhöht. Indem z.B. das Abonnieren einer Zeitung, das Kaufen von Broschüren zu Lebensgewohnheiten des Arbeiters wird, erhöht sich dem genau entsprechend seine wirtschaftliche Lebenshaltung und infolgedessen die Löhne.«³⁶

Um Missverständnissen vorzubeugen: es geht nicht darum, dass Luxemburg und Mandel der Arbeiterklasse eine selbstständige soziale Macht grundsätzlich absprechen. Ganz im Gegenteil: Als überzeugte und kämpferische Führungspersonen ihrer sozialistischen Bewegung schreiben sie dem Proletariat als sozialer Klasse eine derart starke Macht und Eigenständigkeit zu, die ausreicht, sogar den Kapitalismus revolutionär abzuschaffen. Beide scheinen aber offensichtlich die Machtautonomie des Proletariats auf ihre revolutionäre Fähigkeit zu fokussieren, lassen dabei jedoch dessen Fähigkeit, den Kapitalismus nach den eigenen gesellschaftlichen Kriterien zu reformieren, außer Acht.

Die Annahme, die Reform des Kapitalismus durch die Mitwirkung des Proletariats und der sozialistischen Parteien stärke ausschließlich die Kapitalseite, führte zu Beginn des 20. Jahrhunderts bekanntlich zu heftigen Kämp-

³⁵ Ebenda.

³⁶ Luxemburg, Rosa 1925: 275. Zitiert nach Mandel 1972: 141.

fen und Konflikten zwischen revolutionären und reformistischen Teilen der europäischen Arbeiterbewegung. Hinter dieser Annahme verbergen sich allerdings die pessimistische Einschätzung und die Angst, die Kapitalwertungsmechanismen könnten sich im Zuge kapitalistischer Transformation stärker erweisen als die transformierende Gestaltungskraft des Proletariats und mit ihren destruktiven Trieben alle Reformanstrengungen zunichte machen. Damit gerät aber diese Sicht, die letztlich zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus als einziger Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung aufruft, in einen selbst produzierten und unlösbaren Widerspruch: Entweder verfügt die Arbeiterklasse über eine so starke und autonome soziale Macht, die sie in die Lage versetzt, den Kapitalismus abzuschaffen. Dann muss ihr auch die Fähigkeit zugestanden werden, den Kapitalismus nach eigenem Gutdünken zu verändern. Oder dem Proletariat kann eine den Kapitalismus transzendierende Kraft nicht zugestanden werden. Da es von Kapitalwertungsmechanismen abhängig ist, verfügt es aber auch nicht über die Macht, den Kapitalismus abzuschaffen. Über diesen Widerspruch kann jedoch geflissentlich hinweggesehen werden, wenn Macht und Machtungleichheit mit ihren äußerst vielfältigen Formen³⁷ als von den Kapitalwertungsmechanismen abhängige Variablen definiert bzw. unter die Zwänge der Kapitalverhältnisse subsumiert werden.

Mit der Diskussion um die Machtautonomie des Proletariats (im modernen Sinne der Lohn- und Gehaltsabhängigen) und der mit ihm verbundenen Parteien soll unterstrichen werden, dass es für sie nur folgende zwei Alternativen gibt:

Erstens schon heute aktiv an der Politikgestaltung und an Allianzbildungen zur Eindämmung der Alleinherrschaft der Kapitalisten mitzuwirken und kapitalistisches Parasitentum und dessen Ideologien, wie den Neoliberalismus, erst gar nicht zuzulassen und der kapitalistischen bzw. imperialistischen Expansion Schranken zu setzen, ja diese sogar zurückzudrängen. Oder *zweitens* sich der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu berauben, sich damit an den Rand des Geschehens abdrängen zu lassen und den Untergang des Kapitalismus abzuwarten.

Durch die eigene Selbstblockade überließen antikapitalistische Bewegungen und Parteien die Gestaltungsaufgaben in der Geschichte stets den pro-kapitalistischen Reformkräften, die es immerhin nicht zuletzt dank der Machtautonomie von Lohn- und Gehaltsabhängigen erreicht haben, den Manchester-Kapitalismus in eine soziale Marktwirtschaft zu verwandeln

³⁷ Vgl. dazu Kapitel 2.

und ihn – wie den rheinischen und skandinavischen Kapitalismus – ein Stück weit humaner und gerechter zu gestalten.

Es versteht sich beinahe von selbst, dass Mandel, nachdem er die Gestaltungsmacht einer herausragenden sozialen Kraft, wie der Lohn- und Gehaltsabhängigen, unterschätzt, auch keinen anderen sozialen Gruppen und Institutionen und erst Recht nicht dem bürgerlichen Staat im Kapitalismus eine vom Kapitalverhältnis unabhängige Macht zubilligt, nicht einmal dem Militär. Im Kapitel 9 des *Spätkapitalismus* über die »permanente Rüstungswirtschaft und Spätkapitalismus« untersucht er umfassend den Rüstungssektor, aber auch den militärisch-industriellen Komplex, jedoch im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Frage, welche Bedeutung diesem Sektor beim Zusammenwirken der sechs zentralen Kapitalverwertungsmechanismen zukommt und ob die Rüstungsausgaben auf Dauer für das Realisierungsproblem im Kapitalismus Abhilfe schaffen können. Von einer autonomen militärischen Macht, die, wie in den Vereinigten Staaten, entscheidenden Einfluss auf die Politik hat und sich zu einer Säule der Hegemonialmacht dieser Supermacht entwickeln konnte,³⁸ ist in *Spätkapitalismus* jedoch keine Rede.

Bezüglich der Unterschätzung von Macht als eigenständiger Sphäre unterscheiden sich die neueren kapitalismus- und imperialismuskritischen Beiträge, wie z.B. die von Callinicos und Harvey, nicht wesentlich. Callinicos hebt im Abschnitt »Das Schwert des Leviathans« im Hauptkapitel von *Anti-Kapitalistisches Manifest*³⁹ folgende weitreichende Aussage hervor: »Die marxistische Theorie über den Imperialismus ist durchaus in der Lage, ohne zu vereinfachen, die Akkumulationslogik unter Konkurrenzbedingungen, wie sie in diesem Kapitel bereits dargestellt wurde, auch auf geopolitische Konflikte und militärische Macht anzuwenden.«⁴⁰ Callinicos hält also das Verständnis der Akkumulationslogik, also der Kapitalverwertungsmechanismen, für hinreichend, um den Imperialismus, geopolitische Konflikte und militärische Macht zu erklären. Dass aber die hochkomplexen geopolitischen Konflikte und die gegenwärtigen Kriege ohne eine Analyse der Hegemonialmacht der USA – deren Wurzeln sich schwerlich unmittelbar aus der Akkumulationslogik des US-Kapitalismus ableiten lassen – nicht zu vermitteln sind, soll in Kapitel 3 ausführlich aufgezeigt werden. Im Übrigen findet man bei Callinicos außer der üblichen Zitatensammlung aus den Krieg legitimierenden Texten und Aussagen der US-Neokonservativen kei-

³⁸ Vgl. Näheres dazu in Kapitel 3.

³⁹ Callinicos, 2003: 60ff.

⁴⁰ Ebenda: 64.

nen analytisch überzeugenden Beleg für seine Ankündigung, die Kriege der Gegenwart aus der Logik der Kapitalakkumulation zu erklären.

Im Unterschied zu Callinicos beschäftigt sich Harvey in *Der neue Imperialismus* in mehreren Kapiteln ausführlich mit dem Verhältnis von Macht und Kapital. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Harveys Ausführungen zur Logik des Territoriums und wie diese durch die Logik des Kapitals beeinflusst wird. Harvey liefert selbst keine explizite Definition, was er eigentlich unter Logik des Territoriums versteht. Aus einem Zitat von Arrighi und Silver,⁴¹ auf das sich Harvey bezieht, geht aber hervor, dass mit *Logik des Territoriums* Anreize wie Ressourcen gemeint sind, die Territorien bieten und die daher die Begierde anderer auf sich ziehen. In diesem Fall macht es aber keinen Sinn, von der Logik des Territoriums zu reden. Denn Territorien und die dort vorhandenen Ressourcen sowie ihre Gebrauchswerteigenschaften haben keine eigene gesellschaftliche Logik. Sie sind erdgeschichtlich aus den Veränderungen der Erdkruste entstanden. Hier haben physikalische Prozesse und Logiken den Entstehungsprozess bestimmt. Sie wurden erst dann Gegenstand der Konflikte, der Kriege, der Usurpation, der kollektiven und privaten Aneignung, als menschliche Gemeinschaften und Staaten begannen, Territorien wegen ihrer nützlichen Natureigenschaften zu begehren und sich um deren Besitz zu streiten. Dieser Streit verschärfte sich am Ende des 19. Jahrhunderts, als die großen kapitalistischen Staaten Europas sich daran machten, die Welt unter sich aufzuteilen. Und er erreichte seinen historischen Höhepunkt nach der Machtergreifung des deutschen Faschismus, der den schon aufgeteilten Kuchen zugunsten Deutschlands neu verteilen wollte.

Hinter der von Harvey herausgestellten *Logik des Territoriums* verbirgt sich offensichtlich eine andere, vom Wollen und vor allem vom Können menschlicher Herrschaft abhängige Logik, die interessengeleitet darauf ausgerichtet ist, Territorien in Besitz zu nehmen. Diese Logik kann keine andere sein, als die *Logik der Macht*. Wenn Harvey von der Logik des Territoriums spricht, meint er eigentlich die Logik der Macht, d.h. die Eigentums- bzw. Staatsmacht. Gleichwohl dominiert im Imperialismus nach Harvey immer die Logik des Territoriums: »Was den Imperialismus kapitalistischen Einschlags von anderen Konzeptionen von Imperien unterscheidet, ist, dass hier typischerweise die kapitalistische Logik dominiert, auch wenn, wie wir noch sehen werden, zeitweise die territoriale Logik in den Vordergrund tritt.«⁴² Im weiteren Verlauf seiner Analyse der Beziehung zwischen

⁴¹ Arrighi/Silver 1999: 26ff.

⁴² Harvey 2005: 39.

beiden Logiken (Logik des Territoriums und Logik des Kapitals) findet man eine unpräzise und – wie auch im obigen Zitat – mit vielen Sprachfloskeln versehene Abhandlung imperialistischer Politik der Vergangenheit und Gegenwart, um daran anschließend zu resümieren, dass »jetzt offensichtlich (ist), dass die territoriale und die kapitalistische Logik in einem Zustand hoher Spannung existieren.«⁴³ Die begriffliche und analytische Unsicherheit, die vagen und ungenauen Aussagen und die Verwendung von Sprachfloskeln, die im Grunde im gesamten Text von *Der neue Imperialismus* zu finden sind, rühren m.E. von der das Werk wie ein roter Faden durchdringenden Dogmatik, die Dominanz der kapitalistischen Logik zum einzigen Deutungsmaßstab aller Ereignisse zu erheben, bei der Untersuchung der konkreten Sachverhalte jedoch permanent auf Widersprüche und Abweichungen von den eigenen normativen Erwartungen zu stoßen, die sich aus der dogmatisch festgelegten Annahme ergeben. Die methodische Unsicherheit zeigt sich bei Harvey auch, wenn er unreflektiert seine begrifflichen Instrumentarien ändert bzw. erweitert, wenn er nicht weiterkommt. Da sich die *Logik des Territoriums* beispielsweise für die Analyse regionaler Besonderheiten im Globalisierungsprozess als unbrauchbar erweist, erweitert Harvey kurzerhand seine Lieblingskategorie in »die politisch-territoriale Logik«.⁴⁴ Bei näherem Hinsehen wird aber klar, dass Harvey mit dieser Umschreibung eigentlich die Logik der Macht meint.

Wenn auch unbemerkt, liefert Harvey selbst in den weiteren Kapiteln seines Werkes einige Belege für die Machtautonomie im Kapitalismus, vor allem wenn er entlang seines *Raum-Zeit-Konzepts* nach den Ursachen der Regionalität (der regionalen Besonderheiten) fragt: »Und in bestimmten Fällen, für die Singapur das beste Beispiel ist, kann ein politischer Staat sich tatsächlich daranmachen, eine effektive und dynamische Regionalökonomie innerhalb seiner selbst aufzubauen, indem er die molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit innerhalb seiner Grenzen systematisch einbezieht. Wie inzwischen gut bekannt ist, ist ein attraktives Geschäftsklima höchstwahrscheinlich ein Magnet für den Kapitalstrom, und so scheuen Staaten keine Mühe, ihre eigene Macht zu vergrößern, indem sie Zufluchtsstätten für Kapitalinvestitionen einrichten.«⁴⁵ Unter Berücksichtigung von »Macht der vermittelnden Institutionen« liefert Harvey selbst, auch hier unbemerkt, einen weiteren anschaulichen Beleg für die Autonomie der Macht im Kapitalismus, indem er darlegt, wie unterschiedlich die

⁴³ Ebenda: 88.

⁴⁴ Ebenda: 103.

⁴⁵ Ebenda: 108.

ost- und südostasiatischen Staaten auf die Finanzkrise von 1997/98 reagieren: »Taiwan und Singapur waren durch starke staatliche Kontrollen und geschützte Finanzmärkte gegen Spekulationsströme abgeschirmt, wohingegen Thailand und Indonesien das aufgrund ihrer liberalisierten Kapitalmärkte nicht waren. Unterschiede dieser Art sind offensichtlich von großer Bedeutung. In diesem Fall legten sie fest, wer von einer brutalen Entwertung betroffen war und wer nicht.«⁴⁶

Ein »politischer Staat«, wie Harvey meint, der im Grunde ein Staat ist, der über entsprechende instrumentelle und soziale Mittel und somit über intern legitimierte Macht verfügt, ist ein Staat im globalen Kapitalismus, der sich deshalb der Logik des Kapitals widersetzt, weil er sich der Logik einer Macht bedienen kann, die unabhängig vom Kapital ist und nach eigenen Gesetzmäßigkeiten agiert. Die von Harvey genannten Beispiele Singapur und Taiwan – und auch die Gegenbeispiele Indonesien und Thailand – können beliebig um unzählige Beispiele erweitert werden. Länder wie Malaysia, Südkorea, Indien und teilweise auch Brasilien erreichen durch eine Importsubstitutionsstrategie schon jetzt den Anschluss zum hoch entwickelten Kapitalismus oder sind auf dem Weg dorthin. Genauso gibt es Gegenbeispiele: Das betrifft fast alle anderen afrikanisch-asiatisch-südamerikanischen rohstoffexportierenden Staaten, die mithilfe von IWF und WTO zur Exportproduktion getrieben wurden und zu willenslosen Rohstofflieferanten der Industrieländer geworden sind. Die einen mobilisierten die eigenen gesellschaftlichen Machtressourcen durch Demokratisierung, durch Stärkung der Gewerkschaften, durch Erweiterung und Vertiefung der inneren Legitimation der nationalstaatlichen Macht und entwickelten im Angesicht der Übermacht der entwickelten kapitalistischen OECD-Staaten und ihrer globalen Machtagenturen IWF und WTO eine eigene Gegenmachtstrategie. Und die anderen waren aus gänzlich unterschiedlichen internen und externen Gründen dazu nicht in der Lage und überließen ihr Schicksal der Logik institutionalisierter Machtagenturen der Mächtigen.

Für die Ausblendung der besonderen Funktion von Macht und Machtungleichheit für die erweiterte Reproduktion im Kapitalismus von heute sind auch Harveys Ausführungen zur Methode *ursprünglicher Akkumulation* heranzuziehen, die »in der historischen Geographie des Kapitalismus bis heute stark präsent sind«.⁴⁷ Harvey ist grundsätzlich darin zuzustimmen, dass die Kapitalakkumulation und die ursprüngliche Akkumulation in der gesamten Geschichte des Kapitalismus nebeneinander existieren und auch

⁴⁶ Ebenda: 127.

⁴⁷ Harvey 2005: 144.

miteinander verflochten sind. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus ist eine nationale und globale Einheit, die sich einerseits aus Sektoren, die durchkapitalisiert sind, und andererseits aus einem vielfältigen sozioökonomischen Umfeld, das noch nicht durchkapitalisiert ist, zusammensetzt und darauf wartet, kapitalisiert zu werden. Diese Einsicht ist durchaus nicht neu. Ernest Mandel hat sie in den 1960er Jahren sehr systematisch entwickelt.⁴⁸ Interessant sind allerdings Harveys Schlussfolgerungen aus diesem zutreffend beschriebenen Sachverhalt. Als Merkmale der ursprünglichen Akkumulation nennt Harvey u.a. die Vertreibung der Bauern und die Entstehung des landlosen Proletariats sowie die Privatisierung des Wassers in zahlreichen Ländern der Dritten Welt, die Unterdrückung alternativer Produktions- und Konsumformen, die Privatisierung staatlicher Industrien, die Übernahme der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, Börsengänge und gezielte Entwertung durch Inflation, die Neuaufteilung der Unternehmenswerte durch Fusionen und Aufkäufe, die zunehmende Schuldenbelastung, Betrügereien der Konzerne, die Enteignung von Vermögenswerten durch Kredit- und Aktienmanipulation, Patentierung und Lizenzierung genetischen Materials, das Ausrauben des Weltvorrats an genetischen Ressourcen etc.⁴⁹ Mit dieser Aufzählung einiger Merkmale soll die These der Enteignung durch Überakkumulation von Kapital, die wie ein roter Faden das gesamte Buch Harveys durchzieht, aus einem neuen Blickwinkel untermauert werden. Doch ist Harveys Versuch, die Akkumulation durch Enteignung dialektisch aus der Wechselwirkung zwischen Kapitalüberschuss und Methode der ursprünglichen Akkumulation zu begründen, auch nichts anderes als die Darstellung jenes im Grunde banalen und für den Kapitalismus auch typischen Prozesses der erweiterten Produktion, die er in verschiedenen Zusammenhängen mit neuen Begrifflichkeiten wiederholt.

Neu und politisch hoch interessant wäre allerdings aufzuzeigen, wie die dialektische Wechselwirkung im gegenwärtigen Stadium der erweiterten Reproduktion der Kapitalakkumulation stattfindet und mit welchen machtpolitischen, institutionellen und juristischen Methoden die dialektische Verschmelzung der Kapitalüberakkumulation und Kapitalisierung neuer, nicht kapitalistischer Sektoren und Gebiete vollzogen wird. Davon ist jedoch bei Harvey keine Spur zu finden. Die Verabsolutierung der Kapitalverwertungsmechanismen macht sich bei Harvey vielmehr immer wieder bemerkbar. Dadurch kann er die Verschmelzung von Kapital und seinem nichtkapitalistischen Umfeld einfach als einen zwangsläufigen Prozess von *Akkumulati-*

⁴⁸ Mandel 1967; ders. 1972: 319ff.

⁴⁹ Harvey 2005: 144ff.

on durch Enteignung unterstellen. Weshalb sollte beispielsweise auch ein Kapitalist, der durch Spekulationsgeschäfte, Steuerhinterziehung und sonstige Betrügereien oder aber durch Dumpinglöhne und Überausbeutung in der Dritten Welt – wo Gewerkschaften verboten sind – enorme Gewinne gemacht hat, die er für Neuinvestitionen nicht unbedingt braucht, nicht dafür verwenden, Privatjets, Luxusyachten oder -villen an jedem schönen Ort der Welt zu erwerben. Dieses überschüssige Kapital findet – wie dieses realistische Beispiel zeigt – also nicht automatisch seinen Weg in neue brachliegende Felder, in denen dann Akkumulation durch Enteignung stattfinden kann. Erst wenn der Staat den Weg z.B. durch Privatisierung öffentlicher Güter freigelegt hat, wenn der IWF die Liberalisierung und Deregulierung von Finanzmärkten durchgesetzt hat, hätte der Kapitalist die Möglichkeit, seinen Kapitalüberschuss neuen Akkumulationsfeldern zuzuführen, um neuen Profit zu machen, statt das Geld für Luxusgüter zu verwenden. Und es ist auch keineswegs selbstverständlich, dass der Staat bzw. die globalen Institutionen die Hindernisse für die Erweiterung der Kapitalakkumulation beseitigen. Dass sie es aber tun, ist eine politische Entscheidung und letztlich auch abhängig davon, wie machtpolitisch stark die Kapitalisten und wie machtpolitisch schwach die Opfer von neuen Enteignungen sind. Damit sind wir wieder bei der Frage von Macht und Machtungleichheit, die Harvey ausblendet, auf deren Analyse es aber gerade dann ankommt, wenn es darum geht, politische Gegenstrategien unterhalb der Systemfrage zu entwickeln.

Schließlich analysiert Marx die ursprüngliche Akkumulation im 24. Kapitel im ersten Band des *Kapital*⁵⁰ gerade unter Berücksichtigung der historisch besonderen Methoden, die jene Hindernisse beseitigten, die der Erschließung der nichtkapitalistischen Felder durch das Kapital im Wege standen. Diese Methoden waren ja bekanntlich Methoden des Kolonialismus bzw. des absolutistischen Staates, die alle aus Machtungleichheit resultieren. Es kommt – nimmt man die Marxsche Analyse der ursprünglichen Akkumulation ernst – auch jetzt darauf an, die historisch veränderten *Formen der Durchsetzung* der Akkumulation durch Enteignung zu analysieren. Da aber Harvey sich nicht um die Auflösung der komplexen Wechselwirkung von zwei unterscheidbaren Logiken, der Logik der Kapitalakkumulation und der Logik der Macht, bemüht, muss er sich mit Rosa Luxemburg wundern, warum die Phänomene so undurchsichtig bleiben: »Der Kapitalismus vereinigt in sich sowohl kannibalistische als auch räuberische und betrügerische Praktiken.

⁵⁰ Marx (1969): Das Kapital, 1. Band: 741-791.

Doch es ist, wie Luxemburg stichhaltig bemerkte, oft schwer, »unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses zu finden«. Die Akkumulation durch Enteignung kann auf vielfältige Weise ablaufen und vieles an ihrem *modus operandi* ist zufällig und geschieht aufs Geratewohl.«⁵¹

Exkurs: Missverständnis Marxscher Methode

Harvey unterliegt offensichtlich einem Missverständnis der Marxschen Methode der abstrakten Analyse von Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation, d.h. der Analyse der reinen ökonomischen Bewegungsgesetze, sozusagen unter laborähnlichen Bedingungen. *Das Kapital* von Marx besteht in weiten Strecken aus logischen Abhandlungen, hin und wieder auch aus historischen Analysen. Zahlreiche Kapitel im ersten Band, darunter vor allem *der Arbeitstag* (8. Kapitel) und die sogenannte *Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals* (24. Kapitel) sind historische Analysen. Dagegen sind seine Abhandlungen zu Gesetzen der Kapitalakkumulation im zweiten und dritten Band logischer Natur. Übersieht man den methodischen Unterschied zwischen logischer und historischer Analyse, so kann man Marx vor allem aufgrund seiner rein logischen Analysen, wie Harvey es tut, Zurückhaltung vorwerfen⁵² oder gar seine Analyse mit denen des »liberalen Projekts der klassischen politischen Ökonomie« gleichsetzen,⁵³ weil Marx seine Theorie auf denselben Annahmen aufbaut. »Diese Annahmen sind«, schreibt Harvey, »ungehindert funktionierende Wettbewerbsmärkte mit einer institutionellen Garantie des Privateigentums, individuelle Rechte, Vertragsfreiheit und zweckdienliche Strukturen des Rechts und der Staatsführung, garantiert durch einen »nicht-interventionistischen« Staat, der auch die Funktion des Geldes als Wertmaßstab und Zirkulationsmittel sicherstellt. Die Rolle des Kapitalisten als Warenproduzent und Händler ist bereits gefestigt und die Arbeitskraft hat sich in eine Ware verwandelt, die im Allgemeinen zu ihrem angemessenen Wert getauscht wird.«⁵⁴

Zunächst braucht die Ähnlichkeit der Marxschen mit den klassischen liberalen Annahmen der Kapitalakkumulation allein schon deshalb nicht zu verwundern, da beide Schulen sich auf denselben Gegenstand beziehen. Entscheidend sind aber die unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die beide Schulen daraus ziehen. Die Marxsche Methode legt nahe, die logische

⁵¹ Harvey 2005: 147.

⁵² Ebenda: 142.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Ebenda: 142.

Analyse der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wie des Wert- und des Kapitalakkumulationsgesetzes mit der historischen Analyse zu verbinden, d.h. in den historisch jeweils spezifischen sozialen und politischen Rahmen einzubetten, um konkrete Phänomene möglichst realitätsnah abzubilden. Beispielsweise können Preise und Werte drastisch voneinander abweichen. Sie können Monopolpreise sein und deutlich über dem Wert liegen. Sie können aber auch Dumpingpreise sein und deutlich unter dem Wert liegen. Im ersten Fall haben wir es mit übermächtigen Produzenten und schwachen Konsumenten und im zweiten Fall mit ohnmächtigen Produzenten und – wie im Nord-Süd-Handel – mit mächtigen Konsumenten zu tun. In beiden Fällen spielt die vom Kapital unabhängige Machtungleichheit eine wichtige Rolle.⁵⁵ Auch die Tatsache, dass die internationale Arbeitsteilung, nicht immer dem Postulat der komparativen Kostenvorteile folgend, allen Beteiligten Vorteile bringt, oft – z.B. im Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – der einen Seite Wohlstand und der anderen Seite Verelendung beschert, ist nicht auf das Wertgesetz und das darauf beruhende Gesetz der komparativen Kostenvorteile selbst – was oft auch marxistische Autoren übersehen –, sondern auf die Machtungleichheit zwischen Produzenten und Konsumenten zurückzuführen.⁵⁶ Die methodische Trennung der ökonomischen von den nicht-ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ist vor allem dann unverzichtbar, wenn die nicht-ökonomischen die ökonomischen in ihrer Wirkung, Form und in ihrem Verlauf – wie die beiden obigen Beispiele zeigen – substantziell verändern, weil sie – wie Macht und Machtungleichheit – einer eigenen, von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterscheidbaren Logik folgen. In der Neoklassik – um auf den Unterschied zur Marxschen Methode zurückzukommen – ist es inzwischen zur Regel geworden, die Gesetzmäßigkeiten mit der Realität zu verwechseln. Beispielsweise werden die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Öl ausschließlich als Ergebnis von Angebot und Nachfrage erklärt, weil sie nichtökonomische Faktoren, wie Macht, in der Regel ausblenden. Die Neoklassiker rechtferti-

⁵⁵ Die Frage, inwiefern Marx selbst Macht und Machtträger im Kapitalismus, die unabhängig von Kapitalverwertungsmechanismen existieren und auf diese in ihrem Sinne Einfluss nehmen, systematisch analysiert hat, bedarf einer gesonderten Untersuchung. Immerhin berücksichtigt Marx im dritten Band des *Kapitals* bei der Analyse der Grundrente eine vom Kapitalisten unabhängige und historisch aus dem Feudalismus in den Kapitalismus hinein gewachsene soziale Gruppe, nämlich die Eigentümer an Grund und Boden sowie an natürlichen Ressourcen, die allein kraft ihrer *Eigentumsmacht* an der Verteilung des Mehrwerts in Form von *Grundrente* partizipieren. Vgl. »Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente«, in: Marx (1969): Das Kapital. 3. Band: 627-922.

⁵⁶ Vgl. ausführlicher Massarrat 2007.

gen auch – um ein weiteres Beispiel zu nennen – Arbeitsteilung und Handel fast immer und ungeachtet der Rahmenbedingungen und Gegentendenzen als vorteilhaft für alle Beteiligten, weil die reine ökonomische Theorie dies postuliere.

Der richtige Kern an Harveys Argumentation ist, dass Marx seine logischen Abhandlungen, vor allem der Kapitalakkumulation, nicht mit der historischen Analyse verbindet. Für Harveys Annahme jedoch, dass Marx den entwickelten Kapitalismus von Methoden »wie Betrug und Gewalt« freispreche und diese »auf eine ursprüngliche Stufe verlege«, oder »um es mit Luxemburg zu sagen, als quasi ›außerhalb‹ des geschlossenen Systems Kapitalismus liegend« betrachtet,⁵⁷ gibt es allerdings keine überzeugenden Belege.

3. Vermengung von Akkumulations- und Verteilungsmechanismen

Beide methodischen Vereinfachungen in den kapitalismus- und imperialismuskritischen Beiträgen, die ich oben herausgearbeitet habe, implizieren zusammen eine dritte Vereinfachung durch eine Vermengung von Akkumulations- mit Umverteilungsmechanismen der produzierten Werte. Denn die Verabsolutierung der Verwertungsmechanismen und die Ausblendung von Machtungleichheit führen dazu, viele Umverteilungsvorgänge, die in der Distributionssphäre stattfinden, als unmittelbares Ergebnis der Akkumulationsvorgänge aufzufassen. Dies gilt für Umverteilungen von unten nach oben im nationalen Rahmen ebenso wie für internationale Aneignung der Wertschöpfung durch Umverteilung von Süden nach Norden. Dadurch werden eine Reihe von Aneignungsformen, die durch politische Reformen auch im Kapitalismus vermeidbar sind, in der Realität aber das Wohlstandsgefälle sowohl national wie international zugunsten der reichen Eliten und zulasten einer zunehmenden Verelendung von Milliarden Menschen vergrößern, zur Systemfrage und damit für die Tagespolitik als irrelevant eingestuft. Verteilungsvorgänge in der Akkumulationssphäre einerseits – d.h. die Verteilung der produzierten Werte zwischen Lohnarbeit und Kapital – und in der Distributionssphäre andererseits folgen aber ganz unterschiedlichen Logiken. Die Aufteilung der produzierten Werte in der Produktionssphäre folgt der Logik des Privateigentums an Kapital und dem Zwang der Arbeiter und Angestellten, ihre Arbeitskraft gegen Lohn bzw. Gehalt verkaufen zu müssen. In der Distributionssphäre findet in der Regel, sowohl innerhalb der

⁵⁷ Harvey 2005: 142f.

einzelnen Volkswirtschaften wie aber auch international, eine Neuverteilung der produzierten Werte im Sinne des Nullsummenspiels statt, die einer anderen Logik, der Logik von Macht und Machtungleichheit, folgt. Die Unterscheidung der ersten von der zweiten Form der Verteilung ist zur Analyse vor allem globaler Verteilungskonflikte unverzichtbar, da – wie ich im folgenden Kapitel ausführlich untersuchen werde – bei ihnen nicht Mechanismen der Kapitalakkumulation, sondern Macht- und Machtbeziehungen die zentrale Rolle spielen.

Ernest Mandel vermengt bei der Analyse von *Neokolonialismus und Ungleichem Tausch* in Kapitel XI des *Spätkapitalismus* in der Tat diese beiden Ebenen.⁵⁸ Nach Mandel finden Umverteilungsvorgänge bzw. *ungleicher Tausch* zum einen zwischen nationalen Sektoren und zum anderen zwischen Nationen statt. Zur Analyse und Erklärung des ungleichen Tauschs bzw. globaler Umverteilung geschaffener Werte bedient sich Mandel der Konstruktion eines globalen Akkumulationskreislaufs, in dem auch die Umverteilung als eine Variable der Kapitalakkumulation erscheint. Ich werde in Kapitel 2 auf die Inkonsistenz von Mandels Annahmen näher eingehen. An dieser Stelle reicht die Feststellung, dass dadurch sämtliche Umverteilungsvorgänge, die zwischen Produzenten, Händlern, Konsumenten und zwischen den Staaten stattfinden, nicht erfasst werden können, obwohl es zur Erfassung vielfältiger Umverteilungsvorgänge im globalen Zusammenhang gerade darauf ankommt, die zahlreichen speziellen Mechanismen, die die reichen Eliten reicher und die große Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen im Norden wie im Süden ärmer machen, herauszuarbeiten. Wird aber zwischen den Mechanismen der Kapitalakkumulation und den Mechanismen der Umverteilung innerhalb und zwischen den Nationen nicht unterschieden, letztere zur Variablen der ersteren erklärt, dann erscheinen auch alle im Kapitalismus im Grunde als behebbare geltenden unfairen Verteilungsvorgänge und Mechanismen als Probleme des Systems, die folgerichtig auch nur mit dem System selbst verschwinden.

Callinicos beschäftigt sich in seinem *Anti-Kapitalistischen Manifest* so gut wie nicht mit diesen Fragen. Dagegen analysiert Harvey in den Kapiteln 4 und 5 seines Werkes *Der neue Imperialismus* zwar Umverteilungsvorgänge, die er allerdings unter *Akkumulation durch Enteignung* subsumiert. Als Akkumulation durch Enteignung beschreibt Harvey zwei Vorgänge. *Erstens* die Ausdehnung der kapitalistischen Methoden der Profitmaximierung in den bisher noch nicht kapitalisierten Sektoren sowohl innerhalb einer Volkswirtschaft wie global. Dabei bedient man sich der Privatisierung als Waffe

⁵⁸ Vgl. Mandel 1972: 318ff.

der »Akkumulation durch Enteignung«, da die Staaten bei öffentlichen Gütern und die Produzenten in nichtkapitalistischen Sektoren in diesem Prozess enteignet werden.⁵⁹ Damit beschreibt Harvey durchaus nichts Neues, es handelt sich um die dem Kapital eigentümliche erweiterte Reproduktion, die nicht per se imperialistische Verlaufsformen annehmen muss. Dass das Kapital nach neuen Anlagesphären sucht, muss auch nicht zwangsläufig zu Privatisierung führen. Denn Privatisierung ist letztlich eine politische Entscheidung und eine Frage der Kräfteverhältnisse und der herrschenden Politikmuster. Privatisierungen können durchaus, wie zahlreiche Beispiele aus der Zivilgesellschaft sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern belegen, politisch verhindert werden, sofern entsprechende Allianzen gebildet werden, die stark genug sind.

Zweitens subsumiert Harvey auch alle Umverteilungsvorgänge, die durch Einsatz von Machtmechanismen und Gewalt durchgesetzt werden, unter *Akkumulation durch Enteignung*. Dazu gehören beispielsweise die aktuellen US-Kriege im Mittleren Osten. »Die Neokonservativen werden«, schreibt Harvey, »eine politische Ökonomie weiterführen, die auf der Akkumulation durch Enteignung beruht (und die Enteignung des irakischen Öls wird der eklatanteste mögliche Ausgangspunkt dafür sein), und absolut nichts tun, um den wachsenden Ungleichheiten, die die zeitgenössischen Formen des Kapitalismus hervorbringen, entgegenzuwirken.«⁶⁰ Der Irak-Krieg der USA ist bei genauerer Analyse jedoch weder das unmittelbare Resultat der Logik der Kapitalakkumulation noch der Logik der *Akkumulation durch Enteignung*, wie Harvey sie versteht. Er ist das Ergebnis der Hegemonialpolitik der USA, die mittels Hegemonialmacht, die selbst eine komplexe und netzwerkartige Struktur hat, vor allem das Ziel verfolgt, eine umfassende Umverteilung globaler Wertschöpfung in die USA zu kanalisieren und für möglichst lange Zeiten abzusichern.⁶¹

In der obigen Analyse der drei Problemkreise in den kapitalismus- und imperialismuskritischen Beiträgen einer großen Zahl marxistischer Autoren, die exemplarisch an Rosa Luxemburg, Ernest Mandel, Alex Callinicos und David Harvey dargestellt wurden, sollten methodische Probleme herausgestellt werden, die beachtliche politische Folgen haben und für die Entwicklung von Gegenstrategien von fundamentaler Bedeutung sind. Das Hauptproblem ist die Ausklammerung der Macht und Machtungleichheit und darauf beruhend die Vermengung von Akkumulations- mit Verteilungs-

⁵⁹ Ebenda: 155ff.

⁶⁰ Ebenda: 195f.

⁶¹ Ausführlicher dazu vgl. Kapitel 3 in diesem Buch.

und Umverteilungsvorgängen, die nur durch explizite Analyse von Macht- und Machtungleichheit als historischem Rahmen, in dem die Kapitalakkumulation stattfindet, erfasst werden können. Ohne diese Unterscheidung verschwinden konkrete Unterschiede zwischen Kapitalismus und Imperialismus. Einmal ist Kapitalismus gleichzeitig auch Imperialismus und ein anderes Mal entpuppt sich der Imperialismus als erweiterte Kapitalakkumulation. Im folgenden Kapitel wird dargestellt, dass Macht und Machtungleichheit als eine selbständige Sphäre neben dem Kapitalismus existieren, einer eigenen Logik folgen und die Verteilungs- und Umverteilungsvorgänge verändern, aber auch den Kapitalismus in der einen oder in der anderen Richtung formen.

Kapitel 2

Macht und Machtungleichheit im Kapitalismus

1. Machttheorien von Max Weber und Michael Mann

Die allgemein akzeptierte Definition von Macht, die in die internationale Diskussion zu Macht und Machttheorie Eingang gefunden hat, geht auf Webers Analyse politischer Gemeinschaften zurück: »Jede (nicht nur die ›staatliche‹) Rechtsordnung«, schreibt Weber, »wirkt durch ihre Gestaltung direkt auf die Machtverteilung innerhalb der betreffenden Gemeinschaft ein, die der ökonomischen Macht sowohl wie auch jeder anderen. Unter ›Macht‹ wollen wir dabei hier ganz allgemein die Chance eines Menschen oder einer Mehrzahl solcher verstehen, den eigenen Willen in einem Gemeinschaftshandeln auch gegen den Widerstand anderer Beteiligter durchzusetzen.«¹ Diese doch unspezifische Definition bedarf einer eingehenden Differenzierung, um Macht und Machtformen in ihrer vielfältigen Realität erfassen zu können.

In Anlehnung an Weber, Parsons, Durkheim und andere, nicht marxistische Klassiker, aber auch an Marx, liefert Michael Mann, ein international renommierter Machttheoretiker, in seinem zweibändigen Werk *Geschichte der Macht* neben einer umfassenden historischen Analyse der Macht auch die Grundlagen einer im Wesentlichen soziologischen Machttheorie. Mann unterscheidet zunächst zwischen *extensiver*, *intensiver*, *autoritativer* und *diffuser* Macht.² Als extensive Macht bezeichnet Mann das Vermögen, eine horizontal weiträumig große Zahl von Menschen mit einem Mindestmaß von Bindung zu organisieren, wogegen er die Fähigkeit zu einem vertikal straffen Zusammenschluss von Menschen mit starker Bindung als intensive Macht definiert. Der Unterschied zwischen autoritativer und diffuser Macht besteht für Mann in einer klaren Anweisung der Machthaber und im Gehorsam der Unterworfenen einerseits und einer spontanen, unwillkürlichen und

¹ Weber 1976: 531.

² Mann 1994: 24.

lockeren Beziehung zwischen Machthabern und Unterworfenen andererseits.³

Diese Unterscheidung ist zwar zur Illustration soziologischer Besonderheiten von Machtformen hilfreich. Beispielsweise ist gewerkschaftliche Macht intensiv, die hegemoniale Macht dagegen extensiv und diffus. Für die weitergehende Herleitung der Hauptquellen der Macht reicht diese Unterscheidung jedoch nicht aus. Daher widmet sich Mann den unter marxistischen und weberianerischen Soziologen gleichermaßen akzeptierten drei Arten von Machtorganisation, die inzwischen »den Rang einer dominanten deskriptiven Orthodoxie einnehmen.«⁴ Gemeint sind *Klasse*, *Status* und *Partei*. Michael Mann geht allerdings darüber hinaus und sieht zunächst in den Begriffskategorien *Klasse* die Verknüpfung mit Ökonomie und *Status* die Verknüpfung mit Ideologie. Ferner löst er die *Partei* im Unterschied zu Marx' und Webers Nachfolgern, die ganz allgemein Staatsapparat und politische Parteien einerseits, militärische Macht andererseits als eine Einheit ansehen, in *politische* und *militärische* Macht auf. Für Mann gibt es demnach also statt drei vier Grundtypen von Macht, die seiner Auffassung nach auch die vier Quellen und Organisationsformen von Macht sind.⁵ Manns vier Grundtypen von Machtquellen entsprechen einer logischen Systematik zur soziologisch-historischen Gesellschafts- und Staatsanalyse, die auch in seinem profunden Werk zur analytischen Richtschnur der historischen Analyse von Macht wird. Diese Macht-Typologie reicht m.E. allerdings für eine politökonomisch differenzierte Analyse der Herrschaft, und vor allem der diversen Formen der Verteilung und Umverteilung des produzierten Reichtums immer noch nicht aus, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens weil – wie ich es in diesem Buch versuche – davon ausgegangen werden muss, dass die Verteilungsvorgänge wie Aneignung, Enteignung, Neuverteilung des produzierten Reichtums und Externalisierung nicht allein durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten, sondern nur mit der Kombination dieser Gesetzmäßigkeiten mit der Logik von Macht in ihren vielfältigen und in modernen Gesellschaften entwickelten typischen Formen zu erfassen sind. Mit anderen Worten, ohne die politökonomische Analyse von Machtquellen und Machtfunktionen kommt die Kapitalismus- und Imperialismusanalyse und -kritik nicht aus.

Zweitens vernachlässigt Mann die kritische Analyse der Beziehung zwischen der ökonomischen Macht einerseits und nicht-ökonomischen Macht-

³ Ebenda.

⁴ Ebenda: 28.

⁵ Ebenda: 4ff.

formen andererseits. Offensichtlich geht Mann in seinem kausalen Modell der vier Hauptquellen der Macht⁶ stillschweigend von der funktionalen Gleichrangigkeit aller vier Quellen aus. Mann will es der empirischen Untersuchung überlassen, weil er Marx' materialistische Auffassung, dass Klassenbeziehungen alles andere bestimmen, nicht teilt.⁷ Dies ist auch nicht nötig, um strukturalistische Annahmen gelten zu lassen, dass Ökonomie und Macht historisch in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. Die übergroße Mehrheit der Marxisten geht von der Dominanz der Ökonomie aus. Im Folgenden gilt es, den Nachweis zu führen, dass Macht und Machtungleichheit, einer eigenen Logik folgend, ihrerseits auf die Ökonomie gestaltend und substanziell zurückwirken.

2. Versuch einer erweiterten Machttheorie: Primäre, sekundäre und legitimierende Machtquellen

»Die Wirtschaft ist alles, ohne die Wirtschaft ist alles nichts.« Über diese Aussage sind sich, ungeachtet gegensätzlicher Motive, dogmatische Marxisten, die die Rolle des Kapitals in der Gesellschaft verabsolutieren, und neoliberale Verfechter der Unternehmerfreiheit einig. Demgegenüber könnte der Slogan »Die Wirtschaft (das Kapital) ist nicht alles. Manches andere kann auch entscheidend sein« eher mit der Realität übereinstimmen. Der herausragenden Rolle der Ökonomie in der Gesellschaft, die Marx allgemein für den Kapitalismus und alle Gesellschaftsformationen, die dem Kapitalismus vorausgingen, herausstellt, stimme ich zu. Der Macht, die aus der Ökonomie, vor allem aus dem Eigentum an Produktionsmitteln und der Kontrolle der Produzenten herauswächst, kommt daher in allen Gesellschaftsformationen eine herausragende Stellung zu, da diese Macht als Grundlage für die primäre Form der Reichtumsproduktion und -verteilung ausschlaggebend ist. Deshalb bezeichne ich die ökonomische Macht, die Macht in der *Produktionssphäre*, als *primäre Macht*.

Grundsätzlich soll zwischen den Quellen und Formen einerseits und den Funktionen der primären Macht andererseits unterschieden werden. Die Quellen der primären Macht beruhen auf dem Eigentum an Produktions-

⁶ Mann 1994: 56ff.

⁷ »Die Schlüsse« – zu denen er aufgrund der Analyse typischer historischer Fälle gelangt –, schreibt Mann, »sollen im letzten Kapitel des zweiten Bandes zusammenfassend dargelegt werden. Wir werden dort sehen, dass Klassen zwar wichtig, aber nicht ›der Motor der Geschichte‹ sind, wie z.B. Marx es geglaubt hat.« Ebenda: 49.

mitteln und der Kontrolle der Produzenten. Daher sind auch die Formen dieser Macht in verschiedenen Gesellschaften abhängig von der Eigentumsform und den spezifischen Bedingungen, die die Kontrolle der Produzenten determinieren. In vorkapitalistischen Gesellschaften deckt sich die primäre Macht mit staatlicher Macht und physischer Gewalt als Zwangsmittel zur Herrschaftsabsicherung. Im Kapitalismus trennt sich einerseits die staatliche Macht von der ökonomischen Macht und andererseits die physische Gewalt von der strukturellen Gewalt. Die zentralen Funktionen der primären Macht bestehen erstens in der Herstellung der politischen, rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Reichtumsproduktion; zweitens in der primären Verteilung des produzierten Reichtums sowie drittens in der Absicherung der Herrschaft.

Von der primären Macht ist sowohl hinsichtlich der Quellen wie aber auch der Funktionen die *sekundäre Macht* zu unterscheiden. Diese grundlegende Machtform entsteht historisch im Zuge der sozialen Differenzierung und Entwicklung der horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung in modernen Gesellschaften und ist in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auch am weitesten differenziert. Sie beruht auf rechtlichen, institutionellen und kulturellen Ressourcen, die im Wesentlichen die Verteilung des produzierten Reichtums noch zusätzlich und jenseits der durch die primäre Macht vorgegebenen Reichtumsverteilung durch Umverteilungs-, Enteignungs-, Aneignungs- und Externalisierungsprozesse in der Regel zugunsten der Elite und der ohnehin Mächtigen in der Gesellschaft verändern. Deshalb ordne ich die Hauptquellen dieser Macht der *Distributionssphäre* zu. Im Unterschied zur primären Macht, die den Rahmen für Reichtum und Wertproduktion bildet, und damit also die Grundlage für ein *Plussummenspiel* darstellt, ist die sekundäre Macht (und ihre diversen Erscheinungsformen) ein Hebel von Umverteilung im Sinne eines *Nullsummenspiels*. Deutlich zu unterscheiden von den bisher genannten zwei Machtquellen ist die *legitimierende* Macht, die sich aus materiellen, traditionellen und kulturell-religiösen Werten einer Gesellschaft speist, und die nicht nur Quelle der Identität und Stabilität ist, sondern Macht und Machtungleichheiten verschleiert, moralisch rechtfertigt und sie politisch, aber auch – dadurch, dass sie die Gesetzgebung beeinflusst – rechtlich legitimiert. Im Schaubild »Quellen, Formen und Funktionen der Macht« sind alle drei Machtquellen sowie die insgesamt zwölf unterscheidbaren Machtformen dargestellt. Bevor diese Machtformen im Einzelnen näher beschrieben werden, sollen zunächst zwei besondere Eigenschaften, die allen Machtformen eigentümlich sind, herausgestellt werden.

Übersicht 1: Quellen, Formen und Funktionen der Macht

Quellen und Formen	Funktionen
Primäre Macht: Produktionssphäre	Produktion und Verteilung des Reichtums zwischen den Hauptklassen
<p>In der asiatischen Produktionsweise durch kollektives Eigentum an Grund und Boden sowie Wasserquellen</p> <p>Im europäischen Feudalismus durch Privateigentum an Grund und Boden und durch Leibeigene</p> <p>Im Kapitalismus durch Privateigentum an Produktionsmitteln</p> <p>In der sozialistischen Planwirtschaft durch kollektives Eigentum an Produktionsmitteln</p>	<p>Verteilung zwischen Staatsklassen und bäuerlichen Dorfgemeinschaften</p> <p>Verteilung zwischen Feudalherren und Leibeigenen</p> <p>Verteilung zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen: relative Mehrwertproduktion</p> <p>Verteilung zwischen Staatsklassen und Lohnabhängigen</p>
Sekundäre Macht: Distributionssphäre (besonders entwickelt in kapitalistischen Gesellschaften)	Umverteilung durch Enteignung, Aneignung und Externalisierung mit Hilfe von:
<p>Monopolistisches Eigentum an natürlichen Ressourcen*</p> <p>Staatliche Macht</p> <p>Militärische Macht</p> <p>Kontextuelle Macht</p> <p>Global institutionelle Macht (Internationaler Währungs fonds IWF, Welthandelsorganisation WTO)</p> <p>Hegemonialmacht</p> <p>Macht des Patriarchats</p> <p>Illegale Macht</p> <p>Intergenerative Macht</p>	<p>Pacht, Grundrente, Ressourcenrente</p> <p>Subventionen, Zölle, Steuern, Imperialismus mittels physischer Gewalt</p> <p>Monopol, Gewalt, Imperialismus</p> <p>Absolute Mehrwertproduktion</p> <p>Konstitution von Regeln, Normen, Programmen (z.B. Strukturanpassungsprogramme), strukturelle Gewalt</p> <p>Hegemoniale Rente</p> <p>Zugriff auf gesellschaftliche Ressourcen</p> <p>Steuerhinterziehung, Drogenhandel, Menschenhandel, Bestechung</p> <p>Machtmonopol</p>
Legitimierende Macht: Produktions- und Distributionssphäre	Legitimation der Verteilung und Umverteilung
<p>Kulturelle Macht</p> <p>Medienmacht</p>	<p>Definitionsmacht von Werte und Normen</p> <p>Ideologieproduktion und Allianz bildung</p>

* In vorkapitalistischen Gesellschaften fallen Eigentum an Rohstoffen und Eigentum an Grund und Boden zusammen.

Monopolisierbarkeit und Eigenständigkeit

Hinter allen drei Machtquellen und allen zwölf Machtformen verbirgt sich die Fähigkeit, gesellschaftliche Ressourcen, Instrumente und Regeln des menschlichen Zusammenlebens zu monopolisieren. Macht ist im Grunde genommen nichts anderes als die Fähigkeit zur Monopolisierung, die Weber nur unpräzise als »Chance« bezeichnet, »anderen den eigenen Willen« aufzuerlegen. Monopolisierung ist gleichzeitig auch Ausschluss. Genauso wie die Möglichkeit zur Monopolisierung eine Eigenschaft der Macht ist, wird durch den Ausschluss Machtungleichheit hervorgerufen. Insofern kann Machtungleichheit auf ungleiche Chancen zurückgeführt werden, gesellschaftliche Ressourcen zu nutzen. Ohne die Fähigkeit und Möglichkeit zur Monopolisierung des Grund und Bodens und des Kapitals entfielen beispielsweise auch die Grundlage für die ökonomische Macht und die Ausbeutung der Menschen durch die Eigentümer. Bei einer Vergesellschaftung natürlicher Ressourcen hätten Einzelne dagegen keine Möglichkeit mehr, diese zu monopolisieren und sich Kraft ihrer darauf beruhenden Macht zulasten der Konsumenten zu bereichern. Im Falle eines Weltstaates und einer universellen Vergesellschaftung der natürlichen Ressourcen würde auch einzelnen Staaten die Möglichkeit genommen, sich zulasten anderer Staaten Reichtümer anzuschaffen, die der Zufall der Natur ermöglicht. In einem Weltstaat verlören schlussendlich auch einzelne Staaten die Fähigkeit, andere Staaten zugunsten der eigenen Nation zu plündern, gegen sie Kriege zu führen etc. In einer idealtypischen Welt umfassender *Chancengleichheit*,⁸ und damit Beseitigung der Möglichkeit, gesellschaftliche Ressourcen, Instrumente und Regeln zu monopolisieren, verschwänden daher grundsätzlich alle Machtquellen und Machtformen, und die Demokratie würde dadurch eine neue, bisher unbekanntes Entwicklungsstufe erlangen.

Aus der Monopolisierbarkeit und der Ungleichheit von Chancen als Ursachen von Macht und Machtungleichheit folgt ihre *Eigenständigkeit* gegenüber der Ökonomie. Macht ist eine soziale Kategorie und Machtvermehrung beruht auf der Anhäufung des Reichtums, auf der Akkumulation von Machtinstrumenten, auf der Mobilisierung von sozialen und kulturellen Beziehungen und auf der Etablierung materieller und immaterieller Abhängigkeiten. Die Daseinsberechtigung der Ökonomie beruht auf dem Erhalt und der Vermehrung des Reichtums; sie unterliegt daher der Rationalität dieser gesellschaftlichen Aufgabe. In vorkapitalistischen Gesellschaften setzt diese Rationalität die Produktion eines Minimums an gesellschaftlichem Mehrprodukt voraus, das für die Fortexistenz der Gesellschaft und

⁸ Vgl. dazu Kapitel 5 in diesem Buch.

des Staates unabdingbar ist. Macht der Staat von seiner Macht, z.B. in Kriegzeiten, in einer Weise Gebrauch, die diese ökonomische Rationalität verletzt, dann ist eine Gesellschafts- und Staatskrise unvermeidlich.

Im Kapitalismus ist die ökonomische Rationalität die der Mehrwertproduktion und der Kapitalakkumulation. Auch hier folgen Ökonomie und Macht unterschiedlichen Rationalitäten. Durch Macht und Machtungleichheit kann die Verteilung und Neuverteilung des Mehrwerts nur in der Weise beeinflusst werden, dass die Grundlage der Mehrwertproduktion und Kapitalakkumulation unangetastet bleibt. Umgekehrt kann die Ökonomie in dem Umfang die Machtrationalität von sich abhängig machen, wie sie die Macht ökonomisch absichert. Die Macht selbst speist sich aber nur teilweise aus der Ökonomie. Sie speist sich auch aus sozialen und kulturellen Ressourcen, die ihr jene Potenzen verschaffen, um neben der Ökonomie autonom fortzubestehen. Macht kann Ressourcen monopolisieren, das Kapital unterliegt aber der Logik der Konkurrenz. Nur im Monopolkapitalismus wird die Konkurrenz ausgeschaltet, weil sich das Kapital, entgegen der eigenen Logik, der Logik der Macht bedient.

Die Reichweite der Machtintervention in die Ökonomie beschränkt sich auf Umverteilungsvorgänge im Sinne des Nullsummenspiels. Die Ökonomie, d.h. die Kapitalverwertung, folgt aber der komplexen Rationalität der Wertschöpfung und des Plussummenspiels. Beide Verhältnisse, Macht- und Kapitalverhältnis, sind demnach zwar selbständige Sphären, sie stehen allerdings auch in einer dialektischen Beziehung zueinander. Die Monopolisierung der Produktionsmittel (Grund und Boden, Kapital) ist einerseits ein Akt der Aneignung, sie ist gleichzeitig auch in Klassengesellschaften die Voraussetzung für Wertschöpfung und Kapitalakkumulation. Dies gilt auch für alle anderen Formen der Umverteilung und Aneignung von Ressourcen durch Macht, die der Akkumulation zugeführt werden können, aber nicht müssen. Das Ineinandergreifen beider Sphären der Aneignung und Wertschöpfung führt oft dazu, den Unterschied zu übersehen und die Wertschöpfung und Kapitalakkumulation – wie in Kapitel 1 ausführlich dargestellt – als übergeordnete Sphäre zu verabsolutieren.

David Harvey subsumiert in Anlehnung an Rosa Luxemburg beispielsweise alle historischen Formen der Aneignung vom kolonialistischen Raub bis zur Privatisierung öffentlicher Güter unterschiedslos unter *Akkumulation durch Enteignung*.⁹ Elmar Altvater geht weit über Harvey hinaus und unterscheidet vier Aneignungsformen im Kapitalismus: 1. Inwertsetzung, 2. absolute Mehrwertproduktion, 3. relative Mehrwertproduktion und 4.

⁹ Harvey 2005: 136ff.

Geopolitik und neuer Imperialismus.¹⁰ Altvaters Differenzierung dieser vier Aneignungsformen entspringt sicherlich der Erkenntnis, dass Harveys stereotype *Akkumulation durch Enteignung* die Zugänge zu den hochkomplexen Wertschöpfungs- und Verteilungsvorgängen eher zuschüttet und Perspektiven blockiert. Dennoch unterscheidet auch Altvater nicht zwischen den vielfältigen Formen der Aneignung und der Enteignung, so dass auch bei ihm letztlich alle Aneignungsformen als ausschließlich der Rationalität der Kapitalverwertung unterworfen erscheinen. Die unterschiedlichen Logiken entspringen der Logik der Wertschöpfung und Akkumulation einerseits und der der Umverteilung durch Machtungleichheit andererseits. Diese Unterscheidung ist unabdingbar, um Systembrüche zu identifizieren und mobilisierungsfähige Reformprojekte zu konzipieren. Und wir werden weiter unten in diesem Kapitel sehen, wie wichtig es ist, nicht nur zwischen Kapital- und Machtverhältnis und zwischen Aneignung, Enteignung und Externalisierung zu unterscheiden, sondern auch zwischen den zwölf funktional unterscheidbaren und praktischen Formen dieser gesellschaftlichen Reichumsproduktion und -verteilung.

Nach diesem Einschub soll die These der Selbständigkeit von Macht- und Kapitalsphären über die Analyse der Wurzeln ihrer unterschiedlichen Rationalitäten hinaus auch soziologisch begründet werden. Dies impliziert allerdings, dass Macht- und Kapitalbeziehungen unabhängig voneinander existieren, d.h. also auch dann Bestand haben werden, wenn eine von ihnen gänzlich verschwinden würde. Dies impliziert z.B., dass die Quellen der Machtungleichheit, die primären wie die sekundären, politisch überwunden werden können, ohne dass deshalb der Kapitalismus zusammenbrechen müsste. Dies impliziert auch umgekehrt, dass selbst nach einer, wie auch immer gearteten Auflösung des Kapitalismus die Machtquellen und -formen nicht automatisch mit dem Kapitalismus verschwinden müssten, sondern fortbestehen können.

Was die sekundäre Machtquelle und die Formen der Enteignung, Aneignung und Externalisierung im Kapitalismus betrifft, gibt es zwar historische, aber keine logischen Gründe dafür, weshalb sie trotz Kapitalismus durch umfassende Demokratisierung der Institutionen, durch weitestgehende Mitbestimmung, durch den Übergang zu einem Weltstaat und die Integration der Rechte künftiger Generationen in die Gegenwart, z. B. in die Charta der Vereinten Nationen und in den nationalen Verfassungen, nicht überwindbar sein sollten. Denn die Kapitalverwertung, d.h. Mehrwertproduktion, Konkurrenz und Profitmaximierung, kann auch dann stattfinden, wenn alle

¹⁰ Altvater 2006: 49-71.

in obigem Schema systematisierten Formen distributiver Ungerechtigkeiten beseitigt sind. Vielmehr dürfte die Kapitalakkumulation unter den Bedingungen distributiver Gerechtigkeit angesichts steigender Massenkaufkraft auf globaler Ebene sogar neue massive Schübe erhalten. Schwieriger dürfte es werden, sich vorzustellen, dass auch durch die Beseitigung der primären Machtquelle, nämlich des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Kapitalismus fortexistieren könnte. Bei näherem Hinsehen und durch Anstrengung der eigenen Fantasie ließe sich jedoch durchaus begründen, dass auch für einen Kapitalismus ohne Privateigentum keine logischen Einwände genannt werden können, wenn auch diese Perspektive an historischen Hindernissen, insbesondere am Widerstand der Kapitaleigentümer und ihrer Macht, scheitern könnte.

Mit dieser Perspektive ist allerdings nicht der allseits bekannte »Staatskapitalismus« im real existierenden Sozialismus der Sowjetunion oder der Volksrepublik China gemeint. Vielmehr ist es bei der Abstraktion von realhistorischen Hindernissen denkbar – und diese Art Abstraktion entspringt nicht einer idealistischen Denkweise, sondern sie entspricht der Marxschen Methode der Analyse von Gesetzmäßigkeiten, wie denen des Wertgesetzes – denkbar, dass das Privateigentum an Kapital in ein genossenschaftliches Eigentum überführt wird, und dass alle Genossenschaften sich dem Postulat und den Regeln eines universellen Gemeinschaftseigentums und den Rechten künftiger Generationen verpflichten, im Übrigen aber nach kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz, der Produktivitätssteigerung und Profitmaximierung wirtschaften. Gemeint ist also ein gezähmter, mit strengen moralischen Maßstäben, wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit, regulierter Kapitalismus, ohne expansionistische und imperialistische Triebe und mit einem menschlichen Antlitz. In einem derartigen Modell könnte der Kapitalismus – sofern meine These, dass es tatsächlich möglich ist, gilt – fortbestehen, obwohl allen Machtformen und -quellen die gesellschaftliche Grundlage entzogen ist.

Die Beantwortung der Frage aber, ob und unter welchen Bedingungen Macht und Machtungleichheit fortexistieren, obwohl der Kapitalismus abgeschafft worden ist, bedarf eigentlich keiner abstrakten Konstruktion. Wir kennen die Antwort durch viele historische Beispiele in diversen Formen des real existierenden Kapitalismus. Hier bildete die Machtungleichheit die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des Staates, obwohl das Privateigentum, kapitalistische Beziehungen der Konkurrenz, private Mehrwertaneignung und Profitmaximierung abgeschafft wurden. Und wie sich die Machtungleichheit im alten System nach dessen Zusammenbruch auf die Gestaltung der neuen kapitalistischen Gesellschaft auswirkte, kann

am besten in Russland nach 1990 studiert werden. Ehemalige Leiter großer Betriebe, Provinzbürokraten und Komsomol-Eliten nutzten geschickt ihre in den Institutionen des alten Systems entstandene Macht und neue selbst mitformulierte Rechtsgrundlagen und brachten die Vermögen bestehender Betriebe in ihren Privatbesitz. Ihr Hauptziel war und ist immer noch, nicht die erwirtschafteten Gewinne gemäß kapitalistischer Rationalität zu investieren, sondern den Löwenanteil davon zu konsumieren bzw. auf ihren Auslandskonten zu deponieren.

Im Folgenden sollen die Machtformen und Funktionen im Einzelnen näher beschrieben werden.

Zwölf Machtformen

Wie im Schema aufgelistet, handelt es sich zunächst um die zentrale primäre Machtkategorie durch Eigentum an Produktionsmitteln (im Folgenden unter 1), dann um neun sekundäre Machtformen, die sich in der Distributionssphäre auswirken (im Folgenden unter 2-10) sowie um zwei legitimierende Machtformen (im Folgenden unter 11 und 12). Die Differenzierung gesellschaftlicher Macht in zwölf Gruppen bedeutet nicht, dass es zwölf soziale Gruppen gibt, die in verschiedenen Sphären der Gesellschaft unabhängig voneinander agieren. Vielmehr gibt es zwischen ihnen personelle, ökonomische und organisatorische Überlappungen und Verbindungen. Die Differenzierung bezieht sich auf voneinander unterscheidbare Machtfunktionen mit jeweils spezifischen Auswirkungen auf die Produktions- und Distributionssphäre. Diese Differenzierung erweist sich nicht nur aus Gründen wissenschaftlicher Genauigkeit als notwendig, sondern auch mit Hinblick auf politische Allianzen und Strategien zur Überwindung einzelner Formen der Machtungleichheit wie der Machtungleichheit als Ganzes.

1. Gesellschaftliche Macht durch Eigentum an Produktionsmitteln

Diese zentrale Machtkategorie bildet die Grundlage für die Analyse aller Klassengesellschaften. Die materielle Basis dieser Machtform ist die Fähigkeit einer sozialen Gruppe, die historisch jeweils entscheidenden Produktionsmittel auf unterschiedliche Weise (z.B. durch Krieg, Erbfolge durch Dynastiebildung, Geldanhäufung etc.) zu monopolisieren. Die Hauptfunktion dieser Machtkategorie besteht in der Verfügungsgewalt, in der Kontrolle der Produzenten und in der Aneignung des Mehrprodukts sowie in der Aneignung des Mehrwertes im Kapitalismus. In vorkapitalistischen, d.h. orientalisches-asiatischen wie in europäisch-feudalen Gesellschaften fallen die Eigentumsmacht, Staatsmacht und kulturelle Macht weitestgehend zusammen. Im Grunde beherrscht hier die Eigentumsmacht alle Sphären der

Gesellschaft, einschließlich der Distributionssphäre. Darauf beruht z.B. auch die Einheit zwischen Staat und Religion. Im Kapitalismus muss dagegen als Folge der innergesellschaftlichen Arbeitsteilung auch funktional von diversen Machtformen ausgegangen werden. Die Eigentümermacht kann, wie im europäischen Feudalismus und im Kapitalismus generell, durch Privateigentum entstehen, sie kann aber auch, wie in orientalisch-asiatischen Gesellschaften der Antike und des Mittelalters sowie im realen Sozialismus, auf Kollektiveigentum an Produktionsmitteln beruhen. Die hier definierte Eigentümermacht unterscheidet sich wesentlich von Manns *ökonomischer Macht*, die er undifferenziert auf den gesamten ökonomischen Kreislauf (Produktion, Distribution, Konsum) bezieht.¹¹

2. Macht der Eigentümer an natürlichen Ressourcen

Diese Machtform sondert sich erst im Kapitalismus von der Eigentümermacht an Kapital ab. Dank ihrer Knappheit und Erschöpfbarkeit sind natürliche Ressourcen grundsätzlich monopolisierbar und wurden auch im Prozess der Entstehung kapitalistischen Eigentums durch soziale Gruppen (in der Regel durch Erbfolge aus dem Feudalismus) oder bei den Öl produzierenden Ländern in der Tradition orientalisch-asiatischer Produktionsweise durch Staaten monopolisiert. Die private oder kollektive Monopolmacht ist ein entscheidender Hebel zur Aneignung der Grundrente (bzw. Knappheitsrente), die zulasten aller Konsumenten einschließlich der Kapitalisten geht. Die Aneignung erfolgt in der Distributionssphäre dadurch, dass die Grundrente sich als zusätzlicher Kostenfaktor bei knappen natürlichen Gütern in den Konsumentenpreisen niederschlägt. Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz und Selbständigkeit aller Marktakteure richtet sich die Höhe der Grundrente nach der Zinshöhe auf den Kapitalmärkten.¹² Durch staatliche Intervention bzw. auf dem Weltmarkt durch politische, diplomatische und militärische Intervention kann jedoch die Höhe der Grundrente manipuliert werden. Die kapitalistischen Ölverbraucherstaaten haben es beispielsweise aufgrund der bestehenden globalen Machtungleichheit im gesamten 20. Jahrhundert geschafft, die Öl-Knappheitsrente zu ihrem eigenen Vorteil auf ein Minimum herabzudrücken und den Ölpreis auf ein möglichst niedriges Niveau zu senken.¹³

¹¹ Mann 1994: 49ff.

¹² Näheres dazu siehe Massarrat 1993: 76.

¹³ Näheres dazu siehe ebenda.

3. Staatliche Macht

Michael Mann definiert die staatliche Macht als »die Regelungen und den Zwang, die zentral gehandhabt werden und territorial begrenzt sind.«¹⁴ Im Kapitalismus beruht staatliche Macht allerdings auf einem Konsens zwischen den Hauptklassen. Der Staat kann mittels Steuer-, Subventions- und Zollpolitik Umverteilungen der geschaffenen Werte vornehmen und soziale Gruppen bereichern bzw. benachteiligen. Daher sind Kapitalisten wie Gewerkschaften in entwickelten Demokratien bestrebt, ihre jeweiligen Machtressourcen durch Einfluss auf den Staat zu vergrößern bzw. zu verteidigen. Die Gültigkeit von Manns Definition der staatlichen Macht beschränkt sich zudem auf innergesellschaftliche Beziehungen. In zwischenstaatlichen Beziehungen neigen die Staaten dazu, die eigene Wertschöpfung durch Aneignung fremder Wertschöpfungsquellen mittels nationalstaatlicher einschließlich militärischer Machthebel zu vergrößern. Derartige imperialistische Umverteilungs- und Aneignungsprozesse sind so lange möglich, wie das internationale System durch Machtungleichheit gekennzeichnet ist und strenge globale Regulierungen zum Schutz der machtschwachen Staaten fehlen. Insofern verliert Manns territorial beschränkte Definition ihre Gültigkeit. Sie bedarf jedenfalls einer Erweiterung um Territorien überschreitende Funktionen.

4. Militärische Macht

Nach Mann leitet sich die militärische Macht her »aus dem Bedürfnis nach organisierter physischer Verteidigung und ihrer Zweckdienlichkeit im Falle aggressiver Absichten. Sie weist intensive und extensive Elemente auf, denn sie betrifft einerseits Fragen von Leben und Tod und andererseits die Organisation von Verteidigung und Angriff über riesige geografische und soziale Räume hinweg. Diejenigen die, wie Militäreliten, ein Monopol auf militärische Macht haben, können relativ leicht auch kollektive und distributive Macht erlangen.«¹⁵

Ich schließe mich Manns Definition der militärischen Macht an, möchte aber ihre Funktion im globalen Aneignungs- und Umverteilungsprozess, in Verbindung sowohl mit staatlicher Macht (siehe oben) wie mit hegemonialer Macht (siehe unten), besonders hervorheben.

¹⁴ Mann 1994: 53.

¹⁵ Mann ebenda: 51.

5. Kontextuelle Macht

Die Hauptquelle der Aufteilung des produzierten Wertes zwischen Kapital und Lohnarbeit in Form von Mehrwert und Lohn ist die Eigentümermacht als primäre Machtquelle, wie oben unter 1 dargestellt worden ist. Im entwickelten Kapitalismus ist die Produktion des *relativen Mehrwerts* die dem Kapitalismus eigentümliche Form der Mehrwertproduktion. Marx spricht in diesem Zusammenhang von der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, weil soziale und technologische Umwälzungen sowie die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse die Voraussetzung für dauerhafte Produktivitätssteigerung, Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft und Mehrwertsteigerung darstellen, und weil die Hauptmasse der gesellschaftlichen Arbeit längst in den kapitalistischen Akkumulationsprozess integriert worden ist. Sofern Lohnabhängige einen Lohn erhalten, der dem Wert ihrer Arbeitskraft entspricht, kann Machtgleichgewicht zwischen Kapital und Lohnarbeit unterstellt werden.¹⁶

Die Höhe des Mehrwerts kann allerdings auch durch Veränderung dieses Machtgleichgewichts, also kontextuell, beeinflusst werden. In Perioden der Vollbeschäftigung steigt die Kampfkraft der Gewerkschaften, die auch ihren Spielraum erweitert, den Lohn über das normale Niveau hinaus zu erhöhen und den Mehrwert zu senken. Umgekehrt kann die Kapitalseite – was wesentlich häufiger vorkommt – unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit und sinkender Kampfkraft der Gewerkschaften das Lohnniveau unterhalb des Wertes der Arbeitskraft (Dumpinglohn) senken und/oder durch Verlängerung der Arbeitszeit den Mehrwertanteil erhöhen. Die dabei durchgesetzte Veränderung des Mehrwertanteils in allen diesen Fällen muss auf die Veränderung des Machtgleichgewichts zugunsten der einen oder der anderen Seite zurückgeführt werden. Bei der Differenz handelt es sich um Umverteilung. Im Falle von Dumpinglöhnen bzw. von Verlängerung der Arbeitszeit wird der relative Mehrwert zusätzlich durch den *absoluten Mehrwert* erhöht.

Die absolute Mehrwertproduktion ist die typische Form der Mehrwertproduktion im Zeitalter der klassischen Phase der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, als das Kapital dank des Überflusses an nicht organisierter Arbeitskraft und der unverhältnismäßigen Machtungleichheit in der historisch privilegierten Position war, ohne technologische Veränderung und große Investitionen die Löhne auf das Niveau von Hungerlöhnen zu senken

¹⁶ Dieses Machtgleichgewicht ist nicht identisch mit Machtgleichheit, da im Kapitalismus durch das Monopol an Kapital (primäre Macht) zwischen Kapital und Lohnarbeit grundsätzlich Machtungleichheit besteht.

und den Mehrwertanteil *absolut* zu steigern. Die Sklavenarbeit in den kapitalistischen Plantagen der Kolonien, die auf Zwang, d.h. der größtmöglichen Machtüberlegenheit des Kapitals beruhte, war die barbarischste Form der absoluten Mehrwertproduktion. Im gegenwärtigen Prozess der neoliberalen Globalisierung gelang es der Kapitaleseite, mit einer konzertierten Aktion den global zunehmenden Überfluss von Arbeitskraft in allen Teilen der Welt für eine signifikante Verschiebung des globalen Machtgleichgewichts zwischen Kapital und Lohnarbeit zu nutzen, um die Wiedereinführung der Methode der absoluten Mehrwertproduktion auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern durchzusetzen. Instrumente neoliberaler Globalisierung, wie Liberalisierung der internationalen Kapital- und Finanzmärkte und des internationalen Handels, dienten u.a. auch dazu, unter Ausnutzung der direkten globalen Konkurrenz, die Ohnmacht hunderter Millionen Arbeitskräfte in weniger entwickelten, bevölkerungsreichen Regionen, die sich mangels freier Gewerkschaften nicht wehren können, und mittels Drohung mit Exitoptionen – einem mächtigen Hebel für ein dauerhaftes Machtungleichgewicht zulasten der Arbeit – auch im kapitalistisch entwickelten Teil der Welt zu nutzen. Die wachsende Machtungleichheit zwischen Kapital und Lohnarbeit auf globaler Ebene ist die Quelle der zusätzlichen Aneignung durch Umverteilung.

6. *Global institutionelle Macht*

Im Unterschied zu den früheren imperialistischen und auf physischer Gewalt beruhenden Umverteilungsvorgängen zwischen den Staaten finden Umverteilungen im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung mithilfe von institutionalisierter, d.h. auf struktureller Gewalt beruhender Machtungleichheit zwischen hoch entwickelten und nicht entwickelten kapitalistischen Staaten, zwischen »Nord und Süd« statt. Die Welthandelsorganisation WTO und der Internationale Währungsfonds IWF gehören zu den wichtigsten globalen Institutionen dieser Art. Die WTO verfolgt entsprechend der liberalen Postulate offiziell das Ziel, den Wohlstand durch Liberalisierung des Welt Handels weltweit zu vermehren. In der Praxis kommen Wohlstandseffekte im Wesentlichen jedoch den entwickelten OECD-Staaten zugute, während Entwicklungsländer in der Regel Wohlstand einbüßen. Dies ist auf diskriminierende Regeln, intransparente Entscheidungsstrukturen, separate Handelsabkommen, Spaltung der Entwicklungsländer und ungleiche personelle und materielle Interventionsressourcen zurückzuführen.¹⁷ Während die

¹⁷ Näheres vgl. u.a.: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 142ff.; Georg 2002; Berthelot 2005; Bhagwati 2006.

WTO-Regeln die Entwicklungsländer zur vollständigen Liberalisierung der Importe verpflichten, schützen sie durch zahlreiche Ausnahmeregelungen die Märkte der entwickelten kapitalistischen Staaten (insbesondere die Agrar- und Textilmärkte) vor den wettbewerbsfähigen Anbietern aus Entwicklungsländern. Hinzu kommt, dass die WTO auch Exportsubventionen der Industriestaaten, die diese für ihre nicht wettbewerbsfähigen Produkte leisten, ganz im Widerspruch zu den eigenen liberalen Postulaten toleriert. Die Folgen sind Überproduktion sowie Preis- und Lohnsenkung als Strafe dafür, dass Entwicklungsländer in Teilbereichen wettbewerbsfähig sind. Letztlich verlieren diese Länder Wohlstand, während die Industrieländer durch freie Fahrt für Billigimporte ihren Wohlstand vermehren.

Der IWF ist die wichtigste globale Finanzinstitution und wurde ursprünglich zur Stabilisierung der Finanzmärkte im Zuge der Flexibilisierung der Wechselkurse eingerichtet. Inzwischen wurde er funktional u. a. auch in den Dienst der Verbilligung von Exporten der Entwicklungsländer in die Industriestaaten gestellt. Dies erfolgt mittels der »Strukturanpassungsprogramme« (SAP), deren Hauptzweck darin besteht, die zunehmende Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer durch Exportförderung abzubauen.¹⁸ Die SAP führen in der Regel ebenfalls zu Überproduktion sowie Preis- und Lohnsenkung bei Exportwaren, insbesondere bei Rohstoffen. Statt steigender Exporteinnahmen und Schuldenabbau für die Entwicklungsländer, gelangen Industriestaaten in die privilegierte Position, Wohlstandseffekte über strukturelles Dumping in die eigenen Volkswirtschaften zu kanalisieren. Umfangreiche Untersuchungen belegen, dass SAP – im Gegensatz zu offiziellen Verlautbarungen des IWF – in den Entwicklungsländern die Armut nicht bekämpft, sondern zusätzlich produziert haben.¹⁹

7. Hegemonialmacht

Die Hegemonialmacht beruht auf der Vormachtstellung eines Staates gegenüber anderen Staaten, die sowohl Freiwilligkeit als auch Zwang und Gewalt einschließt. Die Freiwilligkeit kennzeichnet die hegemoniale Beziehung zu Partnern mit großer Übereinstimmung von gemeinsamen Interessen und Werten und stützt sich auf eine formale Gleichberechtigung und die Anerkennung der politischen, kulturellen, ökonomischen und militärischen Überlegenheit des Hegemons. Hier geht die Hegemonie über die blo-

¹⁸ Der »Konsens von Washington« steht für eine Strategie der institutionellen Anpassung der Ökonomie der Entwicklungsländer an die Bedürfnisse der Industriestaaten. Näheres zu Instrumenten des »Konsens« vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 74.

¹⁹ Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 2002.

ße Einflussnahme hinaus, sich mittels diverser verborgener Machtressourcen und unsichtbarer Abhängigkeiten Vorteile zu verschaffen, sie endet aber unterhalb der Schwelle unmittelbarer Herrschaftsausübung. Zwang und Gewalt sind dagegen Erscheinungsformen der hegemonialen Beziehungen mit Staaten, die über bedeutende Ressourcen von strategischer Relevanz verfügen, und die bei Bedarf auch durch Gewalteinsatz den Hegemonialstrukturen untergeordnet werden können. Das ökonomische Ziel der Hegemonialmacht ist die dauerhafte Aneignung der Hegemonialrente.²⁰

8. *Macht des Patriarchats*

Die Macht des Patriarchats ist eine immer noch sowohl in vordemokratischen wie in demokratischen Gesellschaften existierende Machtform mit einem traditionell verwurzelten Verhaltensmuster der Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen. Durch ihren Machtvorsprung haben Männer in allen Ländern und innerhalb aller sozialen Klassen einen deutlich besseren Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, wie Einkommen, Bildung, Gesundheit und zu wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Institutionen. Zur Messung von Geschlechterbenachteiligung entwickelte das United Nations Development Programme (UNDP) zwei Messverfahren: erstens den Gender Development Index (GDI) und zweitens den Gender Empowerment Measure (GEM). Der GDI wird aus geschlechtsspezifischen Werten des Human Development Index (HDI) abgeleitet. Er zeigt, dass die HDI-Werte (Einkommen, Gesundheit und Bildung) für Frauen in allen Weltregionen niedriger sind als für Männer. Der GDI betrug 1995 zwischen 0,9 (Industrieländer) und 0,35 (Sub-Sahara). Noch größer ist das Ausmaß der Geschlechterungleichheit, wenn die Teilhabe von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durch GEM gemessen wird, der bei Frauen weltweit deutlich niedriger war. Er betrug 1995 zwischen 0,65 (Industrieländer) und 0,27 (Arabische Staaten).²¹ Was sich statistisch in niedrigeren GDI- und GEM-Werten niederschlägt, ist nichts anderes als eine Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen durch Umverteilung, die Männer dank ihres Machtvorsprungs quer zu allen anderen vertikalen und horizontalen Umverteilungsvorgängen innerhalb und zwischen den Staaten durchsetzen.

²⁰ Ausführlicher dazu siehe »Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen« in Kapitel 3 dieses Buches.

²¹ Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 309ff.

9. *Illegale Macht*

Sie beruht auf der systematischen Unterminierung bestehender Gesetze mit dem Ziel, sich gesellschaftliche Ressourcen ohne Gegenleistungen zulasten der Gemeinschaft anzueignen. Dieses im allgemeinen Sprachgebrauch als Korruption bezeichnete Phänomen ist zwar nicht neu, hat sich jedoch im Zuge der neoliberalen Globalisierung (durch Liberalisierung und Deregulierung) dramatisch verschärft. Durch organisierte Kriminalität werden inzwischen beträchtliche Anteile des Weltsozialprodukts in der Regel zuungunsten der ohnehin benachteiligten sozialen Gruppen umverteilt und illegal angeeignet. Die häufigsten Formen der Aneignung durch illegale Macht sind Steuerhinterziehung, Handel mit Menschen und Drogen sowie Bestechung. Nach Schätzungen von Transparency International fließen allein im Zusammenhang mit dem internationalen Handel jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar in die Bestechung von öffentlichen Bediensteten.²² Das Office for Drug Control and Crime Prevention (UNODCCP) gibt für die späten 1990er Jahre an, dass der Drogenhandel einen jährlichen Umsatz von 400 bis 500 Milliarden US-Dollar erreiche.²³ Das eigentliche Ausmaß der illegalen Aneignung durch Umverteilung lässt sich jedoch am besten am Umfang der Geldwäsche erkennen, der ebenfalls als Folge der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte gestiegen ist und unvorstellbare Höhen erreicht hat. Nach verschiedenen Schätzmethode n beträgt die Geldwäsche beispielsweise in Deutschland zwischen 2% und 11% des Bruttoinlandsprodukts. Für Japan beträgt sie zwischen 4% und 15%, für Italien zwischen 10% und 34% und für die Vereinigten Staaten zwischen 4% und 34% des Bruttoinlandsprodukts.²⁴

10. *Intergenerative Macht*

Die Quelle dieser Machtform ist die mangelnde moralische Verantwortung der heutigen gegenüber den künftigen Generationen, die ihre Interessen gegenüber den heute lebenden Menschen ja nicht vertreten können. Zwar überlassen alle Generationen den folgenden ihre materiellen und kulturellen Ressourcen; sie sind aber auch in der Lage, die Lebensgrundlage der kommenden Generationen durch Übernutzung der natürlichen Ressourcen und Belastungen wie atomaren Müll massiv zu beeinträchtigen. Anstatt die Kosten der Naturschädigungen in die heutigen Produktions- und Konsummuster zu internalisieren und einen Teil der eigenen Ressourcen für die

²² Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 136f.

²³ OGD 1998.

²⁴ Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 79f.

Wiederherstellung der natürlichen Produktivitätspotenziale zu verwenden, externalisieren heutige Generationen die Kosten, die sie verursachen, in die Zukunft. Sie erhöhen so ihren Wohlstand aufgrund der Machtungleichheit durch Aneignung, indem sie künftigen Generationen Ressourcen vorenthalten.²⁵

11. Kulturelle Macht

Die Kultur umfasst alle für die Sinnggebung und Identifikation wichtigen religiösen und moralischen Werte, Normen, Verhaltensweisen sowie für die Kommunikation und emotionale Artikulation notwendigen Medien wie Sprache, Musik und Kunst, im weitesten Sinne auch wissenschaftliche Erkenntnisse. Mit kultureller Macht ist hier die Fähigkeit gemeint, das Recht auf Sinnggebung und Interpretation von Werten und Normen (Kultur im engeren Sinne) zu monopolisieren und dadurch Hierarchien (z.B. das Kastensystem, Geschlechterdiskriminierung etc.), Herrschaft, Ausbeutung, Aneignungs- und Umverteilungsvorgänge sowie Kriege zu legitimieren. Die kulturelle Macht ist die Basis für kulturelle Hegemonie im Sinne der Verinnerlichung der Herrschaft. Mittels kultureller Macht können auch niedere ethnische und gruppenspezifische Instinkte mobilisiert sowie Feindbilder konstruiert werden, die ebenfalls zur Rechtfertigung konflikträchtiger und destruktiver Handlungen dienen. Huntingtons *Kampf der Kulturen* kann als Versuch interpretiert werden, die durch Kolonialismus und Imperialismus entstandenen globalen Ungleichheiten zu rechtfertigen und darüber hinaus auch in die Zukunft zu verlängern.

12. Medienmacht

Medien sind für freie Meinungsbildung und Demokratieentwicklung unverzichtbar. Über Medien können Demokratisierung, Gerechtigkeit, Frieden und Kooperation gefördert, aber auch massiv beeinträchtigt werden. Medien transportieren grenzüberschreitend Ideologien, Werte, Verhaltensmuster, Feindbilder etc. Macht über Medien zu erlangen, stellt daher einen besonderen Anreiz dar. Medienmacht entsteht, wenn es Individuen, sozialen Gruppen, Institutionen gelingt, wichtige Medien zu monopolisieren. Dies kann sowohl durch ökonomisch bedingte Medienkonzentration und institutionelle Monopolisierung erfolgen, wie aber auch durch den gezielten Zugang zu Informationsquellen bzw. die Besetzung von Schlüsselfunktionen sowohl in privaten wie in öffentlichen Medien erreicht werden. Dazu haben in der Regel reiche Eliten, kapitalkräftige Gruppen und einflussreiche Krei-

²⁵ Vgl. auch Exkurs 1 »Kostenexternalisierung« in diesem Kapitel.

se unvergleichbar bessere Möglichkeiten. Medienmacht ist für hegemoniale Allianzbildung innerhalb einer Gesellschaft wie global zur Durchsetzung von wirtschafts- und sozialpolitischen Politikmustern, zur Aufrechterhaltung bzw. zum Ausbau von Privilegien, zur Ideologieverbreitung, zur Legitimierung von unfairen Verteilungsvorgängen sowie zur Konsensbildung und Legitimierung von Kriegen inzwischen zu einem entscheidenden Machtinstrument geworden. Medienmogule, wie Rupert Murdoch oder Silvio Berlusconi, können sogar die Politik ganzer Nationen in ihrem ganz persönlichen Interesse lenken.

Moralische Macht

Die oben dargestellten zwölf Machtformen stehen im Zeichen der Aufrechterhaltung bzw. Vertiefung bestehender Herrschafts-, Eigentums- und Distributionsbedingungen sowie der kolonialen und hegemonialen Privilegien. Sie werden alle materiell oder institutionell reproduziert. Eine weitere Machtform, die von besonderer Relevanz ist und unter die drei Kategorien der primären, der sekundären und der legitimierten Machtformen nicht subsumiert werden kann, ist die *moralische Macht*. Die Quellen dieser Machtform sind Glaubwürdigkeit und Charisma, also immaterielle Faktoren. In der Regel sind es historische Persönlichkeiten, die beide Eigenschaften verkörpern und kraft dieser Eigenschaften die Fähigkeit besitzen, mächtige Barrieren zu überwinden oder gar bestehende Machtverhältnisse zu erschüttern. Herausragende Beispiele dafür sind Mahatma Gandhi, Mohammed Mossadegh und Nelson Mandela, die kraft ihrer moralischen Macht Herrschaftsverhältnisse, die materiell fundiert waren, verändert haben. Gandhi gelang es durch zivilen Ungehorsam, den britischen Kolonialismus in Indien zu beenden. Mandela eroberte dank seiner Glaubwürdigkeit und seines Charismas die Herzen der schwarzen Bevölkerung in Südafrika für eine Politik der Versöhnung und beendete das Apartheidsystem aus dem Gefängnis heraus. Mossadegh brachte es als Politiker ohne Partei und ohne Einfluss in den Machtinstitutionen fertig, den über alle nur denkbaren Machtmittel verfügenden Herrscher Irans, Schah Reza Pahlewi, in die Flucht zu jagen. Europa verfügt dank der Integrationsleistungen europäischer Staaten im letzten halben Jahrhundert über beträchtliche moralische Macht, um die militärisch-unilateralistische Weltordnung in Richtung einer multilateralen Weltordnung zu verändern. Ihm fehlt es aber offensichtlich an politischen Persönlichkeiten, um die moralische Macht mobilisieren zu können.

3. Exkurse

Exkurs 1: Kostenexternalisierung

Die Aneignung von Reichtümern durch Umverteilung aufgrund der Machtungleichheit und zulasten anderer Personen, sozialer Gruppen oder Nationen ist gleichzeitig eine Externalisierung von Kosten. Denn höherer Wohlstand durch distributive Aneignung und Umverteilung ist Einsparung von Kosten, die im Falle von Wohlstandssteigerung durch eigene Leistung entstanden wären. Diese Kosten entstehen zulasten aller Benachteiligten sowohl der jetzt lebenden wie der künftigen Generationen in ihrer Gesamtheit. Insofern sind alle Arten der Aneignung fremder Leistungen und Ressourcen mittels außerökonomischer Hebel gleichzeitig Kostenexternalisierungen. Dies gilt für den gewaltsamen Raub und die Plünderung der Reichtümer in Kolonien, für den Einsatz von Sklaven bzw. von Arbeitskräften mit Dumpinglöhnen in den Plantagen genauso wie für die Aneignung mittels unfairer Preise im internationalen Handel. Auch die Überausbeutung natürlicher Ressourcen und Belastungen der Umwelt sind Aneignung von Wohlstand in der Gegenwart wie die Externalisierung von Kosten in die Zukunft zulasten künftiger Generationen. Die neoklassische Umweltökonomie erkennt inzwischen die letztere Form der Externalisierung an. Die Kostenexternalisierung durch Umweltbelastungen bietet einen methodisch wichtigen Anknüpfungspunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden ökonomischen Schulen über alle Formen der Kostenexternalisierung und die global asymmetrischen Umverteilungsvorgänge.

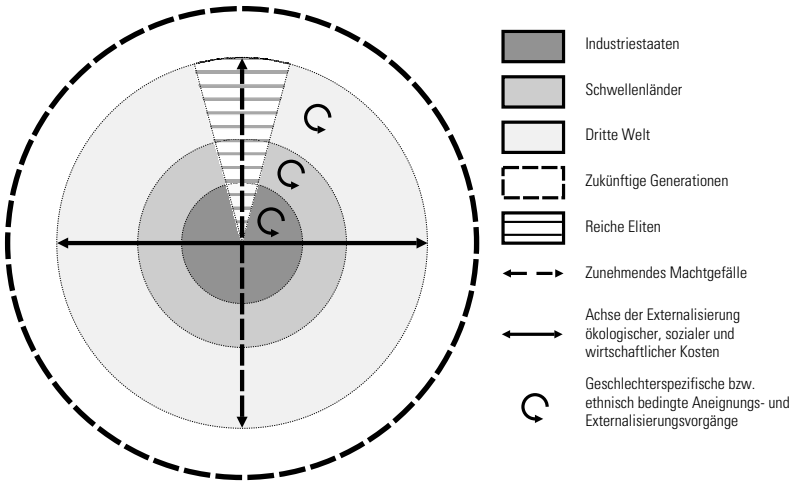
In der neoklassischen Umweltökonomie ist es inzwischen unstrittig, dass »externe Kosten als eine der wesentlichen Ursachen der Umweltzerstörung in marktwirtschaftlichen wie planwirtschaftlichen Systemen angesehen werden müssen.«²⁶ In Abgrenzung zur Neoklassik misst die *institutionelle Ökonomie* dem Phänomen externer Kosten deutlich größere Bedeutung bei. William Kapp, der Begründer dieser Schule, hat dazu erste zukunftsweisende Überlegungen angestellt, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Externalisierte Kosten sind nach Kapp »alle direkten und indirekten Verluste, die Drittpersonen oder die Allgemeinheit als Folge einer uneingeschränkten wirtschaftlichen Tätigkeit zu tragen haben. Die Sozialkosten können in Schädigung der menschlichen Gesundheit, in der Vernichtung oder Verminderung von Eigentumswerten und in der vorzeitigen Erschöpfung von Naturschätzen zum Ausdruck kommen.«²⁷ Unter Berücksichti-

²⁶ Wicke 1993: 43ff.

²⁷ Kapp 1979: 10.

Abb. 1: Globale Externalisierungs- und Aneignungsstruktur



gung vielfältiger ökologischer und sozialer Kosten können externalisierte bzw. externalisierbare Kosten in Erweiterung der Kapp'schen Formulierung aufgefasst werden »als soziale und ökologische Kosten, die von Individuen, sozialen Gruppen und Nationen verlagert werden auf die Allgemeinheit, andere soziale Gruppen, Nationen und künftige Generationen, um den eigenen Wohlstand und ökonomisches Wachstum über das Ergebnis von eigenen Leistungen und eigener Produktivität hinaus zu steigern.«²⁸

Diese allgemeine Definition ermöglicht im Grunde die Beschreibung aller Formen und Vorgänge der Externalisierung nicht nur im Kapitalismus, sondern auch in vor- und postkapitalistischen Gesellschaften. Tatsächlich fand Externalisierung statt, bevor das Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis zur dominierenden Grundlage der Reichtumsproduktion und -verteilung wurde. Externalisierung kann vor, neben und jenseits des Kapitalismus stattfinden. Sie ist eine Umverteilungs- und keine Reichtumsproduktionsstrategie, ein Nullsummen- und kein Plussummenkonzept. Kostenexternalisierung findet in zwei Richtungen statt. Zum einen werden reale soziale bzw. ökologische Kosten zulasten Dritter verlagert; zum anderen werden eigene Kosten durch Aneignung, durch Raub bzw. unsichtbare Umverteilungsmechanismen (Märkte, Preise, globale Institutionen) gesenkt. Kostenexternalisierung findet, wie in Abb. 1 veranschaulicht, entlang der historisch ent-

²⁸ Massarrat 1997; derselbe 1999: 286f.

standenen Machtachsen in räumlich horizontaler wie gesellschaftlich vertikaler Richtung statt: *horizontal* von Industrie- zu Entwicklungsländern und sozial von reichen Eliten hin zu ärmeren Bevölkerungsschichten, *ethnisch* von dominanten Gruppen zu Minderheiten, geschlechtsspezifisch von Männern zu Frauen und *universal* von gegenwärtigen zu künftigen Generationen.

Auf der Grundlage der Mechanismen von Externalisierung und Aneignung durch Machtungleichheit können soziale Gruppen und Staaten mit größeren Machtpotenzialen einen deutlich höheren Wohlstand erzielen, der für sie allein durch eigene produktive Leistung nicht erzielbar wäre. Die quantitative Erfassung der Externalisierungs- bzw. Umverteilungsvorgänge ist grundsätzlich möglich. Bisher wurden durchaus ernsthafte Anstrengungen in dieser Richtung unternommen, die sich jedoch auf die monetäre Erfassung von Umweltschäden beschränken.²⁹

Im Großen und Ganzen sind zwei Hauptformen der Kostenexternalisierung zu unterscheiden: (a) *Externalisierung von sozialen Kosten* und (b) *Externalisierung ökologischer Kosten durch kostenlose Belastung der Umwelt sowie Externalisierung durch kostenlose Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe*. Es handelt sich dabei um die zentralen Formen der Kostenexternalisierung sowohl in der Entstehungsgeschichte der Weltwirtschaft wie im aktuellen Nord-Süd- bzw. Generationen-Konflikt. Die Formen der Kostenexternalisierung sind identisch mit den Formen der Aneignung durch Umverteilung, so wie sie auf der Grundlage der neun sekundären Machtformen und den darauf beruhenden Machtungleichheiten in diesem Kapitel dargestellt wurden.

Exkurs 2: Aneignungs- und Externalisierungstheorie versus Theorie des ungleichen Tausches

Die Aneignungs- und Externalisierungstheorien durch Machtungleichheit erklären m.E. auch, weshalb die durch internationale Arbeitsteilung und internationalen Handel erzielten Wohlstandseffekte, die in Anlehnung an Ricardos *Theorie der komparativen Kostenvorteile* allen am Handel Beteiligten zugute kommen sollen, in der Regel und über fast das gesamte 20. Jahrhundert im Wesentlichen für die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften von Vorteil waren. Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile ist, wie auch das Marxsche Wertgesetz, eine rein ökonomische Theorie, die nur unter der Annahme der Abstraktion von allen anderen Faktoren

²⁹ Näheres dazu siehe Hassenpflug 1974, vor allem umfassend Leipert 1989 und van Dieren (Hrsg.) 1995.

gültig ist. In beiden Theorien wird von allen außerökonomischen Faktoren, insbesondere von der Machtungleichheit der Marktakteure und deren Auswirkungen auf die Preisbildung, abstrahiert. Beide Theorien gelten sozusagen nur unter »Laborbedingungen«.

Berücksichtigen wir jedoch die Realität der Machtungleichheit beim Nord-Süd-Handel, so stellen wir fest, dass Exporteure aus dem Süden auf verschiedene Weise diskriminiert werden, insbesondere durch die Machtungleichheit zugunsten der entwickelten kapitalistischen Staaten. So können beispielsweise viele Entwicklungsländer, entgegen dem Wertgesetz, ihre Konkurrenz-, Produktivitäts- und – was eigentlich dasselbe ist – ihre komparativen Kostenvorteile nicht nutzen, da die Industriestaaten mit ihren vielfältigen (sekundären) Machtmechanismen die Entwicklungsländer daran hindern, beim Export von mineralischen Rohstoffen und arbeitsintensiven Produkten Wohlstandseffekte zu erzielen. Dadurch werden Überproduktion sowie Preis- und Lohnsenkungen bei den Entwicklungsländern forciert und die Exportpreise strukturell und dauerhaft auf ein Dumpingniveau gesenkt, während die Industrieländer, dank ihrer Machtüberlegenheit und ihren vielen Möglichkeiten, einschließlich der illegalen Machtform der Bestechung ihrer Partner, in der Lage sind, ihre Exportwaren in den Entwicklungsländern zu überhöhten Preisen abzusetzen.

Insofern sind diverse sekundäre Formen der Machtungleichheit, in der Regel eine Kombination der neun dargestellten Machtformen, des Rätsels Lösung beim *Süd-Nord-Werttransfer*, *unfairen Handel* oder *ungleichen Tausch*. Sie erklären letztlich auch, warum die Industrieländer durch den internationalen Handel immer reicher und die Entwicklungsländer immer ärmer wurden.³⁰ Ausgehend von meinen bisher herausgearbeiteten Erklärungsansätzen, bietet es sich an, die in den 1960er und 1970er Jahren entwickelte *Theorie des ungleichen Tausches* kritisch zu beleuchten und an die kapitalismus- und imperialismuskritischen Ansätze von Ernest Mandel und anderer Autoren in Kapitel 1 anzuknüpfen. Auch hier lässt sich zeigen, dass die Verabsolutierung der Akkumulationsmechanismen zur Erklärung der globalen Umverteilungsvorgänge auch auf dem politisch-strategisch so wichtigen Feld des Nord-Süd-Handels letztlich in das analytische Abseits führt.

³⁰ In der überwiegend kritischen Analyse dieses Phänomens wird jedoch aus der Tatsache des unfairen Handels fälschlicherweise auf die Inkonsistenz von Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile geschlossen. Vgl. beispielsweise dazu Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 192ff. In diesem Beitrag werden die wichtigsten gängigen Argumente, die dazu in der internationalen Diskussion vorgebracht werden, zusammengefasst. Mit derselben Argumentation könnte man allerdings auch auf die Inkonsistenz des Wertgesetzes schließen.

Die Theorie des ungleichen Tausches geht auf Emmanuel Arghiri³¹ zurück und wurde von Ernest Mandel weiterentwickelt. In Anlehnung an die Marxschen Reproduktionsschemata im zweiten Band des *Kapital* formulierten sie ein statisch mathematisches Modell, das Umverteilungsvorgänge sowohl national wie global erklären soll. Unter der auch von Marx selbst zugrunde gelegten Annahme unterschiedlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals (OZK) und der Annahme einer gleichen Mehrwertrate in allen Sektoren ist Werttransfer von den Sektoren mit niedriger OZK in Richtung der Sektoren mit hoher OZK ein strukturell dauerhafter und zwangsläufiger Zustand. Denn nur dieser Werttransfer beschert den Kapitalisten in gänzlich unterschiedlichen Produktionssektoren einen durchschnittlichen Profit. Der so begründete intersektorale Werttransfer sei demnach auch die Ursache dafür, dass alle Warenpreise in der gesamten Volkswirtschaft zwangsläufig entweder unter- oder überwertet seien. Zudem würden die Waren nicht zu ihren Werten, sondern zu Produktionspreisen verkauft, die dauerhaft von ersteren abweichen.

Der »Widerspruch« zwischen »Produktionspreisen« und »Werten« führte seit längerem tatsächlich zu einer internationalen, oft mathematisch abstrakten Debatte über Preisbildungsmechanismen auf den Märkten, die stets rätselhafte Werttransfervorgänge voraussetzen. Doch Dreh- und Angelpunkt dieses mit unlösbaren Problemen behafteten Interpretationsmusters sind zwei irriige Annahmen, mit denen Marx in seinen als statischem Gleichgewichtsmodell zu begreifenden Reproduktionsschemata operierte. Es blieb ihm selbst jedoch nicht mehr die Zeit, das statische Modell unter Berücksichtigung dynamischer und Sektor überschreitender Marktprozesse zu modifizieren.

Erstens sind gesamtgesellschaftlicher Durchschnittsprofit und die entsprechende durchschnittliche Profitrate fiktive und keine realen Größen. Bestenfalls gleichen sich Profitraten diverser Kapitale durch Konkurrenz- und Kostenmechanismen innerhalb von einzelnen Sektoren tendenziell an und nicht – wie fälschlicherweise angenommen wird – durch Werttransfer. Auch eine Sektor überschreitende Angleichung von Profitraten findet nicht zwingend durch Werttransfer von einem in den anderen Sektor statt, sondern durch Umstrukturierung, d.h. durch Bewegung von Kapital und Arbeit. Die Annahme der Profitangleichung durch einen strukturell bedingten dauerhaften Werttransfer stünde übrigens in krassem Widerspruch zum Wesen des Wertgesetzes und der Werttheorie, da sie Profitmaximierung nicht mehr aus dem Konkurrenzdruck durch Produktivitätssteigerung, sondern

³¹ Arghiri 1969.

aus der Möglichkeit des intersektoralen Werttransfers, und zwar paradoxerweise sogar von den produktiven zu den weniger produktiven Sektoren, ableitet. Die Annahme, dass das Wertgesetz die produktiven Sektoren bestraft, indem ihnen Profite abgezogen werden um sie in die weniger produktiven Sektoren zu kanalisieren, stellt das Wertgesetz geradezu auf den Kopf. Tatsächlich ist die Herausbildung eines Durchschnittsprofits ein komplexer Prozess der ständigen Produktivitätssteigerung und intersektoralen Bewegung von Kapital und Arbeit, in dem Warenpreise entsprechend dem Wertgesetz um Warenwerte oszillieren, ohne dass dieser Prozess – wie von Arghiri, Mandel und anderen Autoren angenommen – zwangsläufig den intersektoralen Werttransfer voraussetzt. Die Kategorie der Produktionspreise, die den Widerspruch zwischen Warenwerten und Warenpreisen auffangen sollte, ist somit irreführend und überflüssig.

Zweitens ist auch die Annahme der Gleichheit der Mehrwertrate mehr als fraglich. Bei hoher OZK, d.h. bei hohem Anteil der Investitionen an den Gesamtkosten steigt die Umschlagszahl des vorgeschossenen Kapitals und erzielt damit eine deutlich höhere Jahresmehrwertrate. So kann selbst bei hoher OZK die Profitrate mindestens so hoch sein wie in Sektoren mit niedriger OZK. So oder so entbehrt die Annahme des Werttransfers als ein zwangsläufiger Mechanismus der Preisbildung und Profitangleichung der Grundlage nicht nur auf nationaler Ebene, sondern mehr noch auf dem Weltmarkt. Da ist es geradezu absurd, wenn Werttransfertheorie und Ungleicher Tausch-Ansatz die Existenz einer internationalen Durchschnittsprofitrate unterstellen. Die Anwendung der Marxschen Reproduktionsschemata auf dem Weltmarkt ist eine Konstruktion, ein Fantasiegebäude ohne Bezug zu realen, komplexen, aus Kapital- und Machtmechanismen resultierenden Umverteilungsvorgängen und ohne jegliche praktische Bedeutung für die Erklärung von globalen Wertumverteilungsvorgängen. Dagegen eröffnet das weiter oben dargestellte und simple Aneignungs- und Externalisierungskonzept methodisch den Zugang zu der gesamten Palette der Formen und Möglichkeiten von Umverteilung, die neben und jenseits von Kapitalismus und Wertgesetz wirksam werden, eben mittels Machtungleichheit.

Wie die Theorie des Ungleichen Tausches beruhte auch der von Hans Immler 1989 entwickelte Ansatz über den *Wert der Natur*³² auf der Verkenning der Annahmen, die dem Wertgesetz unterliegen. Demnach verkörpern natürliche Ressourcen vor ihrer Nutzung keinen Tauschwert. Das Wertgesetz kann über abstrakte, wenn auch potentiell mögliche Tauschvorgänge

³² Immler 1989.

zwischen den heutigen und künftigen Generationen keinerlei Aussagen machen. Künftige Generationen sind im ökonomischen Sinne auch keine unmittelbaren Marktteilnehmer und bleiben daher außerhalb der Reichweite des Wertgesetzes. Insofern war es auch nicht verwunderlich, dass Immlers ursprünglicher Ansatz, mit dem »Wert der Natur«-Konzept die intergenerative Gerechtigkeit in die gegenwärtigen Tauschbeziehungen zu integrieren, gescheitert ist. Die Realität diverser Formen und Mechanismen globaler und intergenerativer Umverteilungsvorgänge verlangt aber, selbst wenn sie außerhalb der Reichweite des Wertgesetzes und der Kapitalakkumulation liegen, nach entsprechenden wissenschaftlichen Erklärungen. Die Aneignungs- bzw. Externalisierungstheorien bieten im Unterschied zu Ansätzen wie »ungleicher Tausch« oder »Wert der Natur« – um dies resümierend festzuhalten – die Möglichkeit, globale Umverteilungsvorgänge, die auf Machtungleichheit zurückzuführen und allein mit dem Wertgesetz nicht zu erfassen sind, komplementär zu Mehrwerttheorie und Wertgesetz zu erklären.

4. Wege aus der Kapitalismusfalle

Die antikapitalistischen Kräfte spalteten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in drei Hauptgruppen:

- *erstens* in eine zwischen Kommunismus- und Kapitalismuskritik lavierende Bewegung, die sich international zur treibenden reformkapitalistischen Sozialdemokratie entwickelte.
- *zweitens* in eine antikapitalistische Bewegung, die außerhalb der kapitalistisch entwickelten Zentren in Russland und China durch revolutionären Sturz den so genannten sozialistischen Weg – als eine Mischung aus Vor- und Postkapitalismus – einschlug und nach achtzig Jahren wieder beim Kapitalismus landete.
- und *drittens* eine antikapitalistische Bewegung innerhalb des entwickelten Kapitalismus, die inzwischen zu einer Randgruppe verkommen ist.

Diese Spaltung zwischen den ursprünglich antikapitalistischen Hauptströmungen war auf Grund historischer Voraussetzungen wahrscheinlich unvermeidlich. Nicht zwingend war und ist jedoch der Zustand, in dem sich kapitalismus- und imperialismuskritische Bewegungen einschließlich ihrer Intellektuellen in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften befinden.

Es muss die Frage gestellt werden, die kritische Geister brennend interessieren dürfte, warum es trotz wachsender sozialer und ökologischer Kri-

sen, trotz Massenarbeitslosigkeit und trotz des drohenden Klimakollapses sowie neuer Kriege den kapitalismus- und imperialismuskritischen Kräften innerhalb der Reformparteien und in den sozialen Bewegungen bisher nicht gelungen ist, den hegemonial-neoliberalen Konsens zu durchbrechen und sich systematisch für die Entwicklung einer wirkungsvollen kapitalismus- und imperialismuskritischen politischen Allianz einzusetzen, die global Mehrheiten für eine bessere Welt mobilisieren kann. Zugegeben, es wird hier ein höchst komplexes und anspruchsvolles Projekt angemahnt, das zwar in akademischen Diskursen risikolos und mit wenig Aufwand möglich ist, in der Praxis aber auf schier unvorstellbar große Hindernisse stößt. Die hier gestellte Frage soll zunächst dazu beitragen, unter Berücksichtigung von Macht als autonome gesellschaftliche Sphäre mit einer Neubewertung der globalisierten, kapitalistisch-imperialistisch strukturierten Welt zu beginnen und zugleich auch mit den immer noch tief in den Köpfen sitzenden Legenden aufzuräumen.

Die Kritik der herrschenden neomarxistischen Kapitalismus- und Imperialismuskritik in Kapitel 1 zielt auf die Legende, die alle in unserer Welt zu beklagenden Probleme ausschließlich auf den Kapitalismus und dessen Gesetzmäßigkeiten zurückführt. Denn diese Legende ist m.E. eine Kapitalismusfalle, und zwar aus mehreren Gründen: *erstens* weil sie die Kapitalismuskritik ritualisiert und ihrer aufklärerischen Kraft beraubt; *zweitens* weil sie die Bündnisfähigkeit der kapitalismuskritischen Bewegungen erheblich eingrenzt und sie zu dogmatischen Splittergruppen degradiert, während Kapitalisten sowie reiche und mächtige Eliten mit einer großen hegemonialen Koalition den langfristigen Fortbestand des Kapitalismus für die nächsten Jahrzehnte festigen; und *drittens* weil sie verhindert zu erkennen, dass die Transformation kapitalistischer Ausbeutung und Entfremdung in eine bessere Gesellschaft am Ende eines langen Prozesses von Veränderungen globaler Kräfteverhältnisse durch Überwindung von Hegemonie, Imperialismus, Kriegen, antidemokratischen Staaten und Denkweisen steht und nicht die Voraussetzung dafür bildet.

Eine zahlenmäßig kleine, global gut vernetzte Elite monopolisiert alle Quellen von Reichtümern und Macht. Sie verfügt über einen großen Teil der globalen Rohstoffe, besitzt den Hauptanteil der Aktien an multinationalen Konzernen und internationalen Banken, Supermarkt- und Dienstleistungsketten und sie besitzt auch die lukrativsten Immobilien in den Metropolen. Diese Elite hat großen Einfluss auf Regierungen und multinationale Institutionen. Sie paktiert mit dem militärisch-industriellen Komplex und kontrolliert einflussreiche Medien sowie die Kulturindustrie. Diese zahlenmäßig kleine Elite regiert die Welt und hat mit der moralischen Dekadenz,

dem Verrat an Idealen des Liberalismus und der Unglaubwürdigkeit der politischen Repräsentanten in den westlichen Demokratien, die Guantanamo, Abu Ghraib und Foltergefängnisse dulden oder gar ihre Zustimmung dazu geben, keine Probleme. Sie folgt keinen Legenden, bedient sich vielmehr wirkungsvoller Ideologien, denen die Aufgabe zugeteilt ist, die Schuld an der Massenarbeitslosigkeit den Arbeitslosen, am Hunger den Hungrigen und an Kriegen den Kriegsoffizieren in die Schuhe zu schieben und für ihre verbrecherischen Projekte sogar die Mehrheit jener, die letztlich selbst zu den Opfern gehören, zu mobilisieren.

Der Neoliberalismus

Diese Ideologien sind einerseits *Kampf der Kulturen* und andererseits *Neoliberalismus*. Beide entstanden in den 1980er und 1990er Jahren und liefern für das hegemoniale Projekt der Weltelite Handlungsstrategien und Rechtfertigungsmuster. Huntingtons *Clash of Civilizations* liefert die ideologische Grundlage für Aufrüstung, für das Wiederaufleben alter Feindschaften zwischen Christentum, Islam und anderen Religionen und Kulturen der Welt. Er liefert der Hegemonialmacht die Handhabe, nach Belieben Staaten der »Achse des Bösen« zuzuordnen, dem internationalen Terrorismus den Krieg zu erklären und das Völkerrecht zu brechen. Der *Kampf der Kulturen* macht es den US-Neokonservativen auch immer wieder möglich, für eine Kriegspolitik gegen islamische Staaten im Mittleren und Nahen Osten in den USA und im christlichen Europa Mehrheiten und Verbündete zu finden. Die reiche Elite duldet die neue Weltordnung unter US-Flagge, weil diese Politik die Reichtümer der Welt vernichtet, offensichtlich mit ihren kurzfristigen Interessen übereinstimmt. Bestimmte Teile der westlichen konservativen Parteien tragen die Politik der amerikanischen Neokonservativen mit. Den konservativen Kritikern der US-Politik fehlt die moralische Kraft, Phantasie und Mobilisierungsfähigkeit, um dagegen Sturm zu laufen. Linke und sozialdemokratische Parteien befinden sich dank des *Neoliberalismus*, der zweiten Ideologie der globalen Elite, mit dem Rücken zur Wand. Ihnen droht die Gefahr, im Sumpf der Folgen der neokonservativen Kriegspolitik und der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik unterzugehen.

Der Neoliberalismus entstand in den 1980er Jahren, als die Weltelite und die USA sowie Großbritannien sich daran machten, der gewerkschaftlichen Gegenmacht in ihren eigenen Ländern und den staatlichen und sozialen Machtpotenzialen bei den anderen OECD-Staaten den Krieg zu erklären. Sie kreierte mit dem Neoliberalismus eine wirkungsvolle, weil hegemoniefähige Ideologie, die bestens geeignet war, durch *Privatisierung, Liberalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung* den Gewerkschaften und

den Nationalstaaten einen Teil ihrer sozialen Machtpotenziale zu entreißen und kapitalistische Modelle mit menschlichem Antlitz in einen Kapitalismus pur, d.h. in einen Kapitalismus der reichen Weltelite, zurück zu transformieren. Mit *Privatisierung* meinen Neoliberale keineswegs die Erweiterung der Privatsphäre, Selbstbestimmung und Lebensqualität, sondern öffentliche Güter und Dienstleistungen dem Zugriff der Finanzwelt zuzuführen. Mit *Liberalisierung* meinen Neoliberale nicht mehr individuelle Freiheiten, sondern die ungehinderten Finanz- und Warenströme über den gesamten Globus. Mit *Flexibilisierung* meinen sie nicht, den vielfältigen menschlichen Bedürfnissen und Interessen Rechnung zu tragen, das Leben der Menschen aus vielen Zwängen zu lösen, sondern die menschliche Arbeitskraft und Existenz überhaupt betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien zu unterwerfen. Mit *Deregulierung* ist nicht der Abbau staatlicher Reglementierungen, der Ausbau des Persönlichkeitsschutzes und rechtsstaatlicher Räume gemeint. Vielmehr geht es darum, Regeln wie Kündigungsschutz, die Menschen Schutz vor Willkür in der Wirtschaftswelt gewähren, abzuschaffen.

Der Neoliberalismus entspringt m.E. nicht zwingend der Logik der Kapitalakkumulation, wie die von mir kritisierten Kapitalismus- und Imperialismus-Kritiker Callinicos, auch Harvey und viele andere unterstellen, sondern er entsprang der ideologischen Mottenkiste der mächtigen und reichen Eliten, die sich aller hegemonialen Instrumentarien, wie global-institutioneller Machtmittel IWF und WTO sowie der Macht der Medien, bedienten und der Welt mit dem *Washington-Konsens* ihren Willen aufdrückten. Es ist auch kein Zufall, dass die neoliberale Globalisierung erst in den 1990er Jahren und nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus als einziger relevanter Gegenmacht der kapitalistischen Hegemonialkräfte ihren Siegeszug auf breiter ökonomischer, ideologischer und kultureller Front antrat. Insofern ist es nicht nur falsch, den Neoliberalismus mit dem Kapitalismus in seinem gegenwärtigen Entwicklungsstand gleichzusetzen, wie beispielsweise Callinicos es tut,³³ sondern auch politisch-strategisch kontraproduktiv. Diese Gleichsetzung verstellt den Blick auf die großen sozialen Machtpotenziale sowohl auf nationaler wie aber auch auf globaler Ebene. Durch Allianzbildung zwischen allen Opfern des Neoliberalismus – zu denen neben den Arbeitslosen und denen, die in der Angst leben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, sowie den Gewerkschaften, Teile des Mittelstands, öffentliche Dienstleister, Kommunen, Reformparteien, Teile des Staates, der Zivilgesellschaft und ganze Nationen in der Dritten Welt gehören – kann

³³ Vgl. dazu Callinicos 2000: 36.

eine anti-neoliberale Gegenmacht aufgebaut werden. Die dogmatische Gleichsetzung von Kapitalismus und Neoliberalismus trägt letztlich zur Entpolitisierung bei, weil dadurch die realen sozialen Potenziale für eine politische Gegenstrategie nicht wahrgenommen und mobilisiert werden. Diese können nicht nur den Neoliberalismus abwehren, sondern auch dem hemmungslosen Wachstums- und Akkumulationstrieb des Kapitals Schranken setzen. Die Favorisierung eines scheinradikalen Antikapitalismus macht vielmehr den mächtigen Reichen für die dauerhafte Etablierung ihres auf schrankenloser Akkumulation beruhenden Kapitalismusmodells den Weg frei und stärkt dadurch in letzter Instanz auch die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus als Ganzem. Hierin drückt sich die Selbstblockade der marxistischen Linken aus: Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und entgegen Marx' Warnungen sind sie beständig dabei, alle ihre Anstrengungen darauf zu beschränken, die sozialistische Revolution als eine jeweils kurz bevorstehende Alternative auf die Tagesordnung zu setzen. Dies führte dazu, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung nicht immer mit tiefer Überzeugung auf die Seite der kapitalistischen Elite schlug und so die Überlegenheit des Kapitalismus mit ihren Stimmen und dem Mehrwert, den sie erzeugte, bis heute garantiert. Mit diesen systemstabilisierenden unheiligen Allianzen muss immer gerechnet werden, solange die Menschen auf eine andere Gesellschaftsordnung inhaltlich, politisch und kulturell überhaupt noch nicht vorbereitet sind und sich auch nicht vorstellen können, was genau nach dem Kapitalismus kommen soll.³⁴

Globale Allianzen

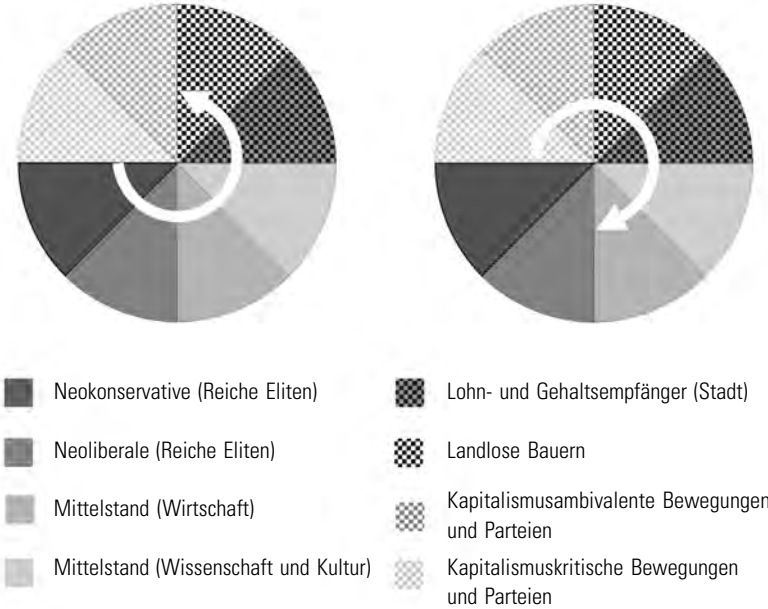
Die Hauptkonfliktlinien der Gegenwart bewegen sich nicht entlang des Konflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern sie verlaufen entlang des Konflikts zwischen zwei Weltordnungen: der Welt der reichen Elite und der Welt mit mehr Gerechtigkeit. Die Welt der reichen Elite steht für Krieg, ungezügelter Wirtschaftswachstum, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und soziales Elend. Dahingegen steht die alternative Weltordnung für die friedliche Bewältigung von Konflikten, für ökologischen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit. Der herrschenden Elite ist es mithilfe ih-

³⁴ So gesehen erscheint es als symptomatisch für den Zustand der Kapitalismus- und Imperialismuskritik, wenn Harvey des Rätsels Lösung zur Beantwortung der Frage nach den Gründen für die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus nicht selbstkritisch in der Geschichte der eigenen marxistischen Theorie und Praxis sucht, sondern ernsthaft daran glaubt, die Kapitalismus- und Imperialismustheorie um Elemente wie »Raum – Zeit – Fixierung« erweitern zu müssen (vgl. Harvey 2005: 89ff.), um die Notwendigkeit der Revolution endlich bewusst zu machen.

Abb. 2: Alternative Weltordnungen

Allianz für Krieg, ungezügelter Wachstum und Armut

Allianz für Frieden, ökologischen Ausgleich und Gerechtigkeit



res materiellen Reichtums, ihres Zugangs zu Machtquellen und ihrer Ideologien gelungen, für ihr hegemoniales Projekt eine unheilige Allianz mit dem Großteil der Repräsentanten jenes Teils der Weltbevölkerung zu bilden, die mit ihrer Arbeit und Kreativität die Reichtümer dieser Welt produzieren, aber dennoch selbst Opfer und Leidtragende dieses Weltmodells sind. Demgegenüber sind die sozialen und politischen Vorreiter der alternativen Weltordnung marginalisiert und haben es bisher aus verschiedenen Gründen nicht geschafft, die Repräsentanten der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, die ihre natürlichen Verbündeten sind, für ihr Gerechtigkeitsprojekt zu mobilisieren und das Rad der Geschichte in Richtung einer deglobalisierten und nachhaltigen Welt³⁵ zu bewegen.

In Abbildung 2 sind die Allianzen für beide Weltordnungen schematisch veranschaulicht. Im hegemonialen und gegenwärtig herrschenden Projekt

³⁵ Ausführlich dazu vgl. Teil 2 in diesem Buch.

ist es Neokonservativen und Neoliberalen gelungen, mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen, wie dem Mittelstand, den Lohn- und Gehaltsabhängigen und sogar mit Regierungen – die auch, wie in Brasilien, landlose Bauern mit repräsentieren – eine unheilige Allianz zu schließen und die Befürworter einer anderen Weltordnung zu marginalisieren. Nun kommt es darauf an, die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung, die selbst Leidtragende und Opfer der gegenwärtigen Weltordnung sind, für das Projekt einer gerechten Weltordnung zu gewinnen und den Spieß umzudrehen. Dies ist grundsätzlich möglich, setzt aber voraus, dass die kapitalismuskritischen Kräfte sich weg vom antikapitalistischen und hin zu einem neuen Koordinatensystem bewegen. Nur so ist es möglich, mit allen sozialen Bewegungen und sozialen Schichten, Organisationen und Parteien – die ein objektives Interesse daran haben, den gegenwärtigen Kurs von Krieg und Kapitalismus pur zu stoppen, die aber nicht per se antikapitalistisch sind und es auch nicht sein wollen – eine Allianz einzugehen, die historisch auf der politischen Agenda steht.

Kapitel 3

Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen

Die USA führten nach dem Zweiten Weltkrieg beinahe ein halbes Jahrhundert unangefochten die westliche Welt. Ihre Führungsposition beruhte auf ökonomischer, politischer, militärischer und auch kultureller Hegemonie. Die Grundwerte der Aufklärung und des republikanischen Ursprungs der Vereinigten Staaten, wie individuelle Freiheiten, Demokratie, Humanismus und Trennung von Religion und Staat, prägten überwiegend das politische Handeln. Die US-Ökonomie war über Jahrzehnte eine sich selbst tragende und höchst produktive kapitalistische Ökonomie. Die gesamte westliche Welt orientierte sich am *American way of life* und legitimierte in Abgrenzung zum sowjetischen Lager aus Eigeninteresse und Überzeugung alle US-dominierten multilateralen Institutionen, wie die Weltbank, den IWF, die WTO und die NATO.

Blieben etliche imperialistische Interventionen der USA während der Kalten Kriegs-Ära in der öffentlichen Wahrnehmung innerhalb des Westens eher im Hintergrund, so zeigte sich Amerika nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer unverhohlener von seiner hässlichen Seite. Im Irak-Krieg demonstrierte die Weltmacht ihre Entschlossenheit, die Welt mehr mit dem *American way of war* zu beeindrucken als mit dem *American way of life*. Diesen Wandel auf die neue, neokonservative US-Regierung zurückzuführen, wäre verkürzt und verhängnisvoll zugleich. Das offensiv-missionarische und aggressiv-kriegslüsterne Auftreten der Neokonservativen darf nicht darüber hinwegtäuschen: Die Wurzeln des neuen Amerikas lassen sich vor allem bis zum NATO-Doppelbeschluss 1979 und eigentlich noch weiter bis zum Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zurückverfolgen.

Gemessen am ökonomischen Kräfteverhältnis ist die Welt von heute nicht mehr unilateralistisch, sondern multipolar und pluralistisch. Ökonomische Riesen wie die Europäische Union, Japan, China, Russland und bald auch Indien, haben sich zu ökonomischen und in den meisten Fällen auch politisch selbständigen Zentren entwickelt. Die Vereinigten Staaten reagieren auf diese Entwicklung rückwärtsgewandt. Die politische Klasse der USA fürchtet sich offensichtlich davor, den einmaligen Hegemonialstatus und

die Vorteile des einseitigen Flusses von Kapital, natürlichen Ressourcen und hochqualifizierten Menschen aus der ganzen Welt ein für alle Mal zu verlieren.

Anstatt produktiv mit internen Reformen zur Anpassung an die veränderten internationalen Bedingungen zu reagieren, zieht sie es vor, den Vorsprung der USA und die Position des Dollars als Leitwährung mit Gewalt und militärischer Überlegenheit halten zu wollen. Deswegen scheuten US-Regierungen vor keinem noch so riskanten wie kostspieligen Schritt zurück, um den Mittleren Osten rücksichtslos zum geostrategischen Hebel der US-Hegemonialpolitik zu machen. Durch umfassende Kontrolle dieser Region mit ihren fossilen Energiereserven soll die Kontrolle über die internationale Energieversorgung ausgebaut und als ein wirksamer Hebel gegen die fortschreitende Multilateralisierung der Weltordnung eingesetzt werden.

Das neue Amerika ist in den letzten Jahrzehnten immer offensiver dazu übergegangen, die multilateralen Institutionen der Weltwirtschaft in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft zu stellen. Es missachtet immer skrupelloser das vom alten Amerika mitgeschaffene UN-System und stellt sich immer bedenkenloser über das Völkerrecht. So deutlich wie nie zuvor offenbarte sich Amerika als eine unilateralistische Hegemonialmacht, die bereit ist, ihre gigantische militärische Vormachtstellung bedenkenlos gegen den Willen der Völkergemeinschaft einzusetzen.

Das neue Amerika wird in Europa sehr unterschiedlich beurteilt. Die Wahrnehmungen bewegen sich zwischen Verharmlosung einerseits und plumpem Antiamerikanismus andererseits. Beides ist perspektivlos und verstellt den Blick auf Handlungsspielräume für eine multilaterale Weltordnung. Die Einnahme dieser Perspektive ist jedoch zur Abwendung von schwer steuerbaren Risiken des US-Unilateralismus für die Völkergemeinschaft unausweichlich. Gleichzeitig stellt sie Multilateralisten in Europa, in den Vereinigten Staaten selbst und in der ganzen Welt vor große Herausforderungen.

Die unilateralistische Politik der USA ist jedoch sehr komplex und facettenreich. Einerseits sind die Vereinigten Staaten dank ihrer geografischen Größe, ihres Ressourcenreichtums, ihrer menschlichen, ökonomischen und militärischen Kapazitäten objektiv in der Lage, die Welt unilateralistisch zu dominieren. Andererseits wird dem US-Unilateralismus durch die defensive Haltung der US-Rivalen und durch das Fehlen einer starken, weltweiten Abrüstungsbewegung Tür und Tor geöffnet.

In Folgenden geht es um die Analyse der intern und extern vernetzten Machtpotenziale, die die Grundlage der US-Hegemonie darstellen. Dabei sollen nicht nur militärische Machtpotenziale und die entsprechende innen-

politische Legitimation, sondern auch verborgene Machtressourcen herausgearbeitet werden, die nur analytisch und durch Herstellung von Zusammenhängen sichtbar gemacht werden können.

1. Innergesellschaftliche Spaltung und weltpolitischer Messianismus der USA

Die US-Gesellschaft war und ist eine multikulturell, multiethnisch, sozial und räumlich zutiefst gesplante Gesellschaft. Die nicht-europäischen Einwanderergemeinden, wie die Chinesen und die Latinos, leben neben den Schwarzamerikanern immer noch in Ghettos. Eine Integration der in ihrer überwältigenden Mehrheit unterprivilegierten Farbigen hat immer noch nicht stattgefunden. Hinsichtlich der sozialen Rechte und der Versorgung der benachteiligten Gruppen mit öffentlichen Gütern, wie Gesundheit, Bildung und Existenzsicherung, sind die USA trotz immenser Ressourcen im Vergleich mit Europa immer noch ein Entwicklungsland.

Andererseits zeichnet sich die US-Gesellschaft im Unterschied zu Europa positiv durch historisch gewachsene dezentrale Strukturen einer lebendigen kommunalen Demokratie aus. Große individuelle Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten für kulturelle und künstlerische Vielfalt stellen positive Werte dar, die die inneramerikanische Demokratie stärken und Amerika für viele in der Welt als eine attraktive Gesellschaft erscheinen lassen. Es mag durchaus zutreffen, dass die inneramerikanische Demokratie das sozial unerträgliche Leben für einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft erträglicher macht und ihnen hilft, sich durchaus mit einem gewissen Stolz als Amerikaner zu fühlen.

Reicht dies aber für das Zusammenhalten der Gesellschaft und für die Akzeptanz gigantischer Rüstungsausgaben bei Vernachlässigung sozialer Ausgaben aus? Und wie verhält sich überhaupt die lebendige Demokratie in den Kommunen zu den außenpolitischen Entscheidungen der US-Regierungen, die im fernen Washington getroffen werden? Immerhin geht es oft auch um Entscheidungen für Kriege in anderen Teilen der Welt mit enormen finanziellen Lasten.

Tatsache ist, dass die inneramerikanische Demokratie ihre Lebendigkeit verliert, je weiter sich die Politikebene von unten, der Kommune, nach oben bis zur Hauptstadt verlagert. Im Verhältnis zur Außenwelt und -politik tendiert die amerikanische Demokratie sogar gegen Null. Amerikas Bürger überlassen die Außenpolitik lieber ihrem Präsidenten, der damit in der Lage ist, alle seine Entscheidungen, die andere Staaten und Völker betreffen, ei-

ner demokratischen Kontrolle und auch einer nachträglichen Überprüfung zu entziehen.

So hat beispielsweise in den USA bis heute kein Diskurs von Relevanz über die Frage stattgefunden, warum die beiden Atombomben in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt wurden und ob Japan auch ohne den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen den Krieg beendet hätte. Immerhin sind ihnen 180.000 Menschen zum Opfer gefallen. Darüber hinaus wurde damit die moralische Hemmschwelle des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte durchbrochen und das Atomzeitalter eingeleitet.

1964 brechen die USA in Vietnam mit der Behauptung, Nordvietnam hätte die US-Marine angegriffen, einen Krieg vom Zaum, den die US-Öffentlichkeit mehrere Jahre nicht zur Kenntnis nahm. Erst nach dem Heimtransport Tausender gefallener US-Soldaten begannen viele Amerikaner zur Kenntnis zu nehmen, dass die US-Armee das weit entfernt liegende Vietnam mit dem heftigsten Krieg nach 1945 überzogen hatte. Auch der Irakkrieg wurde 2003 mit der Lüge einer angeblich akuten Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen legitimiert. Ein ganzes Land wurde durch die US-Armee erschüttert, unzählige Opfer wurden dabei in Kauf genommen, ohne dass US-Präsident Bush für seine offensichtliche und inzwischen aktenkundig gewordene Lüge nach demokratischen Regeln zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Dagegen entfachten unvergleichbar weniger bedeutende, nach innen gerichtete Regelverletzungen heftige Debatten und führten, wie z.B. der Watergate-Skandal, zum Rücktritt des seinerzeit amtierenden Präsidenten Nixon. Mit zahlreichen anderen Beispielen lässt sich empirisch belegen, dass die US-Außenpolitik, insbesondere gegenüber erklärten Feinden, sich tatsächlich einer demokratischen Kontrolle entzieht.¹

Es stellt sich die wichtige Frage, wie es möglich ist, dass sich Amerikas Präsidenten nicht zu fürchten brauchen, wegen der Kriegsverbrechen in Hiroshima und Nagasaki sowie in Vietnam, dessen Bevölkerung vierzig Jahre

¹ In abgeschwächter Form ist auch bei der Europäischen Union eine Entdemokratisierung der Außenpolitik zu beobachten. Im Konflikt mit Irans Atomprogramm verbreiteten die Außenminister der drei EU-Staaten – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – im August 2005 die Behauptung, sie hätten der iranischen Seite ein umfangreiches Angebot als Gegenleistung zum Verzicht des Landes auf Urananreicherung unterbreitet. Eine öffentliche Debatte über den Wahrheitsgehalt und die tatsächlichen Beweggründe der Ablehnung des EU-Angebots durch die iranische Seite hat so gut wie nicht stattgefunden. Fortan stieg in Europa die Zustimmung zu einem Krieg gegen den Iran drastisch auf über 30% an. Ausführlicher dazu siehe Massarrat 2005.

danach immer noch unter den Folgen des Krieges, insbesondere unter dem flächendeckenden Einsatz des Entlaubungsgiftes Agent Orange leidet, belangt zu werden? Warum wird George W. Bush wegen seiner offensichtlichen Lügen nicht seines Amtes als US-Präsident enthoben? Wie lässt sich die amerikanische Demokratie mit einer Außenbeziehung, die quasi totalitäre Züge aufweist, vereinbaren? Auf diese Frage gibt George W. Bush selbst erste Hinweise. Er rechtfertigte den Einmarsch der US-Armee in den Irak im Frühsommer 2003 mit folgenden Worten: »Unsere Absicht ist klar. Das Volk der Vereinigten Staaten und unsere Freunde und Alliierten werden nicht in der Gewalt eines geächteten Regimes leben, das den Frieden mit Waffen des Massenmordes bedroht. Mit Gottes Hilfe werden wir unsere Freiheit verteidigen. Wir werden den anderen Frieden bringen. Und wir werden uns durchsetzen. Möge Gott unser Land segnen und alle, die es verteidigen.«² An anderer Stelle spricht Bush offen von einer sonst nur Propheten vorbehaltenen Mission, »die der göttlichen Vorsehung folgt«, vom »demütigen Führer eines großen Landes«, vom »Bruder in Christus« und von der Freiheit, »die nicht Amerikas Geschenk an die Welt ... , sondern ein Gottesgeschenk an die Menschheit sei.«³

Eine Zeitlang wurden Bushs eigentümliche Ansichten, »Gott wollte, dass ich Präsident werde« oder »Gott ist auf Amerikas Seite«, als Ausnahme heruntergespielt und auf seine krisenhafte Biografie reduziert. Erst neuere Publikationen zur amerikanischen Kulturgeschichte belegen, wie tief Politik und Religion in der gesamten US-Geschichte und unterschwellig im kollektiven Bewusstsein präsent sind. Selbst Madeleine Albright, die Außenministerin von Präsident Clinton, gibt zu, dass »ich zu Beginn der Recherchen für mein Buch von der These ausgegangen bin, dass Bush damit eine absolute Ausnahme in der Geschichte der Vereinigten Staaten darstellt.« Sie musste dann allerdings feststellen, »dass in allen US-Regierungen ein religiöses Element zu finden ist und jeder Präsident sich zu einem gewissen Zeitpunkt in der einen oder anderen Form auf Gott berufen hat. Präsident William Mc Kindly (1843-1901) etwa verkündete 1899, es sei Gottes Wille, dass die USA die Philippinen annectieren und christianisieren – obwohl sie seit Jahrhunderten bereits katholisch waren. Und auch Woodrow Wilson (1856-1924) war ein sehr gläubiger Präsident.«⁴

Hartmut Heuermann listet in seiner aufschlussreichen Abhandlung über die Rolle der USA als »der weltpolitische Messias« in seiner 2005 vorge-

² Zit. n. Heuermann 2005.

³ Lapham 2003. Vgl. ferner Lazare 2002.

⁴ Albright 2005.

legten Studie »Religion und Ideologie« weitere Belege für die religiöse Rechtfertigung der US-Außenpolitik in der US-Geschichte auf, vor allem wenn es darum geht, Kriege zu rechtfertigen. Es beginnt bereits mit George Washington, dem ersten Präsidenten der neu gegründeten Republik. In seiner Inauguralansprache von 1789 verkündete er: »Kein Volk ist stärker verpflichtet, die unsichtbare Hand [Gottes] anzuerkennen und zu verehren, die die Geschicke der Menschen lenkt, als die Vereinigten Staaten... Die Erhaltung des heiligen Feuers der Freiheit und die Bestimmung des republikanischen Regierungsmodells sind ... tief und endgültig jenem Experiment zugehörig, das den Händen des amerikanischen Volkes anvertraut wurde.« Der auch von Albright genannte Woodrow Wilson, der 28. Präsident der USA, betonte 1913 »dass Amerika das unermessliche Privileg hat, sein Schicksal zu erfüllen und die Welt zu retten.«

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges rief der episkopalische Geistliche Randolph H. McKim von seiner Kanzel in Washington: »Es ist Gott, der uns zu diesem Krieg gerufen hat. Es ist sein Krieg, den wir kämpfen... Dieser Konflikt ist tatsächlich ein Kreuzzug. Der größte in der Geschichte – der heiligste... Ja, es ist Christus, der König der Gerechten, der uns aufruft, im tödlichen Streit mit dieser unheiligen und blasphemischen Macht [dem kaiserlichen Deutschland] zu ringen.« Harry S. Truman, der 33. Präsident, versicherte dem Kongress anlässlich des sich verschärfenden Konflikts mit der Sowjetunion 1947: »Beständig in unserem Glauben an den Allmächtigen werden wir zu einer Welt fortschreiten, in der die Freiheit des Menschen gesichert ist... Mit Gottes Hilfe wird die Zukunft der Menschheit in einer Welt der Gerechtigkeit, der Harmonie und des Friedens gewährleistet sein. Trumans Nachfolger, Dwight D. Eisenhower, hob 1953 die Rolle der Kirchen für Amerika hervor und erklärte: »Die Kirchen Amerikas sind die Zitatellen unseres Glaubens an individuelle Freiheit und Menschenwürde. Dieser Glaube ist die lebendige Quelle all unserer geistigen Kraft. Und diese Kraft ist unser einzigartiger Panzer in dem weltweiten Kampf gegen die Mächte gottloser Tyrannei und Unterdrückung.«⁵

Unter den Amerika-Forschern verdichtet sich allmählich die Auffassung, dass *erstens* Patriotismus und Religion mit fundamentalistischen Zügen in der amerikanischen Kultur sehr tief verwurzelt sind, und *zweitens* diese Verwurzelung mit der Eroberung der neuen Welt durch europäische Einwanderer ihren Anfang nimmt.⁶ Der Gründungsmythos der Amerikaner bezog sich immer auf biblische Vorbilder und stellte Parallelen zum Alten

⁵ Alle Zitate nach Heuermann 2005: 266f.

⁶ Vgl. dazu u.a. Fluck 2004, Blake 1988; Vorländer 2004.

Testament her, etwa wenn die Überquerung des Atlantiks mit dem Auszug des Volkes Israel aus Ägypten verglichen wird und die Siedler zum »auserwählten Volk« in einem neuen Garten Eden erklärt werden.⁷ Amerika war für die eingewanderten Europäer die konkrete Gestalt einer besseren Welt. In der Vorstellungswelt der amerikanischen Gründersiedler wiederholte sich die biblische Heilsgeschichte. Die Vorstellung, Gott habe den amerikanischen Kontinent bis zur Reformation vor den Europäern versteckt, verfestigte die Idee von einem göttlichen Plan des eigenen Auftrags für die gesamte Menschheit,⁸ die bis heute andauert.

Heuermanns Analyse der Verschmelzung von Politik und Religion ist für ein besseres Verständnis der Beziehungen der amerikanischen Gesellschaft zur Außenwelt seit ihrer Gründung bis zur Gegenwart sehr aufschlussreich. »Sich als die Israeliten der Neuzeit zu definieren« schreibt er, »verschafft ihrer kurzen Geschichte den Nimbus einer altehrwürdigen Tradition. Sich das Privileg eines neuen Bundes mit dem Allmächtigen zuzurechnen, verführt sie, wie ehemals die Israeliten, zur Entwicklung eines elitären Bewusstseins.«⁹ Je tiefer dieses elitäre Bewusstsein in der Kultur und im Selbstverständnis eines Volkes verankert und der Glaube verfestigt ist, das Recht auf der eigenen Seite zu haben, und je enthusiastischer ein Alleinvertretungsanspruch ganz in religiös fundamentalistischer Manier dafür erhoben wird, die Wahrheit zu definieren, sich als auserwählt, mit allen Rechten ausgestattet, als das Gute überhaupt zu begreifen, desto niedriger liegt die Schwelle, die unliebsame Außenwelt je nach Bedarf als böse zu dämonisieren und im innergesellschaftlichen Konsens die notwendige politische Handhabung zur Beseitigung des Bösen zu legitimieren.

»Aus dem religiösen Sendungsbewusstsein der ersten Siedler ging vor vier Jahrhunderten die puritanische Ethik als kompromisslos selbstgerechte und rigide Ethik hervor«, schreibt Heuermann, »die den nationalen Charakter prägte und, da die Lebensform der WASPs (White Anglo-Saxon Protestants) jahrhundertlang tonangebend war, auch den Kurs der amerikanischen Politik beeinflusste... In der europäischen Öffentlichkeit ist wenig bekannt, dass die amerikanische Außenpolitik seit dem 18. Jahrhundert einen konsequenten Expansionskurs steuert, dessen Motive einem nackten Imperialismus entspringen – welche hehren freiheitlich-christlichen Parolen auch artikuliert wurden, um ihn zu ummanteln.« Beispiele gibt es dazu genug. »Bei der sogenannten Louisiana Purchase (1803), der Annexion von

⁷ Fluck 2004: 705.

⁸ Ebenda.

⁹ Heuermann 2005: 271.

Texas (1845), der Invasion von Mexiko (1847), dem Erwerb von Alaska (1867), dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898), der Intervention auf den Philippinen (1889), der Dezimierung der nordamerikanischen Indianerstämme (1865ff.), der Einverleibung von Hawaii (1900), der Besetzung japanischer Pazifik-Inseln (1945), den Kriegen in Südostasien: Korea (1950-53) und Vietnam (1964-75), der Invasion in Panama (1989) oder dem Einmarsch in den Irak (2003).¹⁰

Man muss wegen der im »göttlichen Auftrag« praktizierten Expansionsgeschichte nicht so weit gehen, die inneramerikanische Demokratie und den gesellschaftlichen Pluralismus als Ganzes in Frage zu stellen. In einer gottgläubigen Nation, die sich selbst einbildet »auserwählt« und die absolute Nummer Eins unter den Völkern der Erde zu sein und die die Welt dualistisch in Gut und Böse aufteilt, ist es offenbar – um auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen – möglich, dass Expansionismus, Alleinherrschaft und Hegemonie additiv neben der internen Demokratie weiter existieren, ohne dass die letztere in der Lage wäre, das dualistische Verhältnis zur Außenwelt, das totalitäre Züge in sich trägt und eine permanente Gefahr für den Weltfrieden darstellt, aufzubrechen. »Es gab (und gibt)«, so Heuermann, »etliche Intellektuelle, Philosophen, Gesellschafts- und Kulturkritiker, die Einspruch erhoben haben (und dies noch tun), »prophetische« Warner, die der Mehrheit couragiert widersprechen. ... Aber diese Warner haben die religiös-patriotische Grundströmung gegen sich, und diese Strömung einzudämmen – dazu waren sie in der Geschichte noch niemals imstande. Kein einziger der von amerikanischen Regierungen angezettelten Kriege wurde jemals dadurch verhindert, dass ... Kritiker Widerspruch eingelegt haben. Alle Präsidenten sind mit ihren Interventions- und Kriegsplänen zum Zuge gekommen.«¹¹ In den Vereinigten Staaten sind Staat und Kirche getrennt. Die Kirche kann sich dem Staat nicht unterwerfen. Umgekehrt können aber amerikanische Präsidenten je nach Bedarf die Kirche instrumentalisieren und sich statt auf die republikanische Verfassung auf Gott berufen.

Während der Kalten Kriegs-Ära beriefen sich die US-Präsidenten seltener auf Gott. An der Oberfläche verschwand für mehrere Jahrzehnte auch die puritanische Ethik und ein religiös-unterfütterter Patriotismus in der Gesellschaft. In dieser Epoche überlagerten Auswirkungen des fordistischen Konsummodells und des *American way of life* die Religiosität, die den Amerikanern neue Freiheiten, Zuversicht und mehr Selbstsicherheit verlie-

¹⁰ Ebenda: 271f.

¹¹ Ebenda: 287.

hen. An die Stelle des dualistischen Weltbildes vom gotterhabenen Amerika gegen die Finsternis tritt der neue Dualismus: der gute Westen unter amerikanischer Hegemonie gegen den bösen Kommunismus. Beide Phänomene, die kommunistische Bedrohung und die neue Befindlichkeit, verliehen Amerikanern eine Identität, die ausreichte, um die kulturell gespaltene Gesellschaft eine Weile zusammen zu halten.

Doch scheint diese Periode längst zu Ende gegangen und die unterschwellig im kollektiven Bewusstsein präsenste, religiös-patriotische Grundströmung wieder an die Oberfläche vorgedrungen zu sein. Nach Meinungsumfragen »bezeichnen sich 46 Prozent der US-Bürger als evangelikale Christen, das heißt als »wiedergeboren« ...; 48 Prozent lehnen die Evolutionstheorie als Ketzerei ab, 68 Prozent glauben, sie seien schon einmal dem Teufel begegnet. ... Justizminister John Ashcroft verkündete: »Wir haben keinen König außer Jesus«. Und Tom de Lay, der republikanische Fraktionschef im Repräsentantenhaus, glaubt sich von Gott berufen, die »biblische Weltanschauung« in der amerikanischen Politik zu stärken, wonach nur das Christentum lehre, wie man »mit den Realitäten dieser Welt zurechtkommen« könne.«¹²

Die US-Soziologin Barbara Victor lieferte in ihrer Studie weitere Anhaltspunkte für die Renaissance des Religiösen in den Vereinigten Staaten. Demnach sind mehr als achtzig Millionen US-Bürger aktiv bei den evangelikalen Zeremonien.¹³ George W. Bush ist einer von ihnen, und nicht einmal einer der Schlimmsten. Besorgniserregend sind die rückwärtsgewandten Fundamentalisten in der Republikanischen Partei, die die ehemalige Bush-Umweltministerin Christie Whitman veranlassten, Alarm zu schlagen. In ihrem Anfang 2005 veröffentlichten Buch »Es ist auch meine Partei« bezichtigt sie die Republikanische Partei, »zur Gefangenen des »extrem rechten Flügels« konservativer Fundamentalisten und ideologischer Eiferer« geworden zu sein.¹⁴

Für das Wiedererstarken der Religiosität in den USA können drei wesentliche Gründe angeführt werden:

- *erstens* das Ende des fordistischen Konsummodells und damit einhergehend die Verblassung des Identität stiftenden *American way of life*;
- *zweitens* die Verschärfung der sozialen Spaltung und Verunsicherung bei sozial benachteiligten Unterschichten, ethnischen Minderheiten, Arbeitslosen und Teilen der Mittelschichten unter den weißen Amerikanern durch

¹² Lapham 2003

¹³ Victor 2005.

¹⁴ Frankfurter Rundschau vom 3. Februar 2005.

die neoliberale Globalisierung und die ihr innewohnende Ellenbogenmentalität;¹⁵

- *drittens* der gelungene Versuch, den Islam als Ersatz für das verlorengangene Feindbild nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufzubauen;
- *viertens* und nicht zuletzt der 11. September 2001.

In diesem Kontext finden christliche Fundamentalisten der USA einen fruchtbaren Boden, um die eigene Basis mit Bezug auf die – im kollektiven Bewusstsein jederzeit abrufbare – alte, christlich-islamische Feindschaft aus der Ära der Kreuzzüge zu mobilisieren und zu vertiefen. Dass der religiöse Patriotismus und der Fundamentalismus inzwischen auch wahlentscheidend geworden sind, stellte 2004 George W. Bush unter Beweis, der trotz wirtschafts- und sozialpolitischer Misserfolge und trotz des Irak-Desasters bei seiner Wiederwahl eine satte Mehrheit erlangte.

Barbara Victor belegt in ihrer bereits erwähnten Studie, dass die evangelikalen Fundamentalisten zahlenmäßig in zwei Perioden starken Zulauf erhielten: zuerst nach der islamischen Revolution, und vor allem der Geiselnahme der US-Botschaftsangestellten in Teheran. Und dann nach dem 11. September. Demnach scheinen sich der islamische und der christliche Fundamentalismus wechselseitig in gefährlicher Weise hochzuschaukeln und zu bedingen. Eine ähnliche Wechselwirkung kann auch im Israel-Palästina-Konflikt beobachtet werden. Auf beiden Seiten haben fundamentalistische Strömungen – der islamische Fundamentalismus in Palästina und der jüdische in Israel – ihre soziale Basis deutlich ausgeweitet. Huntingtons *clash of civilizations*, obgleich weit davon entfernt, eine wissenschaftlich fundierte Analyse für die gegenwärtigen Konflikte zu liefern, erhält eine Scheinplausibilität. Huntingtons zentrale Botschaft, dass die Wurzeln der gegenwärtigen Konflikte in den kulturellen Gegensätzen, vor allem der islamischen Bedrohung der christlichen Welt zu suchen sind,¹⁶ resultiert aus der Abtrennung der Erscheinungen von den sozioökonomischen Grundlagen. Sie dient in erster Linie dazu, einem Vorurteil die wissenschaftliche Begründung zu verleihen, das in der christlichen Welt in den USA dank des eigenen religiösen Sendungsbewusstseins sehr weit verbreitet ist.

Unter Berücksichtigung der ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren lässt sich jedoch unschwer belegen, dass der islamische Fundamentalismus selbst durch die Hegemonialbeziehungen der USA zur islamischen Welt, insbesondere zu Iran, neue Nahrung erhalten hat. Ohne den

¹⁵ Vgl. dazu Nielebock 1991; Krell 2003.

¹⁶ Huntington 1997

CIA-Putsch und Sturz der demokratisch gewählten Regierung Mossadegh im Jahr 1953 wäre die islamische Revolution von 1979 im Iran und die Geiselnahme der US-Botschaftsangehörigen unvorstellbar gewesen. Seitdem schaukeln sich islamischer und christlicher Fundamentalismus gegenseitig hoch. Hinzu kommen die islamischen und jüdischen Fundamentalisten im Nahen Osten, die die Gewalteskalation aufs Neue verschärfen, solange Israel seine Besatzungspolitik nicht aufgibt. Der fundamentalistische Kampf der Kulturen ist in vollem Gange. Seit dem 11. September hat er unter maßgeblicher Beteiligung der US-Hegemonialmacht einen neuen Aufschwung genommen. Die Kriege in Afghanistan und im Irak und der schwelende, durch die USA bis zur Grenze eines neuen Krieges zugespitzte Atomkonflikt mit Iran halten den christlich-islamischen Glaubenskampf auf fatale Weise am Leben.

Von besonderer Tragweite sind jene propagandistischen Vorankündigungen einer baldigen Wiederkehr von Jesus Christus, um das heilige Land Israel von den islamischen Besetzern zu befreien, durch christliche Fundamentalisten in den USA. Die Antwort aus der islamischen Welt ließ nicht lange auf sich warten. Die Forderung des neuen iranischen Präsidenten – selbst ein islamischer Fundamentalist –, der Westen möge auf seinem Territorium Israels Staat eine dauerhafte Existenzgrundlage schaffen, muss im Kontext global fundamentalistischer Drohung und Gegendrohung gesehen werden. Die Nah- und Mittelostpolitik der US-Neokonservativen wird jedenfalls immer offensichtlicher zur Geisel der evangelikal-fundamentalistischen Zirkel in den Vereinigten Staaten.

2. Imperium, Imperialismus, Hegemonie¹⁷

Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, Hauptvertreter des Imperiums-Ansatzes in Deutschland, bestreitet vehement, dass bei der Besetzung des Iraks durch die USA das irakische Öl eine zentrale Rolle spielte. »Das liegt überhaupt nicht in der Logik der imperialen Ordnung. Das wäre das Modell von Nazideutschland, das Ressourcenkontrolle mit militärischen Mitteln betrieben hat. Dagegen stellt das amerikanische Imperium nur sicher, dass die Ressourcen zu Marktbedingungen gehandelt werden. So wird sichergestellt, dass um strategische Ressourcen keine Kriege geführt werden müssen, man kann sie kaufen.«¹⁸ Mit anderen Worten führen – in der Kon-

¹⁷ Erste Überlegungen dazu vgl. Massarrat 2003: 10ff.

¹⁸ Münkler 2005.

sequenz von Müncklers Logik – die Vereinigten Staaten genau genommen seit 1953, als der CIA die demokratisch gewählte Regierung Mossadegh im Iran mithilfe der iranischen Militäraristokratie durch einen Putsch stürzte, im Mittleren Osten Krieg – so paradox diese Schlussfolgerung auch ist – »wegen Öl keinen Krieg.«

Mossadegh plädierte seinerzeit für die eigenständige Ausbeutung des iranischen Öls, um es ganz nach handelsliberalistischen Prinzipien auf den Weltmärkten an Meistbietende zu verkaufen. Durch seinen Sturz sollte jedoch in Wahrheit der Beginn des Freihandels für ein strategisch erstrangiges Gut verhindert werden. Die USA machen seit diesem Datum im Mittleren Osten eine Politik, die sich auf geheime Einmischungen, den Aufbau von Militärstützpunkten, eine Allianzbildung mit ihnen genehmen diktatorischen Regimen, die Beteiligung am ersten Golfkrieg (Iran/Irak-Krieg) und die von ihnen selbst geführten beiden Golfkriege erstreckt. Münckler stellt die Tatsachen durch seine eigentümlichen Konstruktionen auf den Kopf. Den Vereinigten Staaten geht es seit über einem halben Jahrhundert um das Ziel, anstelle eines Freihandels für Öl ein politisch und militärisch gestütztes Öl-Preis- und Mengenregime zu etablieren. Die Geschichte der US-Ölpolitik ist empirisch hinreichend belegt und analytisch untersucht worden.¹⁹

Statt die eigene These durch Fakten zu untermauern, leitet Münckler sie aus der Logik der imperialen Ordnung ab. Die Antwort auf die Frage, was denn die Logik der imperialen Ordnung sei, gibt Münckler in seinem, von liberalen bis konservativen Medien als »neues Erklärungsmuster« gelobten Werk »Imperien«.²⁰ Obwohl Müncklers wissenschaftliche Absicht, Gegenargumente zur wachsenden Kritik an der US-Außenpolitik zu formulieren, sich unverkennbar wie ein roter Faden durch sein Werk zieht, lässt er die konkreten Erfahrungen der US-Außenpolitik weitestgehend links liegen. Stattdessen bedient er sich zunächst der Konstruktion von Ordnungsprinzipien und Mechanismen alter imperialer Reiche (römisches, chinesisches und osmanisches Reich),²¹ die seiner Meinung nach für die Entstehung und den Fortbestand dieser Reiche maßgebend waren, um anschließend durch eine Analogie die Vereinigten Staaten positiv als modernes, demokratisches Imperium herauszustellen. In Imperien spielt nach Münckler die Prosperität eine zentrale Rolle und liefert die Rechtfertigung für die imperiale Herrschaft. Diese stützt sich auf drei Ordnungsfunktionen bzw. Optionen, »die für sich allein oder, was häufiger der Fall war, in Kombination miteinander

¹⁹ Vgl. dazu u.a. Massarrat 1980; derselbe 2003; Klare 2004; Perkins 2005.

²⁰ Münckler 2005a.

²¹ Ebenda: 11ff.

wahrgenommen werden können: Die *erste* Möglichkeit besteht in der Bereitstellung kollektiver Güter – Frieden innerhalb des imperialen Raums, Rechtssicherheit und die Chance sicheren Reisens und Wirtschaftens –, an denen die in der imperialen Peripherie Lebenden im gleichen Maße partizipieren wie die Zentrumsbürger, von deren Genuss also kein Imperiumsbeholder ausgeschlossen werden kann.«²² *Zweitens* zeichnet wirtschaftliche Prosperität die imperiale Ordnung aus, die allerdings voraussetzt, dass im Imperium »eine starke Diversität der in den verschiedenen Gebieten des Imperiums hergestellten Produkte, die dann innerhalb des imperialen Raums miteinander ausgetauscht werden... Das Ausmaß, in dem sich Überschussproduktion und Handel entwickeln, hängt freilich entscheidend von der Sicherheit der Seewege und Handelsstraßen ab... Aber es ist nicht nur die Sicherheit des Handelsraums, für die das Imperium Sorge trägt... Den Truppen folgen die Baumeister und Ingenieure, die die bestehenden Häfen vergrößern, neue anlegen und durch den Bau von Straßen und Brücken den imperialen Raum zu einem Wirtschaftsraum machen.«²³ Die »*dritte* Option der Prosperitätsgarantie des Imperiums« ist »die direkte Investition in die Räume der Peripherie, mit denen sie an das wirtschaftliche und zivilisatorische Niveau des Zentrums herangeführt werden sollen.«²⁴

Dass antike und mittelalterliche Hochkulturen zivilisatorische Errungenschaften und funktionierende Infrastrukturen wie Straßen, Brücken, Häfen, Rechtssicherheit, Arbeitsteilung, wirtschaftliche Prosperität und Fernhandel für Luxusgüter hervorbrachten, ist unbestritten. Genauso unbestritten ist aber auch, dass alte Weltreiche und Imperien die Fundamente ihrer von Münkler positiv herausgestellten Errungenschaften auf der Zerstörung bereits bestehender Zivilisationen, Verbrennung von Kulturgütern und Bibliotheken, auf Abschichtung der Bewohner ganzer Städte und auf Versklavung und Ausrottung ganzer Völker aufgebaut haben. Fest steht ferner auch, dass Industrialisierung, kapitalistische Entwicklung und Modernisierung nicht innerhalb von antiken Imperien, sondern erst nach deren Zusammenbruch, und vor allem in Mittel- und Nordeuropa, also in Räumen, die alleamt jenseits, bestenfalls am Rande alter imperialer Reiche lagen, stattgefunden haben. Allein dieser Sachverhalt führt Münklers Methode ad absurdum, durch selektiert aufgelistete positive Strukturmerkmale alter Imperien und durch Analogieschluss zwischen zwei völlig unterschiedlichen Herrschaftssystemen das Image der USA als neues Imperium aufzupolieren.²⁵

²² Ebenda: 158.

²³ Ebenda: 159f.

²⁴ Ebenda: 165.

²⁵ Vg. dazu ebenda »Die USA: das neue Imperium«: 224ff.

Es gibt jedenfalls gute Gründe für die Annahme, dass alte Imperien deshalb zu Grunde gegangen sind, weil sie die dezentralen Modernisierungs- und Entwicklungszellen für eine freie Entfaltung von Arbeitsteilung, Tauschhandel und Produktion eingeeignet und stets im Keim erstickt haben.²⁶

Wie man zu den zivilisatorischen und/oder zerstörerischen Dynamiken alter Imperien auch immer stehen mag, sie können für eine Beurteilung der Charaktermerkmale der USA allenfalls ergänzend in Betracht gezogen werden. Erkenntnisse über die Ordnungsprinzipien alter Imperien erübrigen jedenfalls nicht eine umfassende Beschäftigung mit den Strukturen der einzig verbliebenen Supermacht. Die *Konstruktion* der imperialen Ordnung durch Selektion macht es möglich, eine komplexe, Konflikt und Gewalt produzierende Hegemonialmacht wie die USA als ein sanftes und insgesamt zu bejahendes Imperium darzustellen und ihre Handlungen als moralisch legitim erscheinen zu lassen.²⁷ »Imperiale im Unterschied zu imperialistischer Politik«, schreibt Münkler, »würde danach heißen, dass sich die USA wesentlich als Garant der verdichteten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa, Amerika und Ostasien verstehen und in der Rolle eines idealen Gesamtkapitalisten dafür Sorge tragen, dass das hier erreichte Niveau des Güter- und Wissensaustausches nicht noch einmal so dramatisch schrumpft wie Ende der 1920er Jahre – erst in den 1970er Jahren wurde das vormalige Niveau der weltwirtschaftlichen Verflechtung erreicht.«²⁸

Tatsache ist, dass die positiven Merkmale von Münklers »imperialer Ordnung« bei einer oberflächlichen Betrachtung nur bedingt und ausschließlich auf den transatlantischen Raum in der Nachkriegsära zutreffen. Auch hier sind die Beziehungen von undurchsichtigen Mechanismen der Drohung und Erpressung der Verbündeten durch die USA durchzogen. Sobald man aber den Geltungsbereich des Imperiums räumlich und zeitlich nicht beschränkt und das US-Imperium in seiner gesamten zeitlichen und räumlichen Wirkungsweise untersucht, und sobald man die abstrakt abgehobene Vogelperspektive verlässt und sich auf den Boden der Realität begibt, fällt Münklers Konstruktion vom »Empire« wie ein Kartenhaus zusammen.²⁹

²⁶ Vgl. dazu Massarrat 1995.

²⁷ Vgl. auch meine Kritik von Münklers Rechtfertigung des Irak-Krieges: Massarrat 2003a; ders. 2003b.

²⁸ Münkler 2005: 233.

²⁹ Auch Hardt und Negri konstruieren in ihrem Buch das »Empire«, das allerdings – im Unterschied zu Münkler – nicht durch Selektion, sondern indem sie sich auf die amerikanische Verfassung berufen, die den Imperialismus ausschließt, Empire aber erlaube. Hardt/Negri 2000: 194f.

Auch ein rhetorisch gewandter und eloquenter Verfasser wie Münkler ist nicht davor gefeit, wenn auch ungewollt, manche Inkonsistenzen der eigenen Analyse ans Tageslicht zu fördern. An ganz wenigen Stellen fühlt er sich in seinem Werk genötigt, handfeste Fakten, die die Kritiker der US-Außenpolitik anführen, zur Kenntnis zu nehmen. Hier nur einige wichtige Beispiele: »Ob eine ... optimale Gewichtung möglich ist«, dass »die militärischen Aufgaben (des US-Imperiums) in Grenzen gehalten werden«, hängt auch davon ab, »ob strategische Ressourcen, auf denen die Wirtschaft des imperialen Raumes basiert, innerhalb dieses Raumes verfügbar sind oder importiert werden müssen. Letzteres kann einen permanenten Zwang zur direkten Beherrschung von Teilen der Peripherie nach sich ziehen. In dieser Hinsicht bildet die Kontrolle der Erdölversorgung und des Ölpreises die Achillesferse des amerikanischen Imperiums.«³⁰ Der Zwang zur direkten Beherrschung und Kontrolle der Erdölversorgung und des Ölpreises widerspricht also durchaus nicht der Logik der imperialen Ordnung – wie Münkler an einer anderen Stelle (s.o.) behauptet, sondern ist offensichtlich Bestandteil dieser Ordnung. Insofern hätte Münkler selbst einräumen müssen, dass die Vereinigten Staaten sich in Bezug auf die strategisch existentiellen Räume jenseits des transatlantischen Kernbereichs des Imperiums imperialistisch verhalten.

Dieses Eingeständnis stünde allerdings im Widerspruch zu seiner Konstruktion der imperialen Ordnung. Die von Kritikern herausgestellte Neigung der USA, sich immer häufiger auf Abenteuerkriege einzulassen, führt Münkler, um ein zweites Beispiel anzuführen, auf »die Zeitknappheit durch die demokratischen Mechanismen« zurück. »Militärische Lösungen sind«, so Münkler, »mit der Suggestion der Schnelligkeit und Endgültigkeit versehen, und insofern liegt es nahe, dass ein ›Imperium in Eile‹ häufiger zu ihnen Zuflucht nimmt als angezeigt und sinnvoll wäre.«³¹ Die Kriege der USA resultierten demnach nicht daraus, dass die amerikanische Demokratie vor den Beziehungen zu Amerikas erklärten Feinden Halt macht, sondern umgekehrt daraus, dass die Schwerfälligkeit der Demokratie den US-Regierungen wegen »Zeitknappheit« keine andere Wahl lässt.

Münkler hat auch kein Problem damit, Kritikern zuzustimmen, dass die USA viele Kriege verdeckt geführt bzw. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen begonnen haben. »Vom so genannten Tonking-Zwischenfall, mit dem der Beginn der Luftbombardements gegen Nordvietnam begründet wurde«, schreibt Münkler, »über die angebliche Tötung kuwaitischer Brutka-

³⁰ Münkler 2005: 233f.

³¹ Ebenda: 237.

stenbabys durch irakische Soldaten, die ein amerikanisches Eingreifen am Golf in den Jahren 1990/91 motivieren sollten, bis zur angeblichen Bedrohung der freien Welt durch die Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins durchzieht die amerikanischen Interventionsbegründungen eine breite Spur von Täuschungen und Lügen.«³² Wer aber dieses Eingeständnis als Einleitung zu einer kritischen Reflexion der US-Kriegspolitik und als Enttötung über das den Prinzipien der Demokratie zuwiderlaufende Verhalten der USA auffasst, wird bitter enttäuscht. Münkler rechtfertigt auch bei diesem dritten Beispiel die von ihm selbst herausgestellte amerikanische »Inszenierung von Bedrohungen« durch den »strukturellen Zwang ... , um die demokratische Öffentlichkeit zur Übernahme imperialer Verpflichtungen zu motivieren. Die Politik der Inszenierungen und Täuschungen dient dazu, die Lücke zwischen Demokratie und Imperium zu schließen.«³³

Münkler verfolgt mit seinem Buch *Imperien* offensichtlich eine normative Absicht. Ihm geht es vor allem darum, das US-Hegemonialsystem von seinen imperialistischen und demokratieabträglichen Eigenschaften zu entlasten und es als ein Demokratie förderndes und zu bejahendes Imperium zu präsentieren,³⁴ dem sich Europa aus Eigeninteresse unterzuordnen habe, stattdessen »imperiale« Politik in Zweifel zu ziehen.³⁵ Er hat auch mit seiner Methode von Selektion, unzulässiger Analogie und der Beobachtung aus der bequemen Vogelperspektive, die es ihm erlaubt, Details und unbequeme Fakten wegzulassen oder sie so zurecht zu biegen, bis sie seiner Konstruktion zuträglich werden, offenbar ein leichtes Spiel, das »imperiale Modell« bis in sozialdemokratische und grüne Kreise hinein salonfähig zu machen. Bei einer differenzierten und vorurteilsfreien Betrachtung ließe es sich jedoch durchaus unschwer nachweisen, dass die Vereinigten Staaten sowohl ihren imperialistischen wie hegemonialen Triebkräften folgen, wobei mal die imperialistischen und mal hegemoniale Triebkräfte dominieren.

Es bietet sich an dieser Stelle an, *Imperialismus* von *Hegemonie* genauer abzugrenzen. Der *Imperialismus* – will man eine allgemeingültige, d.h. von den spezifisch historischen Formen abstrahierte Formulierung liefern – ist eine Strategie der reichen Eliten kapitalistischer Staaten, um mittels natio-

³² Ebenda: 238.

³³ Ebenda: 238.

³⁴ Vgl. auch Wagner 2006. Wagner ordnet Münklers Beiträge der »Perspektive der Herrschenden« zu. »Münkler versteht sich mit eitlem Stolz ausdrücklich als ein ... Berater der politischen und militärischen Herrschaftseliten«, ebenda.

³⁵ »Europa muss sich gegenüber den USA als ein Subzentrum des imperialen Raums behaupten und darauf achten, dass sich zwischen den USA und ihm kein Zentrum-Peripherie-Gefälle herausbildet.« Ebenda: 247.

nalstaatlicher (physischer bzw. struktureller) Gewalt den eigenen nationalen Wohlstand zulasten machtloser Nationen und künftiger Generationen zu vermehren. Dazu dient die Eroberung fremder Länder und die territoriale Absicherung eigener Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Diese Definition steht in Übereinstimmung mit der zentralen Aussage aller klassischen Imperialismustheorien, obgleich diese in Abhängigkeit von den Motiven der Autoren und den historischen Rahmenbedingungen ihrer Entstehung stark unterschiedlich begründet wurden.³⁶

Hegemonie wird dagegen allgemein als Vormachtstellung eines Staates gegenüber anderen Staaten definiert, die sich auf die Anerkennung der politischen, kulturellen, ökonomischen und vor allem militärischen Überlegenheit seitens anderer Staaten gründet. Hegemonie geht über bloße Einflussnahme hinaus, endet aber unterhalb der Schwelle unmittelbarer Herrschaftsausübung. Im Unterschied zur imperialistischen Unterordnung beruht Hegemonie idealtypisch auf *Freiwilligkeit und formaler Gleichberechtigung* der Partner innerhalb des Hegemonialsystems. Die freiwillige Anerkennung der Hegemonialmacht kann sich aus der Übereinstimmung gemeinsamer Interessen, aber auch daraus ergeben, dass außerdem ökonomische und sicherheitspolitische Abhängigkeiten bestehen. Gramscis Hegemonie-Begriff zielt auf innergesellschaftliche Allianzbildungen. Dabei geht er sowohl vom Konsens, aber auch vom Zwang im Verhältnis zwischen hegemonialen und untergeordneten Gruppen aus.

In der Diskussion über Hegemonie in globalen Beziehungen besteht weitgehend Übereinstimmung, dass Konsens und Zwang in Hegemonialbeziehungen mit einander einher gehen. Für Arrighi hat die Macht des Hegemons ihre Grundlage in einer ständig neu auszutarierenden Balance zwischen Zwang und Konsens.³⁷ Denn Hegemonialmacht kann ohne Machtakкумуляtion nicht bestehen. Diese ist jedoch mit erheblichen Lasten verbunden, die die Gesellschaft der Hegemonialmacht zu tragen hat. Über diese Lasten hinaus müsste es zusätzliche Anreize geben, die den Hegemon motivieren, die Hegemonialposition auch in Zukunft behalten zu wollen. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass der Hegemon bestrebt ist, seine akkumulierte militärische, institutionelle und kulturelle Macht zur Erzielung einer *Hegemonialrente*, die er aus dem Rest der Welt abschöpft, einzusetzen. Die Anwendung des Begriffs *Rente* ist in diesem Zusammenhang angebracht, da sie im Prinzip mit der Rente der Ressourceneigentü-

³⁶ Ausführlicher dazu Massarrat 1976, Kapitel 6-8.

³⁷ Vgl. Harvey 2005: 43.

mer in kapitalistischen Gesellschaften vergleichbar ist, die diese lediglich dank des eigenen Machtmonopols den Konsumenten auferlegen können.

Nach dieser skizzenhaften Begriffsklärung bietet es sich an, die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu ihrem globalen Umfeld genauer unter die Lupe zu nehmen. Sie können grob in drei unterscheidbare, aufeinander folgende Etappen gegliedert werden.

Erste Etappe: von der Gründung 1763 bis 1945

In diesem historischen Abschnitt entwickeln sich die Vereinigten Staaten zu einem prosperierenden kapitalistischen Staat mit – vor allem seit Mitte des 19. Jahrhunderts – zunehmend imperialistischen Zügen. Dazu gehören die Annexion von Texas 1845, die Invasion von Mexiko 1847, die Aneignung von Alaska 1867, die Besetzung der Philippinen 1889, die Vertreibung und Dezimierung der Indianerstämme nach 1865 und die Einverleibung von Hawaii 1890. Der territorial teils nach innen gerichtete amerikanische Imperialismus ist im Vergleich mit den imperialistischen Kriegen und Eroberungszügen Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande und Deutschlands in diesem Zeitraum ein weicher, im Großen und Ganzen unauffälliger Imperialismus. Er beschränkt sich auf den amerikanischen Kontinent und den pazifischen Raum. Dies hat aber im Wesentlichen damit zu tun, dass die Vereinigten Staaten angesichts der Größe ihres Territoriums, ihrer umfangreichen natürlichen Ressourcen einschließlich des landwirtschaftlichen Grund und Bodens und der Größe ihres Binnenmarktes nicht denselben strukturellen Zwängen zur Eroberung fremder Rohstoffquellen und Absatzmärkte ausgesetzt waren wie die kapitalistischen Staaten in Europa.³⁸

Zweite Etappe: die Ära des Kalten Krieges 1945-1989

Dieselben Faktoren, die erübrigten, dass die Vereinigten Staaten sich wie die kapitalistischen Staaten Europas gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem aggressiven und expansionistischen Imperialismus entwickelt haben, sind auch dafür ausschlaggebend, dass sich die USA spätestens nach 1945 zu einer Hegemonialmacht herausbilden konnten. Wie kein anderer kapitalistischer Staat verfügten die Vereinigten Staaten in dieser Epoche über einzigartige Voraussetzungen einer kontinentüberschreitenden Hegemonialmacht. Dazu gehören die hohe Bevölkerungszahl mit starkem Anteil ökonomisch Aktiver, natürliche Ressourcen im Überfluss, die starke Nationalökonomie mit hohem Anteil am Welthandel, starkes Finanzkapital und der

³⁸ Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 1976: 181ff.

Dollar als internationale Leitwährung, wissenschaftlich-technologischer Vorsprung auf den meisten Gebieten, hohes Pro-Kopf-Einkommen, Englisch als Weltsprache und vor allem militärische Überlegenheit sowohl im konventionellen wie im atomaren Bereich.

Außer diesen materiellen Voraussetzungen war die Mehrheit der Amerikaner davon überzeugt, »auserwählt« und – wie oben dargelegt – zum Messianismus berufen zu sein. Dieses Sendungsbewusstsein war aller Wahrscheinlichkeit nach ein wichtiger Grund für das Selbstverständnis einer Nation, die sich anschickte, ihren Lebensstil (*American way of life*) als Norm für die übrige Welt zu deuten und die kulturelle Hegemonie für sich zu beanspruchen. »Ist der Messianismus auch nicht unbedingt in einem strikt religiösen oder theologischen Sinne aufzufassen«, schreibt Hartmut Heuermann, »so proklamiert er doch ein Weltbesserungsprogramm, das anderen die Werte, Tugenden, Verhaltensmaximen anempfiehlt (oder aufoktroiziert), die dem Gottes- und Menschenbild der Amerikaner entstammen. Diese werden gewissermaßen als Geschenke des Himmels angesehen, deren Empfang mit Dankbarkeit zu quittieren ist, ihr Begriff von Freiheit, ihr Modell der Demokratie, ihr System des Rechts, ihre Vorstellungen von Markt, Konsum und Luxus, ihr Standard technologischer Errungenschaften, kurzum: ihre Auffassung von den Voraussetzungen eines höheren, gottgefälligen Menschentums.«³⁹ Es deckt sich durchaus mit dieser Tradition, dass Neokonservative wie George W. Bush, Dick Cheney und Ronald Rumsfeld das hegemonialpolitische Projekt der USA für den Großraum Mittlerer und Naher Osten unter dem Vorwand der Demokratisierung missionarisch begründen.⁴⁰

Die Hegemonie der Vereinigten Staaten in der westlichen Welt nach 1945 ist sehr viel ausgeprägter als die Hegemonie Großbritanniens ein halbes Jahrhundert zuvor. Dem Sieger des Zweiten Weltkrieges mit beträchtlichen Kapital- und Warenüberschüssen stehen Westeuropa und Japan gegenüber, die durch den Krieg ausgeblutet und in der Not darauf angewiesen sind, alles, was aus Amerika kommt, tatsächlich als Geschenk des Himmels anzusehen und sich zu tiefer Dankbarkeit verpflichtet zu fühlen. Die USA versorgen Westeuropa nicht nur mit Kapital und Waren, sie geben ihm obendrein die militärische Sicherheit gegen die neue kommunistische Bedrohung. Der kommunistische Feind sorgt dafür, dass die Hegemonialposition der USA sich in der westlich-kapitalistischen Welt trotz beachtlicher Verschiebungen der ökonomischen Kräfteverhältnisse zugunsten Westeuropas und Japans verfestigt. Die hegemoniale Unterordnung Westeuropas und

³⁹ Heuermann 2005: 267.

⁴⁰ Ausführlicher dazu Massarrat 2005a.

Japans beruht im Wesentlichen auf Konsens und Freiwilligkeit und wird durch das gemeinsame Interesse an der Globalisierung von Kapital- und Warenbeziehungen untermauert.

Ganz anders sind die Auswirkungen der US-Hegemonialmacht auf den »Rest« der Welt. Im Verhältnis zum kommunistischen Lager (Sowjetunion und China) herrscht ein tödliches Wettrüsten, vor allem bei atomaren Waffensystemen. Es wird begleitet von Drohungen und Gegendrohungen gemäß der Logik der Abschreckung durch wechselseitige Vernichtung. Im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt an der Peripherie der entwickelten kapitalistischen Metropolen verhält sich die Hegemonialmacht gewalttätig und imperialistisch, teils um ihre Kontrolle über strategische Öl- und Rohstoffressourcen der Peripherie zu sichern und teils um den politischen Einfluss des kommunistischen Lagers einzudämmen.

Allein in der Zeit zwischen 1950 (Korea-Krieg) bis 1999 (Kosovo-Krieg) waren die Vereinigten Staaten in 106 Konflikte mit Militäreinsätzen, darunter auch heftige Kriege wie in Vietnam und die Golfkriege, verwickelt.⁴¹ Insofern dürfte es empirisch und logisch begründet sein, Amerikas Status in der westlichen Welt als hegemonial-imperialistisch zu bezeichnen: hegemonial und im Wesentlichen im Konsens im Verhältnis zu ihren westlichen Partnerstaaten mit übergeordneten gemeinsamen (sicherheitspolitischen, ökonomischen und strategischen) Interessen; und imperialistisch im Verhältnis zu allen Staaten an der Peripherie der westlichen Welt. In dieser Epoche gelang es der Hegemonialmacht, ihre westlichen Partner, Westeuropa und Japan, in den meisten Fällen als Verbündete für ihre imperialistische Politik zu gewinnen. Sie unterstützten die Politik der USA entweder aktiv wie im Falle Irans 1951-53 und des zweiten Golfkrieges 1989/90, oder passiv wie im Falle des Vietnam-Krieges.

Dritte Etappe: seit 1989 und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Verschwindens des gemeinsamen westlichen Feindes

Die hoffnungsvolle Annahme, aus der bipolaren würde alsbald eine multipolar-pluralistische Weltordnung herauswachsen, in der die USA mehr oder weniger freiwillig auf ihre Hegemonialposition verzichten und sich auf die umfassende Abrüstung von Atomarsenalen sowie auch konventioneller Waffensysteme einlassen – wie Michail Gorbatschow es vorgeschlagen hatte –, erwies sich als trügerisch. Sie war durchaus nicht unbegründet. Immerhin hatten Amerikas verlässliche Partner in Westeuropa durch die EU-Integration und Einführung des Euro und auch Japan ökonomisch mächtig auf-

⁴¹ Vgl. dazu Massarrat 2003, S. 27ff.

geholt, während gleichzeitig Amerikas hegemoniale Symbole wie der *American way of life* und der *Dollar als Leitwährung* ihre Attraktivität einbüßten. Doch hatte sich Amerikas politische Klasse darauf verständigt, die gewachsenen hegemonialen Strukturen und die beträchtlichen kurzfristigen Vorteile, die sich für die US-Ökonomie daraus ergeben, nicht so ohne weiteres aus der Hand zu geben. Sie entschied sich für eine amerikanisch dominierte unilaterale Weltordnung und untermauerte diesen Anspruch durch die massive Stärkung der militärischen Säule des US-Hegemonialsystems und durch Vertiefung bestehender sicherheits- und energieversorgungspolitischer Abhängigkeiten westlicher Verbündeter und ihrer inzwischen ernstzunehmenden ökonomischen Rivalen EU und Japan.

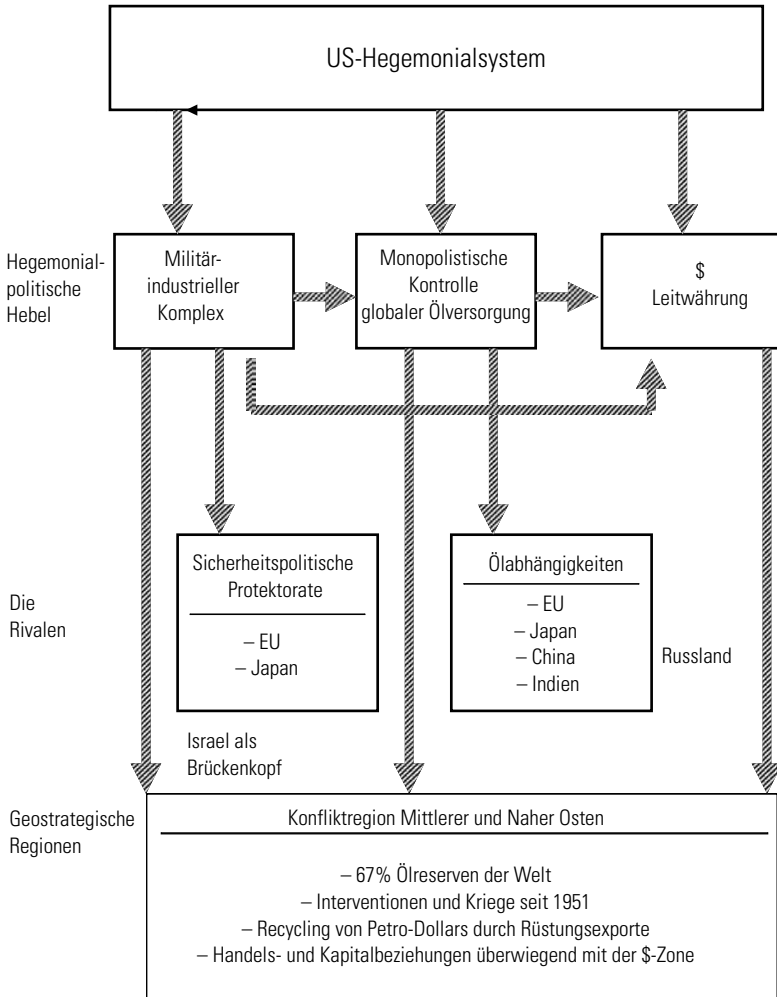
Das neue Hegemonialsystem der USA beruht längst nicht mehr auf dem Konsens der Gleichgesinnten. Vielmehr verschärfen sich die Gegensätze, wie sie im Vorfeld des Irak-Krieges zwischen USA und *Old Europe* offen zutage traten. Gleichzeitig neigt die Hegemonialmacht dazu, ihre hegemonialen Ziele immer offener gewaltsam durchzusetzen. Sie wird zunehmend imperialistisch.

Ich verwende im Folgenden den Begriff des *Hegemonialsystems* statt nur *Hegemonie* oder *Hegemonialmacht*, weil die verschiedenen hegemonialen Dimensionen, Triebkräfte und Säulen strukturell miteinander verklammert sind und in der Tat wie in einem System die Effizienz der US-Hegemonialpolitik synergetisch verstärken.

3. Triebkräfte, Säulen und Grenzen des Hegemonialsystems

Nach dem Versuch, auf die Frage nach dem Wesen von Amerikas Weltmacht eine differenzierte Antwort zu finden, steht im Folgenden eine detaillierte Analyse des gegenwärtigen US-Hegemonialsystems im Vordergrund, das im letzten halben Jahrhundert historisch herausgewachsen ist. Grundsätzlich ist Folgendes vorauszuschicken: Es handelt sich um ein äußerst komplexes und in seinen Winkelzügen undurchsichtiges System. Die Mehrdimensionalität der hegemonialen Wirkungsweise legt es nahe, von einem System auszugehen, in dem die Hegemonialmacht die sich ergänzenden militärischen, geostrategischen und währungspolitischen Säulen bündelt, um eigene ökonomische Partialinteressen und kulturelle Normen zulasten der übrigen Welt durchsetzen zu können. Um die Wirkungsweise des Hegemonialsystems transparent und nachvollziehbar zu machen, sollen im Folgenden diese miteinander verwobenen Säulen (siehe Abbildung 3) im Einzelnen ausführlich untersucht werden.

Abb. 3: Struktur des US-Hegemonialsystems



In diesem System kommt dem Großraum Mittlerer und Naher Osten wegen seiner umfangreichen Energiereserven für die amerikanische Hegemonialpolitik gegenüber der übrigen Welt – die eigenen Verbündeten eingeschlossen – eine unverzichtbare strategische Bedeutung zu. Aus denselben Gründen wird auch Israel ein ebenso unverzichtbarer militärischer Brückenkopf im US-Hegemonialsystem. Es wird im Folgenden außerdem auch

zu untersuchen sein, wie die diversen hegemonialen Triebkräfte und Mechanismen dieses Systems synergetisch miteinander verklammert sind.

Militärindustrieller Komplex, Unilateralismus und Hegemonialsystem

»Diese Kombination eines gewaltigen militärischen Establishments und einer mächtigen Rüstungsindustrie ist neu in der amerikanischen Geschichte [...]. In den Gremien der Regierung müssen wir der Ausweitung, ob aktiv oder passiv, des unbefugten Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes vorbeugen. Das Potenzial für einen verheerenden Anstieg der Macht an falschen Stellen besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass diese einflussreiche Allianz unsere Freiheiten und demokratischen Prozesse gefährdet. Wir dürfen nichts als selbstverständlich betrachten.« (US-Präsident Dwight D. Eisenhower, Abschiedsrede, 17. Januar 1961)⁴²

Präsidenten können bei ihrem Abschied gut reden und vor Gefahren warnen. Ihre Nachfolger schlagen aber Warnungen in der Regel leichtfertig in den Wind. Heute scheint es unvorstellbar zu sein, dass ein Kandidat, der sich für das Amt des US-Präsidenten bewirbt, in der Lage ist, einen Wahlkampf gegen den Militärindustriellen Komplex (MIK) zu führen. Anderenfalls müsste er damit rechnen, schon vorher Opfer gezielter Kampagnen dieses politisch äußerst einflussreichen Netzwerkes zu werden, das inzwischen aus der Rüstungsindustrie, allen militärischen Institutionen, insbesondere dem Pentagon, wissenschaftlichen Instituten, Forschungseinrichtungen, Dutzenden Think Tanks und Werbeagenturen mit einflussreichen Agitatoren in den Medien zusammengewachsen ist. Der MIK war mit Beginn des Kalten Krieges in der einzigartigen Position, Amerikas Rolle in der Weltpolitik maßgeblich zu beeinflussen.

Obwohl der MIK sich im Unterschied zu den Auto- und Ölkonzernen nicht auf soziale Verbündete in der US-Gesellschaft stützen kann und er materiell den Menschen keinen unmittelbaren Nutzen bringt, diesen im Gegenteil Steuermittel im beträchtlichem Umfang raubt, braucht er sich um hohe Verteidigungsetats der US-Regierungen keine Sorgen zu machen. Das kommunistische Feindbild konnte über vier Dekaden stets als eine wirkungsvolle Legitimationsressource für den Ausbau militärischer Kapazitäten mobilisiert werden. Die US-Verteidigungsausgaben bewegten sich im Zeitraum 1950-2002 zwischen 300 und 500 Mrd. US-Dollar.⁴³ Das tödliche Wettrüsten mit Atomwaffen in den 1960er und 1970er Jahren, die Nachrü-

⁴² Zitiert nach Johanson 2004: 57.

⁴³ Ebenda: 80.

tion in den 1980er Jahren und die Entwicklung von Weltraum gestützten atomaren Waffensystemen gehören zu den Wesensmerkmalen amerikanischer Sicherheitspolitik, die allesamt vom MIK konzipiert und mit Legitimierung der jeweiligen US-Regierung realisiert wurden.

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion war Amerikas Feindbild Kommunismus, das sich bis dato zu einem festen Bestandteil der amerikanischen Ideologie herausgebildet hatte, praktisch über Nacht abhanden gekommen. Damit drohte auch der MIK seine Legitimation in der Gesellschaft zu verlieren. Doch gelang es nach der erfolgreichen islamischen Revolution im Iran und der Geiselnahme der US-Botschaftsangehörigen durch die islamischen Revolutionsgarden in Teheran, die Bedrohung durch den Islam und die islamische Welt erfolgreich an die Stelle der kommunistischen Bedrohung und der Sowjetunion zu platzieren.

Huntingtons *Clash of Civilizations* leistete seinerseits zur Verbreitung des neuen Feindbilds Islam einen wichtigen Beitrag. Mit dem 11. September betrat ein neuer Feind die Bühne der Weltpolitik: der internationale Terrorismus, dem George W. Bush unmittelbar den Krieg erklärt hat. Der US-Krieg in Afghanistan 2001 stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, der Irak-Krieg wurde u.a. auch mit der Bekämpfung des Terrorismus in Verbindung gebracht. Im Atomstreit wird der Iran beschuldigt, der Finanzier des internationalen Terrorismus zu sein. Nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Irak 2003, das als die größte Bedrohung für den Weltfrieden gebrandmarkt wurde, entdeckte die US-Regierung die Weiterverbreitung von Atomwaffen als die neue Bedrohung für die »internationale Gemeinschaft«. Das iranische Atomprogramm wurde seit 2003 zur Hauptzielscheibe der US-Propaganda.

Somit ist das Bild neuer Bedrohungen abgerundet: der internationale Terrorismus und die Weiterverbreitung von Atomwaffen.⁴⁴ Beide Bedrohungen werden mit der islamischen Welt als Ganzes in Verbindung gebracht, während gleichzeitig die aktuellen Konfliktherde, in die die US-Hegemonialmacht verwickelt ist, sich alle im Mittleren und Nahen Osten, also genau in der Region befinden, die in mehrfacher Hinsicht für das Hegemonialsystem von existenzieller Bedeutung ist.

In der amerikanischen Öffentlichkeit herrscht allgemein das Bewusstsein vor, dass sich der Westen unter US-Führung mit der islamischen Welt – ähnlich wie in der Kalten Kriegs-Ära mit der kommunistischen Welt – im Vorkriegszustand befindet. Nicht selten beschönigte US-Präsident George W. Bush persönlich den amerikanischen »Kreuzzug« gegen die Tyrannei

⁴⁴ Zum Atomstreit mit Iran vgl. vor allem Kalinowski 2005; Massarrat 2005b.

und Finsternis, bekundete er Amerikas Entschlossenheit, »westliche Freiheit in die entferntesten Gebiete der Finsternis« zu bringen. Vor diesem Hintergrund kann sich der MIK auf die mittel- und langfristige Bereitschaft, das Verteidigungsbudget auf hohem Niveau zu halten und sogar auszubauen, verlassen. Die Verschmelzung des neuen amerikanischen Patriotismus mit dem religiösen Fundamentalismus, von dem schon die Rede war, entwickelte sich ohnehin zu der innenpolitisch mächtigsten Legitimationsressource für den Fortbestand des MIK.

Tatsächlich wurde das US-Verteidigungsbudget von 290 Mrd. US-Dollar 1995 (dem niedrigsten Stand seit 1960) bis auf über 400 Mrd. US-Dollar 2003 angehoben. Die besondere Aktivität des Pentagons bestand seit diesem Zeitpunkt darin, die US-Militärbasen weltweit auszubauen. Bis 2001 verfügten die USA über 725 Militärbasen in 153 Ländern mit einem Wert von 118 Mrd. US-Dollar und einem Personalbestand einschließlich der Familienangehörigen von 531.277 Personen.⁴⁵ Hinzu kommen etliche geheime Stützpunkte, wie beispielsweise Camp Bondsteel, das 1999 im Anschluss an den Kosovo-Krieg in der Nähe von Pristina gebaut wurde und mit 5.675 Militärbediensteten einer der größten US-Stützpunkte im Ausland sein soll. Hinzu kommt ein dichtes Netz von weltweit installierten Lauschposten.⁴⁶ Die US-Militärbasen sind nach dem 11. September beträchtlich ausgeweitet worden, vor allem in zentralasiatischen Staaten und in Osteuropa, in und um den Großraum Mittlerer und Naher Osten, in der Nähe von Öl- und Gas-Transportrouten, die von dieser Region nach Europa und zum Indischen Ozean führen.

Die neuen und inzwischen medial erfolgreich im Bewusstsein einer großen Mehrheit der Amerikaner verankerten Feindbilder Islam, internationaler Terrorismus und Irans Atombomben fielen durchaus nicht nach dem 11. September vom Himmel. Sie resultierten aus einer Politik der US-Hegemonialmacht, die seit mehreren Jahrzehnten vor allem im Mittleren und Nahen Osten verfolgt wurde und die erheblich zur Destabilisierung der Region beigetragen hat. »Ein halbes Jahrhundert lang standen die USA für politische und wirtschaftliche Freiheit« schreibt Emmanuel Todd in der Einleitung seines »Nachrufes« auf die Weltmacht USA. »Aber heute«, konstatiert Todd, »erscheinen sie immer mehr als ein Faktor der internationalen Unordnung, und wo sie können, fördern sie Instabilität und Konflikte.«⁴⁷ Bush

⁴⁵ Johanson 2004: 210.

⁴⁶ Ebenda: 216.

⁴⁷ Todd 2003: 13.

trieb die US-Destabilisierungspolitik nur auf die Spitze, was inzwischen auch Neokonservative zur Kritik veranlasst.⁴⁸

Die US-Intervention im Iran/Irak-Krieg zugunsten des Iraks in den 1980er Jahren hat die Konfliktstrukturen im Mittleren Osten vertieft, das Saddam-Hussein-Regime gestärkt und zum Einsatz von chemischen Massenvernichtungswaffen im irakischen Teil Kurdistans und im Iran während des Iran/Irak-Kriegs ermutigt. Dieser Chemiewaffeneinsatz durch das Nachbarland gab den Ausschlag für das iranische Atomprogramm mit eigenen Urananreicherungs-kapazitäten, das nun die US-Regierung als neue Bedrohung anprangert. Seriöse Quellen weisen zudem auf die indirekte Unterstützung des irakischen Diktators und das grüne Licht der US-Regierung für dessen Überfall auf Kuwait hin.⁴⁹

Auch in den 1990er Jahren haben die Vereinigten Staaten beim Bosnien- und Kosovo-Konflikt auf dem Balkan die Chancen von nicht-militärischen Lösungen leichtfertig verspielt und Militärinterventionen eindeutig den Vorzug gegeben.⁵⁰ Besonders folgenreich ist der Umgang der USA mit dem Nahost-Konflikt. Todd spricht offen aus, was viele in Europa und anderen Weltregionen denken. Sie verstehen nicht, konstatiert er, »warum Amerika den Konflikt zwischen Israel und Palästina nicht regelt, obwohl es dazu in der Lage wäre. Sie fragen sich allmählich, ob es Washington ins Konzept passen könnte, dass dieser ständig schwelende Konflikt im Nahen Osten existiert und dass die arabischen Völker wachsende Feindseligkeit gegenüber der westlichen Welt bekunden.«⁵¹ Die Nahost-Politik der USA hat die islamisch-fundamentalistischen Strömungen in der islamischen Welt gestärkt und dem internationalen Terrorismus den Nährboden geliefert.⁵²

⁴⁸ In seiner Kolumne »Der Triumph des Unrealismus« in der Washington Post wirft der neokonservative Starkolumnist George Will Bush den Bruch mit der klassischen Realpolitik früherer US-Präsidenten im Nahen Osten vor. »Bush betrachtet«, schrieb er, »Stabilität als das eigentliche Problem im Mittleren und Nahen Osten. Dieses Problem ist gelöst worden.« Neue Osnabrücker Zeitung vom 21. August 2006.

⁴⁹ Salinger/Laurent 1991: 39ff.

⁵⁰ Diese Einschätzung ist inzwischen in zahlreichen kritischen Beiträgen hinreichend belegt. Vgl. dazu u.a. Nielebock 1991; Lutz 2001; Birnbaum 2001. Über die Kontinuität und Verbindungslinien der US-Interventionen der letzten zwei Jahrzehnte im eurasischen Raum vgl. Massarrat 2003.

⁵¹ Todd 2003: 15. Ausführlicher dazu in diesem Kapitel unter »Israel als hegemonialer Brückenkopf«.

⁵² Robert Dreyfuss spricht gar vom Spiel mit dem Teufel, das die USA in den letzten 60 Jahren im Mittleren und Nahen Osten systematisch betrieben und den politischen Islam selbst, insbesondere die afghanischen Mudjahedin, gegen das Sowjet-Imperium erfunden, gestärkt bzw. angestachelt haben. Dreyfuss 2005: 1ff.

Gewollt oder ungewollt arbeiten das Pentagon und der internationale Terrorismus Hand in Hand. Die Schurkenstaaten-Theorie entstand in der Ära von Präsident Clinton, die neokonservativen Republikaner ergänzten diese Konstruktion durch die Erfindung der »Achse des Bösen«. Das Regime von Saddam Hussein, das zu dieser »Achse« gehörte, wurde inzwischen gestürzt. Unzählige Pläne gegen den Iran und Nordkorea und gegen die anderen, zu dieser Achse gehörenden »Schurkenstaaten« warten auf ihre Umsetzung, so z.B. der CIA-Plan, die iranischen Nuklearanlagen durch Militärschläge anzugreifen,⁵³ und der »Plan 5030« des US-Verteidigungsministeriums zum Zweck gezielter und riskanter Provokationen an der süd-nordkoreanischen Grenze.⁵⁴

Komplizierend und folgenreich kommt hinzu, dass der MIK und seine mächtigen Fürsprecher in Washington laut einer gut recherchierten Studie des US-Historikers Joel Beinin von der Stanford University mit den Anhängern der Idee von Großisrael eng zusammen arbeiten.⁵⁵ Dieser Studie zufolge ist das Szenario des Irak-Krieges ein gemeinsames Produkt des *American Enterprise Institutes*, in dem mächtige Fürsprecher des MIK, der Ölindustrie und des *Washington Institute for Near East Policy (WINEP)* vertreten sind.⁵⁶ Hier schließen sich offenkundig die Interessen von zwei Akteursgruppen in fataler Weise konfliktverschärfend zusammen: einerseits der MIK in den USA, der sich durch einen fortwährenden Nahost-Konflikt auf Jahre unabkömmlich machen würde, und andererseits der militante Zionismus à la Sharon, Olmert und anderer israelischer Politiker, die einen

⁵³ Die Los Angeles Times berichtet diesbezüglich über einen »CIA-Eventualplan«. Vgl. dazu die Neue Osnabrücker Zeitung vom 3. August 2003.

⁵⁴ Vgl. dazu den Bericht von Karl Grobe in der Frankfurter Rundschau vom 9. September 2003.

⁵⁵ Beinin 2003.

⁵⁶ Zu den einflussreichsten Kadern dieser beiden Institute gehören u.a. Martin Indyk (US-Botschafter der Clinton-Administration in Israel); Dennis Ross (Nahost-Berater der ehemaligen Präsidenten Bush sen. und Clinton); Dick Cheney (Vize-Präsident); John Bolton (Vize-Außenminister), Richard Perle (der ideologische Vater des Irak-Krieges), Paul Wolfowitz (Vize-Verteidigungsminister). Ebenda. Beinin zeigt in seinem Beitrag die personelle Vernetzung dieser und anderer US-Politstrategien in diversen, untereinander stark verquickten Think Tanks, wie das *American Enterprise Institute (AEI)*, das *Centre for Security Policy (CSP)*, das *Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA)*, das *Washington Institute for Near East Policy (WINEP)* und das *American Enterprise Institute (AEI)*, das Richard Perle als Operationsbasis dient. Die ideologische Linie des AEI ist nach Beinin an Sätzen wie den folgenden erkennbar: »Die Vereinigten Staaten müssen sich alle zehn Jahre irgendein kleines beschissenes Land vornehmen und es platt machen, damit die Welt versteht, dass mit uns nicht zu spaßen ist.« Ebenda.

lebensfähigen Palästinenserstaat konsequent ablehnen.⁵⁷ Dabei riskieren der MIK und die US-Regierungen eine »schleichende ›Israelisierung‹ der US-amerikanischen Außenpolitik und eine ›Palästinisierung‹ des Konflikts ... im Greater Middle East«.⁵⁸

Verborgene Machtressource I: Die nukleare Abschreckungsstrategie

Während der Kalten Kriegs-Ära war der Hauptadressat des westlichen nuklearen Abschreckungssystems naturgemäß die Sowjetunion. In diesem System standen die europäischen Verbündeten der USA, aber auch Japan, unter dem nuklearen Schutzschirm der USA. Damit wurden sie sicherheitspolitisch de facto zu Protektoraten der USA (siehe Abb. 3) und akzeptierten ihrerseits bereitwillig die USA als Hegemonialmacht. Als Gorbatschow vorschlug, die Massenvernichtungswaffen weltweit abzurüsten, entstand für Europa und Japan historisch die reale Chance, sich von ihrem nuklearen Protektorats-Status zu lösen und ihren außenpolitischen Handlungsspielraum im Rahmen einer multilateral ausgerichteten Weltordnung zu erweitern. Doch kam es nicht zu dieser allgemein erhofften Entwicklung. Bereits Ende der 1980er Jahre scheinen sich jene Kräfte in den USA durchgesetzt zu haben, die – ganz im Sinne einer unilateralistischen Weltordnung – das Ziel verfolgten, die im Kalten Krieg entstandenen sicherheitspolitischen Abhängigkeiten Europas und Japans auch weiterhin aufrecht zu erhalten. So wurde die im Rahmen von ABM-Verträgen begonnene Abrüstung von strategischen Trägersystemen und ABC-Waffen bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion gestoppt und darüber hinaus auch die Pläne für den Aufbau von weltraumgestützten Raketenabwehrsystemen aktualisiert. Die US-Regierung ist gegenwärtig dabei, für diese Waffensysteme außer in den USA selbst auch in Osteuropa Stützpunkte einzurichten. Dafür sind Polen und Tschechien im Gespräch.

Die US-Politikstrategen handelten schon damals nach Imperativen, die später Brzezinski in seiner »Strategie der Vorherrschaft« präzise formuliert hat, nämlich »Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeiten in Fragen der Sicherheit zu bewahren.«⁵⁹ Brzezinski lässt durchaus auch nicht offen, welche »Abhängigkeiten in Fragen der Sicherheit« er meinte: »Für Japan waren die USA der Schutzschirm ... aber eben dieser Schutzschirm schränkt Japan in seiner Handlungsfreiheit ein und hat zu der paradoxen Lage geführt, dass eine Weltmacht zugleich ein Protektoro-

⁵⁷ Vgl. ausführlich Hartung/Ciarrocca 2003; Hossein-zadeh 2006.

⁵⁸ Pradetto 2003: 174.

⁵⁹ Brzezinski 1997: 65.

rat ist. Amerika bleibt für Japan ... weiterhin ein unverzichtbarer Partner. Zugleich aber ist Amerika der Hauptgrund dafür, dass es Japan auf sicherheitspolitischem Gebiet nach wie vor an nationaler Selbständigkeit mangelt.«⁶⁰ Dieser Sachverhalt gilt in ähnlicher Form für Deutschland und abgeschwächt auch für Europa als Ganzes. Die neokonservativen Unilateralisten führten Brzezinskis strategische Ideen in ihrem Projekt *American Century* konsequent zu Ende. Präsident George W. Bush kündigte Ende 2001 endgültig Amerikas Rückzug von dem seit 1972 gültigen ABM-Vertrag⁶¹ an. Das Pentagon entwickelte neue Militärstrategien, die den Einsatz von Atomwaffen auch gegen Nicht-Atomstaaten ausdrücklich vorsehen.⁶² Die US-Regierung weigert sich, den Vertrag über die nukleare Nichtweiterverbreitung von 1968 zu erfüllen und bewilligt Haushaltsmittel für die Entwicklung von neuartigen nuklearen Sprengköpfen.⁶³

Ob es bei der Installierung von Raketenabwehrsystemen wirklich darum geht, die eigene Verwundbarkeit gegen atomare Bedrohungen auszuschließen, bleibt dahin gestellt. Erreicht wird auf jeden Fall die Aufrechterhaltung eines diffusen nuklearen Bedrohungspotenzials, das quasi als nukleares Damoklesschwert die mächtigsten ökonomischen Rivalen der USA, Japan und die EU, davon zurückhält, sich von ihrem Protektoratsstatus zu lösen und die unilateralistische US-Hegemonie, wenn auch zähneknirschend, hinzunehmen. Die atomare Sicherheitsstrategie der USA ist insofern nicht allein gegen traditionell »feindliche« Atommächte wie Russland und China, sondern hegemonialpolitisch gesehen auch gegen eigene westliche Verbündete gerichtet. Es geht also um kaum sichtbare, jedoch immens wichtige, verborgene Machtressourcen.

In der Tat können die eigenen Verbündeten, zu denen die US-Regierungen ständig ihre »tiefe« Freundschaft bekunden, auch nur versteckt und nicht mit für jedermann sichtbaren Machtpotenzialen erpresst und in Schach gehalten werden. Im Lichte dieser Betrachtung haben die USA sich mit ihrem Nein zur Abschaffung von ABC-Waffen schon Ende der 1980er Jahre gleichzeitig auch gegen eine multilaterale Weltordnung entschieden. Bereits Clinton hat Amerikas Interessen über die Interessen multilateraler Institutionen gestellt und mit der Devise, dass »wir multilateral vorgehen, wenn wir können und unilateral, wenn wir müssen« zum ersten Mal auch offiziell

⁶⁰ Ebenda: 220.

⁶¹ Vgl. dazu Kubbig 2002, und Nassauer 2003.

⁶² So beispielsweise im *Nuclear Posture Review* vom Januar 2002. Ferner in: *Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen*, vgl. dazu Rotblat 2003.

⁶³ Ebenda und Nassauer 2003.

die unilateralistische Hemmschwelle der USA durchbrochen. Die Bush-Regierung vollendet den sich schleichend anbahnenden Unilateralismus, indem sie die Reihenfolge von Clintons Prioritäten umdreht: »Die USA werden unilateral vorgehen, wo sie können und multilateral, wo sie müssen.«

Verborgene Machtressource II: Öl und Geostrategie

Es bestehen inzwischen kaum Zweifel daran, dass die USA unter dem Vorwand von Massenvernichtungswaffen im Irak Krieg geführt haben, jedoch letztlich den Irak besetzen wollten, um ihren Einfluss auf die mittelöstlichen Ölquellen zu erweitern. Über die Rolle des Öls im US-Hegemonialsystem gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Zuweilen wird der Irak-Krieg als ein Währungskrieg charakterisiert. Tatsächlich hat dieser Krieg für die USA auch einen währungspolitischen Hintergrund, allerdings ist das – wie weiter unten näher erläutert wird – einer von mehreren hegemonialpolitischen Beweggründen. Das Interesse der USA an einer möglichst vollständigen Kontrolle der mittelöstlichen Ölquellen ergibt sich aus mehreren, sich ergänzenden Motiven:

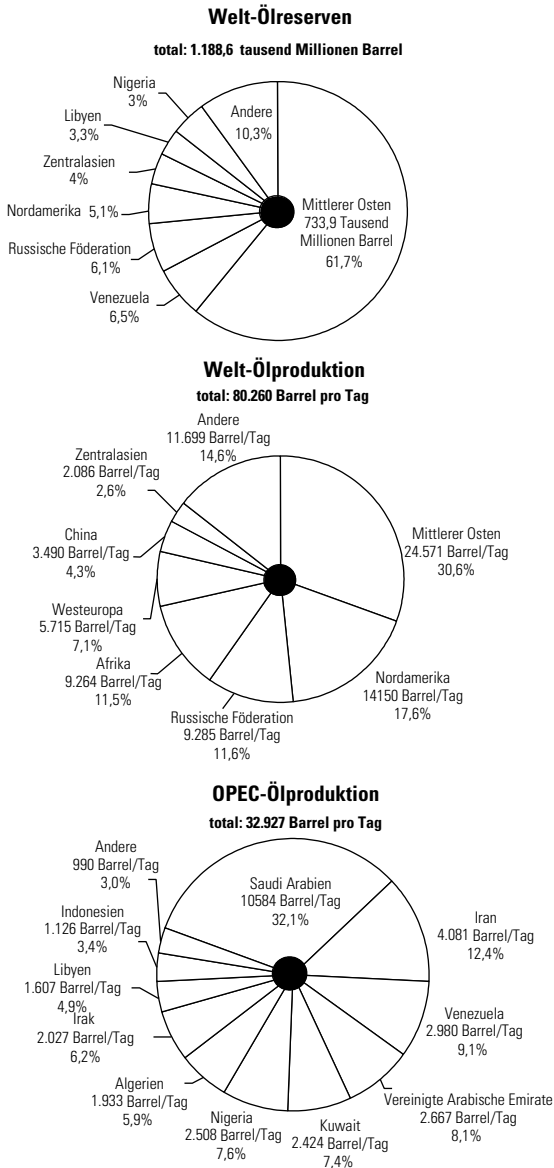
- Einflussnahme auf Öl-Angebotsmengen und -Preise,
- Schaffung von Alternativen zu Saudi-Arabien und Verschärfung der Konkurrenz unter den Ölstaaten im Mittleren Osten,
- Beibehaltung und Intensivierung bestehender Ölversorgungsabhängigkeiten der EU, Japans und anderer großer Verbraucherstaaten von der eigenen militärischen Schutzmacht und schließlich
- Verhinderung einer weiteren Schwächung des Dollars als Leitwährung im globalen Währungswettbewerb mit Euro.

Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen

65% der weltweiten Ölreserven lagern im Mittleren Osten. Hinzu kommt, dass diese Ölquellen mit hoher natürlicher Produktivität ausgestattet sind und daher auch mit den geringsten Kosten aus der Erde herausgeholt werden können. Beides macht den Mittleren Osten für die globale Energieversorgung – d.h. für die Bestimmung der Öl-Angebotsmenge einerseits, und für das Niveau der Ölpreise und der Preise aller anderen Energieträger andererseits – zu einer strategischen Region für die Weltwirtschaft (siehe Abb. 4). Wer den Mittleren Osten kontrolliert, verfügt über einen strategischen Hebel, sein Eigeninteresse gegenüber allen anderen an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen durchzusetzen und sich Vorteile zu verschaffen.

Die USA können zum einen insbesondere durch niedrige Ölpreise unmittelbare ökonomische Vorteile erzielen, und zum anderen den Ölhebel

Abb. 4: Weltölreserven und -produktion



Quelle: Eigene Berechnungen, basierend auf: BP Statistical Review of World Energy. London 2005

gegenüber ihren ökonomischen und militärischen Rivalen hegemonialpolitisch instrumentalisieren. Die Voraussetzung für die ökonomische und hegemonialpolitische Doppelstrategie der USA ist jedoch die *Sicherstellung eines dauerhaften störungsfreien Ölangebots zu möglichst niedrigen Preisen, zu Dumpingpreisen*. In einem aktuellen energiepolitischen Strategiepapier der US-Regierung wird dieses Ziel der US-Energiepolitik klar formuliert. In diesem Papier, auf das im Folgenden des öfteren Bezug genommen wird, heißt es u.a.: »In der unmittelbaren Zukunft jedoch wird Öl und Naturgas wahrscheinlich weiterhin eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaft und auf den internationalen Energiemärkten spielen. Daher müssen wir mehr Öl- und Gasvorräte finden und diese Vorräte müssen verlässlich sein und zu Bedingungen verfügbar gemacht werden, die ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum erlauben.«⁶⁴

Dumpingpreise kommen zustande, wenn die Anbieter – mit welchen Mitteln auch immer – zu einer dauerhaften Überproduktion veranlasst werden, die dafür sorgt, dass Weltmarktpreise für Öl stets unterhalb der Knappheitspreise bleiben. Knappheitspreise entstünden, wenn *erstens* außerökonomischer Druck zur Erhöhung der Angebotsmenge unterbliebe und *zweitens* die Anbieter die Ölangebotsmenge entsprechend dem sonst üblichen marktrationalen Verhalten, d.h. nach kurz- und langfristigen Nutzenmaximierungsinteressen, bestimmten. In der Regel erfolgt bei nicht reproduzierbaren Gütern die langfristige Einnahmenoptimierung durch Angebotsverknappung und durch die sich dann bildenden Knappheitspreise.

Tatsächlich gelang es den Ölanbietern aber selten, Knappheitspreise durchzusetzen. Abgesehen von zwei Ausnahmen 1974 und 1979 bewegte sich der Ölpreis nahezu über das gesamte 20. Jahrhundert stets weit unterhalb von Knappheitspreisen auf einem Dumpingpreisniveau. Die detaillierte Begründung für Öldumpingpreise erfolgt im Kapitel 4. Hier geht es vor allem darum, die mannigfachen Beweggründe dieser Ölniedrigpreispolitik darzulegen.

Die USA sparten durch die mittelöstlichen Ölniedrigpreise in den letzten 70 Jahren beträchtliche Devisen- und Energiekosten ein. Oft wird ein ökonomisches Interesse der USA am Mittleren Osten mit dem Argument in Zweifel gezogen, dass die USA lediglich ein Viertel ihres Ölbedarfs aus dem Mittleren Osten importieren. Der Ölpreis ist aber ein Weltmarktpreis. Liegt er unter dem Knappheitspreis, dann erzielen alle Importeure Vorteile, völlig unabhängig von der Herkunft. Das rein ökonomische Interesse der USA an der Kontrolle der mittelöstlichen Ölquellen besteht daher in erster

⁶⁴ Larson 2003.

Linie darin, dass dem Mittleren Osten bei der Preisbildung eine Schlüsselrolle zukommt. Bei einer Preisdifferenz von 10 Dollar/Barrel zwischen dem unter normalen Marktbedingungen zu erzielenden Knappheitspreis und dem tatsächlich erzielten (Dumping-)Preis sparten die USA 2002 bei einem Gesamtimport von 3,6 Mrd. Barrel Öl 38 Mrd. Dollar an Devisen ein. Bei einem Gesamtverbrauch aller fossilen Energien von 15 Mrd. Barrel Öläquivalent (Kohle, Öl, Erdgas) aus Eigenproduktion und Import sparten sie ca. 150 Mrd. Energiekosten ein.⁶⁵ Ist jedoch die Preisdifferenz zwischen einem immer noch sehr konservativ geschätzten Knappheitspreis von ca. 50 US-Dollar/Barrel höher und beträgt die Preisdifferenz bei einem Marktpreis von ca. 25 Dollar/Barrel demzufolge 25 Dollar/Barrel, so klettern die Deviseneinsparungen der USA auf 98 Mrd. Dollar und die Einsparungen an Energiekosten auf 375 Mrd. US-Dollar im Jahr.⁶⁶

Niedrige Energiepreise waren und sind immer noch ein wichtiges Ziel aller US-Regierungen, denn sie sind nicht nur ein wichtiger Standortvorteil für die US-Wirtschaft auf dem Weltmarkt, sondern auch ein wichtiger Konsum-Stimulator auf dem US-Markt. Billigöl galt und gilt noch als Lebenselixier des *American way of life* und als Wachstumsmotor der US-Wirtschaft. US-Präsidenten, die das ändern wollen, müssen damit rechnen, Wahlen zu verlieren, während sie sicher sein können, mit einem Ölkrieg ihre Wahlchancen zu erhöhen. Vor der Irak-Invasion behauptete die Bush-Regierung tatsächlich, ein kurzer, erfolgreicher Krieg sei der beste Weg, den Ölpreis niedrig zu halten.⁶⁷ Zwar stellten sich die Annahmen der US-Regierung, den Irak-Krieg schnell beenden und obendrein auch die Kriegskosten durch irakisches Öl finanzieren zu können, als falsch heraus. Tatsächlich stiegen die Kriegskosten enorm in die Höhe, und diese können auch nicht aus den Öleinnahmen im besetzten Irak gedeckt, sondern müssen vorerst durch die USA selbst vorgestreckt werden, weil die irakische Ölproduktion sich immer noch auf dem Vorkriegsniveau befindet.⁶⁸ Die Fehleinschätzung der Kriegsfolgen ändert aber nichts daran, dass das Ziel der USA u.a. darin bestand, durch die Besetzung Iraks die Ölproduktion anzukurbeln und die Weltmarktpreise auf einem niedrigen Niveau zu halten.

Durch Öl-Dumpingpreise profitieren nicht die USA allein, sondern alle großen ölexportierenden Regionen und Staaten, vor allem die EU, Japan

⁶⁵ Die Mengenangaben beziehen sich auf 2002. Eigene Berechnung nach BP Statistical Review of World Energy, London.

⁶⁶ Ausführlichere Berechnungen vgl. auch Massarat 2000, Kapitel 10.

⁶⁷ Der Spiegel 14/2006. Gespräch mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger und Clinton-Berater, Joseph Stiglitz.

⁶⁸ Näheres dazu vgl. in diesem Kapitel unter »Grenzen des US-Hegemonialsystems«.

und die Schwellenländer. Billigöl ist auch hier die Voraussetzung für hohe ökonomische Wachstumsraten und im Falle der EU die Basis für beträchtliche Staatseinnahmen durch die Mineralölsteuern. Die EU-Mineralölsteuer-einnahmen waren in den 1990er Jahren teilweise höher als die Ölrenteneinnahmen aller OPEC-Staaten zusammen.⁶⁹

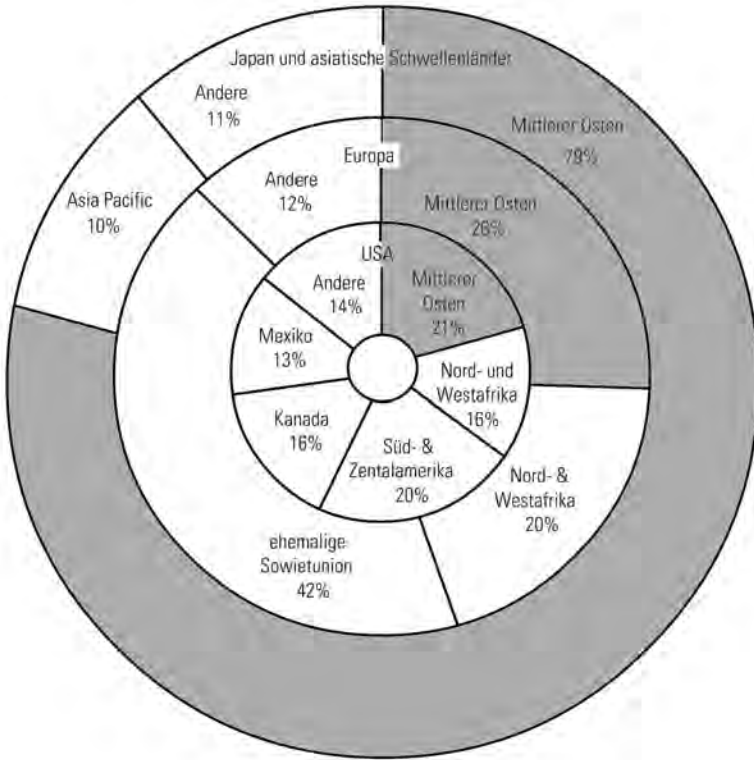
Einerseits profitieren die EU, Japan und die Schwellenländer in beträchtlichem Umfang von den Ölimporten zu Dumpingpreisen, andererseits werden sie dadurch zum energiepolitischen Vasallen der USA, solange die USA in der Lage sind, eine Strategie *Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen* hegemonialpolitisch durchzusetzen. Und umgekehrt können sich die USA gegenüber ihren großen ökonomischen Rivalen nur dann als Garant einer billigen Ölversorgung in Szene setzen, wenn ihnen die Hegemonialrolle zugestanden wird. Und diese Rolle haben die EU, Japan und andere Länder ihnen angesichts ihrer doch beachtlichen ökonomischen Vorteile in der Tat bedingungslos zugestanden. Dieses Zugeständnis bezahlen sie allerdings mit dem Preis ihrer sicherheits- und außenpolitischen sowie energiepolitischen Abhängigkeit und Erpressbarkeit auch in der Zukunft.

Ölabhängigkeiten bewahren und verstärken

Die USA haben so gesehen ein objektives Interesse daran, ihr militärstrategisch-nuklear und energiepolitisch untermauertes Hegemonialsystem auch auf die nächsten Jahrzehnte im 21. Jahrhundert zu extrapolieren und es mit Hinblick auf die aufsteigenden neuen Weltmächte China und Indien »wetterfest« zu machen. In energiepolitischer Hinsicht bedeutet dieses Ziel (a) die eigene Abhängigkeit durch Diversifikation so gering wie möglich zu halten und die eigene Handlungsfreiheit durch weitere Energieimport-Optionen so umfassend wie möglich zu gestalten; (b) dagegen die Abhängigkeiten der ökonomischen Rivalen von Energieimporten aus dem unter ihrer Kontrolle stehenden Mittleren Osten so weit es geht zu intensivieren; (c) einerseits die persischen Golfstaaten gegen die zentralasiatischen Staaten (Kaspische Meer-Region), andererseits die wichtigsten Ölstaaten innerhalb der Persischen Golf-Region – insbesondere Saudi-Arabien – gegen den Irak auszuspielen und die OPEC insgesamt zu schwächen; und (d) auch Indien und China – als nukleare Mächte und mit rapide steigender Tendenz von Ölimporten abhängige Ökonomien – dem US-Hegemonialsystem unterzuordnen.

⁶⁹ Vgl. Massarrat 2000: 186f.

Abb. 5: Ölabhängigkeiten vom Mittleren Osten



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von BP Statistical Review of World Energy, London 2005

Wie in Abbildung 5 veranschaulicht, haben die USA ihre Abhängigkeit vom Mittleren Osten, der wichtigsten Öregion, durch Diversifikation längst auf ein Minimum reduziert, während Japan und die asiatischen Schwellenländer mit 79% Importanteil nahezu ausschließlich von mittelöstlichem Öl, und damit letztlich auch hochgradig vom good will der Hegemonialmacht abhängig sind. Irgendwo dazwischen befindet sich die EU, der es bisher offensichtlich gelungen ist, die eigene Importabhängigkeit vom Mittleren Osten durch den systematischen Ausbau von Öl- und Gasimporten aus Russland in Grenzen zu halten.

Ob nun die EU mit der eigenen Diversifikationsstrategie auch den Hegemonialanspruch der USA bewusst zu hintertreiben beabsichtigte oder nicht, bleibt vorerst offen. Klar ist auf jeden Fall, dass die USA getreu ihrer

Abb. 6: Öltransportrouten



Quelle: Mohssen Massarrat

hegemonialpolitischen Maxime bestrebt sind, Russland als EU-Energielieferanten und wichtigsten potenziellen Partner auszumanoevrieren, um eine Allianz EU/Russland als tragenden Pfeiler einer multilateralen Ordnung zu unterbinden und so die EU-Abhängigkeit von mittelöstlichen und kaspischen Öllieferungen zu erhöhen. Die gezielte Unterstützung der Erschließung der Öl- und Gasquellen in den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan und des Ausbaus des Pipeline-Systems durch Aserbaidschan, Georgien und die Türkei zum Mittelmeer, einschließlich der hektischen geheimdiplomatischen und militärischen Aktivitäten in dieser Region, muss in der Tat im Zusammenhang mit der Lösung der EU von der russischen Energieabhängigkeit und der verstärkten Abhängigkeit dieser Region vom eigenen Einflussbereich in der Kaspischen Meer-Region gesehen werden.

Im Juli 2006 wurde die 1.760 km lange Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline fertiggestellt. Sie soll die Kaspische Meer-Region mit dem türkischen Mittel-

meerhafnen Ceyhan verbinden⁷⁰ (siehe Abb. 6). In ihrem bereits zitierten energiepolitischen Strategiepapier lässt die US-Regierung keinen Zweifel an den geopolitischen Interessen der USA an der Kontrolle der Ölquellen und der Transportrouten der Kaspischen Meer-Region: »Das Kaspische Meer hat ein phantastisches Potenzial und bietet die Möglichkeit von Produktionssteigerungen von 1,6 Mio. b/d (Barrel pro Tag) in 2001 auf 5,0 Mio. b/d in 2010. Das stellt den größten Nicht-OPEC Produktionszuwachs der Welt dar. Das Öl aus dieser landumschlossenen Region auf die Weltmärkte zu transportieren durch die Entwicklung von verschiedensten Pipelines, war seit Mitte der 1990er Jahre die Haupt-Priorität der US-Auslandspolitik. Über die Steigerung der Energiesicherheit hinaus wird diese Politik die Souveränität und ökonomische Lebensfähigkeit von neuen Nationalstaaten in der Region stärken.«⁷¹ Mit der ehrenvollen Absicht »der Stärkung der Souveränität von neuen Nationalstaaten in der Region« wird in diplomatischer Sprache die gezielt forcierte Abkopplung dieser Länder von Russland umschrieben. Dies ist wiederum die Bedingung dafür, Russland als EU-Energielieferanten etwa durch günstigere Lieferbedingungen für Gas- und Ölexporte aus Staaten der Kaspischen Meer-Region hinaus zu manövrieren.

Doch damit die öl- und geostrategische Säule im Hegemonialsystem die dargestellte Bedeutung erlangen kann, muss der Hegemon den gesamten Raum *Greater Middle East* militärisch, logistisch und ökonomisch direkt oder indirekt, so umfassend und flächendeckend wie möglich, beherrschen. Dazu gehören:

- ein dichtes Netz militärischer Stützpunkte und Präsenz der US-Armee an strategisch wichtigen Standorten. Deshalb haben die USA seit Anfang der 1990er Jahre ihr Netz von Militärbasen in der Persischen Golf- und Kaspischen Meer-Region einschließlich in zentralasiatischen Staaten sowie im Umfeld dieser Region sowohl in Richtung Europa wie in Richtung Asien systematisch ausgebaut, um jedwede logistische Lücke bei allen nur denkbaren Militäreinsätzen zur Kontrolle der Ölquellen zu schließen.

⁷⁰ Näheres zum Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, vgl. Polak 2003. Nach Polak geht es dabei um den »Betrieb einer ökonomisch unrentablen und ökologisch bedenklichen Pipeline«, die einzig »den geostrategischen Plänen der amerikanischen Regierung entsprungen ist«. Durch massive Intervention und Erpressung der Regierungen der beteiligten Staaten und unter Missachtung des wachsenden Widerstands zahlreicher Kommunen entlang der Pipeline-Trasse wurden dabei kostengünstige Bedingungen vertraglich zu Lasten der Umwelt und der betroffenen Bevölkerungen durchgesetzt. Siehe Ebenda.

⁷¹ Larson 2003.

- eine möglichst große Zahl von Verbündeten und US-abhängigen Regimen;
- die totale Kontrolle der Versorgungsstrukturen und Transportrouten für Öl und der Gaspipeline sowie des Zugangs zu den Weltmeeren und
- die Beteiligung einer möglichst großen Zahl von US-Konzernen im Energie- und Infrastrukturanlagen-Bereich.

Im Hinblick auf diese hegemonialpolitische Geostrategie erscheint der Sturz der Taliban in Afghanistan – dies auch völlig unabhängig vom 11. September – und des Regimes von Saddam Hussein im Irak sowie die Installierung von US-freundlichen Regimen in diesen Ländern in einem neuen Licht. Beiden Ländern kommt für den räumlichen Ausbau und die zeitliche Verlängerung des US-Hegemonialsystems in die Zukunft eine Schlüsselfunktion zu: Afghanistan wegen des Pipeline-Projekts für den Transport von Erdgas und Öl vom Kaspischen Meer – um den USA-feindlich gesinnten Iran herum – zum Indischen Ozean (Abb. 6), und Irak, um Saudi-Arabien im Falle ernsthafter innenpolitischer Krisen und politischer Umstürze ersetzen zu können.⁷²

Zu den Zielen neokonservativer Hardliner gehörte auch ein Regimewechsel im Iran, um den Mittleren und Nahen Osten als Ganzes zu Amerikas strategischem Hinterland zu machen. Mit dem Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan und dem Regime von Saddam Hussein im Irak verhalten die USA dem Iran unbeabsichtigt dazu, zu einer Regionalmacht ohne ernstzunehmende Gegner zu werden, aufzusteigen. Statt wie beabsichtigt einen Mittleren Osten frei von feindlichen Regimen zu erreichen, stieg die islamische Republik Iran – der Hauptkontrahent der USA im Mittleren und Nahen Osten – zu einer Macht auf, die im Irak, im Libanon und anderen arabischen Staaten am Persischen Golf verlässliche Verbündete hat: die Schiiten. Nun scheinen die US-Neokonservativen trotz der Desaster im Irak und in Afghanistan entschlossener denn je, auch das Regime im Iran wechseln und die Folgen des Regimewechsels im Irak und in Afghanistan korrigieren zu wollen. Dazu scheint Irans Atomprogramm einen willkommenen Vorwand zu liefern.⁷³

Die ölpolitischen Handlungsspielräume für den Iran und für die OPEC als Ganzes würden unter den neu geschaffenen Bedingungen ohnehin drastisch sinken.⁷⁴ Mit Irak und Afghanistan erhöhen die Vereinigten Staaten

⁷² Ausführlicher zum Afghanistan- und Irak-Krieg vgl. Massarrat 2003: Kapitel 2 und Kapitel 4.

⁷³ Vgl. dazu Massarrat 2006.

⁷⁴ Wie schon aus dieser äußerst straff dargestellten Analyse erkennbar ist, sind die Ölinteressen und Interventionsmöglichkeiten der USA vielschichtig und komplex. Über

ihren Handlungsspielraum beträchtlich, um einerseits der OPEC eine ihnen genehme Ölmengen- und Ölpreis-Politik zu diktieren und andererseits ihre Kontrolle aller strategisch bedeutsamen Transportrouten – nördlich der Ölquellen über das Mittelmeer nach Europa und südlich der Ölquellen zum Indischen Ozean und zu den asiatischen Ölabnehmern – gegenüber ihren Rivalen glaubhaft vor Augen zu führen.

Vor dem Hintergrund der hegemonialpolitischen Relevanz des Öls erscheint auch die energiepolitische Schwerpunktsetzung der Bush-Regierung, die sie wenige Monate nach ihrem Arbeitsbeginn als erste wichtige Amtshandlung im so genannten *Cheney Report*⁷⁵ der Öffentlichkeit präsentierte, in einem neuen Licht. Sie besteht darin, die eigenen fossilen Energieversorgungsstrukturen auszubauen und sich aus dem Kyoto-Protokoll zurückzuziehen. Denn durch Klimaschutz und den Ausbau von regenerativen Energien würde für die hegemonialpolitische Instrumentalisierung der Ölabhängigkeiten anderer Staaten vollends die Grundlage entfallen. Umgekehrt stellen Ausbau und Intensivierung fossiler Versorgungsstrukturen, wie sie der *Cheney-Report* der US-Regierung eindringlich empfiehlt, die erforderlichen Rahmenbedingungen her, die es den USA ermöglichen, in den nächsten Jahrzehnten mittels Öl- und Geostrategie Hegemonialpolitik betreiben zu können.

Gelingt den Vereinigten Staaten tatsächlich die umfassende Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten des gesamten Raumes *Greater Middle East*, so geraten auch die Atommächte und aufsteigenden Großmächte Indien und China mit ihrem gigantischen Energiebedarf aus den mittelost-zentralasiatischen Quellen unweigerlich in den Würgegriff des US-Hegemonialsystems. In dem mehrfach zitierten energiepolitischen Strategiepapier der US-Regierung vom April 2003 wird an mehreren Stellen verklausuliert, aber dennoch erkennbar, an den eigenen geostrategischen Zielen kein Zweifel gelassen: »Die Golf-Produzenten werden weiterhin eine unentbehrliche Rolle auf dem Weltmarkt spielen. In der Tat werden wir sie dazu ermutigen, ausländische Investitionen zu erhöhen, um die Vorräte stetig zu steigern und ihr eigenes ökonomisches Potenzial zu vergrößern. Aber wie gerade die Vorgänge in Venezuela zeigen, benötigt die Welt einen höchst flexiblen und elastischen Ölmarkt, der es einigen Regionen erlaubt, Ebben und Fluten in anderen Regionen auszugleichen. Und je mehr wir nach Diversität und

sieht man die Komplexität, so neigt man dazu, die Möglichkeiten der USA, den Ölpreis zu beeinflussen bzw. zu regulieren, in Zweifel zu ziehen. Vgl. dazu beispielsweise Hippler 2003.

⁷⁵ Cheney/Powell./O'Neill u. a. 2001.

Wachstum der Weltölproduktion suchen, desto besser wird der Markt arbeiten können.«

An einer anderen Stelle des Papiers heißt es weiter: »Trotz der häufig geäußerten Bedenken wegen der ›Abhängigkeit‹ vom Mittleren Osten profitiert die Welt- und die US-Ökonomie klar vom Zugang zu diesen low cost-Anbietern. In der Tat ist diese Region der Hauptlieferant nicht nur der USA, sondern auch unserer wichtigsten ökonomischen Partner, vor allem in Asien. Ohne die im Überfluss vorhandenen low cost-Golf-Vorräte müssten wir knappe ökonomische Ressourcen einsetzen, um die Energie, die wir brauchen, zu höheren Kosten der Weltwirtschaft und unseren Bürgern sicherzustellen.«⁷⁶ Dies heißt im Klartext: Nicht nur »wir«, die USA, sondern vor allem »unsere ökonomischen Partner«, sprich »Rivalen«, sind von *low-cost-Ölvorräten* des Mittleren Ostens abhängig. Das ist gut und sollte auch so bleiben. Alle Welt profitiert vom Ölreichtum des Mittleren Ostens, solange der Vorrat reicht, und »wir«, die USA, werden »unsere Rivalen« in Schach halten, indem »wir« unsere starke Hand auf diese Vorräte halten.

Folgt man der obigen Analyse, so stellt die Aufrechterhaltung der Öldumpingpreise durch umfassende Kontrolle einer Region mit den weltgrößten und ergiebigsten (low-cost-) Öl- und Gasreserven den energiestrategischen Schlüssel des US-Hegemonialsystems dar, um die komplizierten, und selbst für Experten undurchsichtigen und unsichtbaren Abhängigkeits- und Erpressungsmechanismen, die die Hegemonialmacht gegen die militärischen und ökonomischen Rivalen benötigt, aufrecht zu erhalten bzw. zu festigen. Damit dürfte auch nachvollziehbar geworden sein, dass es bei der Kontrolle der strategischen Ölreserven des Mittleren Ostens – einem Ziel also, das alle US-Regierungen in den letzten Jahrzehnten systematisch verfolgt haben – insgesamt darum geht, Machtressourcen aufzubauen, die nicht sichtbar und daher besser geeignet sind, die eigenen Verbündeten und Freunde in Abhängigkeit zu halten und die Hegemonialmacht als unverzichtbar erscheinen zu lassen.

Diese hegemonialpolitische Beherrschung der globalen Ölversorgung ist nur dadurch möglich, dass die Hegemonialmacht den Öllieferstaaten die ihr genehme Ölpolitik diktiert, sie notfalls durch Geheimdiplomatie und Anfachung bzw. Verstärkung innerer Unruhen – wie im Iran 1951-1953 bzw. jetzt in Venezuela – auf Linie bringt oder, wenn das alles nicht hilft, die Regime wie in Afghanistan und Irak durch militärische Intervention austauscht. Vorwände dafür können immer gefunden werden. *Das Ziel, die mittelöstlichen (low cost-) Ölquellen im Überfluss und zu niedrigen Preisen*

⁷⁶ Larson 2003.

sprudeln zu lassen, bildete im 20. Jahrhundert den Dreh- und Angelpunkt der US-Geostrategie. Nur niedrige Ölpreise und störungsfreie Lieferungen lenkten die Begierde der energiehungrigen Staaten auf den Mittleren Osten, und ließen auch ihre Bereitschaft entstehen, sich im Gegenzug in die hegemoniale Abhängigkeit der USA zu begeben. Und gerade dieses geostrategische Ziel war ein wesentlicher Grund für den Ausbau der militärischen Säule des Hegemonialsystems.

Aus der US-Perspektive hat dieses Motiv trotz der steigenden Ölpreise in den letzten Jahren seine Bedeutung nicht verloren. Wenn es auch unwahrscheinlich erscheint, diesen Prozess wieder rückgängig zu machen, so glauben die US-Energiestrategen dennoch daran, dass nach einer Stabilisierung des Iraks und gegebenenfalls auch nach einem Regimewechsel im Iran das Ölangebot erhöht und die Ölpreise wieder gesenkt werden können. Joseph Stiglitz hält es tatsächlich für denkbar, dass der Ölpreis auf 25 US-Dollar/Barrel fallen kann.⁷⁷ Allerdings können die USA auch mit Ölknappheitspreisen gut leben, solange der Mittlere Osten insgesamt unter ihrer Kontrolle bleibt. Sie sind als Hegemonialmacht so oder so der Hauptgewinner. Bei niedrigen Ölpreisen sichern sie sich und den ölabhängigen Staaten durch sinkende Devisenausgaben und Wachstum ökonomische Vorteile. Und bei steigenden Ölpreisen verlieren alle Ölimporteure, auch die USA, zwar diesen Vorteil, sie können im Unterschied zu allen anderen Staaten jedoch als Plus auf ihrer Seite verbuchen, dass mit einer Vervielfachung der Ölpreise und des Ölhandelsvolumens auch die Stellung des Dollars als Ölleitwährung drastisch gestärkt werden dürfte.

Verborgene Machtressource III: Der US-Dollar als Leitwährung

Als Leitwährungsland verfügen die USA über die Option, die inländischen Investitionen über Auslandsverschuldung zu finanzieren und diese über den Hebel der Notenpresse zu bedienen. Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems entschieden sich die US-Regierungen verstärkt für den bequemen Weg eines Wachstumsmodells, das u.a. auch durch den Rest der Welt mitfinanziert werden sollte. Charles A. Kupchan, der Berater von Präsident Clinton, bringt das Wundermodell auf den Punkt: »Das Land muss seinen Way of life finanzieren, sein Handelsbilanzdefizit ausgleichen, es liebt den Konsum und hasst es zu sparen. Deshalb haben sich Investoren Amerika als Investitionsort ausgesucht, sie lieben den Dollar und seine Stabilität.«⁷⁸

⁷⁷ Stiglitz 2006.

⁷⁸ Kupchan 2003: 686.

»Hass auf Sparen und Lust auf Konsum«, somit ein Leben über die eigenen Verhältnisse und auf Kosten aller anderen Nationen. Diesen Luxus können sich dank des Dollars als Leitwährung nur die Vereinigten Staaten leisten. Dieser bequeme Weg der Wohlstandsvermehrung ist allerdings nur so lange möglich, wie der Dollar seine Leitwährungsfunktion beibehält. Verliert der Dollar diesen Status an den Euro, könnte das »Staaten und Privatanleger veranlassen«, konstatiert Kupchan, »bei Rücklagen und Investitionen dem Euro den Vorzug vor dem Dollar einzuräumen. ... Das hätte schwerwiegende Folgen für das Land, das extrem abhängig von ausländischem Kapital ist.«⁷⁹ Mit anderen Worten: Die USA sind in der Lage, sich einen Teil des Weltsozialproduktes ohne jegliche Gegenleistung anzueignen, weil der Dollar die internationale Leitwährung ist. Wie aber ist das möglich?

Historisch konnte der Dollar zur Leitwährung, d.h. zu einem von allen anderen Staaten anerkannten Weltgeld werden, weil die Vereinigten Staaten während und nach dem Zweiten Weltkrieg zur wichtigsten Handelsmacht der Welt mit Handels- und Kapitalbeziehungen zu zahlreichen Nationen aufgestiegen sind. Dank ihrer bereits während des Zweiten Weltkriegs erlangten Position als Hegemonialmacht setzten die Vereinigten Staaten 1944 in Bretton Woods durch, dass der Dollar an Gold gebunden wurde. Fortan verwandelte sich der Dollar auch in eine Reservewährung zur Stabilisierung aller anderen Währungen. Die Zentralbanken mussten zur Deckung der eigenen Währung wegen der drastischen Zunahme des Umfangs der nationalen Geldmengen, die nicht länger durch Gold gedeckt werden konnten, vermehrt Dollarreserven anlegen. Andererseits wurde der US-Zentralbank mit dem Bretton Woods-System die Möglichkeit eröffnet, die Dollarmenge unabhängig von der eigenen Wirtschaftsleistung zu erhöhen und damit Warenimporte aus der übrigen Welt zu finanzieren, so den eigenen Wohlstand und Konsum zu verbessern, ohne ihr Handelsdefizit ausgleichen zu müssen. So entwickelten sich die wichtigsten Handelspartner der USA, vor allem Japan, die EU und inzwischen vor allem China, aufgrund ihrer dauerhaften Exportüberschüsse zu den Ländern mit den größten Devisenreserven.

Doch damit ist nur die Warentransferseite erklärt. Ihre Handelsdefizitstrategie ergänzen die USA komplementär mit einer Kapitalimport- und Verschuldungsstrategie, um die inländischen Investitionen durch Recycling der im Ausland akkumulierten Dollars zu finanzieren. Dies erfolgt teils durch Anreize, insbesondere Anhebung der Leitzinsen durch die US-Zentralbank, und teils deshalb, weil die Anleger durch Investitionen im Leitwährungs-

⁷⁹ Ebenda: 686.

land geringere Risiken erwarten als in den übrigen Ländern mit Anlagepotenzialen. Hinzu kommt das Interesse Chinas an einem stabilen Wechselkurs zwischen der eigenen Währung (Rinminbi) und dem Dollar, um ihr exportgetriebenes Industrialisierungsmodell, das auf komparativen Lohn- und Preisvorteilen beruht, durch Aufwertung der eigenen Währung nicht zu blockieren. China kauft daher ständig US-Schatzbriefe in Dollar und finanziert damit das Haushaltsdefizit der Bush-Regierung. Dem chinesischen Beispiel folgen auch andere asiatische Schwellenländer, wie Hongkong, Südkorea, Taiwan und Vietnam, die mit ihren Dollarüberschüssen ebenfalls US-Schatzbriefe kaufen. Damit ist der Kreis für die asymmetrische Umverteilung der Wertschöpfung aus anderen Regionen in Form von Konsum- und Investitionsgütern sowie Geldkapital zugunsten der USA geschlossen.

Anstatt selbst zu sparen, um dann zu investieren, lassen die USA die übrige Welt sparen, um diese Ersparnisse dann in die eigene Ökonomie hineinzuschleusen, während gleichzeitig das Konsumniveau der US-Amerikaner deutlich angehoben wird. Die Sparrate in den USA beträgt 1%, während sie in den übrigen Staaten über 8% beträgt. Die Nettoauslandsverschuldung der USA stieg als Folge der fremdfinanzierten Investitionspolitik von 250 Mrd. in 1982 auf 2.000 Mrd. US-Dollar in 2000 und macht 22,6% des US-Bruttoinlandsproduktes aus.⁸⁰

So können die Vereinigten Staaten den Wohlstand aus der übrigen Welt durch den Mechanismus der von keiner Weltinstanz kontrollierten Geldmengenvermehrung de facto gegen Papier austauschen. Auf diesem bequemen Weg verbleiben ihnen erhebliche Ressourcen für andere Aufgaben, wie beispielsweise für Forschung, um die hoch ausgebildeten und begabtesten Köpfe aus der gesamten Welt, und damit einen neben Waren und Kapital besonders wichtigen Produktivitätsfaktor zum Nulltarif in die USA zu holen. Durch die eingeschleusten Kapitalmassen verfügen sie auch über hinreichende Finanzressourcen, um ihren Militärapparat aufzurüsten, die Hegemonialmacht auszubauen und aufwändige Kriege zu führen. Diese Ressourcen wachsen in dem Maße, wie andere Länder zusätzlich Dollar anhäufen, um Währungskrisen, die teils durch die US-Ökonomie selbst ausgelöst werden, besser abwehren zu können.

Damit sind die USA durchaus vergleichbar mit einem Monopolisten in der Wirtschaft, der seine Position durch Anzapfen gesamtgesellschaftlicher Ressourcen ausbaut, anstatt sich der Konkurrenz zu stellen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit und die eigenen Leistungen zu erhöhen. Bekanntlich kann sich das Monopol nur halten, wenn es sich unlauterer, nicht ökonomi-

⁸⁰ Le Monde diplomatique (Hrsg.) 2003: 98.

scher Mittel bedient, die Gewaltenteilung aufhebt, den Staat korrumpiert usw. Nicht wenige weitsichtige Amerikaner warnen die US-Führung vor Gefahren, vor denen sich auch ein Monopolist aufgrund der strukturellen Instabilität seines Status fürchten muss: »Die Länder, die US-Währung und Schatzbriefe in ihren Banken halten, halten buchstäblich auch den US-Wohlstand in ihren Händen. Diese Aussicht sollte die Amerikaner beunruhigen. Es ist etwas eigenartiges, dass die größte Weltmacht gleichzeitig der Welt größter Schuldner ist. Natürlich ist es wahr, dass die ausländischen Regierungen und Investoren, die den Ausgabenrausch der Supermacht finanzieren, keinen Anreiz verspüren, die US-Wirtschaft in den Bankrott zu treiben, indem sie plötzlich ihre Dollarreserven hinschmeißen. Die nachfolgende Finanzkrise würde ernsthaft ihre eigenen Ökonomien beschädigen. Aber wenn man schließlich dem Gleichgewicht des Terrors des Kalten Krieges entkommen ist, sollten die USA nicht leichtfertig eine neue Version der eingestandenen, gegenseitigen Zerstörungsmöglichkeit akzeptieren, wenn das vermeidbar ist.«⁸¹

Doch folgten die US-Regierungen bisher derartigen Ratschlägen nicht. Ganz im Gegenteil haben sie sich, anstatt durch umfassende ökonomische, ökologische und soziale Reformen die Attraktivität der USA im Wettbewerb mit anderen Teilen der Welt zu erhöhen, dafür entschieden, ihre Monopolposition, d.h. die Position des Dollars als Leitwährung zu bewahren, und sich die inzwischen aufgetauchte reale Währungsalternative, nämlich den Euro, vom Leibe zu halten. Denn für die Besitzer von Dollarreserven war und ist es immer möglich, vom Dollar auf die neue Währungsalternative umzusteigen, sobald sich abzeichnet, dass der Dollar die Monopolposition als Leitwährung dadurch einbüßt, dass alle seine realen Funktionen als Handels-, Kapital- und Reservewährung durch den Euro substituierbar wären. Insofern stand und fiel die Bereitschaft der übrigen Welt, Wohlstand gegen Dollar (in Wirklichkeit gegen Papier) auszutauschen, damit, dass die Monopolposition des Dollars als Leitwährung unangetastet blieb. Ergo haben die US-Regierungen in den letzten Jahrzehnten nach Wegen gesucht und diese auch gefunden, um den Dollar als Leitwährung zu halten. Diese Wege führen alle in den Mittleren Osten mit seiner Schlüsselrolle für die globale Ölversorgung.

Als es der OPEC 1973/74 erstmalig gelang, den Ölpreis zu vervielfachen und die OPEC-Staaten, vor allem die größten Exporteure unter ihnen wie Saudi-Arabien, Iran, Kuwait und Irak, hohe Devisenüberschüsse erzielten, während die Ölimporteure, insbesondere die europäische Gemeinschaft und

⁸¹ Summers 2004.

Japan, zum Teil ihre Dollarreserven für die Bezahlung der Ölrechnung einbüßten, tat sich für die USA die Möglichkeit auf, den Dollar zur Ölleitwährung zu machen und dessen Monopolposition zu stärken. Diese Möglichkeit haben sie beim Schopfe ergriffen. Die Bindung des globalen Ölhandels an den Dollar erhöhte in der Tat drastisch die weltweite Nachfrage nach dem Dollar und erzeugte bei den Öl importierenden Staaten einen neuen Sog, weitere Dollarreserven anzuhäufen.

Zwar erhöhte sich für die USA und für alle anderen Industriestaaten die Ölrechnung mit dem Preisanstieg spürbar, wodurch ihnen die direkten ökonomischen Vorteile des Billigöls vorerst verloren gingen. Aber die USA waren das einzige Land, das diesen Nachteil durch einen Vorteil von langfristiger und strategischer Bedeutung bei weitem mehr als ausgleichen konnte. Für sie eröffneten sich neue Möglichkeiten ungeahnten Ausmaßes, den bestehenden Kreislauf von Waren- und Kapitalexporten in die USA, und damit die Wohlstandsübertragung aus der übrigen Welt zu intensivieren und zu verstetigen.

Die Ölpreissprünge der OPEC waren – und sind auch noch heute – das Resultat der begonnenen kapitalistischen Entwicklung sowie interner Faktoren einerseits und des aktuellen Israel-Palästina-Konflikts andererseits.⁸² Daran hatten die USA keinen Anteil. Jedoch kamen die Ölpreissprünge den Vereinigten Staaten wie gerufen. Sie gingen umgehend dazu über, einen möglichst großen Teil der Petrodollarüberschüsse der OPEC in die Vereinigten Staaten zu schleusen. Denn die OPEC-Staaten hatten ja durchaus die Alternative, ihre Devisenüberschüsse für Warenimporte aus der EG und Japan zu verwenden bzw. diese in DM, Pfund Sterling oder Yen zinsbringend anzulegen, was sie teilweise auch getan haben.

Der Hegemonialmacht ist es in der Tat nicht schwer gefallen, ihr Ziel des Recyclens von Petrodollars in ihrem Sinne zu regeln. Nach 1974 wurden beträchtliche Rüstungsgeschäfte (vor allem für modernste Flugzeuge, Panzer und logistische Infrastruktur) mit dem Iran unter dem Schah-Regime, das als ein äußerst wichtiger Verbündeter der USA galt, aber auch mit dem ebenso wichtigen Saudi-Arabien geschlossen, wodurch der Mittlere Osten sofort zum größten Waffenimporteur außer der NATO aufstieg. Die Folgen dieser Rüstungsgeschäfte sind bekannt: ein massives Wettrüsten zwischen Iran und den arabischen Staaten, insbesondere Irak, und der acht Jahre andauernde Iran/Irak-Krieg in den 1980er Jahren.⁸³

⁸² Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 1974.

⁸³ Ausführlicher dazu Massarrat 1988.

Das Feindbild des Kommunismus in der Kalten Kriegs-Ära und das propagandistisch ausgeschlachtete Bedrohungsszenario, die Sowjetunion wollte den Mittleren Osten unter ihren Einfluss bringen und sich damit den direkten Zugriff auf die Ölquellen des Mittleren Ostens sichern, ließ den Herrschern im Iran und in Saudi-Arabien keine andere Wahl, als sich den Wünschen der Hegemonialmacht zu beugen.

Doch damit nicht genug. Die USA bedienten sich auch subtilerer Mittel, um die Ölscheichtümer am Persischen Golf, die aufgrund ihres Ölreichtums und kleiner Bevölkerungen dauerhaft beträchtliche Dollarüberschüsse erwirtschafteten, zur langfristigen Investition in den USA zu drängen. Bereits 1974 handelten die USA mit den saudi-arabischen Herrschern eine Vereinbarung aus, wonach sie dem Haus Saud »uneingeschränkte politische und – falls erforderlich – auch militärische Unterstützung zusicher(t)en und dadurch ihre Existenz als Herrscherhaus langfristig garantier(t)en«. Als Gegenleistung trotzten sie dem Haus Saud eine Reihe langfristiger Verpflichtungen ab. Dazu gehört u.a., »dass Saudi-Arabien mit seinen Petrodollars US-Staatsanleihen kauft.«⁸⁴

Andere OPEC-Staaten im Mittleren Osten wurden ebenfalls dazu gedrängt, dem Beispiel Saudi-Arabien zu folgen. Allein bis 1990 investierten Saudi-Arabien, Kuwait und die Arabischen Emirate ca. eine Billion US-Dollar in den USA.⁸⁵ Allein das saudi-arabische Vermögen in den Vereinigten Staaten betrug 2003 ca. 400 Mrd. US-Dollar. Inzwischen dürften aufgrund der neuen Ölpreissteigerungen die Petrodollar-Rückflüsse in die USA noch beträchtlich gestiegen sein. Nach wie vor stehen die Herrscher in den Ölscheichtümern unter massivem politischen Druck, ihre Devisenüberschüsse, selbst wenn die Eurozone sich als die attraktivere Anlageregion erweisen sollte, in den USA zu investieren.⁸⁶

Um die seit Anfang der 1970er Jahre gewonnene neue Funktion des Dollars als Ölleitwährung abzusichern und auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen, musste aus der US-Perspektive jedweder Versuch der Ölstaaten, ihr Öl in Euro zu verkaufen, mit aller Macht verhindert werden. Dies galt vor allem für das Regime von Saddam Hussein, das schon Ende 2000 damit

⁸⁴ Ausführlicher dazu siehe Perkins 2005: 162ff.

⁸⁵ Vgl. dazu auch Abdolvand/Adolf 2003: 181f.

⁸⁶ Und da ein Abzug saudi-arabischen Kapitals aus dem Dollar eine Lawine in Richtung Euro bzw. Yen auslösen dürfte, steht Saudi-Arabien in den US-Medien prophylaktisch längst unter Generalverdacht, in den Terroranschlag vom 11. September verwickelt gewesen zu sein. Saudi-arabischen Anlegern wird durch das Damoklesschwert des Terrorismusverdachts und der indirekten Drohung mit der Konfiszierung ihres Vermögens die Lust auf einen Währungswechsel wirkungsvoll ausgetrieben.

begann, die tägliche Ölförderung von 2,4 Mio. Barrel in Euro abzuwickeln. Auch der Iran verkauft zum Großteil in Euro. Damit drängt sich der Euro zum ersten Mal in die klassische Dollar-Domäne.⁸⁷ Der Irak-Krieg und der weiterhin schwelende Atomkonflikt mit Iran erscheinen so in einem neuen, eben währungspolitischen Licht.

Aus US-Perspektive erreichen die USA erst dann ihr Ziel eines dauerhaften Monopols des Dollars als Leitwährung, wenn der gesamte Großraum Greater Middle East (Persischer Golf- und Kaspisches Meer-Region) in eine Dollarzone verwandelt wird, wobei dann nicht nur die Öllexporte aus dieser Region in Dollar gehandelt, sondern auch ein Großteil der Waren aus den USA importiert würde und US-Konzerne den Löwenanteil der Aufträge für den Ausbau der Infrastruktur und Industrialisierung erhielten. Dazu müssten die USA allerdings möglichst alle Staaten dieser Region unter ihre direkte Kontrolle bringen, was garantieren würde, dass die Abhängigkeit der Ölstaaten im Großraum Mittlerer Osten für einen möglichst langen Zeitraum bestehen bliebe.

Die währungspolitische Dimension vervollständigt das mehrdimensional-hegemonialpolitische Interesse der USA, den Mittleren Osten so umfassend wie möglich beherrschen zu wollen. Die USA wechselten in Afghanistan, einem strategisch wichtigen Öl- und Gaspipeline-Land des Mittleren Ostens, das Taliban-Regime durch ein amerika-freundliches Regime aus. Trotz des Irak-Desasters beharren die USA weiterhin darauf, den Irak besetzt zu halten, weil sie mit beiden Kriegen auch den Dollar als Leitwährung verteidigen. Mit ihren bisherigen Kriegen und einem möglichen Krieg gegen den Iran führen die USA auch einen Währungskrieg, damit die bestehenden währungspolitischen Abhängigkeiten aller Dollarreserveländer und Regionen wie Japan, China und EU von den USA bestehen bleiben. Mit dem Dollar als Leitwährung haben die USA insofern ein weiteres verborgenes Machtmittel in der Hand, das mit der Kontrolle der Ölreserven des Mittleren Ostens sämtliche unsichtbaren Machtpotenziale des Hegemons im Verhältnis zu ihren alten und neuen ökonomischen Rivalen synergetisch verklammert. Die US-Hegemonialmacht hängt insofern in mehrfacher Hinsicht davon ab, ob ihre strategische Rechnung aufgeht, den Mittleren Osten langfristig zu beherrschen, oder ob sie letztlich doch am Widerstand der Mitteloststaaten scheitert.

⁸⁷ Abdolvand/Adolf 2003: 182.

Israel als hegemonialer Brückenkopf

Nie zuvor stellte ein US-Präsident seine Entschlossenheit, sich bedingungslos hinter Israel zu stellen, so deutlich unter Beweis wie George W. Bush bei Israels Krieg gegen die Hisbollah im Libanon Mitte Juli 2006. Condoleezza Rice formulierte Ende Juli die Bedingungen für einen israelischen Waffenstillstand, als wäre sie zugleich auch Außenministerin von Israel: »Wenn die Hisbollah entwaffnet, die Waffenlieferungen unterbunden sind und eine internationale Stabilisierungsgruppe im Südlibanon stationiert ist, dann wird Israel einem Waffenstillstand zustimmen.«

US-Präsidenten standen nicht immer so bedingungslos hinter Israels Politik wie dies heute der Fall ist. Während des Suez-Krieges 1956 zwischen Frankreich, Großbritannien und Israel auf der einen und Ägypten auf der anderen Seite hat die Regierung Eisenhower Israel zur Beendigung des Krieges massiv unter Druck gesetzt. Israel baute sein Atomprogramm zunächst mit Unterstützung Frankreichs, während sich Kennedys Begeisterung für ein Israel mit Atombomben ursprünglich in Grenzen hielt. Gleichwohl erklärte mit Kennedy zum ersten Mal ein US-Präsident »die Sicherheit Israels zu einem unmittelbaren Anliegen der USA« und er sprach von einer »special relationship« ähnlich der Beziehungen zu Großbritannien. In den 1980er Jahren entwickelte sich das Verhältnis von »spezial« zu »strategic relationship« weiter.⁸⁸ Es ist offensichtlich: Israels Beziehung zu den Vereinigten Staaten wurde in dem Maße intensiviert, wie sich immer klarer herausstellte, dass der Mittlere Osten eine unersetzbare Säule der US-Hegemonie ist und auch bleiben muss. Fortan wurde Israel zu einem genauso unersetzbaren Verbündeten der USA im Mittleren Osten und zum strategischen Brückenkopf der US-Hegemonie für diese Region und die gesamte arabische Welt.

Doch erst mit der Regierungsübernahme der Neokonservativen in Washington und dem wachsenden Einfluss der religiösen Fundamentalisten wird immer deutlicher erkennbar, wie stark Israel und die Vereinigten Staaten außer den gemeinsamen Sicherheitsinteressen auch durch tiefe kulturelle Verwandtschaft und Parallelen bei ihrer Entstehung miteinander verbunden sind. In der israelischen Vorgeschichte und in der zionistischen Programmatik spiegeln sich »einige zentrale Aspekte des amerikanischen Selbstverständnisses wider. Beide Gesellschaften sind vordergründig säkular, aber in beiden spielt die Religion eine zentrale Rolle. Der Bezug zum »Heiligen Land« ist nicht nur für viele Israelis, sondern auch für viele US-Amerikaner von hoher symbolischer Bedeutung. Beide Länder sind aus zunächst durch-

⁸⁸ Krell 2006: 28f.

aus prekären Pioniergesellschaften hervorgegangen, die sich in schwierigen Unabhängigkeitskriegen als Staaten etabliert haben. Beide Gesellschaften sind hochgradig, wenn auch hierarchisiert multikulturell.«⁸⁹ Hinzu kommt, dass beide Staaten durch Vertreibung der jeweils dort lebenden Völker, indianische Ureinwohner in den USA und Palästinenser in Palästina, gegründet wurden, und dass die Regierungen beider Staaten ihre innenpolitische Legitimität vorzugsweise durch äußere Bedrohungen und Feindbilder erlangten. Dadurch trugen sie ursächlich dazu bei, dass die Identifikation mit dem jeweiligen Staat durch äußere Bedrohung und Abgrenzung hergestellt wurde, anstatt sie durch die produktive und soziale Integration ethnischer Gruppen und durch Abschaffung der Hierarchien zu erreichen.

Für Amerika war es ursprünglich die Bedrohung durch die indianischen Ureinwohner, dann durch den Kommunismus während des Kalten Krieges, schließlich durch den Islam und den internationalen Terrorismus. Und für Israel waren zunächst die Araber und Al Fatah, dann der Iran nach der islamischen Revolution und schließlich die islamischen Fundamentalisten wie Hamas, Hisbollah und nicht zuletzt der iranische Präsident Ahmadinedschad und der internationale Terrorismus die Hauptquellen dauerhafter Bedrohungen. Auch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dank der Selbstpropaganda und dem Gerede vom »Kampf der Kulturen« die Bedrohungsängste in beiden Staaten inzwischen nahezu pathologische Züge angenommen haben. Der israelische Psychologe Dan Bar-On verweist auf das »grundlegende Opfergefühl der jüdischen Bevölkerung« in Israel, um das moralisch verantwortungslose Verhaltensmuster Israels zu deuten: »Die Opfer haben gegenüber den Tätern einen entscheidenden Vorteil: Sie müssen keine Verantwortung für ihre eigenen Taten übernehmen, da diese nur die Reaktion auf die bösen Taten anderer sind.«⁹⁰ Der britische Philosoph Oren Ben-Dor behauptet sogar, dass »der israelische Staat ... eine Opfermentalität unter israelischen Juden pflegt«, um das Kernproblem Israels zu verbergen. Dieses besteht nach Ben-Dor darin, dass »Israel mit Hilfe von Terror geschaffen worden war« und immer noch mit einem moralisch durch nichts zu rechtfertigenden Makel »ethnischer Säuberung« behaftet sei.⁹¹

Für Israels Verhaltensmuster spielt auch das moralische Schuldgefühl, das andere Völker für Juden angesichts des Holocausts empfinden, eine wichtige Rolle. Viele Amerikaner fühlen sich beispielsweise moralisch verpflichtet, Israels Existenz zu schützen. Gleichwohl überwiegt auf beiden

⁸⁹ Ebenda: 25. Vgl. auch meine Ausführungen zu Beginn dieses Kapitels.

⁹⁰ Bar-On: 2006.

⁹¹ Ebenda.

Seiten das Interesse, den Holocaust auf dem Rücken der jüdischen Opfer des Faschismus zu missbrauchen und jegliche Kritik der israelischen Kriegs- und Besatzungspolitik als »antisemitisch« zu diskreditieren. Doch wird diese Politik selbst von jüdischen Intellektuellen inzwischen immer offener als eine neue Quelle des Antisemitismus kritisiert. »Wenn Israel die Bevölkerung in den besetzten Gebieten ausraubt und demütigt«, schreibt Tony Judt, der Direktor des Remarque-Instituts an der New Yorker Universität, gleichzeitig »aber jedem Kritiker mit lauter Stimme ›Antisemit‹ entgegenschleudert wird, heißt das in Wirklichkeit: Was im Libanon, in der Westbank und in Gaza geschieht, das sind keine israelischen, sondern jüdische Akte. Und wenn Du das nicht magst, dann nur, weil Dir Juden unsympathisch sind. In vielen Teilen der Welt läuft diese Position Gefahr, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu werden.«⁹²

Außer den oben dargestellten einmaligen historischen, kulturellen und politischen Gemeinsamkeiten, die sich nicht zufällig auch in den gemeinsamen neuen Feinden (der Islam und der internationale Terrorismus) widerspiegeln, verbindet die Vereinigten Staaten mit Israel im Mittleren und Nahen Osten ein dem Wesen nach unfriedliches Politikmuster: Die USA verfolgen eine Politik, die die Region destabilisiert, da ansonsten die Grundlage ihrer Hegemonialpolitik entfielen. Und Israel hat Angst vor Frieden, da es sich auf einen Prozess einlassen müsste, an dessen Ende die Rückgabe der besetzten Gebiete, und letztlich auch eine kulturelle wie mentale Umorientierung hin zur Koexistenz mit seinen arabisch-islamischen Nachbarn stehen würde. Die USA sind, wie oben dargestellt, aus hegemonialpolitischen Interessen auf einen total verlässlichen regionalen Verbündeten angewiesen. Und Israel ist davon überzeugt, dass allein die Vereinigten Staaten die notwendige Gewähr für seine Existenz gegen die äußeren Bedrohungen liefern können. Damit erweist sich Israel als der natürliche Verbündete der USA in der Region unabhängig von jedwedem Regierungswechsel, während alle anderen US-Verbündeten in derselben Region, wie Ägypten oder Saudi-Arabien, nicht zuletzt wegen der US-Hegemonial- und Israelpolitik bestens dafür prädestiniert sind, nach einem Regimewechsel – wie es im Iran mit der islamischen Revolution 1979 der Fall war – von Verbündeten zu unerbittlichen Feinden der USA zu werden. Auf dieser Basis wurde Israel zum unverzichtbaren Brückenkopf im Mittleren und Nahen Osten.

Dies erklärt, warum Israel bei der Wirtschafts- und Militärhilfe seit den 1970er Jahren an der Spitze der US-Auslandshilfe liegt, und weshalb Israel nahezu alle Rüstungsgüter, die es wünscht, erhält. Dies erklärt auch, wes-

⁹² Judt 2006.

halb die USA seit Gründung der UNO als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates bisher 40 Mal ihr Veto eingelegt haben, um Israels Verurteilung wegen der Verletzung internationaler Normen bzw. der Nichterfüllung völkerrechtlich verbindlicher US-Resolutionen zu verhindern. Das letzte Veto brachte John Bolton am 13. Juli 2006 ein, um ein Verbot gegen weitere Übergriffe Israels im Gaza-Streifen zu unterlaufen. Mit ihrem ständigen Veto in Bezug auf Israel nehmen die USA in Kauf, dass dem moralischen Ansehen der UNO in der gesamten Dritten Welt irreversibler Schaden zugefügt wird. Und schließlich wird erkennbar, warum die USA seit den 1970er Jahren bis heute immer kompromissloser hinter jedweder moralisch auch noch so inakzeptablen wie für den Weltfrieden gefährlichen Handlung israelischer Regierungen stehen und sie mit Haut und Haar zu legitimieren versuchen. Dazu gehören der Ausbau von Siedlungen auf palästinensischem Boden, die Zerstörung von Wohn- und Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen, Kraftwerken, Wasserversorgungseinrichtungen in Gaza und Libanon, gezielte Tötungen, die öffentliche Demütigung der Araber, der Mauerbau in Palästina, der Einsatz von Streubomben, die Bombardierung von UN-Posten und Schutzzräumen von Frauen, Behinderten und Kindern im Südlibanon. Durch die Legitimierung Israels permanenter Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen opfern die USA leichtfertig universelle Prinzipien der Verteidigung ihrer Hegemonialinteressen.

Hegemonialrente

Im Irak-Krieg, dem vorläufigen Höhepunkt von Amerikas Hegemonialpolitik und dessen Strategie der Vorherrschaft, kamen wie in keinem anderen Krieg der USA in den letzten Jahrzehnten nahezu alle entscheidenden hegemonialpolitischen Triebkräfte, wie sie oben analysiert wurden, zum Tragen. »Mit der Besetzung des Irak und dem Sich-Absetzen von internationalen Institutionen erscheint die amerikanische Hegemonie jetzt eher als eine räuberische«, konstatiert der Clinton-Berater, Charles A. Kupchan.⁹³ Der Irak-Krieg war nicht – wie überwiegend reduktionistisch und verharmlosend angenommen wurde – nur ein Ölkrieg, er war gleichzeitig ein innenpolitischer, ein rüstungs- und militärstrategischer, öl- und geostrategischer und ein währungspolitischer Krieg. Er ist die letzte US-Intervention in einer Kette von unzähligen geheimdiplomatischen, politischen und militärischen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten im letzten halben Jahrhundert, die 1953 mit dem Sturz des demokratisch gewählten iranischen

⁹³ Kupchan 2003: 681.

Ministerpräsidenten Mossadegh mit Hilfe des CIA ihren Anfang nahm.⁹⁴ Unter der US-Hegemonie leidet letztendlich die gesamte Menschheit. Der Nahe und Mittlere Osten nimmt wegen seiner geostrategischen Katalysatorfunktion im US-dominierten Hegemonialsystem jedoch einen besonderen Stellenwert ein.

Lange vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums war absehbar: Die Welt bewegte sich unaufhaltsam auf eine multipolare Zukunft zu. Neue ökonomische Riesen, wie die EU, Japan und China, kündigten sich als eigenständige und ökonomische und politische Zentren an. Auf diese Entwicklung reagierte das neue Amerika trotzig, rückwärtsgewandt und narzistisch. Die politische Klasse Amerikas fürchtet den endgültigen Verlust der historisch einmaligen Position mit magnetischer Anziehungskraft für Menschen und für das Kapital auf dem gesamten Globus. Anstatt sich durch umfassende Reformen und einen sozialen, ökonomischen und ökologischen Strukturwandel der multipolaren Entwicklung anzupassen, hoffen sie darauf, den erlangten Status aufgrund des unerreichbaren militärischen Vorsprungs auch in Zukunft halten und gegebenenfalls sogar ausbauen zu können. Der gesamte Globus wird in militärische »Schutz«zonen aufgeteilt.⁹⁵ Die von den USA dominierten multilateralen Institutionen der Weltwirtschaft wie IWF, Weltbank und WTO werden immer offensiver in den Dienst der globalen Umverteilung zugunsten der eigenen Volkswirtschaft gestellt. Der Neoliberalismus, der in den USA die eifrigsten Verfechter hat, liefert mit seinen Postulaten Liberalisierung, Privatisierung und Wachstum durch Verbilligung der Arbeits- und Naturressourcen die ideologische Rechtfertigung der globalen Reichtumsumverteilung. Die militärischen Kosten der amerikanischen Hegemonialordnung – mögen sie auch mehrere hundert Milliarden Dollar im Jahr betragen – dürften nur einen Bruchteil der Gewinne ausmachen, die Amerika dank seiner Hegemonialordnung gewissermaßen als *Hegemonialrente* aus der Weltwirtschaft abschöpft.

Die Hegemonialrente hat historisch ihre Vorläufer in den *orientalischen Despotien*. Glanz und Glorie der mächtigen Königreiche im alten Orient beruhten auf einem System zentralistisch organisierter Rentenabschöpfung aus agrarischen Gemeinden, von Nomadenstämmen aus den Satrapien und den in Abhängigkeit geratenen Vasallenstaaten. Die orientalischen Herrscher erbrachten für die Renten, die sie abschöpften, immerhin Gegenleistungen in Form von funktionierenden Bewässerungssystemen, Ausbau von Verbin-

⁹⁴ Vgl. dazu den aufschlussreichen Beitrag des Historikers Martuschka 2003.

⁹⁵ Vgl. dazu Nassauer 2002.

dungswegen und Schutz gegen Übergriffe feindlicher Mächte.⁹⁶ Dagegen schöpfen die USA dank ihrer uneinholbaren militärischen Überlegenheit, ihres ausgeklügelten Hegemonialsystems und der Beherrschung maßgeblicher Institutionen und Regime der Weltwirtschaft, wie Weltbank, IWF und WTO, Jahr für Jahr – und in beträchtlichem und immer größer werdenden Umfang – Hegemonialrenten aus der Weltwirtschaft ab, und zwar vor allem zulasten der Länder der Dritten Welt, ohne dafür auch nur im Geringsten irgendwelche Gegenleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Hegemonialrente, die die Vereinigten Staaten jährlich abschöpfen, bewegt sich nach einer groben Schätzung zwischen 500 und 1000 Mrd. US-Dollar, damit also um 5-10% des US-Bruttosozialprodukts bzw. 1,5-3% des Weltsozialprodukts. Diese Hegemonialrente setzt sich zusammen aus:

- dem Einkommenstransfer durch das globale System von Dumpingpreisen für fossile Energien, für alle monostrukturellen Agrarimporte aus der Dritten Welt sowie für alle Importgüter, die unterhalb des internationalen Sozial- und Umweltstandards erzeugt werden,
- dem über den Leitwährungsmechanismus forcierten strukturellen Kapitalbilanz-Überschuss bzw. der Kapitalflucht aus allen Regionen und
- einem für die US-Ökonomie nicht zu unterschätzenden Brain Drain.

Grenzen des Hegemonialsystems

Der inneramerikanische Wandel weg von den liberalen und traditionell konservativen hin zu »nationalistisch-unilateralistischen und fundamentalistisch-konservativen Gruppierungen«⁹⁷ zwischen und innerhalb der beiden, die US-Elite tragenden Parteien, spiegelt die Prioritätsverschiebungen zugunsten des kurzfristig billigen, gleichwohl äußerst risikoreichen, kostspieligen militaristisch-unilateralistisch hegemonialen Weges wider, der mit dem Blut unzähliger Menschen gepflastert ist. Allein während der Irak-Invasion 2003 wurden 25.000 Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, getötet. Diese Zahl ins Verhältnis gesetzt zur Gesamtbevölkerung der USA, ergäbe 300.000 getötete Zivilisten, für die USA freilich eine gigantische Katastrophe.⁹⁸ Inzwischen beträgt die Gesamtzahl der Toten, die Irak als unmittelbare und mittelbare Folge des Krieges zu beklagen hat, weit über 100.000. Ein Bürgerkrieg zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden, der im Ansatz bereits existiert und auch flächendeckend keineswegs ausgeschlossen werden kann,

⁹⁶ Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 1976.

⁹⁷ Vgl. dazu Krell 2003.

⁹⁸ Galiano 2006.

käme für den Irak angesichts der Militarisierung der Gesellschaft einem Inferno gleich.

Auch die US-Armee hatte allein zwischen März 2003 und Juni 2004 900 tote Soldaten zu beklagen.⁹⁹ Diese Zahl ist inzwischen auf über 1.000 angestiegen. Hinzu kommen über 18.000 verletzte US-Soldaten,¹⁰⁰ von denen ein erheblicher Teil für ihr ganzes Leben zu Invaliden geworden sind. Auch die Kriegskosten sind unerwartet in die Höhe geklettert. Sie betragen nach Regierungsangaben 250 Milliarden US-Dollar. Der US-Kongress erwartet aber 500 Milliarden US-Dollar. Stiglitz berechnete in seiner Studie eine Billion US-Dollar als Kriegskosten für die USA.¹⁰¹ Hinzu kommen die Kosten der Zerstörung der materiellen Grundlagen der irakischen Gesellschaft, die in den amerikanischen Berechnungen nicht enthalten sind.

Im Irak zeigen sich die Grenzen eben dieses Hegemonialsystems. Die Iraker weigern sich – trotz ihrer bitteren Erfahrungen mit dem alten Regime – die militärische Besatzung Iraks als Befreiung zu legitimieren. Laut der ersten wissenschaftlichen Umfrage, die im Auftrag des konservativen US-Magazins *American Enterprise* im August 2003 im Irak durchgeführt wurde, lehnten die Iraker die US-Besatzung klar ab. »Selbst auf die suggestive Frage, ob die USA und Großbritannien die Installierung einer ›gerechten‹ Regierung sicher stellen sollten, antworteten sechs von zehn Irakern klar mit Nein.«¹⁰² Die Behauptung der ehemaligen Clinton-Berater Ronald Asmus und Kenneth Pollak, die USA wollten mit dem Sturz von Saddam Hussein die Demokratisierung im *Greater Middle East* einleiten,¹⁰³ hat sich – wie vorauszusehen war – als reine Propaganda erwiesen.¹⁰⁴

Heute gibt es kaum Zweifel darüber, dass die US-Regierung den Irak-Krieg offensichtlich mit falschen Behauptungen begründet hat. Irakische Massenvernichtungswaffen – Hauptgrund für den Krieg – wurden bis heute nicht gefunden. Außenminister Powell distanzierte sich ein Jahr danach von seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, in der er offensichtlich von falschen Fakten ausging! Der zurückgetretene US-Finanzminister O’Neill enthüllte gar in seinem Buch *The Price of Loyalty*, Präsident Bush habe sich bereits lange vor dem 11. September 2001 für den Irak-Krieg entschieden. Nach dieser eigentlich längst bekannten, für die Regierung jedoch peinli-

⁹⁹ Frankfurter Rundschau vom 22. Juli 2004.

¹⁰⁰ Stiglitz 2006.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Frankfurter Rundschau vom 13. September 2003.

¹⁰³ Asmus/Pollack 2002.

¹⁰⁴ Vgl. dazu Massarrat 2005a.

chen Enthüllung, entschuldigte sich Bush seinerseits mit dem – ebenfalls bekannten – Eingeständnis, er habe die Irak-Politik Clintons nur übernommen.¹⁰⁵ Dieses m.E. der Wahrheit nahe liegende Eingeständnis Bushs sollte die Europäer davor warnen, ihre Hoffnung auf eine multilaterale Politik der US-Demokraten zu setzen.¹⁰⁶

Die US-Regierung hat ihre Irak-Politik selbst delegitimiert. Damit werden gleichzeitig auch die Grenzen des Hegemonialsystems sichtbar. Es sind längst nicht nur Europäer wie Emmanuel Todd, die für die Weltmacht USA einen Nachruf verfasst haben. Immer mehr Amerikaner aus Politik und Wissenschaft melden sich kritisch zu Wort und plädieren für eine Abkehr vom eingeschlagenen Weg.¹⁰⁷ Ob Soros' Charakterisierung der *Vorherrschaft der USA* als eine *Seifenblase*¹⁰⁸ zutreffend ist, sei dahingestellt. Das Desaster im Irak bietet auf jeden Fall eine große Chance, den Aufbau einer anderen, humaneren Weltordnung einzuleiten.

¹⁰⁵ Frankfurter Rundschau vom 14. Januar 2004.

¹⁰⁶ Zur Kontinuität und zu Gemeinsamkeiten zwischen Clintons und Bushs Außenpolitik vgl. auch Oliver 2004.

¹⁰⁷ Beispielsweise Nye 2003; Kupchan 2002; Power 2003, und vor allem Mann 2003.

¹⁰⁸ Soros 2004.

Teil 2

De-Globalisierung, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit

Es gibt drei grundsätzliche Möglichkeiten, wie die Zukunft unserer Welt gestaltet werden kann. Die gegenwärtig vorherrschende Option ist die neoliberale Globalisierung. Dabei sind wir Zeugen einer deprimierenden Entwicklung. Sie zeichnet sich aus durch wachsende Massenarbeitslosigkeit, Verlängerung der Arbeitszeit und Ausweitung der Niedriglohnökonomie, durch eine wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich, zunehmende Unsicherheit und Zukunftsängste, vor allem bei der jüngeren Generation und durch neue Verteilungskonflikte und Kriege zwischen den Kulturen. Die wenigen Gewinner der neoliberalen Globalisierung in einigen Transformationsgesellschaften des Südens und Osteuropas sind das Produkt einer Nord-Süd-Standortverlagerung und eines globalen Nullsummenspiels. Zwar entstehen durch Verlagerung von Teilen der Produktion bzw. von Dienstleistungen aus den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten in den Süden neue Arbeitsplätze, weil dadurch die Kosten gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit jeweils gestärkt wird. Gleichzeitig gehen aber in der erstgenannten Ländergruppe oft Arbeitsplätze, darunter auch hoch qualifizierte, verloren und die Massenarbeitslosigkeit steigt.

Die neoliberale Globalisierung ist keine innovative, sondern eine rückwärtsgerichtete Strategie. Sie zehrt von der Substanz des Produktivvermögens von Mensch und Natur und begünstigt die Umverteilung von unten nach oben, verschärft die globalen Umweltkrisen und verbaut auch die Zukunft künftiger Generationen.

Die weltweite globalisierungskritische Bewegung ist – wenn man so will – die natürliche Reaktion auf die neoliberale Globalisierung, auf Instabilität und Chaos. Diese Bewegung streitet für eine »andere Welt« als Alternative zu der gegenwärtigen Weltordnung. Über diese andere Welt gibt es allerdings bisher nur vage Vorstellungen, sie zielen im Großen und Ganzen auf zwei unterscheidbare Perspektiven:

Den einen geht es um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ohne globale Armut und Massenarbeitslosigkeit mit gerechterer Einkommensverteilung und fairem Handel. Diese Weltwirtschaftsordnung soll vor allem durch die Einführung von Sozial- und Umweltstandards, durch Reformen von WTO und IWF, durch einen globalen Marshallplan und durch die Stärkung der UNO erreicht werden. Es handelt sich dabei um eine Wiederbelebung sozialdemokratisch-grüner Programmatik aus den 1990er Jahren für ein keynesianisch gelenktes ökosoziales Modell im Weltmaßstab. Nicht nur Teile der Sozialdemokraten und der Grünen gehören dazu, sondern auch ein Teil der globalisierungskritischen Bewegung. Ihr gemeinsames Merkmal besteht darin, dass sie weder grundsätzlich für, noch vehement gegen den Kapitalismus sind. Sie sind vorerst ideologisch »systemambivalent«, könnten je-

doch ihre Haltung ändern,¹ sofern überzeugende Alternativen zum Kapitalismus für sie nachvollziehbar und erlebbar werden. Angesichts der neoliberalen Offensive der Gegenwart erscheint selbst dieses durch und durch systemimmanente Projekt als utopisch, ja fast revolutionär. Hätte diese Perspektive dennoch Aussicht auf Erfolg, gingen mit ihr – darüber sollte man sich keine Illusionen machen – ein neuer Schub weltweiter Kapitalakkumulation in einem bis dato nicht gekannten Ausmaß einher. Dabei würden kapitalistische Wachstums- und Gewinnmaximierungsnormen weiterhin alle gesellschaftlichen Bereiche dominieren. Die Unterordnung der Menschen und ihre natürlichen Bedürfnisse, wie Sicherheit, Fairness, Solidarität, Gerechtigkeit, unter abstrakte Gesetze des Kapitals blieben genauso unangetastet wie die undemokratischen Entscheidungsstrukturen angesichts des Primats kapitalistischer Normen gegenüber der freien Willensbildung.

Die dritte, radikalere Perspektive geht einen deutlichen Schritt über das globale keynesianische Modell einer ökosozialen Marktwirtschaft hinaus. Sie zielt – in Anlehnung an Karl Polanyi² – auf die Einbettung des Kapitalismus in die Gesellschaft und auf das Primat menschlicher Werte und Bedürfnisse über die Triebkräfte des Kapitals. Es geht um die Perspektive revolutionärer Reformen, revolutionär deshalb, weil sie, wie in diesem Teil des Buches an ausgewählten Beispielen gezeigt wird, im Ansatz systemtranszendent angelegt sind.

¹ Callinicos stuft diese Gruppe wie alle globalisierungskritischen Bewegungen ohne nähere Begründung als »bürgerliche Antikapitalisten« ein, um sie dann als Chicerias zu diskreditieren (Callinicos 2003: 79f.). Weder ist es nötig, globalisierungskritische Personen und Strömungen als antikapitalistisch dem eigenen Lager zuzuordnen, noch sie polemisch wie heiße Kartoffeln fallen zu lassen, weil sie sich vom Kapitalismus nicht distanzieren. Dieser bündnispolitisch unkluge Umgang mit Andersdenkenden resultiert offenbar bei Callinicos und anderen aus der Gleichsetzung von Globalisierung mit Kapitalismus bzw. der Gleichsetzung von Globalisierungskritik mit Antikapitalismus. Ungeachtet dieses Missverständnisses sollten Menschen und politische Gruppen so gesehen werden, wie sie sind und nicht, wie sie sein sollten. Erst dann wäre eine glaubwürdige Allianz gegen die neoliberale und für eine bessere Weltordnung möglich.

² Polanyi 1978.

Kapitel 4

Revolutionäre Reformen: Nachhaltigkeit und De-Globalisierung

Sozialistische und kommunistische Bewegungen verfolgten das Ziel, die historischen Voraussetzungen für eine Welt herzustellen, in der Ausbeutung und Fremdbestimmung überwunden sind und Gerechtigkeit die dauerhafte Grundlage für eine harmonische und friedliche Beziehung zwischen den selbstbestimmten Menschen wird. Ich habe in Kapitel 2 einige Gründe genannt, weshalb diese Bewegungen, trotz ihrer am Menschen orientierten Ethik, bisher gescheitert sind.

Mehr noch: Heute wird dem Marxschen Theoriegebäude, dem wissenschaftlichen Sozialismus, grundsätzlich nicht zugetraut, auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wissenschaftlich plausible und politisch weiterführende Antworten geben zu können. Tatsächlich hat sich Marx mit zwei zusammenhängenden und für die Zukunft der Menschheit fundamentalen Problemen der Gesellschaft nicht beschäftigt, bzw. diese sträflich vernachlässigt:

Erstens unterschätzte er die ökologischen Grenzen der Entwicklung von Produktivkräften (Grenzen des Wachstums). Marx scheint den Globus als unerschöpfliche und sich erneuernde Quelle der natürlichen Gebrauchswerte gehalten zu haben, derer sich Menschen grenzenlos bedienen können. Entscheidend war für Marx offenbar die Frage, wie Menschen am besten zu den technologischen Fähigkeiten für die Nutzung dieser Gebrauchswerte gelangen und welche gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine gerechte Verteilung des Reichtums hergestellt werden müssen. Der junge Marx hatte sich sogar zu der optimistischen Aussage hinreißen lassen, eine Welt, deren Bewohner im Überfluss leben, sei nicht nur möglich, sondern auch notwendig, um die materielle Basis für Kapitalismus, Geld, Tausch und Warenproduktion für alle Zeiten zu verbannen.

Zweitens vernachlässigte Marx die Rechte zukünftiger Generationen auf gerechte Teilhabe am Reichtum. Diese Frage erübrigt sich bei ihm im Grunde: Wenn nämlich der Entwicklung der Produktivkräfte keine ökologischen Grenzen gesetzt sind, dann gibt es von diesem Standpunkt aus auch das Problem der Rücksichtnahme auf die Rechte künftiger Generationen nicht. So gesehen beschränkte sich bei Marx auch die Gerechtigkeitsfrage auf die

Gerechtigkeit zwischen den Menschen in der Gegenwart und bezog sich nicht auf die intergenerative Gerechtigkeit.

Die Annahme einer grenzenlosen Produktivitätsentwicklung liefert den begründeten Anlass, Marx Determinismus und lineares Denken vorzuwerfen. Tatsächlich standen Marx und fast alle kritischen Geister, im Grunde genommen alle Klassiker seiner Zeit, unter dem starkem Einfluss der instrumentellen Vernunft und des logischen Positivismus der Naturwissenschaften. Ihnen blieben die Dynamik und die Rückkoppelungseffekte in Mensch-Natur-Beziehungen weitestgehend verborgen. Erst durch die ökologischen Krisen seit Anfang der 1980er Jahre begann ein kritischer Diskurs über methodische Defizite vergangener Jahrhunderte bei Natur- und Sozialwissenschaften. Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist das Ergebnis einer gründlichen Kritik sowohl der herrschenden Theorien wie aber auch der kritischen Theorie im Kontext der Mensch-Natur-Beziehungen.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs setzt genau dort an, wo Marx' Analyse der Mensch-Mensch- und Mensch-Ökonomie-Beziehungen aufgehört hat. Zu dem von Marx und Sozialisten in den Vordergrund gestellten normativen Ziel der sozialen Gerechtigkeit fügt die Nachhaltigkeit das normative Ziel von Generationengerechtigkeit hinzu. Die nach wie vor prägnanteste Definition der nachhaltigen Entwicklung lieferte die Brundtland-Kommission in ihrem 1987 vorgelegten Schlussbericht: *Sustainable Development ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.*³

Im Kern sollen also künftige Generationen dieselben Wahlmöglichkeiten haben wie die heutigen. Die zentrale wissenschaftliche Herausforderung des Nachhaltigkeitsdiskurses an die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie und an kritische Theorien insgesamt ist die Integration der intergenerativen Gerechtigkeit und der Mensch-Natur-Beziehung als einem bisher vernachlässigtem Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit in ein neues Analysekonzept und die Formulierung von politischen Handlungsstrategien, die synthetisch der Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Realität Rechnung tragen. Umgekehrt gilt auch für den Nachhaltigkeitsdiskurs, an historisch gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Gesellschaftskritik partizipatorischer Traditionen anzuknüpfen. Der Prozess der produktiven Verschmelzung zweier unterschiedlicher Zugänge, nämlich einer sozial orientierten und einer ökologisch orientierten Systemkritik, zu einem integrativen Diskurs- und Analysekonzept ist seit dem Brundtland-Bericht

³ Brundtland-Bericht 1978: 46.

in vollem Gange, wenn auch auf beiden Seiten Positionen und Ansätze zu finden sind, die sich diesem absolut unverzichtbaren Erkenntnis- und Theoriebildungsprozess verweigern bzw. auf halbem Weg stehen bleiben. Die im Folgenden gestrafft dargestellten Nachhaltigkeitskonzepte und -strategien sind auch Ausdruck des unterschiedlichen Grads der Bereitschaft – jenseits von ideologischen bzw. interessengelenkten Barrieren – zu einer neuen systemkritischen Synthese zu kommen, die alle fundamentalen Dimensionen der gesellschaftlichen Realität, nämlich die soziale, die ökonomische, die ökologische, die politische und die kulturelle, einschließt und zusammenführt.

1. Nachhaltiges Wachstum versus Nachhaltigkeit als neue Herrschaftsideologie

Wie alle historisch entstandenen politisch-ethischen Konzepte, wie Demokratie, Gerechtigkeit, aber auch Sozialismus, ist auch Nachhaltigkeit je nach Interesse bzw. Differenzierungsfähigkeit unterschiedlich interpretierbar. Die Bandbreite reicht von semantischer Deutung der Nachhaltigkeit als Kontinuität, konsequente Bewahrung des Bestehenden, z.B. *nachhaltiges Wachstum*, bis zu radikaler Kritik der Nachhaltigkeit aus kapitalismuskritischer Perspektive. So wie die Demokratie von Diktaturen zur Herrschaftsverflechtung und der Sozialismus von Einheitsparteielite zur Legitimation von Herrschaft im Namen von Gerechtigkeit missbraucht werden kann, wird auch Nachhaltigkeit von der Wirtschaft zur Rechtfertigung des Wachstums missbraucht. Mit Bezug auf weiche, in der Nachhaltigkeitsforschung zunehmend an Bedeutung gewinnende Nachhaltigkeitsindikatoren, etikettieren manche Industriezweige, wie die chemische Industrie, ihre Produkte als nachhaltig. Auch Regierungen folgen oft diesem Etikettenschwindel und deklarieren alle ihre politischen Maßnahmen, die weder mehr Gerechtigkeit für die heutigen, und erst recht nicht für künftige Generationen bewirken, als nachhaltig.

Neben den bewusst semantischen Missinterpretationen plädiert der neoklassische Mainstream mit immerhin seriösen Argumenten für *wachstumsorientierte Nachhaltigkeit*, weil nur mit Wachstum die notwendigen Ressourcen für Investitionen im Umweltbereich bereitgestellt werden können.⁴

⁴ Vgl. dazu z.B. das wichtigste neoklassische Lehrbuch der Umweltökonomie, Wicke 1993. Abweichend von der Mainstream-Position unter den Neoklassikern vgl. Maier-Rigaud 1999.

Bei diesen Positionen geht es bestenfalls um Schadensbegrenzung bzw. ökologische Modernisierung des Kapitalismus und nicht um universale Gerechtigkeit. Die neoklassische Umweltökonomie bezüglich der Mensch-Natur-Beziehung wie auch der Wirtschaftsliberalismus insgesamt bleiben mit ihren Vorstellungen im linear eindimensionalen Determinismus gefangen, da für sie das Wirtschaftswachstum die einzige Antwort auf Umwelt- und soziale Krisen ist. Sie bleiben damit auch methodisch außerstande, auf die komplex-dynamischen und mehrdimensionalen Menschheitsfragen eine adäquate Lösungsstrategie zu entwickeln.

In direkter methodischer Nachbarschaft von Nachhaltigkeit durch Wachstum bewegen sich Nachhaltigkeitsstudien und Konzepte, die man unter *ökosozialer Marktwirtschaft* zusammenfassen kann. Zwar ist bei diesen Studien die Offenheit für Systemkritik und nicht-linear dynamische Prozesse erkennbar. Die sich daraus ergebende Radikalität, Interessen- und Machtstrukturen werden allerdings nicht in die Analyse integriert und es werden auch keine Antworten gesucht, wie diese überwunden werden können. Dazu zählt die Wuppertal-Studie *Zukunftsfähiges Deutschland*, die erste umfangreiche Studie dieser Art in Deutschland,⁵ des Weiteren die ebenso umfangreichen, von der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Studien.⁶ Dazu gehören auch praktische Vorschläge wie der globale Marshall-Plan, die zwar mit guten Absichten und hohem moralischen Impetus sowie Anspruch auf Differenzierung und Mehrdimensionalität konzipiert sind, dabei aber auf einen global organisierten ökosozialen Kapitalismus hinauswollen und deshalb weder System- noch Herrschaftsbarrieren der Nachhaltigkeit thematisieren.⁷

Die extreme Gegenposition zur semantisch missbrauchten Nachhaltigkeit und ökosozialen Marktwirtschaft ist die kapitalismuskritische Position, die die Nachhaltigkeit grundsätzlich als »Strategie der modernisierten Herrschaftssicherung« oder gar als »Baustein für ein neues hegemoniales Projekt« ablehnt.⁸ Die Ablehnung erfolgt allerdings nicht aufgrund einer systematischen Kritik der zentralen Botschaft der Nachhaltigkeit, nämlich die der intergenerativen und intragenerativen Gerechtigkeit. Die Autoren ver-

⁵ Bund/Misereor (Hrsg.) 1996.

⁶ Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) 2000; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1998. Zu dieser Richtung gehören alle Ansätze der in den USA und in Deutschland entwickelten »ökologischen Ökonomie« von Herman Daly, Robert Constanza, Robert Goodland und anderen. Vgl. dazu vor allem Constanza/Daly/Goodland/Norgaard 2001.

⁷ Vgl. dazu Radermacher 2002. Ekardt 2005.

⁸ Eblinghaus/Stickler 1996: 151ff. und 165ff.

zichten in ihrer sonst faktenreichen kritischen Studie und trotz Hervorhebung wesentlicher Defizite in der Mainstream-Nachhaltigkeitsdebatte, wie beispielsweise dem Fehlen der Herrschafts- und Systemkritik, darauf, den logischen und historischen Nachweis zu erbringen, dass die Gerechtigkeitsziele der Nachhaltigkeit falsch oder unerfüllbar sind. Sie beschränken sich ohne Differenzierung auf Spekulationen über die Motive oder auf die Verallgemeinerung bestimmter Motive im Nachhaltigkeitsdiskurs, sodass ihre Kritik kaum ernst genommen werden kann.

Dazu einige Zitate aus den letzten zwei Abschlusskapiteln der erwähnten Studie, die innerhalb der kapitalismuskritischen Bewegung in Deutschland den Rang einer Antinachhaltigkeitsbibel erlangt hat: »Bei Sustainable Development handelt es sich im Wesenskern nicht um eine Debatte, die sich um ›reale Problemlösungen‹ bemüht. Vielmehr ist Sustainable Development, so unsere Hauptthese, ein diskursiver Raum, in dem es *vornehmlich* um Machtverteilung geht, in dem Herrschaftsverhältnisse neu organisiert und modernisiert werden... Es geht um die Bereitstellung eines neuen ideologisch-legitimatorischen Begriffsinstrumentariums, welches auf wahrgenommene Krisen des weltweiten Vergesellschaftungsmodells reagiert... Es ist der Versuch, einen neuen hegemonialen Modernisierungsdiskurs zu formulieren.«⁹

Die Art, wie Eblinghaus und Stickler mit neuen epochalen Lösungsansätzen umgehen, ist symptomatisch für einen doch beachtlichen Teil der kapitalismus- und imperialismuskritischen Autoren, die ich in Kapitel 1 kritisiert habe. Ansätze, die die Überwindung der Ökologiekrise nicht mit der Überwindung des Kapitalismus verknüpfen, werden als prokapitalistisch oder als Verfechter einer neuen Ideologie für die kapitalistische Modernisierung diskreditiert. Ökosoziale Marktwirtschaft ist selbstverständlich ein Konzept der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus, wie die soziale Marktwirtschaft eine soziale Modernisierung des Kapitalismus war. Wie letztere kein Geschenk des Himmels war, sondern gerade durch die Arbeiterbewegung gegen den Widerstand der Kapitalisten durchgesetzt wurde, muss auch die ökosoziale Marktwirtschaft erst erkämpft werden. Wem das jedoch nicht reicht, der kann sich, wie die oben genannten Autoren, nicht bloß mit der Ideologiekritik begnügen und sich im Übrigen auf die Beseitigung des Kapitalismus als einem übergeordneten Ziel verweisen. Vielmehr kommt es darauf an, Alternativen zur ökosozialen Marktwirtschaft aufzuzeigen, die die globale Umweltkrise neben den global-sozialen Fragen als wichtige Herausforderung für die Menschheit als Resultat des

⁹ Ebenda: 161f.

Wirtschaftswachstums sowohl im Kapitalismus wie im real existierenden Sozialismus ernst nimmt.

2. Das integrative Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (Sozialökologie)

In der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Nachhaltigkeitsbegriffs entstanden vor allem nach dem Weltgipfel in Rio de Janeiro (1992) berechnete Zweifel, ob die ökosoziale Marktwirtschaft der Herausforderung des zentralen Nachhaltigkeitsziels von Gerechtigkeit zwischen den Generationen gewachsen ist. Tatsächlich hat selbst die soziale Weiterentwicklung des Kapitalismus bisher nicht einmal eine nachhaltige Lösung der sozialen Ungerechtigkeiten innerhalb der gegenwärtigen Generationen, und wiederum nicht einmal in den hoch entwickelten Ländern, geliefert. Wie sollte sie nun eine mehrfach größere Herausforderung meistern? Ist ein wachstumsorientiertes System überhaupt in der Lage, den eindimensional linearen »Entwicklungspfad« zu verlassen und sich zu einem mehrdimensional-dynamischen, nicht linearen und langfristig dennoch stabilen Weg zu transformieren, bei dem zentrale gesellschaftliche Bereiche der Ökonomie, der Ökologie und des Sozialen miteinander vernetzt und rückgekoppelt sind? Doch hatte die Nachhaltigkeitsforschung nicht nur diese, sondern auch wichtige wissenschaftliche und methodische Fragen zu erklären, die sich bereits aus dem neuen Blickwinkel der Mensch-Natur-Beziehung stellten. Wie kann diese Beziehung erkenntnistheoretisch erfasst und beschrieben werden? Wie hat sich die Evolution auf die Natur ausgewirkt und welchen Einfluss hat die Natur auf die Gesellschaft in ihrer historischen Entwicklung und auf die sozialen Beziehungen? Natur und Gesellschaften sind immerhin unterschiedliche Wissensobjekte. Ist es trotzdem möglich, Natur- und Gesellschaftswissenschaften synthetisch fruchtbar zu machen, um Nachhaltigkeitsziele im Kontext der Gesellschaft-Natur-Beziehung operationalisierbar und politikfähig zu machen?

Zur Beantwortung dieser Fragen entstand im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses vor allem in Deutschland und in Österreich ein neuer Forschungsweig, nämlich die *Sozialökologie*.¹⁰ Sie umfasst die historisch-systematische Untersuchung des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur

¹⁰ Zum aktuellen Stand der ersten Forschungsergebnisse in Österreich vgl. Fischer-Kowalski/Haberl/Hüttler/Payer/Schandl/Winiwarter/Zangerl-Weisz 1997. Und zum aktuellen Forschungsstand in Deutschland vgl. Becker/Jahn (Hrsg.) 2006.

als »Kolonisierung der Natur«. »Wir meinen«, schreiben Fischer-Kowalski et al. in ihrem profunden Werk, »dass man universalhistorisch gesehen von einer ›kulturellen Evolution‹ von Stoffwechsel- und Kolonierungsstrategien sprechen kann. Eine solche Konzeptualisierung bedeutet einen Brückenschlag zwischen Humanökologie, Kulturanthropologie, Geschichte und der gegenwärtigen Diskussion nachhaltiger Entwicklung.«¹¹ Die Sozialökologie und die Nachhaltigkeitsforschung umfassen auch »die Analyse und das Verständnis dieser dynamischen Wechselwirkungen zwischen Natur und Gesellschaft und ihrer Gestaltungsmöglichkeiten.«¹²

Die zentrale Kategorie in der Sozialökologie sind die *gesellschaftlichen Naturverhältnisse*.¹³ Darunter wird in Anlehnung an die kritische Theorie die dialektische Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft verstanden. Im Unterschied zum *Naturalismus*, wonach Naturprozesse soziale Phänomene determinieren, und zum *Kulturrealismus*, wonach Naturgesetze und Naturprozesse gesellschaftliche Konstruktionen sind, kann die Dialektik am besten helfen, die Mensch-Natur-Beziehungen realitätsnah zu erforschen und dem Erkenntnisprozess zugänglich zu machen, da sich »Gesellschaft und Natur konstitutiv aufeinander« beziehen.¹⁴ Die Auswirkungen der *Jäger und Sammler*-Gesellschaften auf die Natur und umgekehrt sind anders als die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft in den *hydraulischen Gesellschaften* (Wittfogel). Im *globalisierten Kapitalismus* wiederum haben wir völlig neuartige dialektische Beziehungen (Wechselwirkungen).

Bei den Jägern und Sammlern garantiert eine Art Urkommunismus das Überleben am wirkungsvollsten, solange die in der Natur vorzufindenden Nahrungsmittel weiterhin ausreichen. Einerseits sind diese Gesellschaften sehr stark von der Natur abhängig, da Naturkatastrophen ihre Existenz bedrohen. Andererseits lernen sie im Kollektiv ihr Überleben zu sichern und ihre Autonomie gegenüber den Launen der Natur zu bewahren. In hydraulischen Gesellschaften bzw. in Gesellschaften mit der sehr stark von der natürlichen Bewässerung abhängigen »asiatischen Produktionsweise« (Marx)¹⁵ bzw. *orientalischen Despotie* (Wittfogel)¹⁶ hängen Reichtumsproduktion und Überleben davon ab, dass sie zentralistische Strukturen entwickeln, um in der Lage zu sein, die hohen Anforderungen an Technologie

¹¹ Fischer-Kowalski u.a. 1997: 25.

¹² Becker/Jahn 2006: 240.

¹³ Ebenda: 174ff.

¹⁴ Ebenda: 175f.

¹⁵ Marx 1953: 375-413.

¹⁶ Wittfogel 1962.

und Infrastruktur für die produktive Nutzung der Wasserquellen (Flüsse wie der Nil in Ägypten oder das Grundwasser in trockenen Gebieten) zu erfüllen. Die Natur beeinflusst also den Charakter der Staaten und die besonderen Klassenbeziehungen, die Stadt-Land-Beziehung etc.¹⁷ Und umgekehrt verändert die hochproduktive Ausbeutung des Grundwassers dank neuer technischer und organisatorischer Methoden der Wassergewinnung die Natur durch fortschreitende Wüstenbildung wie in den meisten orientalisch-afrikanischen Gesellschaften. Im *globalisierten Kapitalismus* führt die Profitmaximierung im Industrialisierungsprozess zur massiven Externalisierung und Akkumulation von Schadstoffen und Emissionen in der Atmosphäre. Die sich daraus ergebenden dynamischen Instabilitäten in der Natur, z.B. durch Klimaveränderung, stellt die Gesellschaften vor zwei Alternativen: entweder der Logik der Konkurrenz und eines ungezügelten Kapitalismus zu folgen und die Instabilitäten zum Kollaps zu führen oder aber Lebensstile, soziale Beziehungen und globale wie regionale Regelwerke zu schaffen, die den Kollaps verhindern und *dynamisch stabilen gesellschaftlichen Naturverhältnissen* den Weg zu bereiten.

Aufgrund der evolutionär entstandenen komplexen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Wechselwirkungen und der interdisziplinär erworbenen Erkenntnisse, dass »ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen ... sich nicht voneinander abspalten (lassen) und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, hat sich das so genannte *Drei-Säulen-Modell* durchgesetzt«, wie im Standardwerk der Sozialökologie¹⁸ festgestellt wird. »In ihm werden die drei Bereiche Ökologisches, Ökonomisches und Soziales gekoppelt durch das Postulat der inter- und intragenerativen Gerechtigkeit, zur tragenden Struktur einer damit integrativen Zielvorstellung von Nachhaltigkeit.«¹⁹ Das Drei-Säulen-Modell ist inzwischen zum übereinstimmenden Analysekonzept in der Nachhaltigkeitsforschung,²⁰ aber auch zur Grundlage operationalisierter Handlungsempfehlungen in nationalen und internationalen Gremien geworden.²¹

¹⁷ Massarrat 1996.

¹⁸ Becker/Jahn (Hrsg.) 2006: 260.

¹⁹ Ebenda: 242.

²⁰ Vgl. vor allem Kopfmüller u.a. 2001.

²¹ Vgl. dazu beispielsweise Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1997.

3. Das Fünf-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit

Die herrschende Nachhaltigkeitsforschung erzielte wichtige analytische und methodische Fortschritte und ein beachtliches Wissenspotenzial. Gleichwohl hat sie sich von politisch fundamentalen Fragen ziemlich weit entfernt. Beispielsweise spielen die Fragen, ob sich die integrative Drei-Säulen-Nachhaltigkeit im Kapitalismus realisieren lasse oder warum dieses Modell gegenüber den Strategien der ökosozialen Marktwirtschaft einen Fortschritt darstelle, innerhalb des herrschenden Diskurses der Sozialökologie so gut wie keine Rolle. Gerade aber die Systemfragen und die Fragen von Macht, ökonomischen Interessen und Besitzstand, die alle in den Bereich der Nachhaltigkeitsbarrieren gehören, können und dürfen nicht ausgeblendet werden, wenn die ethischen Nachhaltigkeitspostulate, wie globale intergenerative und intragenerative Gerechtigkeit, mehr als nur ritualisiertes Geplänkel sein sollen. Zwar werden in der Sozialökologie die Aspekte *Regulation* und *Transformation*²² behandelt, aber im systemtheoretischen Kontext so verwissenschaftlicht und verklausuliert, dass sie bestenfalls als funktionale Instrumente bzw. Prozesse nachvollziehbar, für die politische Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien jedoch untauglich sind. Dieser ernsthafte Mangel liefert entweder den Anlass – wie bei Ebbinghaus und Stickler (s.o.) –, die Nachhaltigkeit als Ganzes als an den Kapitalismus angepasst zu diskreditieren, oder er führt bei denen, die von der Idee der Nachhaltigkeit überzeugt sind, aber nach Handlungskonzepten fragen, zur Verunsicherung oder gar dazu, sich selbst unter den »Generalverdacht des Illusorischen« zu stellen.

Karl Werner Brand und Volker Fürst stellen beispielsweise in ihrer Studie »Politik der Nachhaltigkeit« viele berechtigte und bisher offene Fragen, die alle den Bereich der politischen Umsetzung, also Fragen betreffen, die mindestens genauso wichtig sind, wie die wissenschaftlich fachsystematischen Analysen und Methoden. Sie stellen u.a. eine in fünf Teile gegliederte, wie sie sagen *steuerungstheoretische* Frage, nämlich: »Inwieweit kann es überhaupt gelingen, durch neue institutionelle Arrangements, durch neue Formen der ›Governance‹, die Entwicklung der Weltgesellschaft gezielt in Richtung Nachhaltigkeit voranzutreiben? Zweifel drängen sich in verschiedener Hinsicht auf:

- Ist die Annahme, die Entscheidungen tausender und abertausender von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren auf der ganzen Welt durch bestimmte Steuerungsimpulse gezielt in Richtung

²² Becker/Jahn 2006: 248ff. und 259ff.

Nachhaltigkeit koordinieren zu können, nicht völlig vermessen und realitätsfern? Welche Vorstellung, welche Modelle von Steuerung und Regulierung liegen dieser Annahme zugrunde? Wer oder was verbürgt, dass die verschiedensten, innovativen Ansätze auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene insgesamt, im Zusammenspiel der verschiedensten, auch gegenläufigen Faktoren und Trends, eine Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit vorantreiben?

- Welche neuen institutionellen, auf entsprechenden rechtlichen Festlegungen fußenden Strukturen müssten geschaffen werden, um eine am Prinzip der Nachhaltigkeit, d.h. an langfristigen Gemeinwohlerfordernissen orientierte Politik betreiben zu können? Ist dies im Rahmen einer an Parteienkonkurrenz und kurzfristigen Wahlerfolgen orientierten Politik überhaupt möglich?
- Inwieweit besteht die Chance, trotz hochgradiger Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche und Handlungsfelder, eine integrative Politik nachhaltiger Entwicklung betreiben zu können? Was heißt und was impliziert aber »integrative« Problembearbeitung? Wie lässt sich das operationalisieren? Bezieht sich das nur auf einige zentrale Parameter oder auf die Gesamtheit ökologischer, sozialer und ökonomischer Entwicklungsaspekte? Wie werden Prioritäten gesetzt, wie wird bei Zielkonflikten entschieden, und wer tut das (legitimerweise)? Wie, mit Hilfe welcher Verfahren und in welchem Ausmaß kann eine integrative Perspektive institutionell sichergestellt werden (Indikatoren, Nachhaltigkeitspläne, rechtliche Bestimmungen, Verfahrensprinzipien, dialogische Beteiligungsverfahren?) Gilt das nur für Politik und Verwaltung oder auch für andere gesellschaftliche Akteure?
- Wie verhält sich die geforderte partizipative und dialogisch-kooperative Orientierung der Nachhaltigkeitspolitik zum konkurrenzdemokratischen Politikmodell? Verschiebt sich das Gravitationszentrum einer an Nachhaltigkeit orientierten Politik in neue dialogische Verhandlungssysteme, oder sind diese auf bestimmte Fragen und Aspekte der Problembearbeitung beschränkt? Wie fügen sich diese neuen Politikelemente in das politische Mehrebenensystem ein?
- Was sind die sozialen, kulturellen, ökonomischen und machtpolitischen Voraussetzungen für die Umsetzung und den Erfolg nachhaltigkeitsorientierter Politikmuster?
- Was sind strategische Ansatzpunkte sowie die geeigneten rechtlichen und politischen Instrumente und Verfahren, um die bestehenden Politikformen in eine nachhaltigkeitsverträgliche Richtung umzupolen? Welche Diskurskoalitionen und Akteursallianzen ließen sich schmieden, um öko-

logischen Strukturwandel gegen machtvolle (potenzielle) Verliererkoalitionen durchzusetzen? Sind Nachhaltigkeitspläne, Nachhaltigkeitsindikatoren, Nachhaltigkeitsberichte, erweiterte Bürgerbeteiligung, dialogische Foren, Nachhaltigkeits-Monitoring und Controlling geeignete und notwendige Instrumente zur Förderung von Nachhaltigkeit? Welche sind – unter strategischen Gesichtspunkten – zentral? Welcher Mix von ordnungsrechtlichen, marktförmigen, prozeduralen und kommunikativen Steuerungselementen fördert nachhaltige Entwicklung am besten?«²³

Nach der Auflistung dieser als kaum realisier- und lösbar erscheinenden wichtigen Fragen bleibt bei Brand und Fürst mit Hinblick auf die *Steuerung* bzw. die politische Umsetzung der Nachhaltigkeit die Skepsis, dass »eine Politik nachhaltiger Entwicklung in mehrfacher Hinsicht unter dem Generalverdacht des Illusorischen« steht.²⁴ Selbstzweifel angesichts von unglaublich großen politischen Barrieren auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist der allererste Schritt, der vielleicht zu weiteren Schritten führt, um die Barrieren abzubauen. Das Drei-Säulen-Modell hilft sicherlich, die Wechselwirkung zwischen Ökonomie, Sozialsystem und Ökologie systematisch und empirisch zu erfassen, um die Momente der Nichtnachhaltigkeit zu erkennen und entsprechende Reaktionen und Eingriffe vorzubereiten. Armut veranlasst die Menschen in der Dritten Welt zur Abholzung der Wälder, die wiederum Wüstenbildung, Wasserknappheit und vieles andere mehr hervorruft. Lineares Wirtschaftswachstum beschleunigt die Erschöpfung von fossilen Energieträgern. Beides verursacht auf vielfältige Weise ökologische Krisen. Diese Wechselwirkungen sind bekannt. Das Wissen darüber führt nicht automatisch zur Armutsbekämpfung und langfristig zur *sozialen Nachhaltigkeit*. Auch Studien über die Grenzen des Wachstums haben bisher per se nicht dazu geführt, dass Wege zur ökonomischen Nachhaltigkeit beschritten wurden. Selbst die inzwischen nahezu übereinstimmend bestätigte Gefahr einer Klimakatastrophe hat bisher nicht ausgereicht, um die Verursacherstaaten zur Einhaltung der vereinbarten CO₂-Reduktionen zu bewegen, von freiwilliger Reduktion oder Systemänderung ganz zu schweigen.

In der Realität erleben wir die gegenteiligen Reaktions-, Argumentations- und Handlungsmuster. In der Weltbank und vielen nationalen Entwicklungshilfeeinrichtungen dominiert die utilitaristische Auffassung, dass Armut beseitigt werden kann, wenn Reiche noch reicher werden. Der neoliberale Kurs in den Wirtschafts- und Finanzministerien der kapitalistischen

²³ Brand/Fürst 2000: 31f.

²⁴ Ebenda, S. 32.

Länder setzt auf Wachstum, auf noch mehr Wachstum und nur auf Wachstum. Die US-Regierung – d.h. die Regierung des Landes mit dem größten Anteil an Klima schädlichen Emissionen – weigert sich, dem Kyoto-Protokoll beizutreten, weil sie befürchtet mit dem sinkenden Anteil des Öls am Energieverbrauch könnte auch eine wichtige strategische Basis ihrer Hegemonialpolitik verloren und das Hegemonialsystem als Ganzes zusammenbrechen.²⁵ Damit bewegen wir uns längst außerhalb der analytischen Reichweite des Drei-Säulen-Modells. Dieses Modell der Sozialökologie hört also genau dort auf, wo es anfängt, interessant zu werden. Nur die Beschäftigung mit realen gesellschaftlichen ökonomischen politischen und kulturellen Barrieren kann verhindern, dass sich Nachhaltigkeit als eine Illusion, als eine nie erreichbare Utopie erweist.

Diese Überlegungen führen zum Fünf-Säulen-Modell, das eine Erweiterung des sozialökologischen Drei-Säulen-Modells um die politischen und kulturellen Dimensionen ist (Abb. 7).

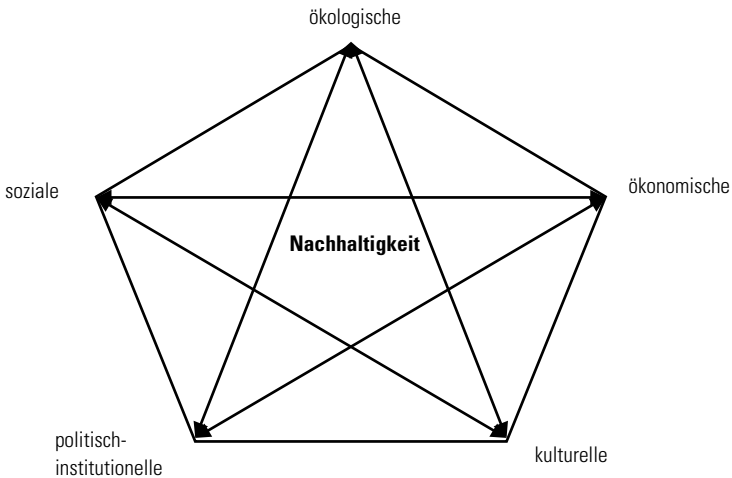
Mit diesem an der Universität Osnabrück entwickelten fünf-dimensionalen Modell²⁶ soll herausgestellt werden, dass Nachhaltigkeit tatsächlich eine Chance hat, Realität zu werden, wenn Bereiche bzw. Säulen, die für Nichtnachhaltigkeit bzw. für eine Politik der Nachhaltigkeit von fundamentaler Bedeutung sind, erst einmal in das Analyse-Modell integriert werden um auf dieser Basis politische Strategien zu entwickeln. Dazu gehören *politische* und *kulturelle Dimensionen*, ohne die die Analyse und auch die Umsetzung weder umfassend noch integrativ wären, weil wesentliche Säulen ausgeblendet sind.

Die Perspektive der *politischen Dimension* eröffnet erst einmal analytisch den Weg, die Auswirkungen der Macht und Machtungleichheit auf alle anderen Teilsysteme Soziales, Ökologie und Ökonomie zu erkennen und entsprechende Steuerungs- und Rückkoppelungsmechanismen zu defi-

²⁵ Näheres dazu siehe Kapitel 3.

²⁶ Der Osnabrücker Ansatz ist das Ergebnis der intensiven Diskussion in meinem zwischen 1999 und 2003 über acht Semester durchgeführten Forschungsseminar »Nachhaltige Entwicklung: Strategien für Nord und Süd« am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. An diesem Seminar beteiligten sich zahlreiche hochmotivierte Studierende, aber auch Doktorandinnen und Doktoranden. Dabei haben wir mit erheblichem Aufwand mehrere Forschungsanträge konzipiert und eingereicht, um die Weiterentwicklung des fünfdimensionalen Ansatzes auf eine *nachhaltige* Grundlage zu stellen. Sie alle durchliefen zwar erfolgreich die Hochschulgremien, scheiterten jedoch an den Geldgeberinstitutionen (Land Niedersachsen, BMBF und DFG). Die Forschung beschränkte sich daher auf einige Examensarbeiten, Dissertationen und meine eigene Forschungsaktivitäten.

Abb. 7: Pentagramm der Nachhaltigkeit



nieren, die wiederum adäquate Handlungen nahe legen.²⁷ Alle durch Brand und Fürst aufgeworfenen Fragen (s. o.) können auf diesem Wege genauer umrissen werden. Die politischen Antworten auf diese Fragen stellen die sachliche und ethische Legitimationsgrundlage für politisches Handeln bereit. Dieses politische Handeln erfordert die Bildung von politischen und gesellschaftlichen Allianzen zur Durchsetzung der sachlich begründeten und ethisch gebotenen Ziele gegen gesellschaftliche Akteure, die sich diesen Zielen widersetzen.²⁸

Außerdem gehört m.E. auch die *kulturelle Nachhaltigkeit* aus mehreren Gründen zu einem umfassenden Nachhaltigkeitsmodell.²⁹ Dazu bedarf es zunächst der Erweiterung des vorherrschenden Kulturbegriffs in Anlehnung an das normative Nachhaltigkeitsziel der intragenerativen Gerechtigkeit. Dies

²⁷ Unter den zahlreichen staatlich finanzierten Nachhaltigkeitsstudien hat sich, so weit zu überblicken ist, bisher nur die sogenannte HFG-Verbundstudie des Karlsruher Forschungszentrums von Kopfmüller et al. (2001: 102 ff.), an die politische Dimension herangewagt und in Anlehnung an Vorstudien (wie vor allem von Minsch et al.) eine vierte Säule in das darin favorisierte Nachhaltigkeitsmodell integriert. Diese Dimension bezieht sich allerdings nur auf politische Institutionen, nicht jedoch auf die Machtbeziehungen, die sich dahinter verbergen.

²⁸ Näheres vgl. Kapitel 2 »Wege aus der Kapitalismuskatastrophe«.

²⁹ Vgl. dazu: Gottschlich 1999; dieselbe 2003, S. 188ff.

stellt die Voraussetzung dar, um für notwendige Anpassungen Brücken zu schlagen. Die zweite UNESCO-Weltkonferenz 1982 in Mexiko City definierte die Kultur im weitesten Sinne »als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen und emotionalen Aspekte« ..., »die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte der Menschen, Wertesysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.« Diese sehr allgemeine Definition lässt Wertigkeit der Kulturen und damit Legitimation der auf Ungerechtigkeit basierenden nichtnachhaltigen Gesellschaften noch zu. Das Kastensystem in Indien findet immer noch seine Legitimation in den traditionell gefestigten Rechten und Pflichten der einzelnen Kasten: Die herrschende abendländisch-christlich-jüdisch dominierte westliche Kultur transportiert, trotz Aufklärung und Demokratie, Momente der Wertigkeit und der starken Abgrenzung von anderen Kulturen, insbesondere von den orientalisches-islamischen Kulturen. Der Faschismus bediente sich der Wertigkeitsmerkmale innerhalb der westlichen Kultur, um Antisemitismus, Rassismus und Krieg zu rechtfertigen. Die christlichen Fundamentalisten liefern den kulturellen Schmierstoff für die amerikanische Hegemonialpolitik und die Kriege der Neokonservativen gegen islamische Staaten und letztlich auch Guantanamo und Abu Ghreib.

Eine Kultur der Nachhaltigkeit stellt aber die herrschenden Kulturen vor die Herausforderung einer schrittweisen Transformation und Weiterentwicklung. Kultur kann so zur systemüberschreitenden Brücke der Entspannung und Kreativität werden. Dies setzt voraus, Kulturen als sich gegenseitig befruchtende Errungenschaften, als Quelle der gegenseitigen Belehrung und Belebung zu begreifen, den gegenseitigen Respekt zwischen ihnen zur universell gültigen Richtschnur zu entwickeln, die kulturelle Vielfalt zu bewahren und statt Assimilation kulturelle Integration zu fördern. Dazu gehört, der Konstruktion von Wertigkeitshierarchien entgegen zu wirken, Feindbilder abzubauen, für unterschiedliche Wertesysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen *Chancengleichheit* herzustellen und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Kulturelle Nachhaltigkeit erfordert auch, die Bedrohungen der kulturellen Vielfalt durch die Globalisierung von Handel, Finanzen und kulturelle Uniformierung abzuwenden und dagegen im Sinne eines offenen Diskurses die Bedeutung von unterschiedlichen Welt-, Natur- und Menschenbildern im Hinblick auf ihre Zukunftsfähigkeit zu überprüfen. Die kulturelle Nachhaltigkeit zielt auf die universelle Anerkennung der Gleichwertigkeit von Menschen, auf den Schutz der Vielfalt, auf weltweiten Frieden, den Respekt vor individuellen Freiheiten und die Fürsorge. Kulturelle Nachhaltigkeit ist für das Ziel einer universalen Gerechtigkeit

eine fundamentale Säule der Nachhaltigkeit und damit unverzichtbar.³⁰ Sie erfordert jedoch eine neue Aufklärung und die Entstehung eines Bewusstseins, das die Menschen, trotz ihrer Unterschiede – ganz im Sinne des mittelalterlichen iranischen Dichters Sádi – als verschiedene Glieder ein und desselben Körpers sieht:

»Die Menschenkinder sind wie eines Leibes Glieder
aus einem Stoff erschaffen und einander Brüder.
Hat Leid nur ein einzig Glied erfasst,
so bleibt den andern weder Ruh noch Rast.
Wenn andrer Schmerz Dich nicht im Herzen brennt,
verdienst Du nicht, dass man noch Mensch Dich nennt.«
(Sádi, geb. 1219 in Schiraz).

Die kulturelle Nachhaltigkeit erfordert das Bewusstsein, die Natur als Erbe der gesamten Menschheit, also auch aller Generationen zu begreifen. Dieses Bewusstsein stellt die Individualität der Einzelnen nicht in Frage und macht weder die Schaffung eines neuen Menschentyps noch die normative Anforderung zur Voraussetzung, sich dem Abstraktum »Kollektives Menschheitsinteresse« zu unterwerfen, was auf eine Ökodiktatur hinaus liefe. Vielmehr geht es darum zu erkennen, dass *Solidarität* und *Individualität* keinen Gegensatz darstellen, sondern sich ergänzen. Mehr noch, dass Solidarität ganz neue Entfaltungsmöglichkeiten und Quellen der Individualität erschließen kann. Insofern widersprechen soziologische Forschungen, die Eigennutz als genetische Konstante des Menschen sehen,³¹ nicht der Bereitschaft und auch nicht dem Überlebensinstinkt der Menschen, sich auf Kooperation einzulassen.³²

³⁰ Der HGF-Ansatz des Karlsruher Forschungszentrums erwähnt zwar die Kultur in seinem Konzept integrativer Nachhaltigkeit, unterschätzt aber deren Bedeutung, in dem Kultur auf den Aspekt kulturelle Vielfalt reduziert wird. Vgl. Kopfmüller et al. 2001: 257ff.

³¹ Die Grundthese der Soziobiologie ist, dass alle Organismen, also auch Menschen, »über Verhaltensprogramme verfügen, die dem Eigennutz dienlich sind. [...] Der Grund für die Annahme hat mit der natürlichen Auslese zu tun: Lebewesen, die um anderer willen auf Vorteile verzichten, hinterlassen weniger Nachkommen als Egoisten. Selbstlosigkeit kann sich deshalb nicht in einer Population ausbreiten.« Vgl. dazu Sommer 2003: 1.

³² Der Mensch ist in der Lage, unabhängig von seiner biologischen Disposition soziale Wirklichkeit bewusst und verantwortungsvoll zu gestalten. »Dank seiner kognitiven und psychischen Plastizität ist er in der Lage, Natur und Kultur schöpferisch zu gestalten. Anpassung bedeutet beim Menschen eben nicht starre Einpassung in vorgegebene Realitäten, sondern deren aktive Mitgestaltung und Konstruktion. Dies gilt auch für den sogenannten sozialen Mesokosmos.« Engels 2003: 100ff. Vgl. ferner auch Kropotkin 1993.

Der Bezug auf die kulturelle Dimension der komplexen und mehrdimensionalen gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die qualitativen Merkmale der kulturellen Nachhaltigkeit begründen eine dialogische und kooperative Bewältigung von Krisen und die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien. *Dialog* und *Kooperation* können und müssen erlernt und weiter entwickelt werden. *So wie sich Eigennutz und Solidarität zu einer dynamisch-stabilen gesellschaftlichen Einheit ergänzen, können sich auch Konkurrenz und Kooperation wechselseitig Dynamik und Stabilität verleihen. Die Konkurrenz entfaltet die Dynamik und Kooperation setzt dieser Dynamik ethisch gelenkte und politisch regulierte Grenzen und sorgt für Stabilität.*

4. Gefangenendilemma, Steuerung und Planung

Eine der schlagkräftigsten Einwände, die die neoklassischen und neoliberalen Gegner der Nachhaltigkeit vorbringen, ist das so genannte *Gefangenendilemma*. In der Situation des Gefangenendilemmas »führt individuelle Rationalität eben nicht zum allgemeinen Besten für die Weltgesellschaft«, sodass es zu einem Rationalitätsdilemma kommt. Cornelia Heintze, die Autorin des weiterführenden und handlungsorientierten Buches »Die Zukunfts-Blockade«, liefert eine politökonomische Erläuterung dieses Dilemmas. »Die Ursachen«, schreibt Heintze, »können ebenso Rücksichtnahme auf nationale wirtschaftliche Interessen wie Rücksichtnahme auf das Wohlfolk sein. Obwohl sich alle besser stellen könnten, wenn sie mit Blick auf das Klimaschutzziel kooperierten und obwohl die Nicht-Kooperation die Gefahr beinhaltet, dass letztlich alle, wenn auch nicht alle in gleichem Maße, erhebliche Schäden davontragen, ist es unwahrscheinlich, dass die Blockade aufgelöst wird.

Bei Betrachtung eines einzelnen Landes gibt es mit dem Staat – funktionsstüchtige staatliche Strukturen vorausgesetzt – zwar einen Schiedsrichter, der vom Prinzip her in der Lage wäre, einen Ausweg aus dem Gefangenendilemma zu weisen. Auf globaler Ebene gibt es eine derartige Instanz jedoch nicht. Kooperation kann hier nur freiwillig zustande kommen. Es mag wie 1992 in Rio einen hoffnungsvollen Start geben. Sobald es jedoch um mehr geht, als die Bekundung vermeintlich guter Absichten, die nichts kosten; sobald deutlich wird, welche mächtigen Interessen wo und wie tangiert sind, welche Wählergruppen sich als Verlierer wahrnehmen (können), wie alte Gewohnheiten bedroht sind, zeigt sich, dass hinter den politischen Ankündigungen wenig Ernsthaftigkeit steht. Jeder Spielteilnehmer ist bemüht, seinen eigenen Beitrag so gering wie möglich zu halten. Entwe-

der man verweigert sich dem Klimaschutz vollständig im Vertrauen darauf, dass andere aktiv werden und man von deren Anstrengungen als Trittbrettfahrer mitprofitiert oder man unternimmt nur wenige symbolische Schritte, die niemandem weh tun und wenig bewirken. Da alle ähnliche Überlegungen anstellen, sitzen alle gemeinsam in der Falle.«³³

Die von Cornelia Heintze zutreffend dargestellten Barrieren der Nachhaltigkeit sind keine grundsätzlich unlösbaren, sondern interessengeleitete Barrieren, die durch Menschen konstruiert und daher auch durch Menschen überwunden werden können. Historische Beispiele belegen dies. Die Entstehung des staatlichen Gewaltmonopols, eine der wichtigsten Errungenschaften des klassischen Liberalismus, resultierte aus der Rationalität, dass das anarchische Prinzip des gewaltsamen Kampfes zwischen Individuen und Gruppen ein Zusammenleben und erst Recht den Fortschritt verhindert und auch bestens dazu geeignet ist, eine soziale Einheit zum Untergang zu verdammen. Die Rationalität des Kollektivs hat letztlich über die Rationalität der Individuen, mit Gewalt ihren Nutzen auf Kosten anderer zu vermehren, gesiegt und das *Gefangenendilemma* der Gewaltanarchie durch staatliches Gewaltmonopol beseitigt. Oft geschah dies historisch, aber auch heute noch in vordemokratischen Gesellschaften, dadurch, dass sich die große Mehrheit gegen die potenziellen Verlierer – das sind nämlich jene, die über mehr Gewaltpotenzial verfügen und unter anarchischen Beziehungen immer gewinnen – durchsetzen musste. Insofern ist auch Heintzes Schlussfolgerung aus der Situation des Gefangenendilemmas zuzustimmen, dass es »nur durchbrochen werden (kann), wenn Konflikt- und Konsensprinzip in ein Gleichgewicht gebracht werden, wenn also das Konsensprinzip im Konfliktfall aufgegeben wird.«³⁴

Die Beseitigung des Gefangenendilemmas auf Weltebene ist freilich wesentlich komplizierter als auf nationaler Ebene, zumal mächtige Staaten, vor allem die militärisch mächtige Hegemonialmacht, weiterhin darauf pochen werden, unilateralistisch eigene Interessen gegen den Rest der Welt durchzusetzen. Die Nachhaltigkeit braucht auf jeden Fall einen langen Atem und sehr viel strategische und politische Kunstfertigkeit, um das gegenwärtige anarchisch unilateralistische und auf Egoismus der reichen Eliten und ihrer hegemonialen Schutzmacht beruhende System der Nichtnachhaltigkeit zu überwinden. Ohne die Bildung politischer und kultureller Allianzen, um die gegenwärtige neoliberal-neokonservativ dominierte Weltordnung

³³ Heintze 2002: 322.

³⁴ Ebenda.

Schritt für Schritt und mit immer größeren Mehrheiten in Richtung auf globale Nachhaltigkeit zu bewegen, wird es eine neue Weltordnung und eine nachhaltige Gesellschaft nicht geben können. Dabei spielen Vorreiter eine herausragende Rolle – sowohl beim Technologiewechsel (z.B. vom konventionellen Energie- zum erneuerbaren Energiesystem) wie bei in die Sackgasse geratenen Konfliktstrukturen, z.B. gegenwärtig im Mittleren und Nahen Osten, aber auch beim Prozess der Überwindung einer unilateralen Welt in eine multilaterale Weltordnung.³⁵

Die Bereitschaft und Fähigkeit zu politischen Umwälzungen und zur Überwindung von Machtungleichheiten vorausgesetzt, fragt es sich, wie die konkreten Projekte zur Nachhaltigkeit gesteuert, geplant oder koordiniert werden müssten, um auf der historischen Reise vom Zustand der Nichtnachhaltigkeit in Richtung Nachhaltigkeit voranzuschreiten und gleichzeitig die Balance zwischen Dynamik und Stabilität immer wieder neu herzustellen. Welche Wege gibt es dazu und welcher Weg ist zielführend, den die Industriestaaten im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategien gehen müssten? Die meisten Industriestaaten haben inzwischen nationale Nachhaltigkeitsräte gebildet und damit eine Forderung der Agenda 21³⁶ (das 1992 in Rio als Empfehlung an alle Regierungen der Welt formulierte Programm zur nachhaltigen Entwicklung) erfüllt. Diese Räte erarbeiten entlang von Nachhaltigkeitsindikatoren detaillierte Empfehlungen, die sowohl quantitative Zielvorgaben wie aber auch Instrumente enthalten.³⁷ Es sind große Zweifel angebracht, ob der von den nationalen Regierungen eingeschlagene Weg, ungeachtet der Unterschiede in der Festlegung von Zielen und Auswahl von Instrumentarien, zielführend ist, und zwar aus zwei grundsätzlichen Gründen:

Erstens sind die Empfehlungen durchweg Kompromisse, die schon bei ihrer Entstehung in der Falle des Gefangenendilemmas eingezwängt sind, da Vertreter der Wirtschaft mit in den Gremien sitzen und Gelegenheit haben, sowohl die Ziele wie Instrumente gemäß eigenen Interessen zu verwässern. Somit werden die Ziele, beispielsweise die zulässigen CO₂-Emissionen, nicht nach naturwissenschaftlich ermittelter Höhe festgelegt, sondern nach Regeln der in den Gremien praktizierten Konsensbildung.

Zweitens und weil top down nicht von Zielen ausgegangen wird, die den Nachhaltigkeitsanforderungen Rechnung tragen, bleibt es mehr oder weniger dem Zufall überlassen, ob die bottom up definierten Wege und Instru-

³⁵ Näheres s. die Kapitel 11 und 12 in diesem Buch.

³⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) o. J.

³⁷ Vgl. dazu Bundesregierung 2001.

mente in der komplexen Mensch-Natur-Beziehung überhaupt positive Nachhaltigkeitseffekte erzielen oder sogar umgekehrt die Strukturen der Nichtnachhaltigkeit verfestigen. Beispielsweise ist es ein Unterschied, ob zur Reduktion von CO₂-Emissionen umfangreiche Investitionen zur Einführung von Gas betriebenen Stromturbinen vorgenommen werden, die dann für die nächsten 40-50 Jahre diesen technologischen Weg festschreiben, um die bisherigen Braunkohle betriebenen Kohlekraftwerke zu ersetzen, oder ob dasselbe Investitionsvolumen für den Ausbau von erneuerbaren Energietechnologien eingesetzt wird. Welche Technologie zum Zuge kommt, hängt davon ab, wie groß der Einfluss der Lobbyisten in den politischen Gremien, die die Empfehlungen ausarbeiten, und in den Ministerien etc. ist. Am wenigsten relevant sind dabei die beiden Nachhaltigkeitskriterien, auf die es ber letztlich ankommt: die *Zielgenauigkeit der Vorgaben* und die *ökonomische Effizienz*, um knappe gesellschaftliche Ressourcen für die Umstrukturierung zur Nachhaltigkeit zu minimieren. Der bottom-up-Weg ist m. E. aufgrund der bisherigen Erfahrungen eine Sackgasse, solange die top-down-Vorgaben im Umweltbereich nicht ausschließlich nach durch naturwissenschaftliche Erkenntnisse ermittelten Grenzwerten und keine sozialen Kriterien – z.B. Beseitigung der globalen Armut bis 2020 – politisch definiert und vorgegeben werden.

Insofern empfiehlt sich der umgekehrte Weg, nämlich die Nachhaltigkeit nach klaren und wissenschaftlich zweifelsfreien Vorgaben über ökologische wie soziale Ziele politisch festzulegen und die Umsetzung dem Markt und den Akteuren zu überlassen. Nur dieser Weg kann im Sinne einer konsequenten Nachhaltigkeit zielführend sein. Denn die Ziele sind nicht das Ergebnis von Manipulation und politischer Konsensbildung, sofern sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen bzw. nachvollziehbaren Gerechtigkeitskriterien ermittelt werden.³⁸ Wenn beispielsweise klar ist, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre CO₂-Emissionen bis 2025 um 50% reduzieren muss, dann hat die Regierung die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Ziel zur verbindlichen Politik wird. Eine realistische Möglichkeit dazu bieten z.B. die Kontrolle und Regulierung des Angebots an fossilen Energieträgern.³⁹ Wie aber die praktische Umsetzung dieses Zieles erfolgt, bleibt mehr oder weniger der Selbstorganisation der bottom-up-Kräfte überlassen, die

³⁸ Hier zeigt sich schon, dass Nachhaltigkeit vor allem im Bezug auf den sozialen Bereich ohne eine Ethik nicht auskommt, die nach meiner Überzeugung eine umfassende und über die liberalistische Vorstellung hinausgehende *Chancengleichheit* ist. Ausführlicher dazu siehe Kapitel 6.

³⁹ Vgl. dazu ausführlicher Kapitel 8 in diesem Buch.

aufgrund von Eigeninteresse und Autonomie vermutlich mit erheblich geringerem Aufwand und gesellschaftlichen Transaktionskosten am besten in der Lage wären, die geeignetsten Technologie- und Umsetzungsverfahren auszuwählen.

5. Chaos und Selbstorganisation

Nachhaltigkeit braucht keinen Masterplan, der einmal entsteht und dann durch den Staat von oben nach unten verordnet und durchgesetzt wird. Ein derartiger Plan wäre per se nicht nachhaltig und in Wahrheit auch Gift für Autonomie, individuelle Freiheiten, Synergieeffekte und für die flexible Wechselwirkung zwischen Natur, Gesellschaft und Kultur. So wie sich in der Natur Lebewesen ohne eine Steuerungszentrale, durch Selbstorganisation, Anpassung, Synergieeffekte, Kreisläufe und Systeme, dynamische Stabilität reproduzieren, solange die Energiezufuhr und der Stoffwechsel durch externe Faktoren (z.B. den Menschen) nicht gestört werden, so könnten auch soziale Einheiten in Dialog, Interaktion und Austausch miteinander ihre Beziehungen regeln und diese im gemeinschaftlichen Interesse nicht nur synergetisch weiterentwickeln, sondern auch durch Ausgleichsmechanismen stabilisieren.⁴⁰ »Wir müssen alles tun«, meinen aus ihrer jahrzehntelangen naturwissenschaftlichen Forschung heraus Hans-Peter Dürr et al. in ihrer 2005 anlässlich des Einstein-Jahres verfassten Denkschrift »Das Potsdamer Manifest«, »damit das Spielfeld wieder in eine Lage kommt, in der wieder alle dezentral unter vergleichbar günstigen Bedingungen ihre je eigenen Spiele spielen und dazu über alle Grenzen hinweg sich freundschaftlich verständigen und kooperativ zusammen wirken können. Was Zukunft hat, wird sich über erfolgreiche Ergebnisse der unzähligen verschiedenen Spiele auf vielfache Weise zeigen und in ihrer sich ergänzenden Gemeinsamkeit die lebendige Zukunft der Menschheit bestimmen.«⁴¹ Die so genannten informellen Sektoren in Asien, Afrika und Lateinamerika, die inzwischen einen immer größeren Teil des Sozialprodukts bereitstellen, funktionieren, weil der Wille zum Überleben die von Armut und Tod bedrohten Menschen zur Selbstorganisation drängt, um das chaotische Neben- oder Gegeneinander, das sie zum Untergang verdammt, zu beenden.

⁴⁰ Über den Stand der Forschung zu Chaos und Selbstorganisation vgl. Küppers (Hrsg.) 1966.

⁴¹ Dürr/Dahm/zur Lippe 2006: 58.

Übrigens, diese informellen Gesellschaften in Indien, Bangladesch, Brasilien und anderswo sind entstanden, weil der Staat als kollektive Planungszentrale versagt hat und weiterhin versagt. Das Hauptproblem, das die informellen Gesellschaften, die auf eigene Initiative hin entstanden sind, gefährdet, sind fehlende Spielregeln, die sie gegen »Feinde« schützen bzw. die ihnen für ein produktiveres Gedeihen günstige Rahmenbedingungen schaffen. Sie sind gefährdet und können ihre Kreativität und Synergieeffekte nicht nutzen, weil mächtige, einflussreiche Usurpatoren und profithungrige Haie in die Gesellschaften der informell wirtschaftenden Menschen eindringen, ihre Kreativität und ihr Energiepotenzial aussaugen, sie zu ihren Anhängseln machen und ihnen ihre Autonomie und Würde ein zweites Mal rauben, nachdem sie bereits vom Staat fallengelassen wurden.

Aus dem Gesagten lässt sich demnach die Schlussfolgerung ziehen, dass es auf dem Weg der Nachhaltigkeit darauf ankommt, Ziele zu formulieren, sie als Vorgaben politisch verbindlich zu definieren und sie immer wieder den sich aus der Dynamik ergebenden Veränderungen und neuen Faktoren anzupassen, die Wege der Umsetzung aber der Selbstorganisation zu überlassen. Dieses Verfahren scheint der liberalistischen Staatsauffassung zu ähneln. Das tut es auch zum Teil, und zwar insoweit, als es die relative Freiheit und Autonomie der Individuen stark herausstellt. Es widerspricht allerdings dennoch der klassisch liberalen Idee diametral, weil dabei die ökologischen und sozialen Zielvorgaben, die die Gemeinschaft nach wissenschaftlichen und ethischen Erkenntnissen vorgegeben hat, kompromisslos durch den Staat eingehalten werden müssen. Wenn es also erforderlich ist, dass Deutschland seine CO₂-Emissionen jährlich um 1% reduziert, um spätestens in 50 Jahren die Emissionen auf die Hälfte von heute zu senken, dann ist der Staat im Sinne von Nachhaltigkeit verpflichtet, für eben dieses Ziel einen der effektivsten und kostengünstigsten Steuerungsmechanismus zu erfinden und einzurichten. Dieses ökologische Ziel kann zwar um Bruchteile von 1% nach oben oder unten korrigiert werden, verhandelbar ist es und darf es aber nicht sein. Hier werden also ökologische und soziale Rahmenbedingungen und Ziele nicht wie in der Philosophie des klassischen Liberalismus der Freiwilligkeit der Akteure überlassen, denen kurzfristige Profite wichtiger sind als Menschheitsinteressen und intergenerative Gerechtigkeit.

6. De-Globalisierung

Die Strategie nationaler und globaler Nachhaltigkeitsziele zur systematischen Reduktion von Emissionen und Umweltverbrauch sowie zum sozialen Ausgleich zwischen Norden und Süden, zwischen Reichen und Besitzlosen bedarf einer programmatischen und gestalterischen Ergänzung von unten, also von Gemeinden, Regionen und einzelnen Staaten und Staatsallianzen, um zu einer Veränderung der auf Export und die Bedürfnisse reicher Industrieländer orientierten und deshalb nichtnachhaltigen und krisenanfälligen ökonomischen Strukturen zu kommen. Die von multinationalen Konzernen, der Weltbank und dem IWF über Jahrzehnte einseitig und top down erzwungenen Strukturen haben Milliarden von Menschen im Süden in den Dienst eines höheren Konsumniveaus und der Scheinstabilität von politischen Systemen im Norden gestellt und diese Menschen ihrer Autonomie, Freiheit und Würde beraubt, sie den Sachzwängen der destruktiven Kraft der Logik der Macht und des Kapitals untergeordnet. Jetzt ist es an der Zeit, das Ruder der Nichtnachhaltigkeit und strukturellen Menschenrechtsverletzung von unten umzudrehen und die wirtschaftlichen Aktivitäten im Süden wieder in den Dienst der Menschen zu stellen. Diese Politik heißt *De-Globalisierung*, *De-Zentralisierung* und *solidarische Ökonomie*. Hans-Peter Dürr et al. haben genau diesen Prozess aus ihren naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen heraus resumierend wie folgt beschrieben:

»Der Aufbau polyzentrischer, sich komplementär ergänzender Wirtschaftsstrukturen ist notwendig. Monetär- und marktorientierte Wirtschaftsinstitutionen müssen und lassen sich mit zivilgesellschaftlichen sozialen, kulturellen und subsistenzwirtschaftlichen Initiativen und Institutionen in wechselseitiger Bereicherung verbinden. Parallel sollte Dezentralität und Unterschiedlichkeit ökonomischer, politischer und soziokultureller Institutionen über flache transparente Hierarchien innerhalb ihrer Entscheidungsorgane und -träger gestützt werden. Hierfür ist eine Verringerung monopolistischer Machtstrukturen weniger Unternehmen zugunsten einer Vielfalt von wirtschaftlichen, marktlich wie zivil getragenen Unternehmungen notwendig und möglich. Deren kooperatives Zusammenspiel muss und kann lokal bis interkontinental politisch, rechtlich und infrastrukturell gewährleistet werden. Für eine Komplementarität pluraler lokaler, regionaler und interkontinentaler Wirtschaftsstrategien müssen Institutionen zur Einführung und Überwachung globaler Rahmenbedingungen auf allen räumlichen und strukturellen Ebenen geschaffen und gestärkt werden. Die räumliche und zeitliche Externalisierung der ökologischen, sozialökonomischen und

kulturellen Lasten und Kosten muss beendet werden. Geschlossene Prozess-Kreisläufe müssen verwirklicht werden, soweit nicht eine (fast) ewig sprudelnde Quelle (wie etwa die Sonne als Energiespenderin) zur Verfügung steht. Eine Entschleunigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Prozesse ist notwendig, um Regenerationszyklen und schöpferische Differenzierung zu ermöglichen. All diese Prozesse verlangen dringlichst eine Reform der internationalen Finanzsysteme und -ströme. Ungebremstes Geldwachstum in einer begrenzten Welt entkoppelt wirtschaftliche Prozesse zunehmend von ihrer endlichen ökologischen und soziokulturellen Grundlage. Die internationale Geldmenge kann und muss dringend stabilisiert und dynamisch in Lebensqualität stärkende und globale Versorgung fördernde Wirtschaftsaktivitäten gelenkt werden.«⁴²

Auch Walden Bello, einer der führenden Köpfe der globalisierungskritischen Bewegung, hat sich damit auseinandergesetzt, wie de-globalisierte Strukturen in der gesellschaftlichen Realität aussehen könnten. Als Theoretiker, Regierungsberater und zivilgesellschaftlicher Aktivist hat er mit seinen Überlegungen zur De-Globalisierung eine aus der Regionalisierung und Nachhaltigkeitsforschung bekannte Strategie aktualisiert und politisiert. Damit meint Bello nicht »den Rückzug aus der internationalen Wirtschaft«, sondern in Anlehnung an Polanyis »Great Transformation«, ⁴³ Unterordnung strategischer Wirtschaftsentscheidungen unter die demokratische Willensbildung und die Kontrolle des Privatsektors durch die Zivilgesellschaft.

»Wir sprechen«, schreibt Bello, »über eine Umorientierung von den überwiegend auf Export ausgerichteten Volkswirtschaften zu einer Produktion vorwiegend für den Binnenmarkt: Wir sprechen darüber,

- unsere Finanzmittel für Investitionen größtenteils im Inland zu beschaffen, anstatt von Investitionen aus dem Ausland und ausländischen Finanzmärkten abhängig zu werden,
- die lange aufgeschobenen Maßnahmen zur Einkommensumverteilung und Landreform umzusetzen, um einen dynamischen Binnenmarkt zu schaffen, der das Fundament der Wirtschaft bilden sollte,
- die Betonung von Wachstum und Gewinnmaximierung zu verringern, um die Störung im Gleichgewicht der Umwelt zu reduzieren,
- strategische Wirtschaftsentscheidungen nicht dem Markt zu überlassen, sondern sie der demokratischen Willensbildung zu überantworten,
- den privaten Sektor und den Staat der dauerhaften Kontrolle durch die Zivilgesellschaft zu unterstellen,

⁴² Dürr/Dahm/zur Lippe 2006: 54f.

⁴³ Polanyi 1978.

- ein neues Produktionsgefüge und System des Austauschs zu schaffen, das Gemeindekooperativen, Privatunternehmen und staatliche Unternehmen umfasst und TNU ausschließt,
- das Subsidiaritätsprinzip im Wirtschaftsleben zu bewahren, indem die Produktion von Gütern – wenn es wirtschaftlich vertretbar ist – auf lokaler und nationaler Ebene gefördert wird, um das Gemeinschaftsgefüge zu erhalten.

Wir sprechen ferner über eine Strategie, die die Marktlogik und das Streben nach Kosteneffizienz bewusst den Werten von Sicherheit, Fairness und gesellschaftlicher Solidarität unterordnet. Wir sprechen – um auf die Vorstellung des großen sozialdemokratischen Gelehrten Karl Polanyi zurückzugreifen – darüber, die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft einzubetten, anstatt in einer Gesellschaft zu leben, die durch die Wirtschaft gelenkt wird.«⁴⁴

Bei genauerem Hinsehen ist De-Globalisierung auch – wie aus der Transformationsforschung längst bekannt ist⁴⁵ – eine fundamentale Strategie für eine nachhaltige Demokratisierung, die Neokonservative und Neoliberale zwar propagandistisch auf ihre Fahnen geschrieben haben und für die sie auch Kriege legitimieren, die aber der neoliberalistische IWF seit mehreren Jahrzehnten geradezu verhindert hat, indem er durch seine Struktur Anpassungs- und Exportförderungsprogramme vor allem die zentralistisch strukturierten Rentierstaaten in Asien, Afrika und Lateinamerika gefestigt hat. Bello ist jedenfalls optimistisch und weist auf vorhandene Ansätze hin, die weiter entwickelt werden müssten. Dabei konzentriert er sich auf konkret nachvollziehbare und politisch um so wirkungsvollere Schritte zum Abbau von Machtungleichheiten und zentralistischen Strukturen und zur Stärkung von Chancengleichheit und Autonomie, die Allianzbildungen gegen die neoliberale Strategie der nimmer satt werdenden reichen Haie fördern. Genau in der Kombination von Anschlussfähigkeit an die Gegenwart und einer am Menschen orientierten Zukunft steckt auch die Stärke von Bellos Konzept von De-Globalisierung, das im Unterschied zu scheinradikalen Forderungen nach Abschaffung des Kapitalismus durchaus System sprengende Kraft besitzt.

Für Bellos Optimismus sprechen eine Reihe viel versprechender Entwicklungen, die angelaufen sind und auch realistische Chancen haben, dem neoliberalen Projekt der Globalisierung einen Riegel vorzuschieben.

⁴⁴ Bello 2005: 65.

⁴⁵ Merkel/Puhle 1999.

Da ist *erstens* die von Hugo Chávez und Fidel Castro in Lateinamerika initiierte *Alternativa Bolivariana para las Americas (ALBA)* als einer dezidierten Antwort auf die IWF-Exportorientierungsstrategie und die von den USA vorgeschlagenen amerikanischen Freihandelsinitiative als ein wichtiger Schritt zur De-Globalisierung. Zunächst wollen sich lateinamerikanische Länder mit linken Regierungen – Brasilien, Argentinien, Bolivien, Venezuela und Uruguay – vom »Washingtoner Konsens« abwenden und gleichzeitig ALBA stärken. ALBA umfasst eine Reihe infrastruktureller Maßnahmen, wie grenzüberschreitende Eisenbahnlinien und Straßen sowie intensivere und koordiniertere Kooperationen im Gesundheits- und Bildungsbereich, des Weiteren Landreformen, Schutz regionaler Ressourcen und Schutz gegen Naturkatastrophen, Förderung der indigenen Völker und der Gewerkschaftsbewegung sowie Entwicklung gemeinsamer Fernseh- und Nachrichtensysteme.

Darüber hinaus ist *zweitens* auch eine interessante finanzpolitische Initiative in Asien hervorzuheben, die als Reaktion auf die einseitige und zu Gunsten der Industriestaaten praktizierte IWF-Kreditpolitik, die Währungsspekulationen zu Lasten wichtiger asiatischer Schwellenländer in den letzten zehn Jahren beschleunigt hat, entstanden ist. Im Juli 2000 schlossen sich die Mitglieder des Regionalverbundes Asean sowie Japan, China und Südkorea zur *Chinag-Mai-Initiative* zusammen. Darin verpflichten sie sich im Falle von Finanzkrisen zu gegenseitigem Beistand. 2005 haben sie die dafür vorgesehenen Mittel auf 75 Milliarden Dollar verdoppelt. »Mehr und mehr entpuppt sich die Initiative als asiatisches Gegenmodell zum IWF.«⁴⁶ Die Versuche des alten irakischen Regimes und der Regierung der Islamischen Republik Iran, das Öl verstärkt in Euro statt in Dollar zu verkaufen und damit den Euro mittelfristig zu einer Alternative zum Dollar als Leitwährung zu machen, gingen und gehen in dieselbe Richtung.

Drittens steht erneut der Versuch, die Bewegung der *Blockfreien Staaten* wieder zu beleben, nicht nur im Zeichen der Bildung einer politischen Gegenmacht zur US-dominierten unilateralistischen Weltordnung, sondern auch im Zeichen der Wiederbelebung der ökonomischen und sozialpolitisch relevanten UN-Institutionen *United Nations Commission for Trade and Development (UNCTAD)* und *International Labor Organisation (ILO)*. Diese Institutionen könnten die Dezentralisierung und De-Globalisierung im Süden durch Stärkung regionaler Märkte und sozialer Sicherheitssysteme vorantreiben und dadurch im Rahmen einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie

⁴⁶ Liebert 2006: IWF sucht Identität in der Tageszeitung vom 15. September 2006.

eine wichtige Rolle übernehmen. Vom jüngsten Gipfeltreffen, das Mitte September 2006 in Havanna stattfand, darf kein Wunder erwartet werden. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass auch die aus 118 Staaten bestehenden Blockfreien begonnen haben, sich inhaltlich und strategisch neu zu formieren. Die Legitimationskrise des neokonservativen und neoliberalen Projekts, das bisher nur Kriege, Krisen, Armut und Terrorismus, aber keine Lösung für die globalen Herausforderungen gebracht hat, bietet jedenfalls historisch günstige Voraussetzungen für diverse politische und ökonomische Aktivitäten in Richtung De-Globalisierung und Wiedergewinnung von Authentizität und Autonomie sowie zum Abbau globaler Machtungleichheiten.

Viertens gewinnen nach dem Scheitern der neoliberalen Struktur Anpassungsprogramme und der exportorientierten Konzepte und aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen in Staaten mit linken Regierungen die Ideen für eine *solidarische Ökonomie*, vor allem in lateinamerikanischen Ländern, große Zustimmung. Der informelle Sektor in den Peripherien der Städte wie im Agrarbereich beruht im Kern auf lokalen Vernetzungen und Momenten einer solidarischen Ökonomie, die freilich aus Not und Überlebensstrategien geboren sind. Die Expansion dieses Sektors dokumentiert, dass es grundsätzlich möglich ist, jenseits des Kapitalismus Produkte und Dienstleistungen bereitzustellen und Bedürfnisse zu befriedigen. Jedoch überdeckt der informelle Sektor aufgrund seiner strukturellen Abhängigkeit vom kapitalistischen Sektor und dem Zwang, sich auf ein Nischendasein zu beschränken, die funktionierenden Mechanismen und Werte der solidarischen Ökonomie, wie die nicht marktförmige Kooperation und Arbeitsteilung sowie die gegenseitige Hilfe. De-Zentralisierung und De-Globalisierung müssen gerade in Staaten mit linken Regierungen mit der Schaffung von politisch und finanzpolitisch geschützten Räumen für den informellen Sektor einhergehen. Diese könnten den Aufbau interner Kreisläufe genossenschaftlicher Produktion und Versorgungseinrichtungen erleichtern und sie vor externen Interventionen durch Agrobusinessunternehmen und sonstigen nationalen und internationalen Kapitalen schützen und dadurch dem informellen Sektor helfen, sich jenseits vom abhängigen Nischendasein zu regional autonomen und sich selbst tragenden Strukturen weiterzuentwickeln.

Die Idee der De-Globalisierung kommt zwar aus dem Süden, sie ist aber auch für den Norden relevant. Im Unterschied zum Süden, wo De-Globalisierung eine Abwehr- und keine Systemwechselstrategie ist, muss De-Globalisierung im Norden jedoch vom Systemfundament her in Gang gebracht werden. Dies bedeutet, die Globalisierung von zwei Seiten gegen vermeint-

liche Sachzwänge des zügellosen Wachstums und der unbegrenzten Kapitalakkumulation einzugrenzen:

Erstens durch ein Bündel verbindlicher und flexibel aufeinander abgestimmter und global nach Entwicklungsstand differenziert abgestufter ökologischer Grenzwerte für globale Umweltgüter wie Klima, Wasser und Gewässer, erschöpfbare Rohstoffe etc. sowie durch ebenfalls nach Regionen bzw. Entwicklungsstand differenzierte und verbindliche Basissozialstandards (Arbeitszeit, Urlaub, Rentenalter, Verbot von Kinderarbeit, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Mindestlöhne etc.). Dadurch soll der Freiheit der Investoren, die Abwesenheit von Umwelt- und Sozialstandards zur Externalisierung von Kosten zu nutzen und die Spirale der Ausbeutung von Menschen und Natur weiter nach oben zu drehen und die Lohnkostendifferenz zur Erpressung von Zugeständnissen, Demokratie- und Autonomieabbau zu missbrauchen, vorgebeugt werden.

Zweitens soll durch die kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit, in Abhängigkeit von der Steigerung der Produktivität, sowohl steigende Massenarbeitslosigkeit verhindert und der Bildung einer Reservearmee als Manövriermasse zum Sozialabbau, zur Lohnsenkung bzw. Erhöhung des absoluten Mehrwerts ein Riegel vorgeschoben wie aber auch die Freizeit und Freiheit zum Ausbau selbstbestimmter Tätigkeiten vergrößert und das verfügbare Arbeitspotenzial zur kapitalistischen Ausbeutung sukzessive verringert werden – und zwar nicht nur im Norden, sondern auch im Süden, der mit dem Norden zeitlich nachgelagert gleichziehen könnte.⁴⁷ Zu den Bausteinen der De-Globalisierung im Norden gehört außer Arbeitszeitverkürzung auch die Einführung eines unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsregeln finanzierbares, intragenerationell abgestimmtes Grundsicherungs- bzw. Grundeinkommenssystem, das allen Menschen die materielle Sicherheit gewährt, auch ohne Lohnarbeit ein menschenwürdiges Dasein zu bestreiten. Dadurch wird ihnen nicht nur den Weg für alternative Arbeits- und Lebensformen geöffnet, sondern auch die Angst genommen, in der Not schutzlos abseits der Gemeinschaft zu stehen, was ihnen dann auch Ansporn zu mehr Selbständigkeit und Kreativität gibt.⁴⁸

⁴⁷ Ausführlicher zur Neuverteilung der Arbeit vgl. Kapitel 7 in diesem Buch.

⁴⁸ Vergleiche ausführlich ebd.

Kapitel 5

Chancengleichheit und Gerechtigkeit als Ethik der Nachhaltigkeit

Seit der Spaltung menschlicher Gemeinwesen in Arme und Reiche war Gerechtigkeit ein Hauptgegenstand der meisten Konflikte und das zentrale Thema aller Religionen, Ideologien und politischen Theorien. Gleichwohl kam es nie zu einem Konsens über ein von allen Seiten akzeptiertes Gerechtigkeitskonzept. Für die Reichen dieser Welt schafft die Mehrung des allgemeinen Reichtums einer Gesellschaft per se Gerechtigkeit (Utilitarismus). Die Benachteiligten und Ausgebeuteten folgten in den letzten 200 Jahren überwiegend der egalitaristischen Leitidee »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.« In diesem Streit wurden zwei Tatsachen instrumentalisiert: Gleichwertigkeit und Ungleichheit.

Durch die Gleichsetzung von Gleichwertigkeit mit Gleichheit ignoriert der Egalitarismus die Vielfalt menschlicher Fähigkeiten, Bedürfnisse und Interessen. So verlor er letztlich seine Anziehungskraft und universale Gültigkeit. Der Utilitarismus konnte so – zumal im Zeitalter neoliberaler Globalisierung – zum dominierenden ethischen Maßstab des politischen Handelns aufsteigen. Er predigt aber Wachstum, legitimiert angesichts von Ungleichheit individueller Fähigkeiten die Spaltung der Welt in Arm und Reich und ist im Begriff, die Menschheit in eine soziale und ökologische Sackgasse zu führen.

Gefragt ist eine Ethik, die den Scheinwiderspruch zwischen Gleichwertigkeit und Ungleichheit aufheben und sich auch universelle Geltung verschaffen kann. Chancengleichheit – verstanden als Gleichheit von Startbedingungen – liefert, wie keine andere bisher bekannte Ethik, die Grundlage für Programm und Praxis der Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen. Sie liefert damit die normungsfähige Grundlage, Gerechtigkeit jenseits von Partialinteressen zu definieren und Gerechtigkeitsstrategien auf eine tragfähigere breitere Legitimationsbasis zu stellen. Die politische Sprengkraft dieser Leitethik blieb in den sozialökologischen Nachhaltigkeitsdebatten und globalisierungskritischen Diskursen allerdings bisher weitgehend unerkannt.

1. Gerechtigkeitstheorien

Für diverse Gerechtigkeitstheorien gibt es zwei wesentliche, geistige Quellen: *Liberalismus* und *Egalitarismus*. Die hier zu untersuchende Frage ist, inwiefern die bestehenden Theorien für die universale Umsetzung von Nachhaltigkeit stichhaltige und akzeptanzfähige Anleitungen für Politik und Rechtssysteme liefern. Nach einem Überblick über weit verbreitete Gerechtigkeitstheorien, auf die sich Parteien und Staaten des westlichen Kulturkreises beziehen, werde ich Theorien der Hauptvertreter beider Schulen eingehender hinsichtlich der Anforderungen der Nachhaltigkeit untersuchen und anschließend einen eigenen Ansatz vorstellen, der sich synthetisch aus den Grundannahmen beider Richtungen, des Liberalismus und des Egalitarismus, ergibt.

Liberalistische Gerechtigkeitstheorien

Der *Utilitarismus* beeinflusste in hohem Maße das westliche Denken der Neuzeit über Gerechtigkeit. Diese vor allem auf Benthan zurückgehende Theorie besagt, dass »das größte Glück der größten Zahl« oberstes gesellschaftspolitisches Ziel sei.¹ Soziale Gerechtigkeit ist per se gegeben, sofern gleichzeitig der gesamtgesellschaftliche Nutzen (Wachstum) steigt. Den Utilitarismus, der unter den Ökonomen sehr weit verbreitet ist, interessiert nicht die Verteilung und erst Recht nicht die gerechte Verteilung des Wohlstands. Die Hauptsache ist, dass der Wohlstand steigt. Aus dieser Sicht stellt die soziale Ungleichheit kein gesellschaftliches Problem dar. Mit dieser Annahme liefert der Utilitarismus im Grunde genommen die ethische Grundlage für die kapitalistische Wohlstandsvermehrung und die Klassengesellschaft. Daher war er auch – und nicht erst seit Marx – Gegenstand fundamentaler Kritik.²

Die modernen liberalen Gerechtigkeitstheorien sind – wohl wegen ihrer Defizite hinsichtlich der Verteilungsaspekte – weit über den Utilitarismus hinausgegangen. Insgesamt haben sich seit 1970 einige Theoretiker, wie John Rawls, Amartya Sen, Ronald Dworkin und John Roemer,³ hervorgetan und jeder von ihnen hat mit unterschiedlichen Begründungen wichtige Anhaltspunkte zum Thema Gerechtigkeit geliefert. Sie alle lehnen es im Unterschied zum Utilitarismus ab, das Ergebnis, nämlich den Nutzen, als den Rahmen zu betrachten, um Gerechtigkeit zu messen. Alle gehen von

¹ Weltbank (Hrsg.) 2006: 91.

² Ausführlicher vgl. Kymlicka 1977: 26ff.

³ Rawls 1975; Dworkin 1981a; derselbe 1981b; Roemer 1998; Sen 1985.

individueller Verantwortung aus und versuchen, Gerechtigkeit aus der Kombination von Freiheit und den Individuen zur Verfügung gestellten Ressourcen, damit also wiederum im Unterschied zu den Utilitaristen, aus den Ausgangsbedingungen abzuleiten. Alle Vier unterscheiden sich jedoch durch detailliertere Ausformulierungen ihrer sekundären Annahmen und Begründungen.⁴ Während Sen Gerechtigkeit als globale Gerechtigkeit definiert, bleibt der Blick von Rawl, Dworking und Roemer auf westliche Staaten beschränkt. Bei allen vier Ansätzen fehlt die intergenerative Gerechtigkeitsperspektive und sie beziehen sich nicht auf Nachhaltigkeit, weil sie lange vor der Entstehung des Nachhaltigkeitsdiskurses, der in den 1990er Jahren einen ersten Höhepunkt erlangte, formuliert worden waren.

Im Unterschied zu genannten vier liberalen Gerechtigkeitstheoretikern bezieht sich Felix Ekardt ausdrücklich auf »das Prinzip Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit.«⁵ Ekarnds universalistischer Ansatz zielt auf ein globales Existenzminimum,⁶ ist somit ergebnisorientiert, lässt aber Ausgangsbedingungen, somit also Unterschiede in der Ausstattung mit Ressourcen, außer Acht. Er liefert eine Neudefinition des Liberalismus und entwickelt eine eigene Gerechtigkeitstheorie auf der Basis von Würde, Unparteilichkeit und Freiheit.⁷ Ekardt begründet ausführlich und detailliert logisch nachvollziehbare und ethisch gut untermauerte Ansprüche, die er aus den Postulaten von Generationen- und globaler Gerechtigkeit herleitet.⁸ Ekardt und die übrigen liberalen Gerechtigkeitstheoretiker argumentieren im Rahmen gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse und lassen im Wesentlichen Produktionsweisen und Machtungleichheiten weitgehend außer Acht.

Von der liberalistischen Gerechtigkeitsvorstellung grenzen sich die auf Marx zurückgehenden egalitaristischen Ideen gerade hinsichtlich der Realität der sozialen Stellung der Menschen ab, die sie zum Ausgangspunkt und Ziel von Gerechtigkeit erklären. Nach Marx kann Gerechtigkeit erst in der klassenlosen Gesellschaft verwirklicht werden. Gerechtigkeitstheorie ist demnach die Theorie der klassenlosen Gesellschaft. Die Aufhebung der Lohnarbeit und Ausbeutung sowie Selbstverwirklichung der Arbeitskraft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel sind zwar notwendige Schritte zur klassenlosen Gesellschaft und zur gerechten Verteilung der gesell-

⁴ Weltbank, 2006: 91.

⁵ Ekardt 2005.

⁶ Ebenda: 91 und 103f.

⁷ Ebenda: 59ff.

⁸ Ebenda: 83ff.

schaftlichen Reichtümer, sie reichen dazu jedoch nicht aus. Die hinreichende Bedingung ist in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft gegeben: »Nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und ihre Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechts-horizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.«⁹

2. Warum eine Leitethik für Nachhaltigkeit unverzichtbar ist

So richtig die Erkenntnis ist, dass soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Frieden mit der Natur zur Überwindung globaler Krisen als drei zusammenhängende und gleichgewichtige Ziele der Nachhaltigkeit zu sehen sind, so unklar ist jedoch nach wie vor, wie eine multidimensionale Nachhaltigkeitsstrategie in den einzelnen Staaten und in der Weltgemeinschaft politikfähig gemacht werden kann. Die Gefahr, dass diese vielversprechende Gesellschaftsstrategie in die Nähe einer Utopie und nur moralisch normativ begründeter Wunschvorstellungen gerät, und damit auch diskreditiert und als politisch untauglich beiseite geschoben wird, ist in der Tat sehr groß. Die Strategie der Nachhaltigkeit impliziert zuallererst die ausgleichende Koordinierung divergierender Interessen von Individuen, sozialen Gruppen, Nationen, gegenwärtigen und künftigen Generationen. Sie setzt daher einen breiten Konsens voraus, der auf der Grundlage einer allgemein akzeptierten Ethik entstanden ist. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit braucht eine moralisch taugliche, politisch tragfähige und pluralistische Leitethik, die sozial sowie raum- und zeitübergreifend ist, die eine – vergleichbar mit den Grundfreiheiten – hohe Akzeptanz besitzt und es erlaubt, operationalisierbare und zielgerichtete, detaillierte Standards für ökologische, ökonomische, soziale, politische und kulturelle Nachhaltigkeitsschritte zu entwickeln. Diese Ethik fehlt jedoch bisher.

Gerade wegen des Fehlens einer akzeptanzfähigen Ethik der Nachhaltigkeit ist die Unsicherheit nach wie vor sehr groß, soziale und ökonomische Nachhaltigkeitsregeln zu formulieren und moralisch konsensfähige Handlungsschritte zu begründen. Zudem öffnet das Fehlen einer akzeptanzfähigen und umfassenden Ethik der Nachhaltigkeit eindimensionalen ökologisch-ökonomischen Betrachtungen Tür und Tor und verhindert zugleich

⁹ Marx 1968: 17.

die Koordination, Kooperation und gegenseitige Adaption der tatsächlich integrativen Nachhaltigkeitsansätze und ihrer jeweiligen Ziele. Zwar findet über die irreversiblen Folgen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung eine lebhaftere Ethikdebatte über die Verantwortung der heutigen gegenüber den künftigen Generationen statt. Das Ergebnis dieser Diskussion ist allerdings bisher mehr als dürftig, und dies ist durchaus kein Zufall. Die soziale Gerechtigkeit ist bei den ethischen Hauptströmungen – wie im Folgenden näher ausgeführt wird – stets ein Parameter eines anderen, übergeordneten Ziels. Dadurch wird sie zum Gegenstand gegensätzlicher Interessen und letztlich zu einer Variablen der Machtbeziehungen.

Die Gleichheit aller Menschen (Egalitätsprinzip) ist das ethische Fundament der Marx'schen Philosophie. Darüber besteht in der politischen Philosophie große Übereinstimmung. Wenn wir aber aus dem Blickwinkel der mehrdimensionalen Nachhaltigkeit nach moralisch und politisch akzeptanzfähigen (moralisch tauglichen) Anhaltspunkten fragen, die für internationale und intergenerative, soziale wie ökologische Gerechtigkeit richtungweisend sind, so führt das Marx'sche Konzept der klassenlosen Gesellschaft zu mehr Fragen und Problemen als zu Lösungsoptionen:

Erstens steht der Überfluss (»voller fließende Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums«) als Bedingung für die klassenlose Gesellschaft, sofern damit materieller Überfluss gemeint ist, im Widerspruch zu ökologischen Grenzen der Nachhaltigkeit.¹⁰ Angesichts der relativen Knappheit des Umweltraums und der unüberschreitbaren Grenzen des Materialverbrauchs (Entropiegesetz) wäre so intergenerative Gerechtigkeit als Nachhaltigkeitsprinzip nie erfüllbar.

Zweitens verliert gerade deshalb der marx'sche Produktions- und Verteilungsgrundsatz »Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen« seine materielle Grundlage.

Drittens lieferte das erst in »einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft« erreichbare Gleichheitspostulat, und damit die Verlagerung der Lösung der Verteilungsgerechtigkeit in die postrevolutionäre Zukunft die ideologische Rechtfertigung für die »Diktatur des Proletariats« in der Übergangsphase, die sich – wie es bei osteuropäischen Transformationsgesellschaften der Fall war – als eine antiegalitäre, neue soziale Elite erwiesen hat.

So wurden im Namen einer in künftigen Gesellschaften herzustellenden Gerechtigkeit die individuellen Rechte und Bedürfnisse der heutigen Gene-

¹⁰ Die theoretisch denkbare Variante eines Überflusses der Dienstleistungen bedarf weiterer Erörterung.

rationen teils massiv verletzt sowie ökonomisch, ökologisch und auch sozial nicht-nachhaltigen Strukturen Vorschub geleistet. Diese Schwächen sind offensichtlich dafür verantwortlich, dass die marxistische Philosophie in der ökologischen Ethik-Diskussion bisher kaum eine Rolle gespielt hat.¹¹ Ungeachtet dessen begründet sie moralische Prinzipien wie Selbsteigentum (Eigentum an eigener Arbeitskraft), Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, die alle unabhängig von sozialer Zugehörigkeit zu raum- und zeitneutralen und konstitutiven Elementen einer Gesellschaftstheorie der Nachhaltigkeit zählen. Gerade deshalb hat auch die marxistische Philosophie nach wie vor an der Utilitarismuskritik, an der Radikalisierung des Liberalismus und an den sozialen Reformen in der kapitalistischen Gesellschaft großen Anteil.

Mit Rawls' Theorie der *liberalen Gleichheit* nimmt der Liberalismus allerdings eine radikale Wendung. In Rawls' Gerechtigkeitskonzept kommt zu dem für den Liberalismus unverzichtbaren Grundsatz des »umfangreichsten Gesamtsystems gleicher Grundfreiheiten für alle«, die »nur um der Freiheit willen« eingeschränkt werden dürfen, der entscheidende Gerechtigkeitsgrundsatz hinzu, der dem Freiheitsgrundsatz in »lexikalischer Ordnung« nachgeordnet ist. Soziale und ökonomische Ungleichheiten sind zulässig, wenn sie »den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen« (ebenda: 336). Der zweite Gerechtigkeitsgrundsatz Rawls' lässt sich in eine Annahme und eine darauf beruhende moralische Vorschrift zerlegen. Seiner Annahme nach sind die unterschiedlichen Startbedingungen an und für sich nicht ungerecht (Unterschiedsprinzip). Einerseits verfügen die Menschen von Natur aus über unterschiedliche Begabungen, und andererseits finden sie bei ihrer Geburt ungleiche Ausgangsbedingungen vor: »Die natürliche Verteilung ist weder gerecht noch ungerecht; es ist auch nicht ungerecht, dass die Menschen in eine bestimmte Position der Gesellschaft hineingeboren werden. Das sind einfach natürliche Tatsachen. Gerecht oder ungerecht ist die Art, wie sich die Institutionen angesichts dieser Tatsachen verhalten.«¹² Für Rawls sind natürliche Begabungen (naturbedingtes Unterschiedsprinzip) genauso unveränderlich wie die vorgefundenen sozialen Ungleichheiten (soziales Unterschiedsprinzip). Beides zählt zu den »natürlichen Tatsachen«, allerdings auch gleichermaßen unverdient: »Die Ungleichheiten der Geburt und der natürlichen Gaben (sind) unverdient.«¹³ Und weil die Ungleichheiten in beiden Fällen aus der Willkür der

¹¹ Einführender Überblick dazu vgl. Leist 1996.

¹² Rawls 1975: 123.

¹³ Ebenda: 121f.

Natur resultieren und sozusagen Ergebnis der *Lotterie der Natur* sind, müssen sie »irgendwie ausgeglichen werden« (ebenda). Die unverdiente Besserstellung aufgrund der Willkür der Natur (Zufallsprinzip) verleitet Rawls zu einer moralisch höchst anspruchsvollen und egalitären Vorschrift, die Gerechtigkeit durch Umverteilung so herzustellen, dass »dem am wenigsten Begünstigten der größtmögliche Vorteil« zukommt.

Bei genauerer Betrachtung des Gerechtigkeitsgrundsatzes der liberalen Gleichheit stellen Unterschieds- und Zufallsprinzip keine kausal zusammenhängende Einheit dar, die logischerweise zur Begründung von Rawls' Gerechtigkeitsethik der liberalen Gleichheit führt. Vielmehr stehen sich hier eine Annahme und eine davon auch unabhängig begründbare Vorschrift additiv gegenüber, die in zwei entgegengesetzte Richtungen zielen. Das »Unterschiedsprinzip« trägt der Realität von historisch gewachsenen Ungleichheiten Rechnung, hebt die sozial bedingte Ungleichheit in den Rang eines Naturgesetzes und stellt sie also nicht zur Disposition. Und das aus der »Willkür der Natur« abgeleitete Zufallsprinzip soll nach Rawls die ethische Legitimation für egalitaristische Gerechtigkeitsregeln liefern. Einerseits wird gemäß dem klassischen Liberalismus die soziale Ungleichheit der »Willkür der Natur« zugeschrieben. Andererseits soll gemäß der egalitaristischen Idee der »unverdienten Ungleichheit« angesichts der »Willkür der Natur« durch Ausgleichsmaßnahmen entgegen gewirkt und der Gerechtigkeit formal egalitaristisch Genüge getan werden. So gesehen spricht vieles für die Charakterisierung von Rawls' radikalem Liberalismus als Kompromiss zwischen dem Utilitarismus und dem klassischen Liberalismus auf der einen Seite und dem Marxismus auf der anderen Seite, wobei Rawls die Ungleichheiten im Kapitalismus mit egalitären wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen auszugleichen sucht.¹⁴

Bei einem historischen Rückblick stellt die liberale Gleichheit zwar gegenüber dem klassischen Liberalismus und Utilitarismus einen Fortschritt dar. Bei der Begründung von moralischen Grundsätzen für die Lösung von globalen Krisen der Gegenwart stößt Rawls' Theorie der liberalen Gleichheit jedoch ebenso an Grenzen wie der Wohlfahrtsstaat selbst. Das Rawlsche Zufallsprinzip der »Willkür der Natur« spielt bei der Diskussion zur ökologischen Ethik zwar eine wichtige Rolle, es liefert immerhin ein wichtiges und moralisch begründetes Argument für Rechtsgleichheit aller Menschen beim Zugang zu natürlichen Ressourcen. Für die Praxis einer Politik der ökologischen Gerechtigkeit machen sich jedoch dieselben Schwächen

¹⁴ Vgl. dazu z.B. Sterba 1988: 30f.

von Rawls' Theorie der liberalen Gleichheit bemerkbar, wie sie in der Politik sozialer Gerechtigkeit vorzufinden sind.

Die längst fällige Forschung über die Ethik der Nachhaltigkeit ist glücklicherweise bereits in Gang gekommen. Sie befindet sich, wie anfangs bemerkt, allerdings immer noch in ihrer Anfangsphase. Anton Leist, einer der Vorreiter auf diesem Gebiet, resümiert seine Ausführungen zu ökologischer Gerechtigkeit wie folgt: »Die inhaltliche Arbeit einer Ethik intergenerationaler Gerechtigkeit bestünde nun darin, konkrete Prinzipien der ökologischen Verantwortung und Vorsorge zu formulieren. Dies möchte ich als die gegenüber der Ethik konkretere Aufgabe des Entwickelns einer ökologischen Politik der ›Nachhaltigkeit‹ auffassen.«¹⁵ Seine, wie er selbst bemerkt, »allgemeine(n) Bemerkungen« zur »Nachhaltigkeit als Ziel ökologischer Politik«¹⁶ sind zwar als eine Art Selbsteinführung in die Thematik zu verstehen, führen jedoch zu einer bemerkenswerten Definition der Nachhaltigkeit, die in die richtige Richtung weist: »Eine Wirtschaftsweise ist nachhaltig, wenn sie die Chancen der Naturnutzung nicht einseitig (etwa sogar exponentiell) zu Lasten der zukünftigen Generationen einschränkt, sondern langfristige, intergenerationale Gleichheit auf einem realisierbaren Niveau anstrebt.«¹⁷

3. Chancengleichheit als liberal-egalitäre Universalethik und als Ethik für die global-integrative Nachhaltigkeit

Die eigentliche Faszination der Gleichheitsidee besteht in der moralischen Rechtsgleichheit aller Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, »ethnischer«, sozialer und kultureller Zugehörigkeit und unabhängig von Alter und Geschlecht. Eine Universalethik der Nachhaltigkeit müsste im Prinzip auch die Absicherung der Rechte der natürlichen Mitwelt (der Tierwelt und sämtlicher lebender Organismen) implizieren. Alle bisherigen Versuche, die natürlichen und sozialen Unterschiedsmerkmale für die Begründung unterschiedlicher Rechte zu instrumentalisieren (Sklaverei, Apartheid, diskriminierende Gesetzgebung), haben sich moralisch selbst diskreditiert und sind historisch weitgehend überholt. *Rechtsgleichheit ist aber nicht dasselbe wie Gleichheit.* Die Menschen sind nicht alle gleich, glücklicherweise nicht. Sie werden – ganz gleich, ob unter den gegenwärtigen realen Bedingungen sozia-

¹⁵ Leist 1996: 408.

¹⁶ Ebenda: 432ff.

¹⁷ Ebenda: 436.

ler Ungleichheit oder unter den Bedingungen einer klassenlosen Gesellschaft – in Abhängigkeit von ihrer natürlichen Verschiedenheit ihren unterschiedlichen Neigungen folgen und unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensstile entwickeln. Die Individuen sind ihrer Natur nach ungleich. »Sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleich wären«, hat kein geringerer als Marx selbst hervorgehoben.¹⁸ Die Annahme der Gleichheit steht so scheinbar im Widerspruch zur menschlichen Vielfalt. *Erkennen wir die menschliche Vielfalt jedoch als ein unverrückbares Prinzip an, und dazu bestehen auch keine begründbaren Zweifel, so kann der scheinbare Widerspruch zwischen Gleichheit und Vielfalt aus meiner Sicht moralisch immanent durch das Prinzip der Chancengleichheit aufgelöst werden.*

Chancengleichheit gehört zwar zu den moralischen Prinzipien des klassischen Liberalismus, sie hat dort jedoch einen gesellschaftlich beschränkten Geltungsbereich: »Das Prinzip der Chancengleichheit beruht auf einem fundamentalen Lehrsatz des klassischen Liberalismus, demzufolge das Individuum – und nicht die Familie, die Gemeinschaft oder der Staat – die gesellschaftliche Grundeinheit darstellt und der Zweck der gesellschaftlichen Regelung darin besteht, ihm die freie Verfolgung seiner Ziele zu ermöglichen... Es stellt den Universalismus über den Partikularismus, den erworbenen Status über den zugewiesenen und läßt sich in direkter Linie auf das Ideal der Aufklärung zurückführen, wie es Kant zum Gesetz erhoben hat, auf das Prinzip des in Form des kategorischen Imperativs verallgemeinerten persönlichen Verdienstes.«¹⁹ Die Universalität von Chancengleichheit beruht tatsächlich auf der Anerkennung des Individuums als »gesellschaftlicher Grundeinheit«. In der Tat wäre auch niemand ohne weiteres in der Lage, sich diesem Leitprinzip der Chancengleichheit moralisch zu verschließen. Die Schlussfolgerung der herrschenden liberalen Auffassung, dass die Verwirklichung der Chancengleichheit »gerade wegen der prinzipiellen Universalität des individuellen Bezugs nicht inhaltlich festlegbar« ist und dass »der Zauber und Reiz, die Verführungskraft und die Vagheit« diesen Begriff »universell und allseitig als politischen Kampfbegriff verwendbar macht«,²⁰ ist jedoch keineswegs logisch zwingend und kommt einer nur ideologisch zu erklärenden Selbstkastrierung gleich. Auch eine nicht anarchistisch organisierte individualistische Gesellschaft muss im Interesse aller Individuen allgemeine Normen und Regeln befolgen.

¹⁸ Marx 1968: 17.

¹⁹ Bell 1975: 315.

²⁰ Rothe 1981: 18.

Die Universalität der Chancengleichheit besteht gerade darin, dass Individuen sich sowohl zu gegenseitigen Ansprüchen animieren, wie sie untereinander auch Verpflichtungen eingehen. Es entspricht den moralischen Maßstäben und der begrifflichen Logik des Prinzips, dass kein Individuum die Chancen anderer Individuen beeinträchtigen darf – ganz im Sinne von Kants kategorischem Imperativ: »Handele so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann.« Die substanzielle wie unverzichtbare Voraussetzung der Chancengleichheit ist ferner die Gleichheit von Startbedingungen. Diese Bedingung ist moralisch wie logisch integraler Bestandteil des Prinzips. Durch die Ausklammerung von historisch gewachsenen Ungleichheiten, Vermögen und Positionen, die nicht durch eigene Leistung, sondern durch Zuweisung entstanden sind, ist es ausgeschlossen, Chancengleichheit zu realisieren. Angesichts der unterschiedlichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen (Zufallsprinzip durch »die Laune der Natur«) erscheint universale Chancengleichheit als eine schwer lösbare Aufgabe – und ist es auch. Gerade nach dem Scheitern des Egalitarismus und Utilitarismus hat jedoch die Menschheit letztlich keine andere Wahl, als diese Aufgabe in der Praxis schrittweise zu meistern.

Wie sich Chancengleichheit praktikabel und operationalisierbar machen lässt, werde ich später exemplarisch veranschaulichen. Insofern ist die Annahme der Vagheit und vollständigen Offenheit des Prinzips für die politische Praxis eine willkürliche und resultiert eher aus der Gerechtigkeitsvorstellung des klassischen Liberalismus selbst als aus dem universalistischen Gehalt der Chancengleichheit. Wird also das Prinzip Chancengleichheit selektiv, abstrakt und losgelöst von den integralen Voraussetzungen ihrer Geltung aufgefasst, wie dies in den herrschenden liberalen Vorstellungen die Regel ist, so verkommt es in der Konsequenz zu einer ideologischen Worthülse zur Rechtfertigung der Ungleichheit.

Diese reduktionistische Interpretation der Chancengleichheit in der herrschenden liberalen Auffassung verengt den Wirkungsbereich dieses Prinzips auf einige wenige Segmente der Gesellschaftspolitik wie Bildung, Geschlechtergleichstellung und Minderheitenschutz. So wundert es kaum, dass Chancengleichheit in der bisherigen handlungsorientierten, sozialwissenschaftlichen Forschung entweder im Zusammenhang mit Bildungspolitik oder Geschlechtergleichstellung und Frauenpolitik oder aber im Zusammenhang mit der Minderheitenproblematik Eingang gefunden hat. Ganz im Sinne des herrschenden reduktionistischen Verständnisses von Chancengleichheit liegt es auch, dass sie in der amerikanischen Ideologierezeption dem klassisch liberalen und konservativen Interpretationsmuster zuge-

geschrieben wird. So wird auch verständlich, dass exponierte Vertreter der Theorie liberaler Gleichheit wie Rawls und Dworkin Bedenken gegen Chancengleichheit anmeldeten.²¹ Ihre Bedenken gelten bei näherem Hinsehen jedoch dem reduktionistischen Gebrauch und der die Ungleichheit rechtfertigenden Instrumentalisierung des Prinzips, aber nicht dem Prinzip selbst. Demselben Missverständnis unterliegen auch egalitaristische Marxisten, beispielsweise Alain Bihl und Roland Pfefferkorn in ihrem in *Le Monde diplomatique* publizierten Beitrag »Ohne Gleichheit keine Chance.«²²

Den Gründen für die Vernachlässigung der grundsätzlich moralischen und der universalen Bedeutung der Chancengleichheit in beiden großen Gerechtigkeitsphilosophien, der marxistischen einerseits und der radikalliberalen andererseits, kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Diese Vernachlässigung kann jedenfalls nicht logisch, sondern nur historisch begründet sein. Fakt ist jedoch, dass Chancengleichheit als ein umfassendes, universal normenwirksames und für alle gesellschaftlichen Bereiche geltendes, handlungsorientiertes ethisches Fundament in keine der einflussreichen Gerechtigkeitsphilosophien und -theorien und in keine Verfassung²³ bisher Eingang gefunden hat. In diesem umfassenden Sinne wurde sie auch von keiner der relevanten politischen Strömungen und Parteien, die sich der Idee der Gleichheit und der sozialen oder der ökologischen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, zur programmatischen Grundlage und politischen Handlungsmaxime erklärt.

In dem hier vorgetragenen Sinne als *universaler* Anspruch und gleichzeitige Verpflichtung von Individuen ist Chancengleichheit eine moralisch begründete und universal akzeptanzfähige Rechtsgleichheit. Eine so verstandene Chancengleichheit mag auch das Marxsche Dilemma überwinden helfen, das darin besteht, einerseits die Ungleichheit der Individuen anzuerkennen und andererseits keinen dieser Ungleichheit entsprechenden Maßstab für alle Individuen begründen zu können. Die »Missstände« dieses Dilemmas waren offensichtlich Marx selbst bewusst, nur dass er sie wegen der »langen Geburtswehen«, die »aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen sind« für unvermeidlich hielt und die Menschheit damit tröstete, dass sie erst »in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft« verschwinden würden.²⁴

²¹ Rawls 1975: 94; Dworkin 1985: 206f.

²² Bihl/Pfefferkorn: 2002.

²³ Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise kommt der Begriff Chancengleichheit überhaupt nicht vor.

²⁴ Marx 1968: 17.

Chancengleichheit ist nicht nur intragenerativ, sondern auch im intergenerativen Sinne universal. Kants kategorischer Imperativ wird genau genommen erst durch die Ethik der Chancengleichheit normungswirksam und überwindet so seinen Ruf eines bloß formalen Prinzips, mit dem keine Begründungen bestimmter Zwecksetzungen oder Maximen geliefert werden können. In Bezug auf ihre intergenerativ universale Reichweite trägt Chancengleichheit auch jenem von Ethikern oft problematisierten, aber nicht gelösten Legitimitätsdilemma Rechnung: Jede Gesellschaft hätte eigene Vorstellungen von Bedürfnissen und Wohlergehen. Die gegenwärtigen Generationen hätten nicht das Recht, die Bedürfnisse künftiger Generationen zu definieren und ihnen darüber hinaus dafür auch die technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen vorzuschreiben.²⁵ Diesem Einwand kann eine nachvollziehbare moralische Begründung nicht abgesprochen werden. Plausibler und gehaltvoller erscheint aber die moralische Handlungsmaxime für die heutigen Generationen, die künftigen Generationen gleiche Chancen zugestehen, die Natur entsprechend ihren Vorstellungen von Bedürfnis, Wohlergehen und Glück zu nutzen. »Unser Unwissen sollte nicht als Rechtfertigung dafür dienen, dass wir die Lebenschancen der Zukünftigen einschränken.«²⁶ Die moralisch auferlegte Zurückhaltung der normativen Festschreibung dessen, was die Bedürfnisse künftiger Generationen und auf welche Weise sie zu erfüllen sind, verleiht dem Prinzip der Chancengleichheit eine emanzipatorische und selbstverwirklichende Dimension. Chancen künftiger Generationen nicht zu verbauen, ist insofern eine auch den heutigen Generationen nutzbringende Handlungsmaxime der Chancengleichheit, als sie dadurch den Naturerhalt als gesellschaftliches Ziel der Gegenwart in den Vordergrund hebt. Dies ist ein weiterer Gesichtspunkt für die intergenerative Universalität des Prinzips. Tatsächlich impliziert bereits die Nachhaltigkeitsdefinition der Bundtland-Kommission eine Ethik der intergenerativen Chancengleichheit, nämlich durch die Handlungsmaxime: Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen befriedigen, »ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«.

Auf der Grundlage obiger Erläuterungen kann Chancengleichheit im umfassend universalistischen Sinne definiert werden als *gleiche Startbedingung für Individuen, soziale Gruppen, Völker unterschiedlicher Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Kultur, Sprache, für Menschen unterschiedlichen Geschlechts und für verschiedene Generationen, die ihre Bedürfnisse, Lebensstile und Optionen selbst bestimmen. Chancengleichheit bedeu-*

²⁵ Redclift 1993: 9.

²⁶ Leist 1996: 438.

tet Gleichheit des Zugangs zu – im Unterschied zur Gleichheit der Zuteilung von – natürlichen Ressourcen, Gütern und Positionen, wobei das Ergebnis von den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten abhängt. Chancengleichheit ist ein Zustand, der gegen sowohl historisch gewachsene wie sich neu herausbildende Ungleichheitstendenzen stets aufs Neue hergestellt werden muss.

Chancengleichheit, wie hier als eine umfassende Ethik dargestellt, ist eine Weiterentwicklung von gemeinhin akzeptierten, marxistischen bzw. liberalen, intragenerativen Gerechtigkeitstheorien. Deshalb ist sie auch eine liberal-egalitäre Ethik. Dabei können wesentliche, in der Praxis bewährte und anthropologisch begründete Elemente dieser Theorien in die Ethik der Chancengleichheit integriert werden, sofern sie sich ergänzen und das Konzept inhaltlich konsistenter und für die praktische Politik operationalisierbarer machen. Dazu gehören *erstens* das *liberalistische Freiheitsprinzip* und *zweitens* das im *klassischen Liberalismus* und im *Marxismus* entwickelte *Selbsteigentumsprinzip*. Elementar für Chancengleichheit ist auch die Anerkennung der anthropologisch unbestreitbaren Vielfalt der Gattung Mensch, aber auch aller anderen Gattungen. *Drittens* ist das *Vielfaltsprinzip* die objektive und auch moralisch unbestreitbare Grundlage des *Autonomieprinzips* (*viertens*). Die Gemeinschaft von autonomen Individuen, sozialen und ethnischen Gruppen setzt weitestgehende Partizipation der Einzelnen voraus. Chancengleichheit ist demnach *fünfte*s nur bei Verwirklichung des *Partizipationsprinzips* vorstellbar. Des Weiteren ist *sechstens* auch das *Zugangsfreiheitsprinzip* eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Chancengleichheit. Und schließlich ist *siebtens* auch das *Fürsorgeprinzip*, das Ausgleichsmaßnahmen bei natur- oder altersbedingten Benachteiligungen nahelegt, ein integraler Bestandteil der Chancengleichheit, das auch in anderen Ethiken verankert ist.

So gesehen ist Chancengleichheit sowohl das Ziel als auch der Weg der Nachhaltigkeit.²⁷ Als Weg und ethischer Orientierungsrahmen stellt sie ein allgemein akzeptanzfähiges Verfahren und eine Klammer für komplementäre Gerechtigkeitsstrategien und zukunftsfähige politische Allianzen dar. Soziale Gruppen haben in Abhängigkeit von spezifischen Eigeninteressen verständlicherweise auch unterschiedliche, ja sich widersprechende Vorstel-

²⁷ In der oben positiv hervorgehobenen Nachhaltigkeitsstudie des Karlsruher Forschungszentrums wird bei der Formulierung von sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitsregeln durchaus nicht zufällig auf Chancengleichheit verwiesen (vgl. Kopfmüller/Jörissen/Brandl/Paetau 1999: 98 u. 103), ohne dass dabei in dieser Studie der universale ethische Gehalt der Chancengleichheit für das Konzept mehrdimensionaler Nachhaltigkeit erkannt wird.

lungen von sozialer Gerechtigkeit und der jeweiligen Gerechtigkeitsstrategie. So gibt es ganz grob drei unterscheidbare Gerechtigkeitsstrategien:²⁸

- *erstens* Bedürfnisgerechtigkeit als Strategie der Armen und der Besitzlosen, die humanitär und/oder egalitaristisch begründet wird;
- *zweitens* Leistungsgerechtigkeit als eine Strategie, die von der Verschiedenartigkeit der Menschen und ihrer Fähigkeiten ausgeht, den Leistungsfaktor und den Egoismus betont und die Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit für breite Bevölkerungsschichten utilitaristisch durch Maximierung des gesamtgesellschaftlichen Nutzens erreichen will;
- *drittens* Besitzstandsgerechtigkeit als Strategie der Vermögensbesitzer, die darauf abzielt, vererbtes Eigentum als Leistung zu deklarieren und sich so utilitaristisch zu legitimieren.

Politische Systeme haben in den letzten 250 Jahren die soziale Gerechtigkeit entweder gänzlich missachtet (so im Manchesterkapitalismus) oder ihr nur partielle Erfolge beschert (so in der sozialen Marktwirtschaft und im Sozialismus), gleichzeitig jedoch neue Ungerechtigkeiten gegenüber der Natur und den künftigen Generationen hervorgerufen.

Das Konzept Chancengleichheit zielt im Unterschied zu den einzelnen Gerechtigkeitsstrategien auf ein *Verfahren* mit normungswirksamen Eigenschaften und Prinzipien ab, dem sich divergierende gesellschaftliche Gruppen schwer bzw. nur um dem Preis des eigenen Glaubwürdigkeitsverlustes verschließen können. Chancengleichheit als Verfahren und im Sinne der obigen Definition geht von Verschiedenartigkeit individueller Bedürfnisse, Fähigkeiten und Interessen aus, akzeptiert also sowohl die Bedürfnis- wie auch die Leistungsgerechtigkeit, stellt allerdings die Legitimation des vererbten Eigentums als eigene Leistung in Frage. *Mit anderen Worten eröffnet das Konzept Chancengleichheit die Perspektive eines gesellschafts- und bündnispolitisch bedeutsamen Paradigmenwechsels, nämlich die für die bisherigen Katastrophen verantwortliche unheilige Allianz zwischen Leistung und vererbtem Besitz durch eine neue und zukunftsfähigere Allianz zwischen Bedürfnis und Leistung abzulösen.* Chancengleichheit geht vom Egoismus und der Vielfalt von Interessen und Optionen aus,²⁹ liefert eine ethisch handhabbare Verfahrensgrundlage für die Synthese zwischen Bedarfsorientierung und individueller Nutzenmaximierung, zwischen Egalitarismus und Utilitarismus. Sie schließt allerdings per Definition aus, dass

²⁸ Huber unterscheidet drei Prinzipien sozialer Gerechtigkeit: Leistungsgerechtigkeit, Bedürfnisgerechtigkeit und Besitzstandsgerechtigkeit (Huber 1995: 87ff.).

²⁹ Vergleiche in diesem Zusammenhang auch »Wege aus der Kapitalismusfalle« in Kapitel 2.

eine kleine privilegierte und machtpotente Minderheit sich das Recht nimmt, ihren Egoismus voll auszuleben, ihre individuellen Nutzenmaximierungsoptionen vollständig zu realisieren, die durch sie verursachten Kosten zu externalisieren und dadurch die große Mehrheit der heutigen Menschen und der künftigen Generationen daran zu hindern, ihrerseits ihr Ego ausleben und ihren individuellen Nutzen maximieren zu können. Hinsichtlich künftiger Generationen erübrigt Chancengleichheit das Problem einer Festlegung, was für künftige Menschen gut und gerecht ist. Vielmehr kommt es darauf an zu bestimmen, was die heutigen Menschen unterlassen sollten, damit künftigen Generationen die Chance verbleibt, selbst zu definieren, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Das vorgestellte Konzept Chancengleichheit und seine Grundprinzipien sind vorläufig. Es bleibt zu überprüfen, inwiefern sowohl die Definition der Chancengleichheit wie deren Einzelprinzipien vollständig sind, ob jedes Einzelprinzip für sich konsistent ist und diese zusammen in ein Gesamtkonzept integrierbar sind, und schließlich, ob diese Einzelprinzipien auch evolutionsgeschichtlich untermauert werden können.

Die Frage der Rangordnung der oben aufgelisteten sieben Prinzipien muss vorerst offen bleiben.³⁰ Ob eine wertende Rangordnung oder aber Gleichrangigkeit moralisch zwingend ist, bedarf der eingehenden Untersuchung, obgleich schon vieles dafür spricht, dass diese Prinzipien auf jeden Fall in einer unauflösbaren Beziehung zueinander stehen müssten. Hinreichend begründet ist jedoch die Hypothese, dass Chancengleichheit den Anforderungen einer mehrdimensionalen Ethik und der Politik der integralen Nachhaltigkeit deutlich stärker Rechnung trägt als die bisher bekannten Gerechtigkeitsethiken. Sie wird als eine integrative Weiterentwicklung jener gängigen Gerechtigkeitsethiken begriffen, in denen entweder das Gleichheits- oder das Freiheitsprinzip absolut dominiert. *Autonomie, Selbstverwirklichung, Freiheit, Partizipation und Fürsorge, Zugangsfreiheitsprinzip, Leistungs- und Bedürfnisgerechtigkeit verleihen der Chancengleichheit eine in höchstem Maße moralische Tauglichkeit und Politikfähigkeit.*

³⁰ In Rawls' Theorie der liberalen Gleichheit sind alle Gerechtigkeitsprinzipien dem ersten Grundsatz des »umfangreichsten Gesamtsystems gleicher Grundfreiheiten für alle« in »lexikalischer Ordnung« nachgeordnet, Rawls 1975: 336.

4. Chancengleichheit bei der Nutzung globaler Ressourcen

Das *Zugangsfreiheitsprinzip* ist eines der sieben Grundprinzipien der Chancengleichheit, das sinnvollerweise gleichrangig mit allen anderen Grundprinzipien zur Geltung kommen soll. Die natürlichen Ressourcen, die nicht die Menschheit erschaffen hat, sondern die auf mystisch oder rational oder wie auch immer erklärte Schöpfer zurückgeführt werden müssen, sind öffentliche Universalgüter. Sie dürften niemandem, weder Privatpersonen noch Staaten, gehören. Im Zustand der Nachhaltigkeit sind alle natürlichen Ressourcen der Welt im Prinzip das Erbe der Menschheit.³¹ Dies bedeutet, dass auf dem Wege zur Nachhaltigkeit irgendwann auch die UN-Vollversammlung den gesamten Globus zum Erbe der Menschheit erklären müsste. Privatpersonen und Staaten wären dann nicht mehr Eigentümer, sondern bloße Besitzer von Bruchteilen der Natur. So gesehen wäre der eigentliche Eigentümer die Menschheit in ihrer Gesamtheit, sodass jeder einzelne Mensch, egal in welchem Teil der Erde und welcher Nationalität, Ethnie oder Hautfarbe, den gleichen Anspruch auf die Ressourcen hätte und dementsprechend an deren Früchten zu beteiligen wäre.

Die universale Vergesellschaftung aller natürlichen Ressourcen würde an den gegenwärtigen ökonomischen Aktivitäten nichts ändern. Die gegenwärtigen Privatpersonen bzw. Staaten würden juristisch in den Status der Besitzer, Pächter oder Nutzer versetzt, sie müssten allerdings, je nach Naturproduktivität, also nach von der Natur vorgegebenen Vorteilen, die sich in höheren Einnahmen (Differentialrenten)³² widerspiegeln, an einen von den UN verwalteten Ausgleichsfonds Pacht oder Rente zahlen, wobei die Marktförmigkeit der Nutzung – solange es keine bessere Alternative zu dieser Form der Allokation gibt – unangetastet bliebe. Es blieben dann Regeln aufzustellen, nach denen die erwirtschafteten Einnahmen anteilig an die gesamte Menschheit zurückfließen. Damit würde dann auch jenen Völkern und Staaten, die arm an natürlichen Ressourcen sind, eine Handhabe gegeben, um ihrer Teilhabe an den natürlichen Ressourcen gemäß der Chancengleichheit Geltung zu verschaffen.³³

³¹ Erste Überlegungen dazu vgl. Massarrat 1993: 218ff.

³² Siehe dazu Abb. 7 in Kapitel 4 dieses Buches.

³³ Die Initiative einiger OPEC-Staaten, insbesondere Venezuela und Iran, den alten OPEC-Ausgleichsfonds für arme Entwicklungsländer wiederzubeleben, ist zwar marginal, geht aber in diese Richtung. Chavez' Bereitschaft, in direkten Verhandlungen mit US-Kommunen (Louisiana) und auch mit der Stadt London, preiswerte Treibstoffe für öffentliche Verkehrsmittel zur Unterstützung ärmerer Bevölkerungsschichten bereitzustellen (im Rahmen eines Tausches gegen kommunales Know-how), ist sicherlich poli-

Dies ist selbstverständlich ein exemplarisches Verfahren, das hier für einen der kompliziertesten Bereiche angedacht ist, um zu demonstrieren, dass es Wege zur Koordinierung der Chancengleichheit gibt. Entscheidend bleibt immer, wie es gelingen kann, zu diesem Ziel zu gelangen und wie es möglich gemacht werden kann, auch potenzielle Verlierer politisch für dieses Verfahren zu gewinnen. Dazu wird es auf jeden Fall unvermeidlich sein, globale Allianzen zu bilden. Dabei ist die Diskussion müßig, ob der universalen Vergesellschaftung die Gründung eines Weltstaates vorausgehen müßte. Vielmehr kann ein Weltstaat das Ergebnis eines langen Prozesses sein, in dem in allen Bereichen Schritt für Schritt weltstaatliche Strukturen geschaffen werden.

tisch motiviert. Dennoch können diese Schritte als Signale eines universalistischen Bewusstseins im Zusammenhang mit Pflichten der Eigentümer von natürlichen Ressourcen interpretiert werden. Der direkte Naturalientausch – Öl gegen medizinische Dienstleistungen – zwischen Venezuela und Kuba gehört m.E. zum Bereich Süd-Süd-Kooperation und solidarische Ökonomie.

Kapitel 6

De-Globalisierung in kapitalistischen Zentren: Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Europa ist das größte Hindernis für echte und an den Menschen orientierte Reformen. Klassische keynesianische Konzepte reichen längst nicht aus, um die Massenarbeitslosigkeit zu bewältigen. Der Neoliberalismus verdankt seinen Siegeszug nicht der eigenen konzeptionellen und moralischen Überlegenheit, sondern in erster Linie der Krise des Keynesianismus und der linken Parteien. Es ist den neoliberalen Ideologen, Parteien und Institutionen gelungen, die Nöte und sozialen Unsicherheiten der Menschen für ihre unsichtbare Diktatur und kulturelle Hegemonie zu instrumentalisieren und weltweit manchesterkapitalistische Bedingungen durchzusetzen. Die Zeit ist reif, den Neoliberalismus durch ein an den Menschen orientiertes Leitbild für *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Beschäftigung* abzulösen. Dazu bedarf es allerdings einer neuen Allianz aus Gewerkschaften und breiten zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die die Kraft finden, Tabus abzulegen und das historische Projekt der Neugestaltung von Erwerbs- und Eigenarbeit, der Umsetzung von qualitativen Wachstumsstrategien und des Einleitens einer gerechteren Welt wirkungsvoll anzupacken.

1. Massenerwerbslosigkeit und Krise des Keynesianismus

Die Massenerwerbslosigkeit ist ein weltweites Phänomen. In den Industrieländern bewegt sich die Arbeitslosenrate in einer Spannbreite von 3% (Luxemburg) bis 12% (Griechenland). In den östlichen und südlichen Transformations- und Entwicklungsländern beträgt sie 20% und deutlich darüber. Die Ursachen sind verschieden.

Hohe Wachstumsraten gehören in den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten der Vergangenheit an, sie bewegen sich seit Anfang der 1970er Jahren tendenziell unterhalb der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität. Das hohe Rationalisierungstempo als Folge des flächendeckenden Einsatzes von

High-Tech und Kommunikationstechnologien kann trotz erheblicher Anstrengungen durch die Mobilisierung von neuen Wachstumskapazitäten nicht mehr aufgefangen werden. In den entwickelten Industrieländern wird immer mehr gesellschaftlicher Reichtum mit immer weniger lebendiger Arbeit produziert – ganze Bevölkerungsschichten verlieren ihre Arbeit und werden auf Dauer vom Arbeitsprozess und vom Wirtschaftskreislauf abgekoppelt.

In den Transformations- und Entwicklungsgesellschaften werden zwar sehr hohe Wachstumsraten erzielt und die Wachstumsressourcen werden auch noch für lange Zeit beträchtlich bleiben. Dennoch herrscht hier Massenerwerbslosigkeit, weil die Aufnahmekapazität der Arbeitsmärkte dieser Gesellschaften nicht groß genug ist, um jenes beträchtliche neue Arbeitskräftepotenzial aus den noch nicht durchkapitalisierten Bereichen zu absorbieren.

Der klassische, auf Vollbeschäftigung orientierte »(Links-)Keynesianismus« lieferte über mehrere Jahrzehnte in den OECD-Staaten wirkungsvolle Konzepte zur Eindämmung der Massenerwerbslosigkeit. Als Strategie zur Mobilisierung von Wachstumsressourcen war er während der Nachkriegsära in den Industriestaaten des Nordens mit ihren als unerschöpflich erscheinenden Wachstumskapazitäten in der Tat unschlagbar. Wo aber Wachstumsressourcen zur Neige gehen, das Rationalisierungstempo rasant ansteigt und extensive durch intensive Wachstumsstrategien abgelöst werden, verlieren keynesianische Instrumente, auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, ihre Durchschlagskraft.¹ Dies ist m.E. der Hauptgrund für die Krise des Beschäftigungs-Keynesianismus seit dem Beginn der 1980er Jahre und für die tiefgreifende Unsicherheit der Links-Keynesianer aller Schattierungen gegenüber den neoliberalen Postulaten von Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Bis heute befindet sich die keynesianische Beschäftigungspolitik in einer Defensive, aus der sie auch absehbar nicht herauskommen dürfte.

Keynesianismus und Neoliberalismus haben – wie die Szenarien der Erwerbslosigkeit für den Zeitraum 1997-2010 belegen – beide keine wirksamen Konzepte zur Lösung der Massenarbeitslosigkeit. In Deutschland z.B.

¹ Ungeachtet seines Bedeutungsverlustes als Beschäftigungsstrategie bleibt der Keynesianismus auch in den OECD-Staaten weiterhin ein wirksames Steuerungskonzept bei Konjunkturschwankungen. In den Transformationsgesellschaften scheinen keynesianische Konzepte auch hinsichtlich der Mobilisierung von Wachstumsressourcen und Beschäftigungskapazitäten die Zukunft noch vor sich zu haben.

wird, selbst bei sehr optimistischen Wachstumsraten von jährlich 2,6-2,8% bis 2010, die Massenerwerbslosigkeit nicht abnehmen,² weil für diesen Zeitraum Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität zwischen 2,4-2,6% prognostiziert werden. Nur durch deutlich höhere Wachstumsraten kann jedoch mit einem Abbau der Erwerbslosigkeit gerechnet werden. Zwischenzeitlich wurden die prognostizierten Wachstumsraten durch die realen Wachstumsraten, die zwischen 1997-2003 deutlich unter 2% lagen, drastisch unterschritten. Höhere Wachstumsraten waren und sind also unrealistisch. Jeremy Rifkin prophezeit nicht zuletzt auch aufgrund der rasanten Produktivitätssteigerung übertrieben »das Ende der Arbeit.«³

Höhere Wachstumsraten sind – selbst wenn sie erreichbar wären – auch aus ökologischen Gründen nicht wünschenswert. Ungeachtet der Problematik der ökologischen Wachstumsgrenzen können angesichts der weiterhin zu erwartenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der wachsenden Erwerbslosigkeit auch Maßnahmen wie die Förderung kommunaler Investitionstätigkeit, Binnenmarkimpulse durch Steuersenkung, Förderung des Mittelstandes, Investitionsprogramme für die Modernisierung der Infrastruktur und der Umwelt – wie sie aus dem Kreis linker Sozialdemokraten und der Gewerkschaften als Alternative zur Agenda 2010 erhoben werden – bestenfalls die weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit bremsen. Sie reichen allein zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit nicht aus.

2. Die neoliberale Diktatur

Der klassische Keynesianismus zielt auf Vollbeschäftigung, scheitert aber an Grenzen, die durch eine Wechselwirkung von steigender Arbeitsproduktivität und sinkenden Wachstumsressourcen hervorgerufen werden. Der Neoliberalismus braucht dagegen die Massenerwerbslosigkeit. Er gleicht einer imaginären globalen Mega-Planieraupe, die auf der Schiefebene des globalen Lohngefälles dahin rollt und dabei alle politischen und moralischen Schranken niederreißt, die den Interessen der Reichen dieser Welt entgegenstehen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, Privatisierung und Deregulierung aller Lebensbereiche beschleunigen zusätzlich das Bewegungstempo dieser globalen Mega-Maschine. Das globale Lohngefälle bleibt aber ihre Hauptantriebskraft. Diese Mega-Maschine ist die Metapher für eine unsichtbare Diktatur der Reichen und eines neuen Typs kapitalistischer

² Altmann 2000.

³ Rifkin 2004.

Akkumulation, die – nicht zu verwechseln mit Adam Smiths unsichtbarer Hand des Marktes – auch ohne den Absolutismus des Manchesterkapitalismus und die Militärdiktaturen in der Dritten Welt für Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung in den Industrieländern und für Hungerlöhne in der Dritten Welt sorgt, und die unbemerkt demokratische Errungenschaften aufzehrt. Diese Diktatur ist in Wirklichkeit gefährlicher, gerade weil sie unsichtbar ist. Sie blockiert nicht nur die Reformen und die Demokratisierung, sondern spült die bis dato aufgebauten Fundamente der Solidarität und Demokratie schleichend weg.

Diese unsichtbare Diktatur ist es auch, die dafür sorgt, dass hart erkämpfte soziale Errungenschaften abgebaut, Unternehmen und Staaten von ihrer sozialen Verantwortung entlastet werden und dass ein globaler Lohnniedrigsektor etabliert wird. Diese Diktatur ermöglicht ferner, dass eine reibungslose Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden stattfinden kann und dass Regierungen gegen Gewerkschaften, Kommunen und Länder gegen den Bund, jüngere gegen ältere Generationen, Männer gegen Frauen und Inländer gegen Ausländer ausgespielt werden. Der Handlungsspielraum für die Zukunftsgestaltung, für Strategien zum ökologischen Umbau, Klimaschutz und globaler Armutsbekämpfung werden auf Null reduziert. Reformen verlieren dabei auch begrifflich ihren gestalterischen Sinn und werden zu Maßnahmebündeln des Sozialabbaus umdefiniert. Diesem System erst einmal verhaftet, beginnen selbst Regierungen mit sozialökologischem Reformanspruch entgegen der eigenen Programmatik zu handeln und – wie z.B. die rot-grüne Bundesregierung in Deutschland – soziale Einschnitte, wie beispielsweise Lockerung des Kündigungsschutzes, höhere Arbeitnehmeranteile an den Gesundheitskosten und Erhöhung des Rentenalters, wider besseren Wissens als Reformprogramme zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auszugeben. Die Nöte und Sorgen der Menschen um ihre Zukunft, der Wunsch von Millionen Arbeitslosen nach Beschäftigung – in der EU sind es inzwischen mehr als 14 Millionen Menschen – werden zur Legitimation von Scheinlösungen gegen die Erwerbslosigkeit instrumentalisiert. Wo die gesamten Denk- und Handlungskapazitäten von Gesellschaften auf Scheinlösungen und Lebenslügen gelenkt werden, erledigen sich alle Anstrengungen für eine zukunftsfähige und gerechtere Welt von selbst.

Diese neoliberale Diktatur funktioniert so lange wie der Teufelskreis der Massenarbeitslosigkeit und der Abwärtsspirale der Lohnsenkungen erhalten bleibt und solange die einseitige Liberalisierung entlang der asymmetrischen Achse globaler Machtungleichheit das Tor zur hemmungslosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen offen hält. So lange schöpfen auch neoliberale Propagandisten aus diesem Teufels-

kreis ihre als eine unsichtbare Diktatur wirkende »kulturelle Hegemonie«, und so lange können sie unwidersprochen diesen Teufelskreis als Naturgesetz – *there is no alternative* – ausgeben, dem sich alle zu beugen haben. Und sie beugen sich: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien bis hin zu katholischen Bischöfen verneigen sich vor diesem gnadenlosen »Sachzwang«. Während der Neoliberalismus linke Parteien wie führungslose Züge vor sich hertreibt und sie zu willigen Vollstreckern seiner »Reformen« macht, verlieren diese Parteien ihre soziale Basis und die Gewerkschaften ihre Mitglieder.

Die nächste Etappe neoliberaler Offensive zur Durchsetzung der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich ist längst im Gange. Ende März 2004 kündigte der öffentliche Dienst an, die Arbeitszeit auf 40 oder gar 42 Stunden zu verlängern und ermutigte so die Privatwirtschaft, nun ihrerseits Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich durchzusetzen. Der Erfolg des Siemens-Konzerns, mittels der Drohung zur Arbeitsplatzverlagerung nach Osteuropa bei 4.000 Beschäftigten von Handy-Herstellungswerken in Nordrhein-Westfalen im Juni 2004 fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit durchzusetzen, ist kein Einzelfall. Über 100 Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie verhandeln derzeit über die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche, selbstverständlich ohne Lohnausgleich. Der VW-Konzern strebt eine Abkehr vom Modell der 28-Stunden-Woche an und ist offenbar entschlossen, die 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wieder einzuführen. Und der IG Metall fällt offenbar keine bessere Idee ein, als im Gegenzug lediglich eine Beschäftigungsgarantie für die gegenwärtig Beschäftigten zu verlangen.

3. Aus der Krise in die Offensive: 30-Stunden-Woche für Deutschland und Europa bis 2010

Es ist an der Zeit, die weit verbreitete Lebenslüge »*Alles was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für die Menschen gut*« humanitär in das Prinzip »*Alles was für die Menschen gut ist, muss auch für die Wirtschaft gut sein*« zu wandeln. Dazu müssten allerdings die usurpierten Schlüsselwerte wie individuelle Freiheiten, Vielfalt menschlicher Bedürfnisse und das Recht auf erweiterte private Entfaltungsräume aus humanitärer Sicht neu interpretiert und für alle gesellschaftlichen Bereiche in konkrete Handlungen übersetzt werden. Das Fehlen dieses Leitbildes scheint der Hauptgrund für das Ohnmachtsgefühl und die Lähmung vieler Menschen zu sein, die angesichts der konkreten Auswirkungen des Neoliberalismus auf ihren Alltag ihr Vertrau-

en in alle politischen Parteien und Repräsentanten, teilweise auch in die Gewerkschaften, verloren haben. Um die Ohnmacht und Selbstblockade zu überwinden stünde nun eigentlich auf der Tagesordnung, eine am Menschen orientierte Perspektive für alle erkennbar am gesellschaftlichen Horizont anzukündigen.

Was bedeutet aber unter den Bedingungen der Schwäche linker Parteien und Gewerkschaften, der Krise des Links-Keynesianismus, eine politische Gegenoffensive? Ist es möglich, den neoliberalen Teufelskreis zu durchbrechen, die globale Mega-Planierraupe zu bremsen, die unsichtbare Diktatur zu entzaubern und die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus durch ein humanitäres Leitbild zu überwinden? Die Antwort lautet grundsätzlich ja, aber nur unter bestimmten Bedingungen: *Erstens* müsste von der Illusion des Wunders eines ungezügigten Wachstums Abschied genommen werden und *qualitatives Wachstum* als ökonomisch wie moralisch positives Ziel anerkannt werden. Selbst ein *Nullwachstum auf hohem Niveau* ist ein höchst anspruchsvolles Ziel, das Gestaltungspotenziale mobilisiert. Und *zweitens* müsste die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit – 30-Stunden-Woche bis 2010 – als eine wirksame Alternative zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in den Vordergrund gestellt und qualitativen Wachstumsmustern konform konzipiert werden. Eine Strategie des qualitativen Wachstums zielt auf den Ausbau von sozialen Dienstleistungen, der ökologischen Landwirtschaft und der regenerativen Energiequellen. Dies sind Boomsektoren, die gerade in hochentwickelten Industriegesellschaften wie Deutschland eine wichtige Quelle für neue Arbeitsplätze darstellen. Dass soziale Dienstleistungen nur Geld kosten und Steuereinnahmen belasten, ist eine Legende, bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Richtig ist vielmehr, dass auch im sozialen Dienstleistungssektor hochwertige Arbeitsplätze entstehen und immaterielle Reichtümer geschaffen werden, und dass auch dieser Sektor im beträchtlichen Ausmaß Steuern an den Staat abführt.

Qualitatives Wachstum, weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität – dies sind neue inhaltliche Orientierungspunkte, die helfen, verlorenes Terrain für echte Reformen wiederzugewinnen und eine De-Globalisierung von den Systemfundamenten her in Gang zu setzen.⁴ Dazu bedarf es allerdings einer in sich stimmigen, realisierbaren und auch politisch vermittelbaren Alternative zur neoliberalen Strategie des mehr Arbeit für weniger Lohn und Massenarbeitslosigkeit. Dreh- und Angelpunkt auch der 30-Stunden-Woche ist die *Wettbewerbsfähigkeit*. Der Neoliberalismus interpretiert die-

⁴ Siehe auch »Revolutionäre Reformen durch Nachhaltigkeit und De-Globalisierung« in Kapitel 5 dieses Buches.

ses Steuerungsprinzip kapitalistischer Produktion stets im Sinne von Kostensenkung durch Sozialabbau. Die humanitäre Alternative muss überzeugend dokumentieren, dass Wettbewerbsfähigkeit mit einer ökonomisch, ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht im Widerspruch stehen muss.

Dies setzt allerdings die Bereitschaft zum Verzicht auf vollen Lohnausgleich und die Koppelung der Arbeitszeitverkürzung an Zugeständnisse auf der Lohn- und Gehaltsseite voraus. Denn unter der gegenwärtig schwer zu leugnenden Offensive der Kapitalseite, mittels Globalisierung als Drohung und der Möglichkeit, das internationale Lohngefälle zur Durchsetzung von Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung erfolgreich zu instrumentalisieren, kann aller Wahrscheinlichkeit nach ein Konzept der Arbeitszeitverkürzung nur dann die realen Kräfteverhältnisse zugunsten der abhängig Beschäftigten verändern, wenn es unter dem Strich *kostenneutral* gestaltet ist und dem Wettbewerbsfähigkeitsaspekt nicht ausweicht, sondern diesem Rechnung trägt. Die Alternative *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit* ist, wie im Folgenden näher erläutert wird, in sich stimmig und auch realisierbar, ohne die kapitalistischen Rahmenbedingungen auf den Kopf stellen zu müssen.

Umverteilung von Arbeit bei gestaffeltem Lohnausgleich

Eine Umverteilung der Erwerbsarbeit und des Einkommens ohne substanzielle Wohlstandsverluste ist – dies kann vorausgeschickt werden – durchaus möglich. In 2002 waren in Deutschland 42.022 Millionen Erwerbspersonen, 37.962 Millionen Erwerbstätige und 4.060 Millionen Erwerbslose registriert. Die Erwerbstätigen leisteten insgesamt 55.881 Mrd. Stunden Arbeit. Um Vollbeschäftigung zu verwirklichen, müsste dieses Arbeitsvolumen auf 42.022 Millionen Erwerbstätige umverteilt werden. Die 2002 geleistete Jahresarbeitszeit von 1.472 Stunden reduzierte sich dann um 142 Stunden auf 1.330, somit um 9,6%. Die Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit für abhängig Beschäftigte von 34,6 Stunden (darin sind die Arbeitszeit der Voll-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten, aber auch alle Überstunden eingeschlossen) in 2002 auf 30 Stunden in 2010 entspricht einer Arbeitszeitverkürzung um 13,3%. Sie führt in einem statischen Modell rein rechnerisch zu »Überbeschäftigung«. Bei einer dynamischen Betrachtung nimmt die 30-Stunden-Woche die frei werdenden Beschäftigungskapazitäten als Folge weiterer Produktivitätssteigerungen – die demnächst zu erwarten sind – jedoch vorweg und stellt daher eine richtige Zielgröße dar, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und die dann erreichte Vollbeschäftigung mittelfristig auch zu halten.

Soweit die Statistik. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie die Alternative *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit* bei den lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten akzeptanz- und auch gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht und politisch durchgesetzt werden kann. Die Kostenneutralität bedeutet die sukzessive Senkung des Bruttoeinkommens der abhängig Beschäftigten von 1.130,53 Mrd. Euro in 2002 bis 2010 um 13,3% bzw. insgesamt ca. 150 Mrd. Euro. Dieser Einkommensverzicht erscheint für Millionen Beschäftigter, die einkommensschwach sind, als eine Zumutung – und ist es auch. Genau darin liegt deshalb auch die Hauptschwäche dieser Alternativstrategie begründet, die jedoch nicht unüberwindbar ist:

Erstens könnten die dabei eingesparten Kosten der Erwerbslosigkeit – sie betragen in Deutschland jährlich ca. 80 Mrd. Euro⁵ – zur Staffelung bzw. teilweisem Lohnausgleich, vor allem bei unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, verwendet werden. Durch die eingesparten Kosten der Arbeitslosigkeit kann eine Steuerentlastung, vor allem bei unteren Lohngruppen, finanziert werden. Da bei Lohnabhängigen das Realeinkommen durch den Nettolohn bestimmt wird, bliebe bei entsprechender Steuerentlastung das Nettoeinkommen der unteren Lohngruppen trotz Arbeitszeitverkürzung unverändert.⁶

Zweitens müsste die Restsumme von 70 Mrd. Euro im Wesentlichen durch höhere Einkommensgruppen aufgebracht werden. Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit von Einkommensverlusten in dieser Größenordnung sollte jedoch folgendem Umstand Rechnung getragen werden: Die Job-Besitzer und gut Verdienenden verloren in den letzten zwei Dekaden gerade wegen anhaltender Massenerwerbslosigkeit und der darauf beruhenden dramatisch geschwächten Kampfkraft der Gewerkschaften auf schleichendem Wege ohnehin ihren »Besitzstand«, und zwar durch Reallohn-Abbau und Streichung von Sozialleistungen. Mehr noch: Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass sich die neue Offensive für mehr Arbeit ohne Lohnausgleich flächendeckend durchsetzen könnte, würde ihr nicht eine wettbewerbsneutrale Gegenoffensive für *weniger Erwerbsarbeit entgegengesetzt werden*.

Dass die 30-Stunden-Woche durchaus ein realisierbares Ziel ist, zeigen die Entwicklungen in Holland und Dänemark. In Holland beträgt die durch-

⁵ Der hier geschätzte Betrag beruht auf für 1997 detailliert berechneten Kosten von 165,9 Mrd. DM bei 4.384 Millionen Erwerbslosen (vgl. Altmann 2000: 114f.) In 2002 dürfte sie geringer ausfallen, möglicherweise um ca. 8% angesichts von 4.060 Millionen, d.h. 8% weniger Erwerbslosen. Die Kosten der Arbeitslosigkeit setzen sich zusammen aus Ausgaben und Mindereinnahmen für die Bundesagentur für Arbeit, für den Bund, die Länder und Gemeinden sowie für die Kranken- und Pflegeversicherung.

⁶ Bontrup 2005.

schnittliche Wochenarbeitszeit inzwischen sogar unter 30 Stunden und die Erwerbslosenquote 3,2%, beide Werte sind die niedrigsten in Europa. In Dänemark beträgt die Wochenarbeitszeit 33,5 Stunden und die Arbeitslosenquote 4,7%.⁷ Je niedriger also die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, desto geringer die Erwerbslosigkeit. Dieses Ziel wurde in beiden Ländern, vor allem durch die Verwandlung einer beträchtlichen Anzahl von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze, d.h. im Endergebnis und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohnausgleich erreicht.

Mit einem Verzicht auf Lohnausgleich und der dabei in Kauf genommenen Einkommensenkung heute sorgt die sinkende Arbeitslosigkeit dafür, dass morgen Einkommenszuwächse überhaupt möglich werden. Natürlich ließe sich rein rechnerisch auch eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich begründen, beispielsweise durch Umschichtung der Steuerentlastungen von der Kapitaleseite auf die Seite der abhängig Beschäftigten. Dafür gibt es auch gute soziale und moralische Gründe. Dennoch bleibt diese rechnerisch und moralisch durchaus begründete Option – wie in den letzten 15-20 Jahren – auch in Zukunft defensiv und politisch wirkungslos, da sie dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Planierraupe und den Drohungen, Betriebe in alle Richtungen, erst nach Osteuropa und dann in den Süden, auszulagern, verteilungspolitisch nichts entgegen setzt. Umgekehrt wird die Alternative *kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung* trotz der Einkommenszugeständnisse an die Kapitaleseite, so ihre Akzeptanzfähigkeit bei den abhängig Beschäftigten gewährleistet ist, zu einer politisch offensiven Strategie, weil sie dem Kapital den durch die neoliberale Mega-Maschine wirkungsvoll erzeugten Wind ebenso wirkungsvoll aus den Segeln nimmt. Obgleich die Unternehmerverbände auch dann nicht aufhören würden, das weiterhin bestehende globale Lohngefälle für ihre Ziele von *mehr Arbeit ohne Lohnausgleich* mit der einkalkulierten Massenarbeitslosigkeit zu instrumentalisieren, würden sie doch angesichts einer mit erheblichen Zugeständnissen der abhängig Beschäftigten verbundenen Alternative mächtig unter Legitimationsdruck geraten. *Ließen sich Neoliberale und Unternehmerverbände auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ein, begäben sie sich auf den Rückzug; verweigerten sie sich dagegen dieser Alternative, dann riskierten sie das Auseinanderbrechen der neoliberalen Allparteien-Koalition.* So oder so – die neoliberale Hegemonie geriete aller Wahrscheinlichkeit in jene Legitimationskrise, die nötig ist, um große Hindernisse für die humanitäre

⁷ Vgl. dazu Spitzley 2003.

Perspektive *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität ohne Massenarbeitslosigkeit* aus dem Weg zu räumen. Der Damm, der die globale Mega-Planierraupe abbremsen könnte, wäre errichtet.

Strategische Grundüberlegungen

Die 30-Stunden-Woche ist zunächst eine Zielgröße und der Orientierungspunkt eines neuen humanitären Leitbildes, das nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft, sondern in noch stärkerem Maße den Menschen in den Vordergrund stellt. Sie bezieht sich auf die für Deutschland ermittelte durchschnittliche Wochenarbeitszeit für alle abhängig Beschäftigten, die 2002 34,6 Stunden betrug. Sie bedeutet im Endergebnis eine Verkürzung um 4,6 Stunden bzw. um 13,3%. Geht man jedoch von der Wochenarbeitszeit für lohn- und gehaltsabhängige Vollbeschäftigte aus, die 2002 39,9 Stunden betrug, so bedeutet die 30-Stunden-Woche eine Verkürzung um 9,9 Stunden bzw. um 24,8%. Welches der beiden Modelle im Sinne von Kostenneutralität politisch realisierbar wäre, bedarf weiterer Diskussion. Auch die Frage, ob die Kostenneutralität als erster Schritt bei Kampagnen und Verhandlungsangeboten thematisiert werden soll, hängt davon ab, ob und in welchem Grad die betroffenen abhängig Beschäftigten bereit sind, Einnahmeverluste gegen Lebensqualität und langfristig auch mehr Verhandlungsmacht gegenüber der Kapitaleseite zu akzeptieren. Insgesamt ist die Frage des Lohnausgleichs selbstverständlich eine Frage der Verhandlung und der Kräfteverhältnisse in konkreten Auseinandersetzungen. Festzuhalten ist jedoch, dass Kostenneutralität als Ergebnis eine realistische Option ist, mit der im Kampf um Arbeitszeitverkürzung auch politisch gearbeitet werden kann und sollte. Arbeitszeitverkürzung beschränkt sich nicht auf die Wochenarbeitszeit. Sie müsste alle sinnvollen und akzeptanzfähigen Formen der Verkürzung wie Teilzeitbeschäftigung, Senkung der Jahresarbeitszeit, aber auch flexible Gestaltung der Arbeitszeit einschließen.

Weniger Erwerbsarbeit und mehr Flexibilität

Die 30-Stunden-Woche müsste vor allem aus der Mikro-Perspektive auf die vielfältigen betrieblichen Besonderheiten und Erfordernisse der Groß- und Mittelstandsbetriebe, des öffentlichen Dienstes und der kommunalen Versorgungsbetriebe flexibel für Beschäftigte und am Kundeninteresse orientiert übersetzt und geregelt werden. Warum sollten sich die vier Millionen Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten, einer flexibleren Arbeitszeit im Interesse einer patientenfreundlicheren Dienstleistung verweigern, wenn ihnen im Gegenzug eine flexible Arbeitszeitregelung zugestanden würde, die ihren individuellen Freiheitsraum spürbar verbessert? Warum sollte das-

selbe Prinzip nicht auch für andere Bereiche, ja für den gesamten Dienstleistungsbereich in Kommunen und Gemeinden, gelten? Dieses am Menschen orientierte Leitbild eröffnet durch flexiblere Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensarbeitszeit insofern die Perspektive, den spezifischen Bedürfnissen aller abhängig Beschäftigten, der Teilzeitbeschäftigten, der Alleinerziehenden und unterschiedlicher Altersgruppen differenzierter als bisher Rechnung zu tragen und ihnen dadurch zu ermöglichen, ihre individuellen Freiheitsräume und Gestaltungsoptionen zu erweitern sowie ihre Privatsphäre zwecks sinnvollerer Kombination zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit neu zu organisieren.

Europäische Perspektive des Projekts

Diese Perspektive ist zwar komplex, jedoch mittelfristig letztlich unausweichlich. Arbeitszeitverkürzung als nationale Politikstrategie dürfte dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Maschine nicht standhalten. Als europäisches Konzept kann sie umgekehrt die Strategie der europaweit organisierten Konzerne durchkreuzen, die europäischen Staaten durch Standortwettbewerb gegeneinander ausspielen. Die europäische Perspektive erfordert durchaus nicht den gleichzeitigen Start des Projektes in allen europäischen Staaten. Es dürfte genügen, die Initiative zunächst auf einige wichtige EU-Staaten mit starken Traditionen der Arbeiterbewegung, sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen – wie Frankreich, Italien, Deutschland, England und Spanien – zu konzentrieren. Das wäre komplex genug und für alle Beteiligten ohnehin eine Herausforderung von historischem Gewicht. Nicht unwichtig ist auch – quasi als Nebenprodukt – die Herausbildung einer sozialpolitisch untermauerten europäischen Identität und die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie nicht nur gegen die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus in Europa, sondern auch für den Aufbau einer multilateralen, sozial- und ökologisch gerechten Weltordnung.

Globale Gerechtigkeit

Die Umverteilung der Arbeit ohne Lohnausgleich innerhalb unterschiedlicher Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten in Deutschland, in Europa und in allen entwickelten Industrieländern schwächt teilweise den Wachstumswang und bremst von innen das Tempo der Mega-Planierraupe, erteilt ihm jedenfalls keine zusätzlichen verteilungsbedingten Impulse. Noch gravierender ist das Signal, das von der Bereitschaft der Menschen für *weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität* gegen *weniger Einkommen und Wirtschaftswachstum* insgesamt ausgeht. Aus der Perspektive der ökologischen und globalen Gerechtigkeit ist die Einsicht immer weni-

ger strittig und immer mehr handlungsrelevant: Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist das Zeitalter des ökonomischen Wachstums und der Konsumsteigerung in den Industrieländern des Nordens endgültig vorbei. Im 21. Jahrhundert stehen Umverteilung und nachhaltige Entwicklung auf der Tagesordnung. Die Umverteilung der Arbeit muss daher mit einer Umverteilung des Einkommens zwischen reichen und armen Ländern einher gehen. Nur so erhielte die Perspektive einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und der Reformen globaler Institutionen (WTO, IWF, Weltbank) eine materielle und moralische Grundlage. Dies gilt umso mehr, als die bisher erzielten Wachstumszuwächse und Einkommenssteigerungen auch bei abhängig Beschäftigten in den Industrieländern aufgrund asymmetrischer Strukturen der Weltwirtschaft zum Teil aus diversen Süd-Nord-Umverteilungsprozessen wie dem unfairen Handel, Sozial- und Ökodumping, Kapitalflucht, Brain Drain und Übernutzung natürlicher Ressourcen in allen Weltregionen herühren. Wie man sieht, kann das Projekt 30-Stunden-Woche auch ein Fenster zu einer anderen und gerechteren Weltordnung öffnen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb das Projekt ein europäisches sein muss. Europa hätte in der Weltwirtschaft jenes ökonomische Gewicht, das nötig ist, um für die Reformen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung die erforderliche Sogwirkung zu erzeugen.

Historisches Projekt für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

Die Gefahr von Bumerang-Effekten, vor allem der Zunahme von Schwarzarbeit bei Arbeitszeitverkürzungen und Einkommensverlusten, ist nicht von der Hand zu weisen. Um diese Effekte aufzufangen, bedarf es gleichzeitig der Entwicklung alternativer Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit, zur Erhöhung individueller Selbstverwirklichungsoptionen und zur Steigerung der Lebensqualität. Diese Möglichkeiten einer sinnvolleren Kombination der Erwerbsarbeit mit der Eigenarbeit und der Veränderung herkömmlicher Konsummuster müssten akzeptanzfähig, erfahr- und erlebbar gemacht werden. Insofern hätte das Projekt eine umfassendere, gesellschaftliche Reichweite, die über die beschäftigungspolitische Dimension deutlich hinausgeht. Alternative Projekte, wie geschlechtergerechte Arbeitsteilung, Weiterbildung und Selbstverwirklichung, bürgergesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung Bedürftiger und zum Schutz der Umwelt, erhielten einen spürbaren Rückenwind. Einem Minus von Einkommen steht ein Plus an verfügbarer Zeit für jeden selbst, für die Familie und für ein solidarisches Zusammenleben, insgesamt ein Mehr an Lebensqualität und Zeitwohlstand, gegenüber. Die hier nur ansatzweise genannten Interessen, Bedürfnisse, Strategien und Visionen sozialer Bewegungen, NGOs, kirchlicher Or-

ganisationen für eine sozial und ökologisch gerechtere Welt stünden nicht länger im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Interessen, sondern ergänzten und bedingten einander. Darauf beruht die Hoffnung zur Herausbildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz und eines hegemonialen Projektes für »eine andere Welt«.

Delegitimierung des Neoliberalismus

Die Bereitschaft zum Verzicht auf Lohnausgleich bei höheren Lohngruppen und die Kostenneutralität des Projektes, liefern keine Garantie für dessen Akzeptanz auf der Seite der neoliberalen Ideologen und der Unternehmerverbände. Denn das Projekt als Ganzes tangiert die Fundamente der asymmetrischen Macht- und Reichumsverteilung in Deutschland und – in einem größeren Zusammenhang – auch auf der Welt. Daher muss damit gerechnet werden, dass rückwärtsgewandte Unternehmerverbände, neoliberale Medien, Parteien sowie Politiker und Politikerinnen dieses Projekt trotz des weitreichenden Entgegenkommens der abhängig Beschäftigten aufs Schärfste bekämpfen werden. Die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz für das Projekt erfordert daher bei allen Beteiligten erhebliche Anstrengungen und eine offensiv geführte Debatte und Aufklärung, nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen. Der teilweise Verzicht auf Lohnausgleich ist neben dem Beitrag für eine ökologische und sozial gerechtere Weltwirtschaft der strategische Kern des Projektes, um aus der Defensive herauszukommen. Die wachsende Ablehnung neoliberaler Globalisierung, die inzwischen alle gesellschaftlichen Gruppen erfasst hat, bietet eine Plattform für Konsensbildung und die Entstehung einer hegemonialen Allianz mit sozialökologischer Ausrichtung. Die globalisierungskritischen Strömungen in Europa, vor allem attac, könnten dabei zwischen Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Eine-Welt-Bewegungen die Rolle einer kommunikativen Brücke übernehmen. Die nach Porto Allegre entstandenen Sozialforen könnten sich als Vorboten für eine breite gesellschaftliche Allianz erweisen, das »Projekt Agenda 2010/30-Stunden-Woche in Europa« voran zu bringen.

4. Einwände

Viele teils berechtigte, teils missverständlich entstandene Einwände sind explizit oder implizit in den obigen Ausführungen beantwortet worden. Dennoch macht es Sinn, auf die zentralen Einwände des Projekts *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit* im Einzelnen einzugehen.

Sozial ungerecht

Wenn es nicht gelänge, den gegenwärtigen Lebensstandard unterer Einkommensgruppen zu halten, wäre das Konzept tatsächlich nicht nur ungerecht, sondern auch nicht mobilisierungsfähig. Durch eine Umschichtung von ca. 80 Mrd. Euro zugunsten einkommensschwacher Gruppen, die die Arbeitslosigkeit gegenwärtig kostet, könnten die Verluste dieser Einkommensgruppen rein rechnerisch mehr als wettgemacht werden. Immerhin macht dieser Betrag ca. 60% der 150 Mrd. Euro Einkommensverluste aller abhängig Beschäftigten aus. Effektive Verluste höherer Einkommensgruppen von ca. 70 Mrd. Euro bedeuten zwar weniger Geld auf der Hand, jedoch nicht zwangsläufig einen geringeren Wohlstand daheim. Vielmehr ist es naheliegend, dass dadurch der Anreiz beträchtlich erhöht wäre, die Präferenzen zugunsten sinnvoller Konsumgüter neu zu setzen und dabei auf »verschwenderrischen« Konsum (hier und da vielleicht Zweitautos, mehrmalige Kurzurlaube auf Mallorca, den Kanaren und noch weiter entfernt liegenden Urlaubsparadiesen u.ä.) zu verzichten und der sinnvolleren Nutzung der vorhandenen Ressourcen (z.B. durch car-sharing, Generationen überschreitendes Wohnen u.a.m.) einen höheren Wert einzuräumen. Soziale Gerechtigkeit erhielte bei weniger Erwerbsarbeit jenseits rein monetärer Größen ohnehin einen qualitativ neuen Sinn.

Defensive Strategie

Kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung sei ein großes Zugeständnis an die Kapitaleseite und daher defensiv. In der Praxis lässt sich die Frage defensiv oder offensiv, nicht logisch und abstrakt, sondern nur historisch und in Abhängigkeit von konkreten Rahmenbedingungen beantworten. In den 1980er Jahren wäre dieses Konzept rein tarifpolitisch in der Tat defensiv gewesen. Damals war es möglich, die 35-Stunden-Woche auch bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen, diese Forderung war auch gesellschaftlich mehrheitsfähig. 2003 scheiterte dasselbe Konzept in den neuen Bundesländern; viel schlimmer, das Scheitern half der Kapitaleseite, ihre Strategie *Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich* hemmungsloser als je zuvor zur Sprache zu bringen und sie auch Schritt für Schritt durchzusetzen. Ausgehend von der realpolitisch-defensiven Position der Gewerkschaften und der Bereitschaft eines immer größer werdenden Teils der abhängig Beschäftigten, Arbeitszeitverlängerungen auch ohne Lohnausgleich in der Hoffnung auf Weiterbeschäftigung hinzunehmen, ist der Einwand, für Arbeitszeitverkürzung bei teilweisem Lohnausgleich sei die gewerkschaftliche Basis nicht zu mobilisieren, schwer nachvollziehbar. Wenn es den Unternehmern und dem öffentlichen Dienst möglich ist, die Lohn- und Gehaltsempfänger für

Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich zu mobilisieren, und dies teils gegen die Gewerkschaften, dann müsste es den Gewerkschaften erheblich leichter fallen, die eigene Basis für Arbeitszeitverkürzung mit Aussicht auf Vollbeschäftigung und verbesserter Verhandlungsmacht in der Zukunft zu mobilisieren, selbst wenn höhere Lohngruppen zunächst einmal Einkommensverluste in Kauf nehmen müssten.

Sinkende Binnennachfrage

Bei einer statischen Betrachtung sinkt rein rechnerisch bis 2010 die Binnennachfrage im Vergleich zu 2002 um 13,3%. Bei einer dynamischen Betrachtung und der zu erwartenden steigenden Kampfkraft der Gewerkschaften besteht jedoch die begründete Aussicht, entsprechend den Produktivitätssteigerungen Einkommenszuwächse durchzusetzen, sodass das gegenwärtige Niveau der Binnennachfrage unter dem Strich mittelfristig durchaus erhalten bliebe. In dem Maße wie soziale Dienstleistungen durch Umschichtung der Ressourcen ausgebaut und damit neue Potenziale für qualitatives Wachstum erschlossen werden, in dem Maße könnte die Binnennachfrage im Rahmen des qualitativen Wachstumsmusters langfristig sogar erhöht werden.

Steigende Verdichtung der Arbeitsleistung, neue Rationalisierungsschübe und daher weitere Massenentlassungen

Tatsächlich haben Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit die Erhöhung der Arbeitsintensität durch Beschleunigung des Arbeitsprozesses und durch mehr Stress hervorgerufen. Dabei hat allerdings der dabei erzielte Lohnausgleich und die Kostensteigerung eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Die Kapitaleseite reagierte auf Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ihrerseits in der Regel mit Rationalisierung und Massenentlassungen, sowie durch Steigerung des Arbeitstempos und inhumane Flexibilisierung der Arbeit. Die Kostenneutralität der Arbeitszeitverkürzung nimmt dagegen dem Kostendruck eher die Spitze und könnte den Arbeits- und Wachstumsprozess teilweise sogar entschleunigen. Mit dem Entgegenkommen durch den Verzicht auf Lohnausgleich hätten Gewerkschaften bei den dann fälligen Tarifverhandlungen auf jeden Fall einen größeren tarifpolitischen Spielraum, die Kapitaleseite zur Einstellung von Erwerbslosen im Umfang der Arbeitszeitverkürzung zu verpflichten.

Lohnausgleich durch Abschöpfung der Konzerngewinne

Geld sei genug da, und zwar bei Konzernen, Banken und Reichen. Es leuchte daher nicht ein, warum es nicht möglich ist, den vollen Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung aus diesen Mitteln zu finanzieren. Geld ist tatsächlich genug vorhanden. Rein rechnerisch ließe sich selbstverständlich diese Rechnung aufmachen. Die Sache hat allerdings einen Haken: Diejenigen, die über das Geld verfügen, geben es einfach nicht her, weil sie verteilungspolitisch am längeren Hebel sitzen und sie ferner nichts unversucht lassen, ihre Machtüberlegenheit in noch mehr Geld umzumünzen, während andere auf das moralische Recht für den vollen Lohnausgleich pochen. Die Verteilungsfragen zwischen Kapital und Arbeit sind eben Machtfragen und keine Fragen der Moral. Um sich Zugang zu einem höheren Anteil am produzierten Mehrwert zu verschaffen, müssen die Gewerkschaften zunächst aus der Defensive herauskommen und zu diesem Zweck auch bereit sein, dafür den Preis zu zahlen.

Systemimmanenz

Dieser Einwand trifft zunächst einmal zu. Verkürzung der Erwerbsarbeit mit oder ohne Lohnausgleich ist per se nicht antikapitalistisch. Kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung steuert zwar konsequenter als bisher das System zur ökosozialen Marktwirtschaft, könnte jedoch den Kapitalismus in den Industrieländern durch steigende Akzeptanz sogar stabilisieren. Auch eine andere, gerechtere Weltwirtschaft läutet durchaus nicht das Ende des Systems ein, ganz im Gegenteil: Eine gerechtere Verteilung des Einkommens in der Welt würde zuallererst die globale Konsumnachfrage steigern und damit – wie in den Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg – die Voraussetzungen für eine erneute Entfesselung der Kapitalakkumulation und des globalen Wirtschaftswachstums in ungeahntem Ausmaß schaffen. Über diese Perspektive sollte man sich keine Illusionen machen. Und dennoch öffnet das Leitbild *Weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Beschäftigung für alle* ein Fenster für den Einstieg in ein Zeitalter, in dem der Anteil der Erwerbsarbeit, und damit der Anteil des kapitalistisch erzeugten Wohlstands schrittweise abnimmt und gleichzeitig der Anteil der selbstverwirklichten Arbeit zunimmt. Immerhin eine Perspektive, die revolutionärer sein kann als scheinradikale Positionen, die Zugeständnisse auf der Lohnseite gegen Lebensqualität als Verrat an den Lohnabhängigen denunzieren, in Wirklichkeit aber sich selbst in die Kapitalismusfalle⁸ hineinmanövrieren.

⁸ Näheres siehe im Abschnitt »Wege aus der Kapitalismusfalle« in Kapitel 2 dieses Buches.

5. Mehr Sicherheit und Autonomie durch Grundeinkommen

Geneviève Hesse bezeichnet weniger Arbeit und mehr Lebensqualität zutreffend als *emotionale Produktivität*.⁹ Sie fragt: »Was wäre es, wenn der Mehrwert der Produktion nicht das Geld wäre? Eine Utopie – richtig«, sagt sie. »Die zu erzielenden neuen Werte könnten«, antwortet sie, »Ästhetik, emotionaler Ausgleich, Spiritualität, Glück, Freude sein – kurzum das Wohlbefinden eines größtmöglichen Teils der Menschen. Wie wäre es mit der Steigerung eines gesunden Selbst-Wert-Gefühls oder der Liebesfähigkeit als neues Ziel der Produktion? Zurzeit können sich Erwerbslose glücklich schätzen, wenn sie es schaffen, trotz der steigenden Verachtung gegenüber ihrem Status sich Inseln der inneren Produktivität zu bewahren.«¹⁰ Die Monetarisierung immer neuer Lebensbereiche, der alltägliche Druck auf alle Menschen, auch auf die, die eine bezahlte Beschäftigung haben, und die um sich greifende Angst, schon morgen den Arbeitsplatz zu verlieren, lässt der Gesellschaft keine Gelegenheit, realistische Fantasien wie die oben zitierten ernsthaft zu diskutieren. Zu erkennen, welche Quellen des emotionalen Reichtums den Menschen – also nicht nur den unter Arbeitszwang stehenden Lohn- und Gehaltsabhängigen, sondern auch den »freien« Unternehmen – verloren gehen.

Die emotionale Produktivität stellt eine unverzichtbare Voraussetzung für Nachhaltigkeit, d.h. für die dynamische Stabilität einer Gesellschaft dar. Ohne sie, und weil dadurch die sozialpsychologische Stabilität gefährdet wäre, sind individuelle und gesellschaftliche Sinnkrisen unvermeidbar. Konsum als Ersatz dafür löst jedoch die Sinn- und auch Identitätskrisen nicht. Hesse nennt weitere Quellen der emotionalen Produktivität, die nur dem äußeren Anschein nach als banal erscheinen mögen: »Für Kinder fühlt es sich anders an, wenn der Papa selber die Gute-Nacht-Geschichte erzählt, als wenn die bezahlte Erzieherin es tut, so liebevoll sie auch sein mag. In diesem Sinne kann man auch überlegen, welchen Mehrwert Mönche durch ihre Gebete produzieren. Oder Menschen, die sich regelmäßig in die Meditation versenken. Was sie bewirken, ist sicherlich ein spiritueller Mehrwert. Es bringt auch kein Geld, wenn jemand betreut und begleitet von liebevollen Menschen stirbt, statt einsam und verlassen. Was produzieren Kinder, die dies für ihre Eltern tun? Harte Arbeit ist es auch, wenn jemand sich von

⁹ Hesse 2004.

¹⁰ Hesse 2004: Glück statt Geld, in: Tageszeitung vom 24. November 2005.

seiner Nikotin-, Alkohol- oder Esssucht löst, oder versucht, die Krise seiner Ehe zu überwinden. Cash bringt es nicht, dafür ein neues Lebensgefühl.«¹¹

Dass diese Art der Wertschöpfung und Produktivität nicht durch Erwerbsarbeit entsteht, ist evident. Wie soll sie aber entstehen, wenn sie auf dem Markt nicht veräußert werden kann. Die Antwort für Hesse und viele andere ist das Konzept *Grundeinkommen*. Gemeint ist damit im Unterschied zur Grundsicherung, die an Erwerbsarbeit gekoppelt ist, eine bedingungslose, vom Arbeitszwang abgekoppelte Grundsicherung, die jedem Menschen zugestanden werden soll. Die Grundsicherung ist ein Instrument für Bedürftige, damit ist eine Bedürftigkeitsprüfung unverzichtbar. Das Grundeinkommen erfreut sich bei den sozialen Bewegungen der reichen kapitalistischen Gesellschaften großer Beliebtheit. Es stellt in der Tat ein qualitativ neuartiges Sicherungssystem dar. Vor allen Dingen eröffnet dieser Weg erstmals in der Geschichte des Kapitalismus die Möglichkeit, ganz oder teilweise aus der Erwerbsarbeit auszusteigen und Tätigkeiten mit *emotionaler Produktivität* nachzugehen.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist sicherlich auch eine Lösung zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, da der bezweckte Ausstieg aus der Erwerbsarbeit den Arbeitsmarkt entlasten kann. Faszinierend ist die Idee auch, weil eines ihrer Ziele darin besteht, »aus dem Anspruch auf die Entfaltung der Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen das unbedingte Recht auf eine Autonomie abzuleiten, die deren produktive Funktion transzendiert und Selbstzweck ist.«¹² André Gorz diskutiert die verschiedenen zur Diskussion stehenden Varianten des Grundeinkommens, so z.B. das Konzept des garantierten Grundeinkommens von Michael Opielka,¹³ das zwar über das kapitalistische System hinausweist, aber auch innerhalb desselben realisierbar sein muss.¹⁴ Opielkas Konzept ist nicht bedingungslos, da er in seinem Konzept eine Gegenleistung in Form von Tätigkeiten voraussetzt. Andere Vorschläge präzisieren die Art der Tätigkeiten, die für ein garantiertes Grundeinkommen geleistet werden sollen, um eine Konkurrenz mit dem kapitalistischen Sektor zu vermeiden. Zu diesen Tätigkeiten für die obligatorische Arbeit gehören die kapitalistisch unrentablen Tätigkeiten im Pflege- und Erziehungsbereich bei anerkannten Verbänden, wie Offe und Rifkin vorschlagen.¹⁵

¹¹ Ebenda.

¹² Gorz 2000.

¹³ Opielka/Vobruba (Hrsg.) (1985); derselbe 2004.

¹⁴ Gorz 2000: 117.

¹⁵ Offe 1995; Rifkin 2004.

Diese Modelle leiten zwar nach Gorz »den Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft und die Aufhebung der Lohnarbeit in die Wege, blieben aber in der Logik einer fordistisch-industrialistischen Arbeitsteilung gefangen.«¹⁶ Daher »schließe ich mich«, schlussfolgert Gorz, »nach langem Widerstand (...) also den Anhängern eines ausreichenden (und nicht minimalen) Grundeinkommens an«, das bedingungslos ist, da »nur seine *Bedingungslosigkeit* (...) die *Unbedingtheit der Aktivitäten wahren* (kann), die nur ihrer selbst willen ausgeführt sinnvoll sind.«¹⁷ So logisch und vielversprechend Gorz' Idee auch ist, so unklar sind wichtige und immer noch unbeantwortete Fragen, vor allem die Frage nach der Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens. Gorz und andere Befürworter¹⁸ des bedingungslosen Grundeinkommens setzen in ihrem Modell einerseits die Erwerbsarbeit und den Kapitalismus voraus, die die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens erwirtschaften müssen. Andererseits erscheint ihnen ihr Modell trotz der Abhängigkeit vom kapitalistischen Sektor als ein von jeglichem Arbeitszwang emanzipiertes Modell, was ja nicht der Fall ist.¹⁹ Es ist evident: eine vom Arbeitszwang befreite Gesellschaft kann entweder erst nach der Abschaffung des Kapitalismus entstehen oder sie muss in der Übergangsperiode in einer von beiden Seiten – der Erwerbsarbeits- und der Nichterwerbsarbeitsgesellschaft – akzeptierten Balance stehen. Das gute System zu propagieren, die unsympathische Voraussetzung aber auszublenden, hilft niemandem weiter. Es bleibt also offen, wie es möglich ist, neben dem Kapitalismus eine nichtkapitalistische Gesellschaft aufzubauen, die sich allmählich strukturell von ihrem kapitalistischen Hintergrund löst und für immer neue und größere Kreise an Attraktivität gewinnt.

¹⁶ Gorz 2000: 119.

¹⁷ Ebenda: 126.

¹⁸ Z.B. Blaschke 2005; Rätz/Paternoga/Steinbach 2005.

¹⁹ Memorandum 2006.

Kapitel 7

Ressourcenschutz für die nächsten Generationen. Beispiel: Klimaschutz über Kyoto I hinaus und Transformation zu erneuerbaren Energien

Das Kyoto-Protokoll ist im Februar 2005 endlich in Kraft getreten. Dennoch ist die klimaschutzpolitische Bilanz des Kyoto-Prozesses nicht ermutigend. Die vereinbarten Ziele zur Reduktion von klimaschädlichen Emissionen bleiben weit hinter den klimaschutzpolitischen Zielen zurück; selbst diese werden bis zum Ende des Vertragszeitraums 2012 nicht erreicht. Nicht nur die fehlende Einsicht der Vertragsstaaten setzt dem laufenden Kyoto-Prozess Grenzen. Auch die Hauptinstrumente und Mechanismen, die bisher entwickelten Programme, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Energieeinsparung und zum Ausbau regenerativer Energietechnologien sind den klimaschutzpolitischen Herausforderungen nicht gewachsen. Sie sind überwiegend nachfrageorientiert, in der Regel defensiv und mit hohen Transaktionskosten verbunden. Sie entstanden als ökologische Kompensation für Öl- und Energieniedrigpreise und in der Annahme, dass diese Ära des Öls im Überfluss und zu niedrigen Preisen weit in das 21. Jahrhundert hinein Bestand haben wird.

Die Verknappung der Ölproduktion und steigende Preise (im Frühjahr 2006 deutlich über 70 US-Dollar/Fass) verändern jedoch fundamental die klimaschutzpolitischen Rahmenbedingungen, machen die ohnehin schwachen Instrumente und Mechanismen von Kyoto I teilweise überflüssig und forcieren flächendeckend und mit geringeren Transaktionskosten die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau regenerativer Energiequellen. Dennoch darf sich der konsequente Klimaschutz, der mittel- und langfristig durch den Ausbau von erneuerbaren Energien möglich ist, nicht auf steigende Ölpreise verlassen, da diese gleichzeitig umwelt- und klimaschädlichen Alternativen neuen Auftrieb geben. Steigende Ölpreise erhöhen die Akzeptanzfähigkeit von kooperativen Energie-Regulierungsregimen. Diese sind geeignet, die Architektur der Nach-Kyoto I-Ära auf eine nachhaltigere Grundlage zu stellen. Kernelemente dieser Architektur sind Angebotsverknappung fossiler Energien durch Kooperation relevanter Akteure auf

dem Weltenergiesektor und die Einrichtung einer internationalen Klima-Agentur.

1. Klimapolitische Herausforderung im 21. Jahrhundert und Grenzen von Kyoto I

Es besteht unter den Klimaforschern große Übereinstimmung darüber, dass die durch Menschenhand hervorgerufene globale Erwärmung verlangsamt und irgendwann auch gestoppt werden muss, um großen Klimakatastrophen für die Menschheit vorbeugen zu können. Dazu müssten Treibgase, die bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern freigesetzt werden, drastisch reduziert werden. Kohlendioxyd (CO_2) ist das wichtigste Treibgas. Gegenwärtig werden weltweit ca. 22 Mrd. Tonnen CO_2 im Jahr erzeugt.¹ Diese Menge müsste – wie die Abbildung 8 illustriert – bis 2050 auf ca. 10 und bis 2100 auf 2 Mrd. Tonnen pro Jahr gesenkt werden, um einer Destabilisierung des Klimas vorzubeugen. Das Stockholm Environment Institute plädiert in seinem Szenario sogar für die Reduktion fossiler Treibhausgase bis zum Jahrhundert-Ende auf Null.² Die Dimension der klimaschutzpolitischen Herausforderung, vor der wir stehen, wird erst klar, wenn wir uns die Frage stellen, was die internationale Gemeinschaft seit der UN-Klimakonferenz in Kyoto 1997 erreicht hat.

Resultate der bisherigen Klimaschutzpolitik

Der Kyoto-Vertragszeitraum reicht bis 2012 (Kyoto I). Klimaforscher hatten empfohlen, die Emissionen in diesem Zeitraum im Vergleich zu 1990 weltweit um 15% zu senken. Jedoch wurde im Kyoto-Protokoll, das am 16. Februar 2005 in Kraft trat, vereinbart, dass die Industrieländer insgesamt ihre Emissionen lediglich um 5% senken.³ In Wirklichkeit werden die Emissionen nach seriösen Prognosen weltweit bis 2012 mindestens um 20% steigen. Abbildung 9 illustriert die krasse Diskrepanz zwischen Ziel und Realität.

Wie man feststellen kann, ist die internationale Gemeinschaft weit davon entfernt, Erfolgssignale für den Klimaschutz auszuweisen. Die bisher vereinbarten CO_2 -Reduktionsmengen können jedenfalls nicht als Zeichen

¹ International Panel on Climate Change IPCC (Hrsg.) 2001.

² Stockholm Environment Institute 1993.

³ Ziesing 2004: Nach wie vor keine sichtbaren Erfolge der weltweiten Klimaschutzpolitik, in: DIW Wochenbericht, Nr. 37/2004.

Abb. 8: Notwendige CO₂-Reduktion als globale Herausforderung im 21. Jahrhundert

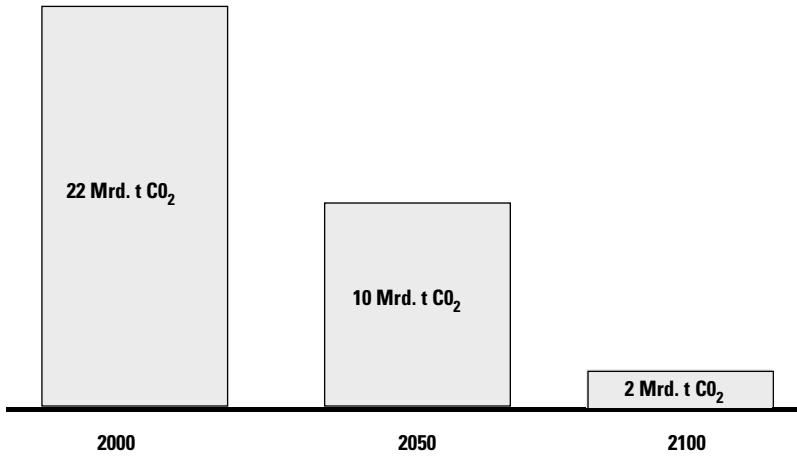
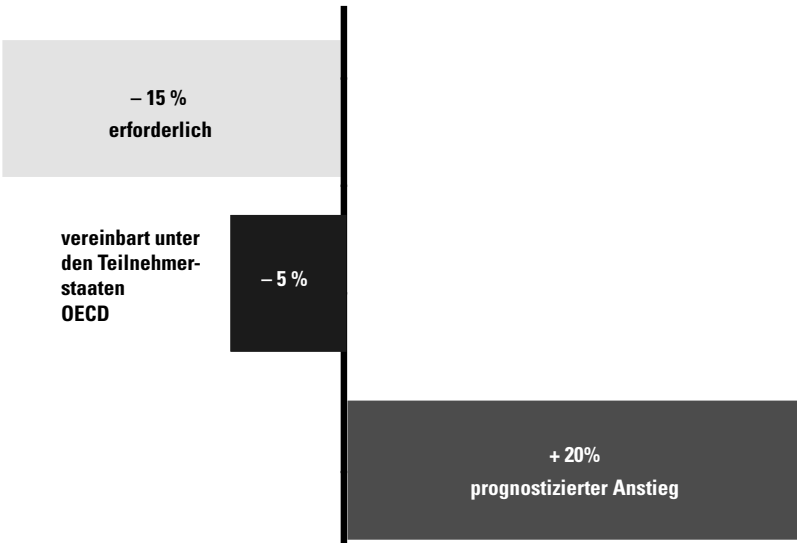


Abb. 9: Globale CO₂-Emissionen im Kyoto-Vertragszeitraum bis 2012



eines verantwortungsvollen Handelns interpretiert werden. Dabei mangelt es keineswegs an Ideenreichtum und Experimentierfreudigkeit, um sich auf die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Ziele hinzubewegen. In einigen Ländern wurden bereits viele Verordnungen für einzelne Energiesektoren und Verbrauchergruppen erlassen, die Elektrizitätswirtschaft, z.B. in Deutschland, durch Festlegung auf neue Technologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung und durch Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz und Erhöhung des Anteils von regenerativem Strom verpflichtet. Durch das Erneuerbare Energie-Gesetz wurde die Windenergie zu einem florierenden Industriezweig gemacht. Der Ausbau der Windenergie war bisher der wirkungsvollste Klimaschutzschritt, da nur regenerative Energien direkt und sicher CO₂-Emissionen vermeiden. Doch der bescheidene Umfang des Angebots an regenerativen Energien deckt bestenfalls einen Bruchteil des steigenden Energiebedarfs. Tatsächlich kommt es aber darauf an, den gegenwärtigen Verbrauch von fossilen Energien konsequent zu reduzieren. Im Folgenden geht es zunächst um die Analyse von Ursachen der Grundprobleme des Kyoto I-Prozesses, um anschließend die Perspektive der Nach-Kyoto I-Ära unter veränderten Rahmenbedingungen zu diskutieren.

2. Kyoto I als Übergangsstadium niedriger Ölpreise

Niedrige Ölpreise, hohe Folgekosten

Die Industriestaaten verfolgten nach dem Zweiten Weltkrieg über ein halbes Jahrhundert konsequent eine Strategie des Öls im Überfluss zu niedrigen Preisen, die über einen längeren Zeitraum zu einem entscheidenden Motor für Wachstum und Reichtumsvermehrung wurde. Um diese Strategie dauerhaft zu machen, wurden mittels politischer Erpressung, militärischer Intervention und Allianzen mit Diktaturen im ölreichen Mittleren Osten die ökonomischen Knappheitsregeln außer Kraft gesetzt.⁴ Damit wurden Folgekosten in beträchtlichem Umfang in die Zukunft externalisiert. Nun rächt sich aber die Natur u.a. durch die drohende Klimadestabilisierung für die rücksichtslose und auf kurzfristige Wohlstandseffekte ausgerichtete Wachstumsstrategie. »Die Wissenschaft gibt sich – inzwischen weitgehend einmütig – nüchtern, aber sicher. Das globale Klima verändert sich, die Ursachen dafür sind vom Menschen gemacht und zum überwiegenden Teil auf den Verbrauch fossiler Energien zurückzuführen.«⁵ Die Erdtemperatur

⁴ Vgl. dazu Massarrat 2007.

⁵ Henricke/Müller(Hrsg.) 2005.

steigt, die Gletscher schmelzen und die Häufigkeit und Intensität von Überschwemmungen und Wirbelstürmen nehmen zu. Die dabei entstehenden Schäden sind alarmierend. Allein die durch die Hurrikans Katrina und Rita in den USA im Spätsommer 2005 verursachten Schäden werden auf über hundert Milliarden US-Dollar geschätzt. Hinzu kommen Hunderte Todesopfer, damit unermessliche und monetär nicht zu erfassende Auswirkungen dieser Katastrophen. Die Menschheit muss darauf gefasst sein, in Zukunft viele ähnliche oder noch größere Opfer für eine imperialistische und verschwenderische Energiepolitik der Industriestaaten bringen zu müssen.

Die Kosten für die Transformation der auf Ölniedrigpreisen basierenden Energieverbrauchssysteme in der Industrie, im Verkehrssektor und bei den Haushalten dürften aller Wahrscheinlichkeit nach um ein Vielfaches höher sein als die bisher in den Industrieländern erzielten Wohlfandeffekte. Grobe Schätzungen gehen je nach ausgewählter Transformationsstrategie von notwendigen Investitionen im Umfang von 100.000 bis ca. 400.000 Mrd. US-Dollar aus.⁶ Diese Summe ist, um die Größenordnung nachvollziehbar zu machen, 3,5- bis 14-mal höher als das in 2000 insgesamt produzierte Weltsozialprodukt. Als Folge der Willkür und kurzfristigen Kosteneinsparungen einer Minderheit der Weltbevölkerung wurde im globalen Maßstab ein äußerst risikoreicher Weg beschritten. Wohin dieser Weg führen kann, erleben wir nicht selten im Kleinen, z.B. wenn Bauunternehmen aus Kostengründen und unter krimineller Umgehung von Bauvorschriften bei Gebäudefundamenten Kosten einsparen. Bekanntlich sind die nachträglichen Sanierungskosten – sofern die Einsturzgefahr überhaupt erkannt wird – um ein Vielfaches höher als die eingesparten Kosten, die dem Privatunternehmer kurzfristig einen zusätzlichen Gewinn gebracht haben. Wird das Gebäude nicht rechtzeitig saniert, wird es über kurz oder lang einstürzen und aller Wahrscheinlichkeit nach dessen Bewohner mit in den Tod reißen. Diese Schäden dürften begrenzt und auch verkräftbar sein. Die Folgen des Energiesystems, das auf einer riskanten Grundlage aufgebaut wurde, sind jedoch für die gesamte Menschheit katastrophal. Zwar hat es bisher keine universal gültigen Regeln für die nachhaltige Nutzung fossiler Energien gegeben. Dennoch tragen die Industrieländer allein schon die moralische Verantwortung für die energiepolitische Fehlentwicklung der Vergangenheit. Sie unterließen nicht nur eine gezielte Reduktion des Energieverbrauchs, sondern unterminierten auch die ökonomischen Knappheitsregeln mittels

⁶ WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (Hrsg.) 2003.

Gewalt, um die Strategie des Öls im Überfluss zu Niedrigpreisen durchzusetzen und über Jahrzehnte aufrecht zu erhalten.

Ökologische Kompensation für niedrige Ölpreise

Anstatt die Politik des Öls im Überfluss zu niedrigen Preisen aufzugeben, Ölknappheitspreise⁷ zu akzeptieren, und damit die globale Energieversorgung auf eine stabilere Grundlage zu stellen, reagierten die Industriestaaten auf die Herausforderungen des Klimawandels und unter dem wachsenden Druck der internationalen Umweltbewegung bisher mit dem Kyoto-Protokoll, das nach zähen und langwierigen Verhandlungen im Februar 2005 in Kraft getreten ist. Klimaschutzpolitisches Hauptinstrument des Kyoto-Protokolls ist das *Emission Trading*, das vor allem dazu beitragen soll, Emissionspotentiale mittels internationalem Handel in Anlehnung an Ricardos Theorie der komparativen Vorteile effizient zu reduzieren. Hinzu kommt die *ökologische Besteuerung*, die im Zusammenhang mit dem Kyoto-Prozess entstanden ist und in der Regel als ein zweites klimaschutzpolitisches Hauptinstrument angesehen wird, das auf nationaler Ebene in den Industriestaaten eingesetzt wird.

In den meisten international anerkannten Studien zur Transformation der Energiesysteme spielen diese zwei Instrumente eine zentrale Rolle.⁸ Dabei wird in der Regel stillschweigend unterstellt, dass sie ökologisch wirksam sind und durch ihren konsequenten Einsatz die Emissions-Reduktionsziele auch wirklich erreicht werden. Über die ökologische Wirksamkeit dieser Instrumente bestehen jedoch große Zweifel, bei Ökosteuern wegen ihrer Zielungenauigkeit und beim Emissionshandel wegen seiner unverhältnismäßig hohen Transaktionskosten, die durch die notwendige Bürokratie zur Überwachung und Kontrolle der Emittenten anfallen. Beim Emissionshandel kommt hinzu, dass er nur für den Industriebereich eingesetzt werden kann, während er für Haushalte und den Verkehrssektor aufgrund der unüberschaubar großen Zahl der Energieverbraucher ungeeignet ist. Die Kritik an diesen Klimaschutzinstrumenten wurde an anderer Stelle ausführlich formuliert⁹ und soll hier nicht wiederholt werden. Aber unabhängig davon,

⁷ Zur ausführlichen Analyse von Ölknappheitspreisen vergleiche Massarrat 2007.

⁸ Z.B. in WBGU 2003: 151ff.; Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002a; Umweltbundesamt (Hrsg.) 2004; UNEP (Hrsg.) 2002.

⁹ Meine eigene Kritik stützt sich auf langjährige Beschäftigung mit dem Thema und zahlreiche Publikationen, darunter das in 1999 und 2000 Buch »Das Dilemma der ökologischen Steuerreform«. Hinzu kommen zahlreiche Diskussionen mit engagierten Befürwortern der Ökosteuer und des Emission Trading bei vielen wissenschaftlichen Ta-

ob man diese Kritik teilt, stellt sich die Frage, ob diese Instrumente heute angesichts der Vervielfachung der Ölweltmarktpreise seit 2000 überhaupt noch eine Rolle spielen.

Die Mehrbelastung durch Ökosteuern in der letzten Stufe der ökologischen Steuerreform in Deutschland beträgt umgerechnet ca. 25 US-Dollar/Barrel. Durch Emissionshandel entstand selbst beim bisher erreichten Höchstpreis von 30 US-Dollar/Tonne CO₂ umgerechnet eine Mehrbelastung für die Emissionsberechtigten von ca. 1,6 US-Dollar/Barrel. Gegenüber der Mehrbelastung von ca. 50 US-Dollar/Barrel als Folge der steigenden Ölweltmarktpreise, die seit 1999 von ca. 20 US-Dollar/Barrel bis zur Gegenwart (Frühjahr 2006) kontinuierlich auf ca. 70 US-Dollar/Barrel gestiegen sind, können die durch Ökosteuern und Emissionshandel auferlegten Mehrbelastungen ganz besonders beim Emissionshandel getrost vernachlässigt werden. Die ökologische Wirkung steigender Ölweltmarktpreise ist jedenfalls nicht nur wegen der Preishöhe um ein Vielfaches größer als bei Ökosteuern und Emissionshandel.¹⁰ Steigende Ölpreise wirken zudem flächendeckend und global und nicht wie bei Ökosteuern und Emissionshandel beschränkt auf wenige Verbraucher und mit vielen Ausnahmen und Schlupflöchern.

Um den bürokratischen Aufwand und die Transaktionskosten zu reduzieren wäre es denkbar, den Emissionshandel statt bei den Endverbrauchern bereits in der ersten Handelsstufe anzusetzen, wie der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen es vorschlägt.¹¹ Auch bei dieser Alternative bliebe den Anbietern fossiler Energieträger weiterhin offen, die Produktionsmenge zu erhöhen und den Verbrauch durch Preissenkungen zu stimulieren. Die zu Ende gedachte Logik der Reduktion von Transaktionskosten leitet in letzter Konsequenz zur Einführung eines globalen und marktkonformen Regulierungsregimes über, das direkt an der Produktion und nicht erst beim Handel in den Industriestaaten ansetzt. Diese Alternative soll später ausführlicher begründet werden.

Klimaschutzpolitik reduzierte sich allerdings durchaus nicht auf ökologische Besteuerung und Emissionshandel. Die nationalen Klimaschutzprogramme vieler Industrieländer (dazu gehören z.B. in Deutschland u.a. tech-

gungen und mehreren Hearings diverser Enquete-Kommissionen und des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

¹⁰ CO₂-Reduktionen im Jahr 2005 in Deutschland sind demnach in erster Linie auf steigende Ölpreise zurückzuführen, und nicht, wie das deutsche Umweltbundesamt laut Frankfurter Rundschau vom 16. Mai 2006 annimmt, auf Emissionshandel.

¹¹ Sachverständigenrat für Umweltfragen 2002: 233.

nologiebezogene Quotenfestlegungen und die Wärmeschutzverordnung dienten dazu, die ökologische Wirkung der Hauptinstrumente zu ergänzen. Tatsächlich entstanden die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen des Kyoto-Protokolls insgesamt sowie einige Transformationsstrategien, z.B. die WGBU-Transformationsstrategie mit ihren umfangreichen Handlungsempfehlungen,¹² allesamt als Kompensation für niedrige Ölpreise. Ihr Erfolg hängt davon ab, ob sie trotz des hohen bürokratischen und finanziellen Aufwands ausreichen, um die globalen Negativfolgen niedriger Ölpreise für die Erdatmosphäre aufzufangen. Die Praxis der bisher in den Industrieländern erreichten mäßigen CO₂-Reduktion belegt jedenfalls, dass die Klimaschutzpolitische Kompensationsstrategie gescheitert ist. Sie ist gescheitert, weil sie zu einem integralen Bestandteil einer über Jahrzehnte konsequent verfolgten Strategie des Öls im Überfluss zu niedrigen Preisen degradiert wurde. Diese von der überwiegenden Mehrheit der Akteure, der Industrie, den liberalen und konservativen, aber auch teilweise von sozialdemokratischen Parteien und Regierungen in den Industrieländern unterstützte und alles dominierende Politik forciert den *business as usual-Pfad*, und damit global insgesamt einen steigenden Verbrauch fossiler Energien. Die unter dem Druck der Ökologiebewegungen und ökologisch orientierter Parteien entwickelte Kompensationsstrategie, die sich auf einige Industrieländer, dort wiederum auf einige Verbrauchssektoren beschränkt und dazu noch viele Ausnahmen gestattet, war und bleibt auch in Zukunft außer Stande, die Folgen des energiepolitisch schiefen Fundaments niedriger Ölpreise aufzufangen.

Im Unterschied zu den hier kritisch herausgestellten Kompensationsstrategien und Maßnahmen sind die Strategien zum Ausbau erneuerbarer Energien nicht als Kompensation zu niedrigen Ölpreisen konzipiert. Das Erneuerbare Energie-Gesetz in Deutschland ist konzeptionell von den Ölpreisen abgekoppelt und verfolgt das Ziel, das Angebot an erneuerbaren Energien ökonomisch abzusichern und dieses mengenmäßig sukzessive auszubauen. Mit diesem richtungsweisenden Mengenregulierungskonzept wurde erstmalig in der Geschichte ein neuartiger und nachhaltiger Energiepfad geschaffen, der das Fundament einer nachhaltigen globalen Energieversorgung darstellen dürfte. Dennoch werden dem dadurch eingeleiteten Ausbau erneuerbarer Energien auch in Zukunft Grenzen gesetzt, solange fossile Energien weiterhin ungebremst produziert und auf den Weltmärkten angeboten werden. Insofern erfordert der nachhaltige Ausbau erneuerbarer En-

¹² Vgl. dazu WGBU 2003: 151ff.

ergien ein globales Regulierungsregime, welches das fossile Energieangebot global begrenzt.

3. Kyoto II: Neues Zeitalter für den Klimaschutz und erneuerbare Energien

Ölverknappung und steigende Ölpreise

Die Ära der niedrigen Ölpreise scheint zu Ende zu gehen. Die stetig steigende zusätzliche Energienachfrage in China, Indien und anderen Schwellenländern bei einem ohnehin sehr hohen Energieverbrauch der OECD-Staaten einerseits und die abnehmenden Möglichkeiten zur Erhöhung der Förderkapazitäten in den wichtigsten Ölstaaten sowie der Ausfall der Ölförderung im Irak andererseits sorgen gegenwärtig für beispiellose Ölpreissprünge von ca. 20 US-Dollar/Barrel im Jahr 1999 auf ca. 70 US-Dollar/Barrel 2006. Vieles spricht dafür, dass die Ölknappheit sich weiter verschärft und dass die Ölpreise auf 100 US-Dollar/Barrel und darüber ansteigen werden. Das goldene Energiezeitalter für ein Fünftel der Weltbevölkerung in der industrialisierten Welt, das de facto über zwei Jahrhunderte 100% der Weltenergieressourcen für sich in Anspruch nahm, ist endgültig vorbei. Die übrigen vier Fünftel der Weltbevölkerung sind als Energiekonsumenten längst in Erscheinung getreten.

Ölknappheitspreise läuten jedenfalls ein neues klimaschutzpolitisches Zeitalter ein. Diese Entwicklung ist im Prinzip unumkehrbar und mögliche Preissenkungen dürften kurzfristiger Natur sein. Dadurch ist dem verschwenderischen Verbrauch fossiler Energien und auch einer weiteren Beschleunigung der Klimadestabilisierung ein ökonomischer Riegel vorgeschoben. Ölpreise regulieren die Preise auch für Kohle und Erdgas, da Öl wegen seiner durchschnittlich niedrigeren Produktionskosten und besonders vorteilhafter Transport- und Lagerfähigkeit gegenüber Kohle und Erdgas auch auf hohem Preisniveau wettbewerbsfähig ist und sich auch aus diesem Grund in der Vergangenheit anteilmäßig zum Hauptenergierohstoff entwickelt hat. Steigende Ölpreise werden jedoch für einen wirksamen Klimaschutz nicht ausreichen und machen nationale und globale Regulierungsregime, wie unten näher begründet wird, nicht überflüssig. Die IEA stellt in ihrem jüngsten *World Energy Outlook* fest, dass die weltweite Energienachfrage bis 2030 um mehr als die Hälfte wachsen wird, wobei fossile Energieträger immer noch 80% des zusätzlichen Energiebedarfs abdecken sollen.

Überwindung der Nachfrageorientierung der Klimaschutzpolitik hin zu einem Angebot-Nachfrage-Design

Die gegenwärtige Klimaschutzpolitik ist insgesamt nachfrageorientiert. Die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention sind Energieverbraucherstaaten. Das Kyoto-Protokoll¹³ regelt die Reduktion von kohlenstoffhaltigen Emissionen im Zusammenhang mit dem Verbrauch fossiler Energien. Die Instrumente und Mechanismen des Protokolls – CO₂-Steuer, Emission Trading, CDM, Joint Implementation – werden alle auf der Nachfrageseite und am Ende der Energieproduktionskette eingesetzt. Im bisherigen Mainstream-Verständnis beschränkt sich Klimaschutzpolitik darauf, die Transformation konventioneller Energiesysteme indirekt, und zwar über das Verbraucherverhalten der Individuen, Gruppen, Verbrauchssektoren (Industrie, Verkehr, Haushalte) und Verbraucherstaaten zu erreichen. Die Handlungsempfehlungen der bisher vorgelegten umfangreichen Energiewende-Studien sind in Anlehnung an den gesamten Kyoto-Prozess ebenfalls verbraucherorientiert.¹⁴

Das Klimaproblem entstand aber nicht nur, weil fossile Energien verbraucht, sondern weil diese überhaupt erst produziert werden. Ohne Produktion kein Verbrauch. Dieser selbstverständliche und eigentlich simple Zusammenhang wurde in Kyoto I ausgeblendet. Das Klimaproblem resultiert historisch aus der Wechselwirkung der ökonomischen, politischen und geostrategischen Mechanismen der Angebotsseite fossiler Energieproduktion einerseits und der Verbraucherinteressen und -verhalten andererseits. Die Ausklammerung der Angebotsseite aus dem klimaschutzpolitischen Blickwinkel ist in doppelter Hinsicht problematisch und konsequenzreich:

Erstens weil dadurch ignoriert wird, dass ein Großteil der Anbieterstaaten langfristig ökonomische Verlierer einer erfolgreichen Klimapolitik sein werden, indem sie durch drastische Reduktion des Ölverbrauchs ihre Haupteinnahmequelle verlieren. Eine Klimaschutzstrategie, die die Belange einer mächtigen und potentiellen Verlierergruppe nicht in Rechnung stellt, provoziert kontraproduktive Reaktionen. Beispielsweise könnten die Ölförderstaaten durch Nutzung der Förderkapazitäten den weiteren Ölpreisanstieg, und damit steigende Wettbewerbschancen regenerativer Energietechnologien blockieren und die Transformation der Energiesysteme verzögern. Auch eine vorübergehende Überproduktion und erneute Phase der Ölniedrigpreise darf als Reaktion der Ölförderstaaten nicht ausgeschlossen werden. Dabei können sie gar mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten, dem Haupt-

¹³ Ausführlicher zum Kyoto-Protokoll vgl. Obertür, Sebastian/Ott, Hermann E. 1999.

¹⁴ Vgl. Deutscher Bundestages (Hrsg.) 1995; WBGU 2003.

gegner des Kyoto-Protokolls, rechnen. Deshalb ist eine Klimaschutzstrategie, die die Belange der Ölförderstaaten ignoriert, kurzfristig und nicht nachhaltig. Eine Klimaschutzstrategie, die nachhaltig sein will, muss dagegen die Kooperation zwischen allen Akteuren auf der Nachfrage- wie auf der Anbieterseite zu ihrer Grundlage erklären und die Ölförderstaaten jenseits ihrer Funktion als Energieverbraucher und Emissionsverursacher auch als Energieanbieter in den Kyoto-Prozess integrieren.

Zweitens bleiben Anbieter fossiler Energien, insbesondere die Öl exportierenden Staaten im Mittleren Osten, wegen ökonomischer und geopolitischer Sonderinteressen der USA und anderer Industrieländer weiterhin Zielscheibe politischer Interventionen. Darüber hinaus werden Regulierungsmöglichkeiten und -instrumente auf der Anbieterseite aus dem Blickwinkel verdrängt und dabei große Chancen, die sich für den Klimaschutz ergeben, übersehen. Allein die geologische Konzentration der fossilen Reserven auf eine überschaubare Zahl von Staaten eröffnet die Möglichkeit, die Zahl der handelnden Akteure, und damit die Transaktionskosten des energiepolitischen Wandels – wie unten näher begründet wird – maßgeblich zu reduzieren.

4. Erweitertes Klimaregime Kyoto II: Globale Angebotsverknappung fossiler Energieträger und internationale Klima-Agentur

Trotz steigender Ölpreise reichen Marktmechanismen nicht aus, um die Transformation zur nachhaltigen globalen Energieversorgung zu forcieren und dauerhaft zu sichern. Beispielsweise könnte die gegenwärtige Nachfrageücke durch den vollständigen Ausbau irakischer Ölförderkapazitäten für einige Jahre oder Dekaden kompensiert werden. Gravierender für die Perspektive einer erneuten Überproduktion ist jedoch, dass bei hohen Ölpreisen auch der Umfang der ökonomisch rentablen fossilen Ressourcen zunimmt. Einerseits lohnt es sich, kostenaufwändigere Technologien einzusetzen, um die Ölausbeute aus den vorhandenen Ölfeldern zu erhöhen. Andererseits steigt die Rentabilitätsschwelle fossiler Energieträger wie Ölsande und Ölschiefer, die bisher nicht ausgebeutet wurden, weil ihre Grenzkosten deutlich über den Ölweltmarktpreisen lagen. Tatsächlich ist ein Ansturm der großen Ölkonzerne auf die kanadischen Ölsandfelder in Alberta zu beobachten.¹⁵ Die kanadischen Ölreserven werden auf 1,6 Billionen Barrel

¹⁵ Donald Coxe, Analyst der Bank of Montreal Financial Group, schätzt, dass die Ölkonzerne in Albertas Ölsandfelder zwischen 2004 und 2013 ca. 61 Milliarden kanadi-

geschätzt. Im Vergleich dazu betragen die Ölreserven in Saudi-Arabien 1,72 Billionen Barrel. Es wäre daher auch zu kurz gegriffen, das in mehreren Studien hervorgehobene Öl-Fördermaximum (Peak)¹⁶ als Beleg für das Ende des fossilen Energiezeitalters zu deuten. Dieses Zeitalter kann bei hohen Preisen weit über das 21. Jahrhundert hinaus ausgeweitet werden. Bei einer weiteren technologischen Entwicklung zur Ausbeutung von Ölsanden wären erneute Preissenkungen durchaus denkbar.

Um dieser Perspektive vorzubeugen und die Transformation zu regenerativen Energiequellen auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen, bedarf es daher der Weiterentwicklung von Kyoto I durch ein globales Regulierungsregime mit moderater und zielorientierter Angebotsverknappung aller fossilen Primärenergien. Es geht also um rechtzeitiges Nachdenken für die Nach-Kyoto I-Ära ab 2012. Die Kyoto-Vertragsparteien haben dazu bereits seit Mai 2006 mit einem Dialog über die Perspektive von Kyoto II begonnen.¹⁷ Bis 2012 hat Kyoto I auf jeden Fall die Möglichkeit, sich doch noch zu bewähren. Das neue Regime ist auch unabhängig von Erschöpfungstendenzen ergiebiger Ölquellen der Welt erforderlich. Der im Folgenden formulierte Vorschlag ist die Weiterentwicklung früherer Überlegungen des Verfassers,¹⁸ die durch steigende Ölpreise erneute Aktualität gewinnen. Dazu wird zunächst ein über die Kompensationsstrategie von Kyoto I hinausgehendes Regulierungsregime für Kyoto II dargestellt und anschließend dessen Vorzüge begründet.

Internationale Klima-Agentur: Klimaschutz durch globale Kooperation

Die Notwendigkeit, eine den Vereinten Nationen zugeordnete Institution für Klimaschutzpolitik einzurichten, liegt auf der Hand. Der WGBU schlägt in seiner Studie die Entwicklung einer »Weltenergie-Charta« und in einem mehrstufigen Verfahren auch die Einrichtung einer »Internationalen Agentur für nachhaltige Energie« vor. Die Aufgaben dieses Projektes im WGBU-Vorschlag sind im Wesentlichen jedoch globale Serviceleistungen wie Forschung und Beratung, Informations- und Technologietransfer, Koordination von nationalen Programmen sowie Bündelung der Managementaufga-

sche Dollar (40 Milliarden Euro) investieren werden. Dies ist beträchtlich mehr als die Investitionen zwischen 1996 und 2003, die nur 28 Milliarden Dollar (18 Milliarden Euro) betragen. Frankfurter Rundschau vom 9. August 2005.

¹⁶ Vgl. dazu Campbell 1998, und diverse Studien der Association for the Study of Peak Oil & Gas, Ireland (ASPO).

¹⁷ Brunnengräber 2005.

¹⁸ Vgl. vor allem Massarrat 1993: 218ff.; derselbe 2000: 243ff.

ben der bestehenden globalen Institutionen (Weltbank, GEF, UNDP, UNEP) beschränkt.¹⁹ Trotz der Verbesserungen, die dieser Vorschlag für den Klimaschutz mit sich bringen würde, ersetzen die an sich sinnvollen Abstimmungs- und Koordinierungsaufgaben der Agentur nicht einen den Transformationsprozess stimulierenden und regulierenden Motor, der den klimaschutzpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.

Auch das World Council for Renewable Energy schlägt eine »International Renewable Energy Agency (IRENA)« vor, deren zentrale Aufgabe im forcierten weltweiten Ausbau regenerativer Energietechnologien bestehen soll.²⁰ IRENA definiert ohne Zweifel eine den Transformationsprozess stimulierende Antriebskraft als zentrale Aufgabe einer globalen Energieagentur. Der Schwachpunkt dieses Vorschlages besteht allerdings in der Vernachlässigung der Interessen und kooperativen Mitwirkungsmöglichkeiten fossiler Energieproduzenten, vor allem der OPEC. Die OPEC sollte in ein globales Gesamtkonzept integriert werden, anstatt sie zum mächtigen Gegner regenerativer Energietechnologien zu drängen. Immerhin ist auch eine direkte Angebotsverknappung fossiler Energien die unerlässliche Grundlage für den raschen Ausbau erneuerbarer Energietechnologien. Insofern bietet es sich an, die direkte Mengenbegrenzung des globalen fossilen Energieangebots als zentrale Aufgabe einer UN-Energieagentur mit den im WGBU-Vorschlag enthaltenen Koordinierungsmaßnahmen wie aber auch dem im IRENA-Vorschlag hervorgehobenen Ausbau regenerativer Energietechnologien zu koppeln.

Mit dieser komplementären Erweiterung würde die instrumentelle Grundlage des neuen Klimaregimes geschaffen und die Reglements von der Verbraucherseite (End of Pipe) zur Anbieterseite (Begin of Pipe) vorverlegt. Die weltweite Koordinierung des neuen Klimaregimes bedarf allerdings einer der UN zugeordneten Agentur, sagen wir einer *International Climate Agency (ICA)*, die vorerst nicht wesentlich größer sein müsste als das gegenwärtig in Bonn residierende internationale Klima-Sekretariat mit seinen derzeit etwa 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insofern bedürfte es im Grunde auch keiner neuen Bürokratie, sondern der Neudefinition von Aufgaben dieser bereits bestehenden UN-Institution.

¹⁹ WGBU 2003: 181ff.

²⁰ World Council for Renewable Energy (Hrsg.) 2003.

Aufgaben der Klima-Agentur

Die zentralen Aufgaben der ICA können wie folgt beschrieben werden:²¹

1. Festlegung von global absoluten Angebotsmengen für alle fossilen Energien auf der Basis eines international anerkannten und klimaverträglichen Reduktionsszenarios für Treibhausgase. Dabei könnten die Obergrenzen bei Bedarf dem jeweiligen wissenschaftlichen Kenntnisstand nach beiden Seiten flexibel angepasst werden.
2. Flexible jährliche Aktualisierung der Obergrenzen für fossile Energiemengen und Festlegung der Anteile eines fossilen, aus Öl, Naturgas und Kohle bestehenden Energiemixes. Hier besteht gleichzeitig die Möglichkeit, die Quoten emissionsstarker Energien wie Braunkohle und Steinkohle entsprechend stärker zu reduzieren als die Quoten für Öl bzw. Naturgas.
3. Jährliche Festlegung der Angebotsquoten für einzelne Anbieterstaaten, private oder staatliche Konzerne unter Berücksichtigung der Newcomer.
4. Einrichtung eines globalen *Ausgleichsfonds* zur Finanzierung des Transfers regenerativer Energietechnologien in arme Entwicklungsländer und zur Förderung des Ausbaus regenerativer Energien überall in der Welt. Dadurch soll einerseits dem Grundsatz der *Verteilungsgerechtigkeit* zwischen und innerhalb der Staaten sowie andererseits auch dem Grundsatz der *Chancengleichheit* unter den technologischen Optionen (Effizienzsteigerung, regenerative Energietechnologien) Rechnung getragen werden. Zur Finanzierung des Fonds dürfte ein Bruchteil der auf ca. 240 Mrd. Dollar geschätzten Mittel reichen, welche die OECD-Staaten jährlich immer noch zur Subventionierung der konventionellen fossilen bzw. nuklearen Energietechnologien ausgeben. Denkbar wäre auch, dafür eine Besteuerung der bei den reichen Ölstaaten dank der Naturproduktivität erwirtschafteten Differentialrenten einzuführen.²² In Kyoto I wurden ohnehin erste Schritte in diese Richtung unternommen. Außer *Global Environmental Facility* wurden weitere Kyoto-Fonds, darunter *Special Climate Chance Fonds* und *Least Development Countries Fonds* geschaf-

²¹ Näheres dazu vgl. einschlägige Publikationen des Autors, vor allem Massarrat 1993, und derselbe 2002. Vgl. ferner Wortmann 2003.

²² Tatsächlich gibt es dank drastisch steigender Devisenüberschüsse der OPEC Indzien für die Reaktivierung des OPEC Development Fonds, der bei den ersten Ölpreissprüngen in den 70er Jahren geschaffen wurde. Beispielsweise beauftragte der amtierende iranische Präsident seinen Ölminister, zu diesem Zweck innerhalb der OPEC initiativ zu werden. Zur ökonomischen und universalethischen Begründung dieses Instruments vgl. Massarrat 2000: 265ff.

fen, die in Kyoto II im Sinne eines umfassenden *globalen Ausgleichsfonds* weiter entwickelt werden müssten.

Die Vorzüge des kooperativen Klimaregimes

Im Folgenden wird anhand von fünf Nachhaltigkeitskriterien begründet, weshalb das oben dargestellte Klimaregime gegenüber den Ölniedrigpreise kompensierenden Mechanismen und Instrumenten von Kyoto I konzeptionell deutliche Vorzüge aufweist. Im Einzelnen handelt es sich bei diesen Kriterien um hohe Wirksamkeit und ökologische Gerechtigkeit, niedrige Transaktionskosten, Akzeptanzfähigkeit und Sozialverträglichkeit, Konfliktverträglichkeit und globale Sicherheit, Marktconformität und Anschlussfähigkeit. Diese Kriterien sind so formuliert, dass sie die ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Nachhaltigkeitsanforderungen in ihrer wechselseitigen Beziehung weitestgehend erfüllen.

Hohe Wirksamkeit und ökologische Gerechtigkeit

Die stärksten Innovationsschübe zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien lösten nachweislich die Ölpreissprünge von 1974 und 1979 aus. Im ersten Fall boykottierten arabische OPEC-Staaten während des Jom Kippur-Krieges zeitweise den Ölexport, im zweiten Fall fiel das iranische Öl für mehrere Monate ganz aus. Die Verbraucher nahmen die Realität der Ölverknappung sehr ernst und handelten konsequent, solange die Verknappung anhielt. Die erneute Konkurrenz unter den Anbietern innerhalb und außerhalb der OPEC und die Ölüberproduktion auf dem Weltmarkt machten ab Mitte der 1980er Jahre alle klimapolitisch wichtigen Anstrengungen der 1970er Jahre wieder zunichte.²³ Dieses Beispiel ist der empirische Beleg für die ökologische Wirksamkeit der direkten Verknappung fossiler Energien. Wenn weniger fossile Energien auf den Markt kommen, dann bleibt als einzige Alternative, weniger zu konsumieren! Moderate Reduktionsraten von global weniger als 1% jährlich reichen aus, um die Transformation von der fossilen Energieversorgung zu erneuerbaren Energien in diesem Jahrhundert durchzuführen. Insofern wird auch dem Gerechtigkeitsaspekt gegenüber künftigen Generationen durch Vermeidung einer Destabilisierung des Klimas am wirkungsvollsten Rechnung getragen. Die Mengenreduktion fossiler Energieträger erfasst *das Übel an der Wurzel* des Klimaproblems. Die Wirkung ist flächendeckend, sie verzerrt nicht selektiv die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Ökonomien, es gibt

²³ Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 2000, vor allem Kapitel 9 und 10.

keine Schlupflöcher für reiche, auch nicht für arme Länder und Akteure, wie etwa beim *Emission-Trading*.

Dieses Instrument überlässt die Verteilung der verfügbaren Energie jedoch dem Markt und der Kaufkraft, es kann daher selbst nicht unmittelbar Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Märkte können die Ressourcen nur ökonomisch effizient verteilen. Sie können jedoch weder bei direkter Angebotsverknappung noch bei Anwendung verbrauchsorientierter Kompensationsinstrumente von sich aus eine sozial gerechte Verteilung der Ressourcen regeln. Das Kyoto-Protokoll lässt die Frage der globalen Verteilungsgerechtigkeit weitgehend offen und trägt diesem Aspekt insofern Rechnung, als es nur die Industrieländer zur Reduktion von Emissionen verpflichtet, während Entwicklungsländern das Recht zugestanden wird, unbegrenzt Emissionen auszustoßen. Es gibt inzwischen ernsthafte Versuche, diese unbefriedigende Regelung durch klare Prinzipien globaler Verteilungsgerechtigkeit zu ersetzen.²⁴ Auch bei diesen Bemühungen geht es um eine gerechte Verteilung des »Emissionskuchens«, somit um verbrauchsorientierte Lösungen. Dazu bedarf es national wie international flankierender Maßnahmen und der Schaffung eines Ausgleichsfonds, um gemäß sozialer Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitskriterien z.B. den Energiebedarf einkommensschwacher Staaten und sozialer Schichten sicher zu stellen und eine nachholende Industrialisierung der Entwicklungsländer zu ermöglichen. Zudem führt die logische Konsequenz des neuen Klimaregimes dazu, armen Entwicklungsländern statt der bisher geplanten höheren Verschmutzungsrechte ausreichende Mittel aus dem Ausgleichsfonds zum Ausbau erneuerbarer Energien zu gewähren. Dadurch wird der Gerechtigkeitsaspekt mit dem Klimaschutz in Einklang gebracht.

Niedrige Transaktionskosten

Angebotsverknappung verursacht auch eindeutig geringere Transaktionskosten. Denn es ist zum einen unbestritten kostengünstiger und ökologisch wirkungsvoller überhaupt erst weniger fossile Energien aus dem Boden zu holen, als erst Primärenergien zu produzieren, sie mit beträchtlichem Aufwand in Sekundär- und Nutzenergie umzuwandeln und dann wieder mittels des aufwändigen Umwegs der Beeinflussung der Nachfrageseite die Anbieter zur Produktionseinschränkung zu veranlassen. Zum anderen würde sich die Anzahl der Akteure, die das Klimaregime tragen, auf eine überschaubare und im Vergleich zu *Emission-Trading* winzige Gruppe reduzie-

²⁴ Vgl. z.B. Brouns 2004.

Tabelle 1: Nachgewiesene fossile Primärenergien nach Ländern und Energieträgern für 1997 in Mrd. Tonnen Öläquivalent

Rg	Land	Energieträger		Naturgas		Kohle		Gesamt	
		Öl	%		%		%		%
1	USA	3,7	2,9	4,30	3,3	240,558	23,3	248,558	19,0
2	China	3,3	2,3	1,04	0,8	114,500	11,1	118,840	9,1
3	Australien	–	–	–	–	90,940	8,8	90,940	7,0
4	Indien	–	–	–	–	69,947	6,8	69,947	5,4
5	Deutschland	–	–	–	–	67,300	6,5	67,300	5,2
6	Südafrika	–	–	–	–	55,333	5,4	55,333	4,2
7	Russland	6,7	4,7	43,25	33,2	–	–	49,95	3,8
8	Polen	–	–	–	–	42,100	4,1	42,100	3,2
9	Saudi-Arabien	35,8	25,2	4,82	3,7	–	–	40,620	3,1
10	Indonesien	0,7	0,5	1,82	1,4	32,063	3,1	34,580	2,6
11	Iran	12,7	9,0	20,58	15,8	–	–	33,280	2,5
12	VAE	12,6	9,4	5,21	4,0	–	–	17,81	1,4
13	Irak	15,7	10,8	2,87	2,2	–	–	17,97	1,3
14	Kuwait	13,3	9,3	1,30	1,0	–	–	14,60	1,1
15	Kanada	0,8	0,7	1,69	1,3	8,623	0,8	11,113	0,8
16	Venezuela	10,3	6,9	3,65	2,8	–	–	13,95	0,6
17	Mexiko	5,7	3,8	1,56	1,2	1,211	0,1	8,471	0,6
18	Katar	–	–	7,69	5,9	–	–	7,69	0,5
	18 Länder	109,056	77,4	99,800	76,6	721,770	70	929,981	71,4
	Rest	31,844	22,6	30,484	23,4	309,840	30	372,599	28,6
	Gesamt	140,9	100	130,284	100	103,161	100	1302,794	100

Quelle: Massarrat 2000: 263. Die hier auf der Basis von Primärquellen ermittelten Daten für 1997 behalten auch heute insgesamt ihre Gültigkeit.

ren. Die relevanten fossilen Energieressourcen (Öl, Kohle und Erdgas) konzentrieren sich – wie Tabelle 1 zeigt – auf nur 18 Staaten: USA, China und Indien, die hauptsächlich für den Eigenbedarf produzieren, und weitere 15 Staaten mit beträchtlichen Exportkapazitäten, darunter acht OPEC-Staaten: Saudi-Arabien, Kuwait, Arabische Emirate, Iran, Irak, Katar, Indonesien und Venezuela sowie Mexiko, Russland, Norwegen, Australien, Südafrika, Polen und Kanada.

Selbst wenn alle weiteren weltweit relevanten Mitspieler wie die großen Öl-, Naturgas- und Kohlekonzerne berücksichtigt würden, wären es nicht mehr als 100 Akteure, die in ein Anbieter-Regulationsregime als Akteure und Vertragsparteien mit einbezogen werden müssten. Diese leicht identifizierbare Zahl von fossilen Energieanbietern in der ganzen Welt ist kleiner als die Zahl der beim *Emission Trading* zu kontrollierenden Akteure bei einem einzigen deutschen Bundesland wie Niedersachsen oder Hessen mit

je ca. 200 Industrieanlagen. Mit der Einbindung von 100 international relevanten Anbietern in ein Regulationsregime werden alle Verbrauchergruppen und -staaten in der Welt erfasst, während mit den 5.000 Industrieanlagen in der EU und ca. 20.000-30.000 großen Industrieanlagen weltweit nur die Industrie, und damit nur ein Teil der Verbrauchergruppen und -sektoren, die für die CO₂-Emissionen verantwortlich sind, erfasst würden. Die Transaktionskosten eines Klimaschutzregimes, das direkt an der Produktion ansetzt, dürften sich – verglichen mit den Kosten des *Emission Trading* – auf eine fast zu vernachlässigende Größe reduzieren.

Die Voraussetzung dafür ist allerdings, die klimaschutzpolitisch nach Maßgabe des jeweiligen naturwissenschaftlichen Kenntnisstandes zulässigen Mengen des fossilen Angebots auf akkreditierte Anbieter (Staaten, Konzerne, Konzernzusammenschlüsse) jährlich und nach einem flexibel auszuhandelnden Mix aus Öl, Naturgas und Kohle aufzuteilen. Die Vorstellung, diese Aufgabe überhaupt bewältigen zu können, scheint eine große Herausforderung zu sein – und sie ist es ohne Zweifel auch. Aber – und darauf kommt es letztlich an – sie ist nicht nur die wirksamste und billigste Option, sondern auch eine Option – und das mag überraschen –, die nicht weniger marktkonform ist als die Nachfrage orientierten Instrumente und Strategien.

Auch die Transformationskosten der fossilen Angebotsverknappung ließen sich eindeutiger ermitteln als die Kosten jener nachfrageorientierten Strategien, die auf 100.000 bis 400.000 Mrd. US-Dollar geschätzt werden. Denn hier schlägt lediglich die Preisdifferenz zwischen Ölniedrigpreis und Ölknappheitspreis als Klimaschutz-Kostenfaktor zu Buche. Der Knappheitspreis mag – wie noch zu begründen sein wird – unter der Annahme von Preisschwankungen im Preiskorridor zwischen 50 und 100 Dollar/Barrel, somit durchschnittlich ca. 75 US-Dollar/Barrel bis 2100 betragen. Demnach bewegt sich die durchschnittliche Preisdifferenz verglichen mit dem Preis von ca. 25 US-Dollar/Barrel Anfang 2000 um ca. 50 US-Dollar/Barrel. Bei der klimaschutzpolitisch erforderlichen Reduktion der weltweit insgesamt verbrauchten fossilen Primärenergien von ca. 75 Mrd. Barrel Öl-äquivalent in 2004 auf ca. 7,5 Mrd. Barrel Öl-äquivalent (10% des heutigen Verbrauchs), also einem jährlichen Durchschnittsverbrauch von ca. 42,5 Mrd. Barrel Öl-äquivalent, würden die Transformationskosten dieser Strategie grob geschätzt ca. 200.000 Mrd. US-Dollar betragen.

Dabei handelt es sich in diesem Fall in Wirklichkeit nicht um zusätzliche Kosten, sondern um die teilweise Internalisierung jener Kosten, die die Verbraucher entgegen ökonomischer und ökologischer Regeln bisher in die Umwelt externalisiert hatten. Überdies stünde diese Summe in vollem Um-

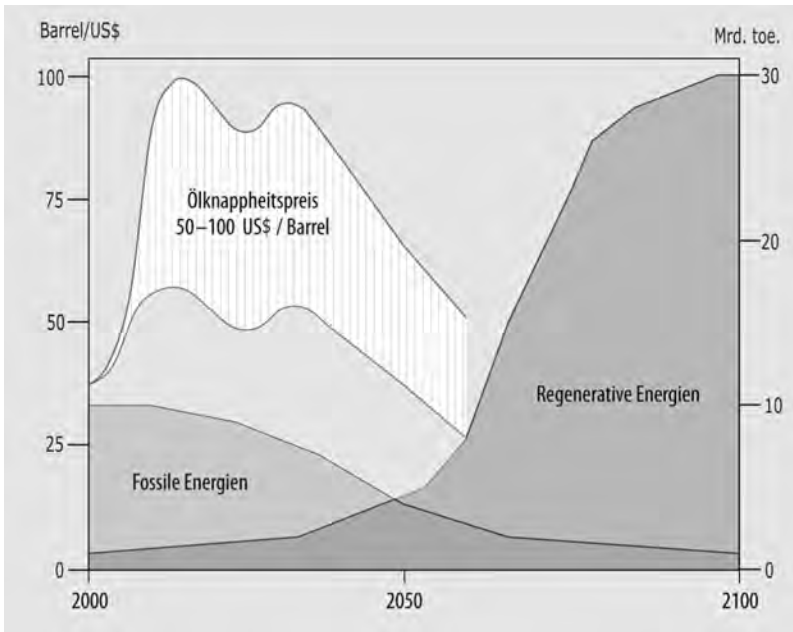
fang der Weltgemeinschaft als Kaufkraft zur Verfügung. Im Unterschied dazu geht der Menschheit ein beträchtlicher Teil der Transformationskosten der nachfrageorientierten Kompensationsstrategie als unproduktive Transaktionskosten für immer verloren.

Akzeptanzfähigkeit, Sozialverträglichkeit und Planungssicherheit

In dieser Weltenergieordnung würde es für schockartige Preissprünge keinen triftigen Grund mehr geben. Vielmehr sind langsam steigende Energiepreise zu erwarten, die bei Reduktionsraten von durchschnittlich weniger als 1% jährlich aller Wahrscheinlichkeit nach moderater ausfallen dürften als angenommen wird. Der Ölknappheitspreis dürfte sich langfristig zwischen 50 und 100 US-Dollar/Barrel bewegen, denn unter Wettbewerbsbedingungen werden Ölpreise durch die Grenzkosten erneuerbarer Energietechnologien reguliert. Strom aus Windenergieanlagen ist schon bei den heutigen Ölpreisen von 70 US-Dollar/Barrel wettbewerbsfähig. Im Falle des Übergangs zur Massenproduktion dürften die Kosten des Solarstroms deutlich sinken und steigenden Ölpreisen Grenzen setzen. In dieser Perspektive dürfte der Anteil fossiler Energieträger sinken, der von erneuerbaren Energien steigen und so die wachsende Nachfragerücke für Energie sukzessive durch erneuerbare Energien geschlossen werden. Fortan würden die Grenzkosten erneuerbarer Energien anstelle des Ölpreises weltweit die Energiepreise regulieren. Haben Ölknappheitspreise dabei als Folge der zunehmenden Erschöpfung von Ölquellen langfristig die Tendenz zu steigen, so haben die Preise für erneuerbare Energietechnologien als Folge steigender Produktivität die Tendenz zu sinken (vgl. Abb. 10). Mit anderen Worten: Bei fortgesetzter Nutzung sich erschöpfender Energiestoffe werden die Energiepreise langfristig steigen, während erwartet werden kann, dass mit steigendem Anteil erneuerbarer Energiequellen an der weltweiten Energieversorgung die Energiepreise langfristig sinken. Es sind also nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Gründe, die für eine wachsende Akzeptanz erneuerbarer Energien im globalen Maßstab sorgen werden.

In allen Verbraucherstaaten kann in dieser Perspektive hinsichtlich der Energieversorgung erstmals mit Stetigkeit und Planungssicherheit gerechnet werden. Preisturbulenzen, unvorhersehbaren und mit der Energieversorgung verbundenen Zahlungsbilanzdefiziten, Wechselkursschwankungen und Spekulationsgeschäften würde der Boden entzogen. Auch auf der Anbieterseite, bei den OPEC-Staaten und den wichtigen Nicht-OPEC-Ländern wie Mexiko und Russland entstünde ebenfalls eine neue Perspektive langfristiger Planungssicherheit. Die Aussicht auf annähernd stabile Öllexport-

Abb. 10: Szenario – weltweiter Übergang von fossilen zu regenerativen Energien im 21. Jahrhundert



Die Abbildung illustriert schematisch den Zusammenhang zwischen der Ölpreisentwicklung, der Transformation von fossilen zu erneuerbaren Energien und der weltweiten Entwicklung der Energienachfrage. Die Energienachfrage steigt in Anlehnung an das Stockholm Environment Institute-Szenario von 1993 von ca. 9 Gigatonnen 2000 bis zum Jahrhundertende als Folge wachsender Weltbevölkerung und Industrialisierung in Entwicklungsländern um das Dreifache. Die Ölpreise steigen zunächst bei steigender Nachfrage und sukzessiver Mengenverknappung fossiler Energien an, sinken jedoch in dem Maße, wie die Kosten erneuerbarer Energien im Zuge der weiteren drastischen technologischen Entwicklung abnehmen. Ein Systemwechsel zu erneuerbaren Energien muss trotz steigender Nachfrage nicht zwangsläufig mit steigenden Energiepreisen einhergehen.

einnahmen durch mittelfristig zu erwartende Ölpreiserhöhungen trotz sinkender Ölproduktion schafft diesen Staaten eine solide Planungsgrundlage und eine ökonomisch attraktive Perspektive für den langfristigen Ausstieg aus der Ölproduktion und die allmähliche Umstrukturierung der eigenen Ökonomien weg von der Ölabhängigkeit hin zu sich selbst tragenden nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen. Dadurch könnten die potentiellen Verlierer einer neuen Weltenergieordnung in diesem auf globaler Kooperation basierenden Regime zu Mitgewinnern gemacht und ihre Bereitschaft an der aktiven Mitgestaltung dieser neuen Ordnung gefördert werden.

Konfliktverträglichkeit und Sicherheit

Die zu erwartende win-win-Strategie zwischen Energieanbieter- und -verbraucherstaaten stärkt kooperative Strukturen und erhöht die Akzeptanzfähigkeit auch bei den Öl exportierenden Staaten, ohne deren Kooperation ein globaler New Deal für das Klima schwer vorstellbar wäre. Konflikte um die Verteilung von knappen Ölressourcen, militärische Sicherheitskosten der Energieversorgung – diese werden allein für die USA auf ca. 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr veranschlagt – und die bestehenden außenpolitischen Abhängigkeiten dürften drastisch ab- und die Bereitschaft zum Aufbau von kooperativen Strukturen spürbar zunehmen.²⁵ Auch zwischenstaatliche Konflikte, Kriege und ein kostspieliges Wettrüsten in ölreichen Regionen wie am Persischen Golf, am Kaspischen Meer, in Westafrika und anderswo dürften deutlich reduziert werden. In den Ölförderstaaten selbst würden zudem rentierstaatliche, klientelistische und autokratische Macht- und Ölrentenverteilungsmechanismen an Bedeutung verlieren, dagegen zivilgesellschaftliche Reformpotenziale und Demokratisierungsprozesse an Boden gewinnen.

Marktkonformität und Anschlussfähigkeit

Im Kyoto-Prozess dominiert generell der Glaube, der Markt selbst bringe Lösungen auch für globale Umweltfragen hervor. Daher überrascht es kaum, dass bisher für die Umsetzung von Kyoto-Reduktionszielen *Ökosteuern* und *Emission Trading* favorisiert wurden, weil diese Instrumente in keynesianischen bzw. neoklassischen umweltökonomischen Schulen jeweils als besonders marktkonform gelten. Die Marktgläubigkeit versperrt jedoch den Blick für die wirksame Regulierung globaler Energieversorgung, die sozial und ökologisch unverzichtbar ist. Es gilt dabei der Grundsatz, dass die Natur und der Mensch die wahre Quelle des Reichtums sind, während Märkte als Medien und Werkzeuge definiert werden müssten, die sich den Menschheitsinteressen unterzuordnen haben.

²⁵ In den meisten Studien zur Transformation der Energiesysteme (so auch in der Enquetekommissions-Studie des Deutschen Bundestages und in der WGBU-Studie) werden die geostrategischen Interessen um die Kontrolle und den Zugang im globalen Kampf um knappe Ölreserven unterschätzt bzw. gänzlich ausgeblendet. Die Ablehnung des Kyoto-Protokolls durch die USA ist nicht nur auf schwerfällige Energieverbrauchsstrukturen der Amerikaner, sondern auch auf ihre geostrategischen Interessen zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Schlüsselrolle bei der Kontrolle von Ölressourcen und die darauf beruhenden hegemonialen Motive zurückzuführen. Vgl. dazu Kapitel 3 in diesem Buch. Diesen Gesichtspunkten wird nur in ganz wenigen Studien, beispielsweise in der neuen Wuppertal-Studie: Hennicke/Müller 2005, und in den Analysen von Scheer 2005: 140f., ausführlich Rechnung getragen.

Gehen wir davon aus, dass klimaverträgliche Reduktionsszenarien fossiler Energien den ökologischen Rahmen für die Politik und die globale Weltökonomie in diesem Jahrhundert vorgeben, so stellt sich die direkte Reduktion des globalen Angebots fossiler Energien als ein Instrument heraus, das der Funktionsweise der Marktmechanismen genauso wenig widerspricht wie die gemeinhin als marktkonform geltenden bisher eingesetzten Kompensationsinstrumente. Die Politik definiert lediglich die international vereinbarten Obergrenzen für die zulässige Angebotsmenge fossiler Energieträger, die im Rahmen eines weltweit flexiblen Quotensystems ausgehandelt werden. Und sie beschränkt sich ausschließlich darauf, die Einhaltung der Mengenvorgaben so konsequent wie möglich sicher zu stellen. Alles andere wird den Marktkräften überlassen. Die durch moderate Angebotsverknappung hervorgerufenen Knappheitspreise für fossile Energien dürften sich in dieser Weltenergieordnung zu einem maßgeblichen Stimulator entwickeln, der sowohl die Steigerung der Energieeffizienz wie den Ausbau regenerativer Energien für die Stromerzeugung und auch die Entwicklung von ökologisch sinnvollen Substituten zum Öl im Verkehrssektor mobilisiert. Es ist zu erwarten, dass sich dann die Rentabilität und die Wettbewerbsfähigkeit zu ausschlaggebenden Kriterien für die optimale Technologieauswahl bei effizienter Energienutzung und der Anwendung regenerativer Energiequellen herausbilden.

Mit der Ablösung von Energiedumpingpreisen durch Energieknappheitspreise würde in der neuen Weltenergieordnung ein entscheidender Grund für die marktverzerrenden Subventionen der konventionellen Energieversorgungssysteme²⁶ entfallen, die gegenwärtig auf 240 Mrd. US-Dollar jährlich geschätzt werden.²⁷ Im Prinzip würden nicht nur die in Kyoto I für die Nachfrageseite (alle Staaten) vereinbarten Verpflichtungen überflüssig, sondern zahlreiche nationale Programme, unzählige Verordnungen, wirtschaftliche Anreize und Maßnahmen, somit die gesamte, aus der Ära von Ölüberproduktion und Ölniedrigpreisen stammende Bürokratie. Marktakteure haben die denkbar größte Freiheit, flexibel auf Preisbewegungen und technologische Veränderungen zu reagieren und nach Rentabilitätskriterien optimale Technologiepfade zu entwickeln und nach Maßgabe komparativer Kostenvorteile nationale und internationale *Joint Implementations-Projekte* zu konzipieren. Marktmechanismen, Steuerungs- und Allokationswirkung der Marktpreise entfalten dadurch erst recht ihre volle Wirkung.

²⁶ Ausführlicher dazu vgl. Scheer 1999.

²⁷ Näheres siehe Massarrat 1999: 3-8. Vgl. ferner van Beers und de Moor 2001.

5. Allianzen für einen globalen Klima-New Deal

Insgesamt kommt dem Instrument direkter Mengenreduzierung für eine nachhaltige Klimapolitik eine herausragende Bedeutung zu. Es stellt sich hier allerdings die entscheidende Frage nach den Chancen der Realisierung dieses Klimaregimes. Von der Einsicht in die Notwendigkeit bis zur tatsächlichen Umsetzung dieses historisch so bedeutenden Projektes eines nachhaltigen Klimaregimes ist es ein langer Weg. Dieser Weg kann nur durch Kooperation zwischen Energieanbietern und -verbrauchern erfolgreich beschritten werden. Dies gilt allerdings nicht nur für das hier favorisierte Konzept globaler Mengenverknappung, sondern für jedes andere Klimaschutzregime, das diesen Namen verdient. Ein wirkungsvolles Klimaschutzregime zur Beendigung eines globalen Umweltproblems kann es grundsätzlich nur geben, wenn alle relevanten Akteure in letzter Konsequenz bereit sind, zu diesem Zweck miteinander zu kooperieren. Klimaschutzregime, die diese Kooperation wegen eigener Sonderinteressen ausschließen, werden keine Chance haben, der Klimadestabilisierung Einhalt zu gebieten. Die Bereitschaft der Beteiligten, zur Kooperation den ersten Schritt zu tun, ist in Abhängigkeit von kurz- und langfristigen Gewinn- und Verlustwartungen der Akteure allerdings höchst unterschiedlich. Somit stellt sich die Frage, welchen Staaten bzw. Staatengruppen eine größere Bereitschaft zugerechnet werden kann, die für die Umsetzung dieser Strategie in Kooperation die Vorreiterrolle übernehmen sollten. Die Anbieterstaaten fossiler Energien innerhalb und außerhalb der OPEC wie die großen Energieverbraucherstaaten innerhalb und außerhalb der OECD sind alle keine monolithischen Blöcke.

Auf der Nachfrageseite würden die USA die Initiative für eine globale Mengenregulierung bei fossilen Energien eher bremsen als fördern. Eine Verknappung des Angebots fossiler Energien würde den Vereinigten Staaten als dem größten Verbraucher und Verschwender fossiler Energieträger in der Welt höchste Anstrengungen für einen ökonomischen Strukturwandel und die Änderung ihres Konsumstils abverlangen. Jeder amerikanische Präsident könnte mit einem Krieg für das Öl Wahlen gewinnen, mit Maßnahmen, die zu höheren Energiepreisen und einem sparsameren Energieverbrauch führen könnten, jedoch die Wahlen verlieren. Hinzu kommen die militärisch gestützten, geostrategischen und hegemonialpolitisch relevanten Optionen in den ölreichen Regionen, die dann für die Vereinigten Staaten keinen Nutzen mehr hätten.²⁸ Die USA werden daher absehbar nicht freiwillig dazu bereit sein, ihre strategischen Privilegien aufzugeben und

²⁸ Ausführlicher dazu vgl. Kapitel 3 in diesem Buch.

Übersicht 2: Allianzen auf dem Pfad einer erneuerbaren Weltenergieordnung**Prognostizierte Bereitschaft zur Einrichtung eines neuen Klimaregimes**

	Ja	Nein
OECD-Staaten	EU und Japan	USA, Kanada, Australien
OPEC, andere fossile Anbieter und sonstige	Iran, Irak, Nigeria, Venezuela, Algerien, Mexiko, Russland, Polen Kleine Inselstaaten (AOSIS) und Entwicklungsländer ohne eigene fossile Ressourcen	Saudi-Arabien, Kuwait, Arabische Emirate

nennenswerte Veränderungen der eigenen Energieverbrauchsstrukturen einzuleiten, es sei denn, der Schock durch die katastrophalen Folgen der Hurrikans für die Menschen und die US-Ökonomie wird ein Nachdenken bei der US-Elite erzwingen. Die Bremserrolle der USA bei den bisherigen Klimaverhandlungen, die vor allem durch Australien (wichtiger Kohleexporteur) unterstützt wird, und schließlich der Ausstieg der US-Regierung aus dem Kyoto-Prozess sind symptomatisch für die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Frage. Im Unterschied zu den USA haben die europäischen OECD-Staaten gemessen am eigenen Klimaschutzpolitischen Anspruch, dem stärkeren Umweltbewusstsein ihrer Bevölkerungen und ihrem deutlich geringeren Pro-Kopf-Energieverbrauch an fossilen Energieträgern deutlich günstigere Ausgangsbedingungen für die Initiative zur Umsetzung der hier dargestellten Strategie des Übergangs zu erneuerbaren Energien.

Auf der Anbieterseite verfolgen die OPEC- und die Nicht-OPEC-Staaten unterschiedliche Ziele, die teilweise weit auseinander gehen. Die OPEC selbst spaltet sich in zwei Gruppen mit erkennbar unterschiedlichen Langzeitinteressen: Erstens die bevölkerungsarmen, aber ölfreien finanzstarken und monarchistisch regierten Staaten Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate mit ca. 45% der Weltölvorräte und 58% der OPEC-Ölreserven. Das Schicksal der herrschenden Eliten dieser Staaten ist auf Gedeih und Verderb mit der US-Energie- und Außenpolitik verknüpft. Daher werden diese OPEC-Staaten für eine Mengenverknappung vorerst nicht zu haben sein, sondern eher mit den Vereinigten Staaten an einem Strang ziehen. Zweitens alle anderen OPEC-Staaten, die über deutlich geringere Ölreserven verfügen, finanzschwach und in der Regel hoch verschuldet sowie mehr-

²⁹ Ganz in diesem Sinne schlagen renommierte Geologen der Association for the Study of Peakoil (ASPO) ein »Oil Depletion Protocol« vor. Vgl. dazu Heinberg 2005; Leggett 2005.

heitlich bevölkerungsreich mit deutlich niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen sind. Aus diesen Gründen haben diese OPEC-Staaten ein Interesse an der Optimierung ihrer Öleinnahmen bei gleichzeitigem Schutz ihrer Ölreserven für nachkommende Generationen und an einer Planungssicherheit, die ihnen den langfristigen Ausstieg aus der fossilen Energieproduktion mit geringsten sozialen Brüchen in Aussicht stellt.²⁹ Ein ähnliches Interesse kann auch den Nicht-OPEC-Staaten Mexiko und Russland unterstellt werden.

Aus den dargestellten Interessenkonstellationen, die in Schema 2 gegenübergestellt werden, wird erkennbar, dass die USA, Kanada und Australien auf der Seite der OECD und das Monarchisten-Trio auf der Seite der OPEC nicht zu den Vorreitern einer Allianz für den Ausstieg aus fossilen Energien gehören werden. Übrig bleiben auf der OECD-Seite die europäischen Staaten, vielleicht auch Japan, und auf der Seite der Anbieterstaaten die ölarmen, aber bevölkerungsreichen OPEC-Staaten wie Iran, Nigeria, Venezuela, die Nicht-OPEC-Staaten Mexiko und Russland sowie Polen als wichtiges Kohleexportland. Zu dieser Gruppe kommen die besonders von einer Klimakatastrophe betroffenen Alliance of Small Island States (AOSIS) und die große Zahl armer Staaten ohne eigene fossile Energiequellen, die außerstande sind, den Übergang zu erneuerbaren Energien aus eigener Kraft zu schaffen. Diese Staaten könnten jedoch zu der strategischen Allianz für den Aufbau der erneuerbaren Weltenergieordnung gewonnen werden, sofern es gelänge, ihnen für die Umstellung konventioneller Energieversorgung und den Ausbau erneuerbarer Energien finanzielle Anreize zu geben. Damit sind relevante Akteure der oben skizzierten Strategie für den Übergang zu erneuerbaren Energien umrissen, die bei einer auf gemeinsamem Nutzen basierten Kooperation das tragende Fundament der Allianz bilden können. Europäische Staaten könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Europas Vorreiterrolle könnte beispielsweise darin bestehen, analog zum Erneuerbaren Energie-Gesetz in Deutschland nationale bzw. EU-weite Klimaschutzgesetze zur Begrenzung des Angebots fossiler Energien zu verabschieden.

Kapitel 8

Demokratisierung der Demokratie: Reform der politischen Systeme zur Nachhaltigkeit

Die parlamentarische Demokratie und der Parteienstaat sind längst an die Grenzen ihrer Leistungs- und Steuerungsfähigkeit gestoßen. Als historisch bahnbrechende politische Partizipationsform der bürgerlichen Gesellschaft tritt die parlamentarische Demokratie im Zeitalter sich zuspitzender Menschheitsfragen auf der Stelle. Ihre Geburtsfehler machen sich jetzt angesichts der wachsenden Anforderungen an die partizipativen Steuerungs- und Problemlösungskapazitäten krisenhaft bemerkbar. Es handelt sich dabei um Syndrome und Dilemmata wie Machterhaltssyndrom, Gegenwartsfixierung, Egozentrismus, Komplexitäts-, Kompetenz- und Kompromissdilemma. Hinzu kommt der Souveränitätsverlust der politischen Systeme und der schleichende Verlust nationalstaatlicher Handlungsspielräume, die durch die neoliberale Globalisierung ausgelöst wurden. Beide Entwicklungen sind für virulente Partizipationslücken und für das politisch folgenreiche Demokratievakuum verantwortlich.

Die historische Antwort auf die internen Strukturschwächen und den externen Anpassungsdruck sind offensichtlich neue soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Non Governmental Organizations (NGOs). Sie verfügen zwar unbestritten über beträchtliche Kompetenz- und Problemlösungskapazitäten und wären auch in der Lage, das Demokratievakuum produktiv und synergetisch auszufüllen. Ihre Interventionsmöglichkeiten sind jedoch bisher auf die Herstellung äußeren politischen Drucks, auf bloße »kommunikative Macht« beschränkt geblieben.

Im Folgenden wird der Vorschlag begründet, durch partizipative Rückkopplung zivilgesellschaftlicher Potenziale einen historisch längst fälligen Prozess der *Demokratisierung der Demokratie* einzuleiten, der eine wichtige Voraussetzung für die wirkungsvolle Bearbeitung von existenziellen Menschheitsfragen und die Umsetzung von Schritten zur nachhaltigen Entwicklung darstellt. Einwände gegen die Teilhabe zivilgesellschaftlicher Bewegungen und ihre Potenziale an politischer Macht sind wissenschaftlich unbegründet, sie sind in erster Linie ideologischer Natur. Im Vorder-

grund stehen Überlegungen zur demokratietheoretischen Begründung der Legitimation von NGOs und der institutionellen Rückkopplungsformen zivilgesellschaftlicher Kapazitäten an politische Systeme.

1. Demokratievakuum in der parlamentarischen Demokratie

Die Diskussion über die Unzulänglichkeiten der parlamentarischen Demokratie ist so alt wie dieses politische System selbst. Mit seiner Geburt entstanden Strukturprobleme, die allgemein anerkannt, jedoch weiterhin als vernachlässigbar hingenommen werden. In der Bundesrepublik Deutschland haben vor allem Vertreter der partizipatorischen Demokratie¹ auf einige wichtige Defizite des Systems aufmerksam gemacht und reduktionistische Demokratievorstellungen der Verfechter des Parlamentarismus² kritisiert. Es haben sich inzwischen eine Reihe von Schlagwörtern eingebürgert, die wesentliche Defizite auf den Punkt bringen.

Mit *Kanzlerdemokratie* wird die Möglichkeit der Regierungsspitze beschrieben, den eigenen Willen ohne eine faire Diskussion an der Regierungsmannschaft, der Regierungskoalition und den eigenen Fraktionen vorbei mittels Disziplinierungs- und politischem Druck (z.B. durch Rücktrittsdrohungen und damit Instrumentalisierung der Angst von Mandatsträgern vor Machtverlust etc.) durchzusetzen.

Mit *Parteiendemokratie* wird der Zustand kritisiert, dass Parteien sich jeweils nach Wahlen gegenüber ihrer eigenen Wählerbasis entfremden und sich dieser erst dann wieder besinnen, wenn erneut Wahlen bevorstehen.

Mit *Verbändedemokratie* wird der Einfluss mächtiger Verbände auf die parlamentarische Willensbildung beschrieben, der über nicht transparente und dunkle Kanäle geltend gemacht wird.

Mit *Elitedemokratie* wird kritisch konstatiert, dass die Willensartikulation im parlamentarischen System substanziell nur durch eine kleine, einflussreiche parlamentarische Elite (Fraktionsvorstände, Ausschussvorsitzende etc.) dominiert und Entscheidungen letztlich durch sie vorbereitet und durchgesetzt werden.

Mit *halbierter Demokratie* wird problematisiert, dass in vielen Fällen nicht die Volksvertreter, sondern die Wirtschaft, die Forschung, mächtige Netzwerke, wie der militärisch-industrielle Komplex, die Atomindustrie etc., außerhalb der Parlamente Vorentscheidungen treffen, die dann Lobbyisten

¹ Vgl. beispielsweise Scharpf 1975; Wiesendahl 1981.

² Zum Beispiel Fraenkel 1973 und Sontheimer 1980.

über die bereits genannten »dunklen Kanäle« in das parlamentarische System einschleusen, um sie formal zu legitimieren.³ Oft fügen sich Volksvertreter den demokratisch nicht legitimierten externen Vorgaben, wie z.B. Liberalisierungs- und Deregulierungsbeschlüssen der Welthandelsorganisation (WTO), weil sie ihnen als unabänderliche Sachzwänge (»there is no alternative«) erscheinen.

Neben diesen systemimmanenten »Geburtsfehlern« der parlamentarischen Demokratie sind im Kontext neuer, Menschheitsfragen betreffender Herausforderungen in den letzten Dekaden weitere, bisher nicht hinreichend wahrgenommene grundlegende strukturelle Defizite des Systems zum Vorschein gekommen. Die wichtigsten von ihnen, die wegen ihrer Bedeutung für den Gegenstand der Untersuchung hier näher erläutert werden sollen, sind: *Machterhaltssyndrom und Gegenwartsorientierung, Komplexitäts- und Kompetenzdilemma, Kompromissdilemma und Egozentrismus.*⁴

Machterhaltssyndrom und Gegenwartsorientierung

Das Machterhaltsinteresse zwingt die politischen Repräsentanten in der parlamentarischen Demokratie zum kurzfristigen, gegenwartsorientierten Denken und Handeln. Die Volks- und Parteienvertreter neigen dazu, denjenigen Fragen und Problemfeldern, deren Lösung sich kurzfristig, d.h. bis zur nächsten Wahlperiode, direkt in Stimmen- und Machtzuwachs umsetzen lassen, die erste Priorität einzuräumen. Das führt in der Regel dazu, alle Fragestellungen und Politikfelder, die dem kurzfristigen Machtinteresse zuwider laufen könnten, deren Bearbeitung jedoch für unser aller Zukunft von existenzieller Bedeutung ist, so systematisch und gründlich wie irgend möglich auszublenden. Was für die einzelnen Volksvertreterinnen und -vertreter gilt, summiert sich in geballter Form für die Parteien und das gesamte System der parlamentarischen Demokratie.

Komplexitäts- und Kompetenzdilemma

Parlamente sind Beschlussfassungsorgane von Generalisten mit Fachkompetenzen in einigen wenigen Politikfeldern. Dabei sind die modernen Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegenüber denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts unvergleichbar komplexer und undurchsichtiger geworden. Die Auswirkungen finanz- und wirtschaftspolitischer Entscheidun-

³ Zu der bereits in der Politikwissenschaft formulierten und inzwischen auch unstrittig gewordenen Kritik der parlamentarischen Demokratie vgl. u.a. Bohret/Jann/Kronenwett 1997; Arnim 2000.

⁴ Vgl. dazu Massarrat 2000a; Lutz 2001.

gen, die von einem großen Industrieland wie z.B. Deutschland auf die Zukunft und auf andere Länder und Regime ausgehen, sind selbst für die klügsten und gewissenhaftesten Entscheidungsträger nicht bis ins letzte durchschaubar. Zu den wenigen großen klassischen Politikfeldern wie Landwirtschaft, Industrie und Handwerk sind zahlreiche neue und komplexe Politikfelder wie die Sozial-, Familien-, Bildungs-, Gesundheits-, Technologie- und Umweltpolitik mit ihren jeweils ausdifferenzierten Unterabteilungen hinzu gekommen – ganz zu schweigen von global orientierten und ebenso komplexen Politikbereichen wie Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Die heutigen politischen Entscheidungsträger können sich – ein Mindestmaß an Pflichtbewusstsein und Kompetenz einmal unterstellt – nur auf einem Politikfeld, bestenfalls auf ganz wenigen Politikfeldern sachkundig machen. In allen anderen Feldern sind sie genauso inkompetent wie das Volk, das sie stellvertretend repräsentieren sollen. Somit trifft die demokratietheoretische Grundannahme der repräsentativen Demokratie, wonach das Volk außerstande sei, selbst politische Konzepte zu entwickeln,⁵ auch auf die Volksvertreterinnen und -vertreter zu. Damit wird ein unlösbares Dilemma der Parteien- bzw. der parlamentarischen Demokratie erkennbar.

Trotz der offensichtlichen fachlichen Inkompetenz sind die Delegierten bei den Parteitag und die Volksvertreter in den Parlamenten nicht nur legitimiert, sondern sogar moralisch verpflichtet, bei allen zur Entscheidung anstehenden Fragen in sämtlichen Politikfeldern mitzuzentscheiden, selbst wenn sie nicht einmal den Wortlaut der Anträge bzw. Gesetzesvorlagen genau kennen. So wird nicht das Wissen und Gewissen, sondern die Loyalität und Abhängigkeit von Parteiströmungen bei den Parteitag bzw. die Loyalität und Abhängigkeit gegenüber der eigenen Fraktion in den Parlamenten zum entscheidenden Maßstab für folgenreiche Entscheidungen. Der Widerspruch zwischen der faktischen Inkompetenz und dem Zwang mitzuzentscheiden wird auf diese Weise nur überdeckt.

In diesem Milieu des Kompetenzvakuums findet die Expertokratie ihre Chance, sich eine eigene *strategische Definitionsmacht* anzueignen, die den demokratischen Willensbildungsprozess in sein Gegenteil verkehren kann.⁶

⁵ So die weit verbreitete Meinung in der Politikwissenschaft. Näheres dazu siehe Bohret/Jann/Kronenwett 1997: 32.

⁶ Dennoch hat die Expertokratie im wissenschaftlichen Diskurs, insbesondere im konservativen Lager, prominente Befürworter, da in den jeweiligen Institutionen nicht politisch, sondern »sachlich« entschieden wird. »An die Stelle eines politischen Mehrheitswillens tritt als Verantwortungsrahmen für die institutionellen Entscheidungen der *Sachverstand* und die Anerkennung der *Sachgesetzlichkeiten* ... Das bedeutet aber, dass die Leitung dieser Institutionen ihre Legitimität in ihrer *Sacherfüllung* und in der Vertre-

Lobbyismus und Korruption sind somit Tür und Tor geöffnet. Nicht die gewählten Parteivertreter und auch nicht die Volksvertreter in den parlamentarischen Institutionen, sondern jeweils eine Handvoll von Experten führen Entscheidungen herbei, die teilweise mit schwer abschätzbaren Risiken verbunden sind. Mächtige Interessengruppen ersparen sich so den mühsamen Weg der demokratischen Willensbildung und suchen sich den kürzesten, billigsten und risikofreisten Weg der Entscheidung, indem sie versuchen, entweder die Gunst der gewählten Parlamentarier in den Fachausschüssen und Ministerien zu erwerben oder aber Vertreter ihres Vertrauens in die jeweiligen Ausschüsse, formellen und informellen Arbeitsgruppen und Kommissionen des politischen Systems einzuschleusen.⁷ Der Widerspruch zwischen Inkompetenz in der Sache und dem formalen Mitwirkungsrecht der Volksvertreter stellt m.E. eine der bisher ungelösten Probleme und für zahlreiche Fehlentwicklungen in der Gesellschaft ausschlaggebende Schwäche der parlamentarischen Demokratie dar.

Kompromissdilemma und der Zwang zur Externalisierung von Kosten und Konflikten

Es liegt in der Natur der pluralistischen Demokratie, dass politische Entscheidungen angesichts der divergierenden Interessen von sozialen Gruppen und Zielkonflikten bei Einzelanliegen durch Kompromisse erreicht werden. Dies gilt für die Entscheidungsfindung innerhalb von Parteien, innerhalb der Regierung, in den parlamentarischen und anderen gesellschaftlichen Institutionen. Die pluralistische Demokratie und der damit zusammenhängende Zwang zum Kompromiss sind eine historische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Die auf Gewalt und monopolistischem Machtanspruch besitzender Klassen beruhenden politischen Systeme im alten Europa gerieten im Zuge der Industrialisierung und sozialer Differenzierungsprozesse

tung von *Sachinteressen* findet, denen gegenüber ihre allgemeinen politischen Überzeugungen zurückzutreten haben, und dass daher die Auswahl der jeweils institutionellen Führungsgruppe unter diesem Gesichtspunkt der Sachkompetenz erfolgen muss.« (Schelsky 1977: 428f.)

⁷ Dies erklärt das Interesse an den Lobbyisteninstitutionen in der unmittelbaren Nähe des Parlaments- und des Regierungssitzes. So waren 1996 beispielsweise in Bonn 1614 Interessengruppen in den Bonner Lobbyisten registriert. Verglichen mit 635 im Jahre 1974 registrierten Lobbygruppen erhöhte sich die Zahl innerhalb von zwei Jahrzehnten also um mehr als das Zweieinhalbfache (Sebaldt 1997: 29). Für konservative Politikwissenschaftler wie Sebaldt stellt diese Entwicklung jedoch kein Problem dar, vielmehr ist dies eher ein positiver Beweis dafür, dass »die Interessengruppen die ihnen zugeschriebenen Funktionen der Interessenartikulation, -aggregation, -selektion und der politischen Integration praktisch auf unterschiedliche Weise wahrnehmen« (ebenda: 37).

se im 18. und 19. Jahrhundert unter Druck. Sie waren außerstande, für die sozialen und ökonomischen Herausforderungen ihrer Zeit angemessene Lösungen zu entwickeln. Sozialen Bewegungen, insbesondere den europäischen Arbeiterbewegungen und ihren Parteien, fiel die Aufgabe zu, nach langwierigen politischen Auseinandersetzungen und blutigen Kämpfen den Obrigkeitsstaat zu überwinden und die pluralistische Demokratie durchzusetzen.

Zentraler Gegenstand der sozialen und politischen Auseinandersetzungen im Industrialisierungs- und Transformationsprozess der westlichen Gesellschaften in den vergangenen Jahrhunderten war die soziale Frage. Dazu gehörten die gerechte Verteilung des Wohlstandes, gesetzliche Regelungen des Normalarbeitstages und die Einführung von sozialen Sicherungssystemen (Kranken- und Rentenversicherung etc.). Die in diesem Prozess entstandenen modernen Parteien definierten ihre Programme im Wesentlichen entlang der Verteilungsfrage zwischen Kapital und Arbeit. Dabei schufen der Zwang zum Kompromiss und das Mehrparteiensystem gesellschaftliche Zustände, die sich durch einen spürbaren sozialen Ausgleich und innere politische Stabilität auszeichnen. Dieses System hat allerdings auch Schattenseiten:

- a) Der Zwang zum Kompromiss zwischen sozialen Schichten und Klassen, zwischen Lohnarbeit und Kapital führte alsbald zur Externalisierung von Konflikten und Kosten. Dazu gehörten die koloniale Aufteilung der Welt um die Jahrhundertwende, das Streben nach einem höherem Anteil am Wohlstand durch zügelloses Wachstum und beschleunigte Ausbeutung der Ressourcen, das fordistische Modell des Massenkonsums in den erfolgreichen Industrieländern u.a. Alle diese Entwicklungen hatten den *historischen Kompromiss* zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien zur Voraussetzung. Das Modell funktionierte jedoch reibungslos, weil soziale Konflikte und ökologische Belastungen externalisiert werden konnten, und zwar zulasten anderer Regionen und Völker und zulasten künftiger Generationen.⁸ Diese Art des ökonomischen Wachstums wurde durch die Politik zusätzlich gefördert, weil Politiker und ihre Parteien ihre Ziele durch Externalisierung von Kosten und Konflikten mit geringeren Reibungskosten erreichen konnten.⁹

⁸ Ausführliche Darstellung der Wirkungsweise und Formen der Kostenexternalisierung siehe Massarrat 1999.

⁹ Kurt Biedenkopf, damaliger Ministerpräsident des Bundeslandes Sachsen, bringt diese politische Dimension des Wachstums und das Dilemma zwischen Vernachlässi-

- b) Der Zwang zum Kompromiss führt bei politischen Entscheidungsfindungen unweigerlich zu substanziellen Abstrichen bei konkurrierenden Einzelanliegen. Oft werden dabei die Einzelanliegen und Forderungen sozialer Gruppen bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Konsensbildung durch Kompromiss hat sich bei Fragen der Wohlfahrtsverteilung sicherlich bewährt. Er hat sich jedoch bei existentiellen Fragen und bei Entscheidungen mit langfristigen Folgewirkungen, die nicht die Interessen einzelner Gruppen, sondern die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen und die Menschheitsfragen tangieren, als untauglich erwiesen.

Wenn wissenschaftlich nachweisbar ist, dass Atomtechnologie bei der Energieversorgung ein Irrweg ist und eine Gefahr für Leib und Leben der Menschen darstellt, so macht es keinen Sinn, sich auf weniger Atomenergie zu einigen. Wenn unstrittig ist, dass der militärische Zugriff auf fremde Rohstoffquellen im Dienste eigener Wohlstandssteigerung unweigerlich in die Sackgasse von Hegemonialpolitik und permanenten Kriegen wie in Afghanistan und Irak¹⁰ führt und außerdem ethisch verwerflich ist, macht es auch hier keinen Sinn, einen Kompromiss zu erzielen, der im Konfliktfall den Verzicht des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen vorsieht. Ein Kompromiss über die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland ist ein genauso untaugliches Mittel der Politik wie ein Kompromiss über existentielle Rechte anderer Völker und Generationen. Um die Grundrechte der gegenwärtigen Generation eines demokratischen Staates vor dem Zugriff einer einfachen Mehrheitsentscheidung zu schützen, sind diese durch die Verfassung geschützt. Wenn jedoch die eigene Verfassung die Grundrechte anderer Völker und künftiger Generationen nicht schützt, dann sind Verletzungen oder auch Verbrechen gegen die Grundrechte durch einfache

gung von ökologischen Folgen des Wachstums und Eigeninteressen der Politik freiwillig auf den Punkt: »Die Auflösung oder die Bewältigung dieses Dilemmas wird außerordentlich erschwert durch die in den letzten Jahrzehnten wirksam gewordene Erfahrung, dass Wachstum in demokratischen Gesellschaften eine Bedingung für die Lösung von Verteilungskonflikten ohne Beeinträchtigung entstandener Besitzstände ist. Man hat die Erfahrung gemacht, dass man unter Wachstumsbedingungen besser regieren kann. Und diese Erfahrungen hat man in den siebziger Jahren zur Gesetzmäßigkeit erhoben. Man hat erklärt – das hervorstechende Beispiel dafür ist der 68er Wirtschaftsgipfel –, dass Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für die Regierbarkeit demokratischer Gesellschaften sei... Für diese scheinbar notwendige Bedingung der Regierbarkeit hat man am Anfang jedenfalls eine Umweltbelastung in Kauf genommen. Zumindest hat man die Prioritäten so gesetzt, dass die Verringerung von Umweltzerstörung im Sinne von Ressourcen- und Zukunftsverzehr wiederum Wachstum zur Voraussetzung haben: ein teuflischer Zirkelschluss.« (Biedenkopf 1990: 21).

¹⁰ Ausführlicher vgl. Massarrat 2003.

Mehrheitsentscheidungen und leichtfertige Kompromisse Tür und Tor geöffnet. Solche Gesellschaften sind dann bestenfalls nach innen und gegenwartsbezogen demokratisch, nach außen jedoch expansiv, rücksichtslos und kriegerisch. Und sie sind außerstande, glaubwürdig Anspruch darauf zu erheben, der Demokratie eine universelle Geltung zu verschaffen.

Egozentrismus und reduktionistisches Gemeinwohl

Die Qualität einer Demokratie muss auch daran gemessen werden, ob sie auf Dauer unabhängig von externen Faktoren existieren bzw. gedeihen kann, ob sie sich nicht zulasten anderer Gemeinschaften ausrichtet und sich als Teil einer universellen Demokratie begreift. Eine Demokratie ist nur beständig, wenn sie auf tief verwurzelten demokratischen Werten aufgebaut ist und auf dieser Grundlage auch tiefgreifende ökonomische und soziale Krisen unbeschadet überstehen kann. Die grundlegende Bedingung für eine universell ausgerichtete Demokratie ist allerdings auch ein universelles Gemeinwohlverständnis, das die Verfassung einer demokratischen Gemeinschaft zumindest als anzustrebendes Ziel festschreiben muss. Diese universelle Ausrichtung des Gemeinwohls ist ethisch längst geboten. Denn die Folgen der ökonomischen und politischen Handlungen, der Lebensweise, des Wohlstands moderner demokratischer Gesellschaften sind überwiegend grenzüberschreitend und global. Sie berühren das Gemeinwohl anderer Gemeinschaften und können sie sogar sehr massiv beeinträchtigen. Insofern ist ein universelles Gemeinwohl auch demokratietheoretisch geboten: Eine Demokratie ist nur dann beständig und auf innerer Stabilität aufgebaut, wenn sie konstitutiv nicht darauf angewiesen ist, ihre Funktionsfähigkeit durch systematische Verletzung des Gemeinwohls anderer Gemeinschaften abzusichern.

Tatsächlich jedoch sind die real existierenden Demokratien allesamt weit davon entfernt, ein universell ausgerichtetes Gemeinwohlverständnis für sich in Anspruch zu nehmen, von nicht demokratischen Gemeinschaften erst gar nicht zu reden. Hier dominiert nach wie vor ein reduktionistisches, ausschließlich auf das eigene Staatsvolk beschränktes Gemeinwohlverständnis. Schlimmer noch: Demokratische Parteien wetteifern regelrecht darum, das herrschende Gemeinwohlverständnis zulasten universeller Ziele zu verteidigen. Die reduktionistische Ausrichtung des Gemeinwohls in den herrschenden Demokratien unserer Zeit bezieht sich nicht nur auf andere Gemeinschaften und heute lebende Generationen, sondern im Einklang mit dem Machterhaltssyndrom in gleicher Weise auch auf künftige Generationen und legt aus oben angeführten Gründen ein weiteres demokratieethisches Problem offen. Damit reiht sich in die skizzierte Liste von Defiziten

der parlamentarisch demokratischen Systeme eine weitere Demokratielücke ein, die sich aus der Diskrepanz zwischen partiellem und ethisch gebotenen universellen Gemeinwohl ergibt – universell im doppelten Sinne: im Verhältnis zu heute lebenden und künftigen Generationen.

Demokratisch nicht legitimiert zustande gekommene internationale Vereinbarungen schränken einerseits die nationalstaatliche Souveränität insgesamt ein und sie erweitern andererseits die Handlungsspielräume nationaler Regierungen, diese Vereinbarungen durchzusetzen, deren Revision in der Regel durch die Legislative entweder überhaupt nicht oder nur mit erheblichen Kosten möglich ist. »Das Parlament wird durch in den USA so genannte *fast track*-Verfahren zum »Exekutor internationaler Beschlüsse degradiert, für die die Volksvertreterinnen und -vertreter letztlich die Verantwortung übernehmen, weil sie diese in nationales Recht umsetzen«. ¹¹

Externalisierungsdemokratie und Nachhaltigkeitsdilemma

Demokratische Gesellschaften, die in der globalisierten Welt nach wie vor auf einem demokratieethisch schwachem Fundament aufgebaut sind, sind geradezu dazu prädestiniert, die eigenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten und Konflikte soweit irgend möglich räumlich und zeitlich zu externalisieren – räumlich zulasten der heute lebenden Menschen jenseits des eigenen Gestaltungsraumes und zeitlich in die Zukunft zulasten künftiger Generationen. Tatsächlich verfolgten die Industriestaaten seit mindestens zwei Jahrhunderten, besonders aber im 20. Jahrhundert, also dem Jahrhundert des Aufblühens der parlamentarischen Demokratie, eine konsequente Strategie der Verbilligung von Energie und anderen Schlüssel-Rohstoffen, der Abfallentsorgung, der expansiven und mit Kriegen einhergehenden Raumerschließung und der Verbilligung von Transportkosten. ¹² Demokratien, die deshalb gedeihen, weil sie sich auf der Basis eines innergesellschaftlich breiten Konsenses an der Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen beteiligen und mit allen Mitteln die Kosten ihres Lebensstandards externalisieren, sind nicht nachhaltig, da ihre Existenz mit dem Zwang zur Externalisierung gekoppelt ist, so gesehen sind sie *Externalisierungsdemokratien*.

Welcher Regierung könnte man unter den gegebenen Voraussetzungen übel nehmen, nur das Gemeinwohl des eigenen Wahlvolkes im Auge zu haben, wenn so die eigene Macht mit erheblich geringerem Risiko abgesichert werden kann. Weshalb sollte das ökonomische Wachstum im Interes-

¹¹ Altwater/Brunnengräber 2002: 12.

¹² Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 1993.

Übersicht 3: Struktur und Folgen der Externalisierungsdemokratie**Demokratielücke durch substantielle Demokratielücken**

- Machterhaltssyndrom und Gegenwartsorientierung
- Komplexitäts- und Kompetenzdilemma
- Kompromissdilemma
- Reduktionistisches Gemeinwohlverständnis

Nachhaltigkeitsdilemma

- Missachtung der Rechte künftiger Generationen
- Missachtung der Rechte und Interesse der heute lebenden, sozial schwachen Gruppen und Völker
- Interessenausgleich und innere Stabilität erfolgt in der Regel durch Externalisierung von Kosten und Konflikten
- Verschärfung globaler Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten

se künftiger Generationen eingedämmt werden, wenn gerade durch ein zügelloses Wirtschaftswachstum das Regieren leichter wird? Weshalb sollte aus demselben Grund der produzierte Müll nicht in andere Regionen und die produzierten Schadstoffe nicht in den Umweltraum externalisiert werden? Weshalb sollten die politischen Eliten des Systems auf den Import von natürlichen Ressourcen zu Dumpingpreisen verzichten? Wenn dieses »Gemeinwohl« dadurch besonders leicht herstellbar ist, dann ist es konsequent, dass die dafür erforderlichen asymmetrischen Strukturen der Weltwirtschaft und Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation einseitig für eigene Interessen instrumentalisiert werden. Ferner ist es folgerichtig, dass diese in sich instabilen Strukturen auch militärisch abgesichert und Rüstungsproduktion, weltweite Gewaltstrukturen und Krieg in Kauf genommen werden. So gesehen ist es für alle OECD-Staaten vorteilhaft, die unilaterale Hegemonialordnung der Vereinigten Staaten und deren Schutzschirmfunktion für strategische Ressourcen in Krisenregionen trotz der erkennbaren Gefahren, die daraus für den Weltfrieden erwachsen, in letzter Instanz doch hinzunehmen.

In der Übersicht 3 werden die Strukturprobleme der oben als Externalisierungsdemokratien charakterisierten parlamentarischen Demokratien, die für die Entstehung von globalen ökologischen und sozialen Krisen mitverantwortlich sind, anschaulich gemacht.

2. Parteienstaat in der Legitimationskrise

Man muss nicht mit allen Details der obigen Analyse übereinstimmen, um festzustellen, dass die parlamentarische Demokratie und die darauf beruhenden politischen Systeme erhebliche strukturelle Lücken aufweisen. Darüber besteht bei Repräsentanten aus der Politik aber auch in der Wissenschaft jenseits von konzeptionellen Differenzen explizit oder implizit große Übereinstimmung. Dass die frühere rot-grüne Bundesregierung mehrere außerparlamentarische Kommissionen mit hochrangigen Experten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einschließlich Vertreterinnen und Vertreter aus der »Zivilgesellschaft« kreiert hat,¹³ um für politische Reformprojekte mit weitreichenden Folgen Expertisen für die eigene Positionierung und Entscheidung erstellen zu lassen, muss implizit als Eingeständnis der Effizienzgrenzen der Parteien- und parlamentarischen Demokratie gewertet werden. Indem aber auch die Regierungsparteien selbst die eigene Teilentmachtung auf kaltem Wege hinnehmen und über die zur Schaffung von neuen, an ihnen und der Volksvertretung vorbei eingerichteten Kommissionen weitestgehend schweigen, wird deutlich, dass auch die Parteien die Grenzen der eigenen Kompetenzen für Lösungsstrategien innergesellschaftlicher Probleme implizit eingestehen, obwohl sie dafür als Volksvertreter in das höchste Repräsentationsorgan des Staates gewählt worden sind.

Die strukturellen Defizite der Parteiendemokratie werden nahezu in allen relevanten deutschen und internationalen Kommissionsberichten mit dem Ziel, Problemlösungs-Expertisen und Empfehlungen für die Politik zu formulieren, beklagt und teilweise sogar in den Vordergrund gestellt. Die 1992 mit 28 Mitgliedern aus allen Teilen der Welt gegründete »UN-Commission on Global Governance« konstatiert in ihrem 1995 vorgelegten Bericht¹⁴ weltweit Bereiche, »in denen die Regierungen zum Handeln unfähig oder nicht bereit sind.«¹⁵ Sie unterstreicht die Notwendigkeit »der Beteiligung der Menschen an der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten«, die »ungeachtet ihrer nationalen oder sonstigen Identität gemeinsame Interessen haben und sich über alle Grenzen hinweg zur Wahrnehmung dieser Interessen organisieren« und empfiehlt die Schaffung eines globalen Forums der

¹³ So u.a. die Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission); Nationaler Ethikrat; Rat für nachhaltige Entwicklung; Kommission zur Erneuerung der Bundeswehr (Weizsäcker-Kommission); Hartz-Kommission; Kommission zur Regelung der Zuwanderung (Süßmuth-Kommission) etc. (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung).

¹⁴ Stiftung Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) 1995.

¹⁵ Ebenda: 281.

Zivilgesellschaft innerhalb des UN-Systems.¹⁶ In ihrem Manifest »Brücken in die Zukunft« konstatiert eine von Kofi Annan ins Leben gerufene interkulturelle, aus achtzehn Persönlichkeiten unterschiedlicher Weltregionen und Weltkulturen zusammengesetzte Initiative in den nationalen und globalen politischen Institutionen ein Machtvakuum, das dadurch entstand, »dass viele an der Basis das Gefühl hatten, dass ihre institutionalisierten, formellen Repräsentanten nicht ausreichten oder unfähig oder Unwillens waren, ihre Stimmen zu vernehmen oder weiterzuleiten«.¹⁷

Auch in zwei neueren Enquête-Kommissionsberichten des Deutschen Bundestages werden Defizite politischer Systeme der parlamentarischen Demokratie durchaus nicht verschwiegen. Im Schlussbericht der Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages¹⁸ unterstreicht die Kommissionsmehrheit die Tatsache von »Demokratiedefiziten«, »Partizipationslücken« und sogar auch des »Demokratievakuums« in internationalen Institutionen, die sie ausdrücklich für soziale und ökologische Schief lagen im Globalisierungsprozess verantwortlich macht und formuliert Empfehlungen, wie das Demokratievakuum zu überwinden wäre.¹⁹ Weniger scharf und indirekt umreißen die sozialdemokratischen Mitglieder der Enquête-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages²⁰ das Strukturproblem des herrschenden politischen Systems und fordern Konsequenzen: »Das Reformpotenzial moderner Gesellschaften liegt weder allein in der Regulatorfähigkeit des Staates noch des Marktes. Reformpolitik bewegt sich im Dreieck von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Eine ernst gemeinte zivilgesellschaftliche Reformpolitik erfordert, die Sozialdemokratie systematisch auf die Partizipations- und verteilungspolitischen Anforderungen einer Zivilgesellschaft im umfassenden Sinne auszurichten.«²¹

Doch unabhängig davon, ob sich die Politikwissenschaft ernsthaft und in einer den Problemlagen angemessenen Weise mit den Strukturdefiziten der parlamentarischen Demokratie befasst und ob die Repräsentanten sich über die Folgen der Systemkrise im Klaren sind: Die Tatsache, dass seit mehreren Jahrzehnten zivilgesellschaftliche Akteure und vor allem neue soziale Bewegungen in den einzelnen Staaten, aber auch weltweit auf die Bühne der Politik getreten sind und sich mit Engagement und fundierten politi-

¹⁶ Ebenda: 286.

¹⁷ Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) 2001.

¹⁸ Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002.

¹⁹ Ebenda, S. 440f.

²⁰ Ebenda, S. 447f.

²¹ Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002.

schen Konzepten, und zwar außerhalb von Institutionen, für Reformen einsetzen, ist der authentischste Beleg dafür, dass die Parteienstaaten und die parlamentarischen Demokratien offensichtlich an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen sind.

Neue soziale Bewegungen und ihr professioneller Teil, die *NGOs*, entstanden ziemlich genau dort, wo die Institutionen der parlamentarischen Demokratie, Parteien, Parlamente und Regierungen, versagt haben: Angesichts zunehmender Zerstörung der Biosphäre und der Gefahren von großtechnologischen Anlagen gründeten sich seit Ende der 1960er Jahre Umweltgruppen gegen Atomkraftwerke, gegen Müllverbrennungsanlagen, gegen den Ausbau des Straßen- und Autobahnnetzes und gegen die Verseuchung der Luft, der Böden und Gewässer durch Schadstoffe. Angesichts wachsender Armut und immer noch fehlender Bedingungen zur Erfüllung von Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnraum, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) bei 1,3 Milliarden Menschen, entstanden in den Industriegesellschaften seit dem Beginn der 1970er Jahre Dritte-Welt-Gruppen, die sich auf verschiedenen Ebenen für eine solidarische Welt einsetzen, weil sie überzeugt sind, dass für zahlreiche Gegenwartsprobleme der Dritten Welt die Industrieländer mitverantwortlich sind. Angesichts der Blockkonfrontation, des Rüstungswettlaufs und der Gefahren der Anhäufung von chemischen, insbesondere der atomaren Massenvernichtungsmitteln, entstand seit dem Beginn der 1980er Jahre die neue Friedensbewegung, die sich sehr rasch zu einer Massenbewegung entwickeln konnte.

Seit Anfang der 1980er Jahre die Konzepte neoliberaler Globalisierung Schritt für Schritt ihren Triumph feiern, die nationalen politischen Systeme immer stärker zurückdrängen, ihnen Stück für Stück ihre Souveränität im wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Bereich rauben; seit sich die nationalen Regierungen, teils sogar freiwillig, durch gezielte Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen und Privatisierung des öffentlichen Handelns auf diese Entwicklung eingelassen und die politische Souveränität an Märkte und Mächte abgetreten haben, entstanden auch international agierende *NGOs*, die reziprok zum Souveränitätsverlust der nationalen Regierungen eine immer größere Bedeutung erlangen.

Das Phänomen der *NGOs* ist somit eine historisch quasi auf natürliche Weise entstandene Antwort auf (a) die Krise der parlamentarischen Demokratie und des Parteienstaates einerseits und (b) die neoliberale Globalisierung und den schleichenden Verlust nationalstaatlicher Handlungsspielräume andererseits. Eine Reduktion der *NGO*-Aktivitäten auf den Globalisierungszusammenhang vernachlässigt diesen doppelten Entstehungszusammenhang. Im Abschlussbericht der Enquête-Kommission »Globalisierung

der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages und in allen diesem Bericht zugrunde liegenden Global Governance-Expertisen werden die NGOs nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit der Globalisierung diskutiert.²² Als ob die NGO-Geschichte ausschließlich mit der Geschichte neoliberaler Globalisierung begänne, als ob *Good Governance* längst Realität sei und es nunmehr darum ginge, ein *Good Global Governance* durchzusetzen. Die schiefe Sichtweise ist insofern problematisch, als sie davon ablenkt, dass Strukturdefizite und Partizipationsbrüche nicht nur auf der globalen Ebene, sondern auch und gerade in den nationalen politischen Systemen für die asymmetrischen Macht- und Reichtumsverteilungsstrukturen und die ökologischen Krisen verantwortlich sind. Reformen globaler Institutionen – kämen sie tatsächlich zustande – hätten keine Wirkung, würden entsprechende Reformen auf der unteren regionalen und nationalstaatlichen Ebene unterbleiben. Umgekehrt verlören Reformansätze in einzelnen Staaten ihre Durchschlagskraft, blieben Reformen globaler Institutionen aus. Global Governance erfordert Local and National Governance.

Die Präsenz und Stärke von neuen sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hängt nicht nur von den funktionalen Unzulänglichkeiten politischer Systeme, sondern auch von der Stärke und vom autoritären bzw. demokratischen Charakter der Staaten ab. So sind sie in allen nach wie vor autoritär und diktatorisch regierten Gesellschaften mit omnipotenten, repressiv »starken« Staaten zu schwach. In offenen demokratischen Staaten, wie in den OECD-Ländern, sind sie dagegen stark, und am zahlreichsten in jenen Gesellschaften und Regionen wie in Afrika vertreten, da sich hier staatliche Strukturen teilweise auflösen, zerfallen oder überhaupt nicht existieren.²³

Heute bestreitet niemand mehr die Relevanz von zivilgesellschaftlichen Problemlösungspotenzialen und die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Mitgestaltung innerhalb von Einzelstaaten und im globalen System im Rah-

²² Vgl. dazu Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 439ff; Messner/Nuscheler 2002; Altwater/Brunnengräber 2002; und die meisten Beiträge in Altwater/Brunnengräber/Haake/Walk (Hrsg.) 1997, sowie Brunnengräber/Klein/Walk (Hrsg.) 2001.

²³ »In den letzten fünf Jahrzehnten haben Größe, Vielfalt und internationaler Einfluss dieser Organisationen (NGOs, M.M.) auf eindrucksvolle Weise zugenommen. Zunächst konzentrierte sich das spektakuläre Wachstum hauptsächlich auf die Industrieländer mit hohem Lebensstandard und demokratischen Systemen. Neuerdings entfalten »sie sich« aber auch in Entwicklungssystemen und in den ehemals kommunistischen Ländern Europas.« Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) 1995: 38. »Das stärkste Wachstum der internationalen NGOs ist jedoch in Asien und Afrika zu verzeichnen.« (ebenda: 40).

men von Global Governance.²⁴ Die Zahl der NGOs, die lokal, regional und global auf der politischen Bühne in fast allen Politikfeldern aktiv mitwirken, ist zu groß und ihr Anspruch auf Mitreden und Mitgestaltung wird so lautstark vorgetragen, dass man sie weder übersehen noch überhören kann.²⁵ Hinsichtlich der Teilhabe der »Zivilgesellschaft« am politischen System ist nicht strittig, ob, sondern wie diese Teilhabe aussehen soll. Dabei besteht ein dringender Klärungsbedarf über den Begriff »Zivilgesellschaft«.

3. Phänomen Zivilgesellschaft – Phänomen Non Governmental Organizations

In akademischen Diskursen wie in politischen Expertisen werden unter Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen oft soziale Phänomene und Organisationen definiert, die ihrem Wesen nach sowie hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte, ihren Zielen, Arbeitsweisen, Aktionsfeldern, ihrer finanziellen Basis, ihren sozialen Trägern, Motiven und Handlungsethiken gänzlich unterschiedlich sind. Daher ist an dieser Stelle zu klären, welches Verständnis von Zivilgesellschaft diesem Beitrag zugrunde liegt und welchen NGOs die Rolle zugeschrieben wird, die Demokratielücke auszufüllen.

Zunächst ist in dem anstehenden, bisher jedoch kaum systematischen Klärungsprozess die Frage zu untersuchen, welche neuen Phänomene mit »Zivilgesellschaft« identifiziert und beschrieben werden, die mit dem in den Sozialwissenschaften allgemein etablierten Begriff und Verständnis von der »bürgerlichen Gesellschaft« nicht hinreichend oder überhaupt nicht erfasst werden können. Die Genese des Begriffs ist insofern ein wichtiger

²⁴ In der Agenda 21, dem Aktionsprogramm der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 für das 21. Jahrhundert, wird NGOs für die Bewältigung vielfältiger Herausforderungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene große Bedeutung beigemessen: »Nichtstaatliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Ausformung und Umsetzung einer teilhabenden Demokratie. Ihre Glaubwürdigkeit ist durch die verantwortliche und konstruktive Rolle begründet, die sie in der Gesellschaft spielen... Nichtstaatliche Organisationen ... verfügen über fundierte und vielfältige Erfahrungen, Fachkenntnisse und Fähigkeiten in Bereichen, die von besonderer Bedeutung für die Umsetzung und Überprüfung einer umweltverträglichen und sozial ausgewogenen nachhaltigen Entwicklung sind, wie sie in der gesamten Agenda 21 angestrebt wird.« Ziffer 27.1 und 27.3 der Agenda 21; vgl. Bundesumweltministerium (Hrsg.) 1992: 228.

²⁵ Über die Zahl und die Politikfelder der NGOs vergleiche OECD 1996; Klein 2002; Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002. Ein guter Überblick über die wichtigsten internationalen NGOs findet sich bei Le Monde diplomatique (Hrsg.) 2003: 44f.

Schritt, um mehr Klarheit zu bekommen. Larry Diamond²⁶ liefert eine brauchbare Definition der »Zivilgesellschaft«, auf die sich Ansgar Klein²⁷ in seinen profunden Überlegungen bezogen hat:

»Zivilgesellschaft ist jene vorstaatliche oder nicht-staatliche Handlungssphäre, in der eine Vielzahl pluraler (auch konkurrierender) Organisationen und Assoziationen ihre spezifischen Angelegenheiten autonom organisieren und Interessen artikulieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. Entsprechend sind Gruppen, die nur private Ziele verfolgen, nicht Teil der Zivilgesellschaft (Familie, Unternehmen etc.). Die Zielsetzung betrifft öffentliche Angelegenheiten. Akteure der Zivilgesellschaft sind damit in die Politik involviert, ohne jedoch nach politischen Ämtern zu streben. Zivilgesellschaft als solche ist kein homogener »Akteur«, vielmehr ist sie insofern heterogen strukturiert, als sie ein pluralistisches Sammelbecken höchst unterschiedlicher Gruppen darstellt, die allerdings einen bestimmten normativen Basiskonsens teilen. Dieser beruht auf dem Prinzip der Fairness; ausgeschlossen ist die Anwendung physischer Gewalt. Zivilgesellschaft kann komplementär zu politischer Kultur begriffen werden: Werden mit letzterer die Einstellungen aller Bürger zum politischen System (Normen, Leistungen etc.) bezeichnet, so sind im Falle der Zivilgesellschaft die Handlungen aller organisierten Gruppen gemeint, die auf die Öffentlichkeit (und damit auf das politische System) gerichtet sind.«

Jürgen Habermas grenzt den Begriff »Zivilgesellschaft« vom Begriff »bürgerliche Gesellschaft der liberalen Tradition« klar ab. »Was heute Zivilgesellschaft heißt, schließt nämlich die privatrechtlich konstituierte, über Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte gesteuerte Ökonomie nicht mehr – wie noch bei Marx und im Marxismus – ein. Ihren institutionellen Kern bilden vielmehr jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern ... Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.«²⁸

Mit diesem, in den historischen Kontext gestellten Verständnis von »Zivilgesellschaft« verweist Habermas auf einen historischen Wandel, dem für

²⁶ Diamond 1994: 5f.

²⁷ Klein 1997: 321. Bei Kleins Beitrag handelt es sich um eine aufschlussreiche und weiterführende Untersuchung zum Thema Zivilgesellschaft.

²⁸ Habermas 1998: 362-365 und 442-448. Obige Zitate stammen aus einer Zusammenfassung von Habermas' Thesen in: E+Z, 12/2001

die uns hier interessierende Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Es ist offensichtlich: Die bürgerliche Gesellschaft und die Zivilgesellschaft sind Ausdruck von unterscheidbaren Entwicklungs- und Differenzierungsstufen moderner Gesellschaften. Erstere ist typisch für die ursprüngliche Epoche der Auflösung mittelalterlich-feudaler Gesellschaften zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert und letztere für die weitere Ausdifferenzierung der bürgerlichen Gesellschaft ab Mitte des 20. Jahrhunderts: »Die bürgerliche Gesellschaft«, schreiben Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie*, »umfasst den gesamten materiellen Verkehr der Individuen innerhalb einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte. Sie umfasst das gesamte kommerzielle und industrielle Leben einer Stufe und geht insofern über den Staat und die Nation hinaus, obwohl sie andererseits wieder nach Außen hin als Nationalität sich geltend machen, nach Innen als Staat sich gliedern muss. Das Wort bürgerliche Gesellschaft kam auf im 18. Jahrhundert, als die Eigentumsverhältnisse bereits aus dem antiken und mittelalterlichen Gemeinwesen sich herausgearbeitet hatten. Die bürgerliche Gesellschaft als solche entwickelt sich erst mit der Bourgeoisie; die unmittelbar aus der Produktion und dem Verkehr sich entwickelnde gesellschaftliche Organisation, die zu allen Zeiten die Basis des Staats und der sonstigen idealistischen Superstruktur bildet, ist indes fortwährend mit demselben Namen bezeichnet worden.«²⁹

Diese im Zuge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Modernisierung ausdifferenzierte bürgerliche Gesellschaft mit ihrem sozialen Kern der Bourgeoisie und dem Proletariat war über den mittelalterlich-absolutistischen Staat längst hinausgewachsen. Der bürgerliche Staat mit all seinen vielfältigen Institutionen und Normen entsprach jener gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, die sich trotz des absolutistischen Staates vollzogen hatte. Neu aufkommende soziale Klassen konnten ihre gesellschaftliche Partizipation und staatliche Repräsentation mittels Revolution bzw. Reform durchsetzen. Indes entwickelte und differenzierte sich die bürgerliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert sowohl sozialstrukturell wie aber auch hinsichtlich neuer Normen und Werte weiter aus. Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Arbeitsteilung, steigende Freizeit, höhere Bildung, wachsendes Bedürfnis nach mehr Freiheit, persönliche und gruppenspezifische Entfaltungsmöglichkeiten, globale Vernetzungen, spürbare Defizite des für den bürgerlichen Staat charakteristischen Parteienstaates und die Tatsache des zunehmenden Auseinanderklaffens zwischen nationalstaatlich gebundenen Beteiligten und grenzüberschreitend identifizierbaren Betroffenen erklären die Entstehung

²⁹ Marx/Engels 1983: 36.

neuer sozialer Bewegungen und handelnder Akteure sowie ihrer Organisationen im Zuge der Professionalisierung.³⁰ Sie entstanden an der Peripherie der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates, die sinnigerweise als ein spezifisches, von den zuvor dominierenden Sozialstrukturen unterscheidbares und über sie hinausgewachsenes Phänomen wahrgenommen wurden, das in *Zivilgesellschaft* seine begriffliche Entsprechung gefunden hat. Die NGOs – von denen im Zusammenhang mit neuen sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte die Rede ist – sind demnach *zivilgesellschaftliche* Organisationen, die außerhalb bzw. am Rande der *bürgerlichen Gesellschaft* entstanden sind und sich weder direkt noch indirekt im jeweiligen *bürgerlichen Staat* repräsentiert fühlen.

Im Lichte dieser historischen Betrachtung des Verständnisses von *Zivilgesellschaft* und *Non Governmental Organizations* ist es angebracht, ahistorisch und willkürlich entstandene Vorstellungen über diese Begriffe, mit denen nahezu das gesamte nichtstaatliche Leben moderner Gesellschaften beschrieben wird, einer ernsthaften Kritik und Revision zu unterziehen, zumal sich in diesem Zusammenhang sowohl in wissenschaftlichen Diskursen wie aber auch in handlungsorientierten Expertisen ein schleichender Wirrwarr ausgebreitet hat.

Im Bericht der »UN-Commission on Global Governance« wird die Zivilgesellschaft definiert als »eine Vielzahl von Institutionen, freiwilligen Vereinigungen und Netzwerken, Frauengruppen, Gewerkschaften, Agrar- oder Wohnungsbaugenossenschaften, Vereinigungen der Nachbarschaftshilfe, religiös motivierten Organisationen usw.«³¹ In Anlehnung an diese von der UNO verwendete Definition versteht die Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages unter *Nicht-Regierungsorganisation* »generell alle Organisationen, die keine Befugnis zu allgemein verbindlichen politischen Entscheidungen haben, also eben kein Mandat zu ›regieren‹. Dies gilt für alle privaten Akteure, Interessengruppen, Wirtschaftsunternehmen oder auch für humanitäre Gruppen wie das Rote Kreuz. Umgangssprachlich werden unter ›NGOs‹ oft solche umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen verstanden, die sich als Non-Profit-Organisationen weniger für partikulare Interessen ihrer Klientel als für allgemeine Anliegen einsetzen. Aber auch privatwirtschaftliche und Profit orientierte ›Global Player‹, wie die multinationalen Konzerne,

³⁰ Zur Entstehung und Ausdifferenzierung neuer sozialer Bewegungen und NGOs vgl. u.a. Roth/Rucht (Hrsg.) 1991 und Brunnengräber/Walk 2001.

³¹ Vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) 1995: 38.

sind nicht-staatliche Akteure, die in Global Governance-Strukturen und -Prozesse eingebunden werden sollen.«³²

Obgleich es zutrifft, dass multinationale Konzerne formell genauso »kein Mandat zum Regieren haben« wie amnesty international, Greenpeace oder IPPNW³³, bleibt es wissenschaftlich unhaltbar, Organisationen, deren einzige Gemeinsamkeit das fehlende Mandat zum Regieren ist, die sich im Übrigen aber in jeder anderen Hinsicht wie Feuer und Wasser unterscheiden, undifferenziert unter dem allgemeinen Oberbegriff *Zivilgesellschaft* bzw. *NGO* zusammen zu fassen. Nicht nachvollziehbar ist, warum dennoch – wie z.B. von der Enquête-Kommission – an dieser unscharfen Begrifflichkeit festgehalten wird. Für die Enquête-Kommission spielen die Wesensunterschiede von humanitär nach ethischen Maximen handelnden Non-Profit-Organizations und den ausschließlich am Profit orientierten, Partikularinteressen verfolgenden multinationalen Konzerne offensichtlich keine Rolle. Ausschlaggebend ist für sie vielmehr der irreführende, weil auf formale Gemeinsamkeit beider NGO-Typen reduzierte Umstand, dass sie »kein Mandat zum Regieren haben«, um ihnen hinsichtlich ihrer Mitwirkung in »Global Governance-Strukturen und -Prozessen« gleiche Rechte zuzuweisen.³⁴

Dabei kommt es jedoch bezüglich der Legitimationsfrage aber auch der Mitwirkungsformen innerhalb der Governance-Strukturen gerade auf die Wesensunterschiede zwischen den beiden NGO-Typen an: erstens die NGOs neuen Typs, die aus der Zivilgesellschaft hervorgegangen sind und im bürgerlichen Parteienstaat weder direkt noch indirekt verankert sind, sowie zweitens die traditionellen »NGOs«, die in allen bestehenden Institutionen oft in Form einer Personalunion integriert sind. Bei einer genaueren Differenzierung bietet es sich an, die *zivilgesellschaftlichen NGOs* in zwei Untergruppen, in (a) die Gemeinwohl orientierten und (b) Partikularinteressen artikulierenden NGOs, und die *traditionellen »NGOs«* ebenfalls in zwei Untergruppen: (a) nach ethischen Maximen und (b) nach Partikularinteressen und Profitorientierung handelnde, aufzuteilen. Die Wesensmerkmale

³² Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 439.

³³ IPPNW steht für Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

³⁴ Während die Mehrheit der Enquête-Kommission immerhin für einen Teil der NGOs gelten lässt, dass diese keine Partikularinteressen verfolgen, sondern sich Gemeinwohlzielen verpflichtet fühlen, geht die CDU/CSU-Minderheit davon aus, dass NGOs »wie alle anderen Interessengruppierungen ... immer nur Partikularinteressen verfolgen.« Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 476.

beider Hauptgruppen und deren Untergruppen werden zur besseren Übersicht in der Übersicht 4 gegenübergestellt.

Die Analyse der Begriffe *Zivilgesellschaft* und *NGOs* zeigt, dass es bei der Diskussion über *Demokratisierung der Demokratie*, über Governance und zivilgesellschaftliche Rückkopplung in erster Linie um die NGOs neuen Typs geht, die vor den Toren etablierter staatlicher Institutionen stehen, und nicht um jene, die längst in diesen Institutionen verankert sind. Nur für die erstgenannten Gruppen macht es Sinn, die Frage nach der gruppeninter-

Übersicht 4: Wesensmerkmale von Non Governmental Organizations unterschiedlichen Typs

	Zivilgesellschaftliche NGOs	Traditionelle NGOs
Ziele	(a) Gemeinwohlinteressen, universale Orientierung (Menschenrechts-, Umwelt-, Friedens-, Dritte Welt-NGOs) (b) Partikular- bzw. Gruppeninteressen (Frauen-, Kinder-, Senioren-, Migranten-NGOs)	(a) Ethisch-religiös (Kirchenverbände und kirchliche Einrichtungen) (b) Partikularinteressen, Profit (Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen)
Mitgliederstatus	Ehrenamtlich, nebenberuflich und frei von ökonomischen und politischen Zwängen	Konfessionell bzw. Berufs- und Sektorgruppen
Verhältnis zum politischen System und dessen Institutionen	kritisch, keine Vernetzung	staatstragend, mit bestehenden Parteien und staatlichen Institutionen vernetzt
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden, öffentliche Mittel	Verbandsintern, eigene Mittel, Kirchensteuern
Administration	Bescheidene Infrastruktur und wenig hauptamtliches Personal	Umfassende Infrastruktur und ein großer Stamm hauptamtliches Personal
Interessengegenstand	Global und auf die Zukunft gerichtet; Einzelanliegen, die bestehende politische Systeme externalisieren	Gegenwartsbezogene Verteilungsfragen, Schutz und Verbreitung der religiösen Anschauung
Repräsentation	Formell und informell	formell
Arbeitsweise	Kampagnen, Aktionen, Demonstrationen, Lobbyarbeit	Direkter Einfluss durch Präsenz in Parteien und staatlichen Institutionen, Lobbyarbeit, Streiks

nen Legitimation und nach ihrer gesellschaftlichen Legitimation zu stellen und über deren Teilhabemöglichkeiten an politischer Macht nachzudenken. Die Legitimationsfrage für die zweiten Gruppen stellt sich – zumindest in formaler Hinsicht – nicht. Sie repräsentieren top down ihre Mitglieder und werden bottom up durch sie zur Verantwortung gezogen. Ein Nachdenken über Teilhabemöglichkeiten an politischer Macht für diese Gruppen käme einem sinnlosen Unterfangen gleich, sie sind längst in den Parteien und staatlichen Institutionen auf vielen formellen und informellen Ebenen umfassend verankert. Die etablierten Parteien und ihre akademischen Protagonisten müssten bei sich Klarheit schaffen. Der selektive Umgang mit dem Phänomen NGOs führt nicht zu einer Klärung. Es kann jedenfalls nicht ernst genommen werden, dass sie die zivilgesellschaftlichen NGOs meinen, wenn sie die Legitimationsfrage aufwerfen, und dass sie die traditionellen NGOs ins Spiel bringen, wenn es darum geht, der Teilhabe zivilgesellschaftlicher NGOs an Governance-Strukturen entgegen zu wirken bzw. diese zu relativieren.

4. Teilhabe der NGOs an politischer Macht und die Legitimationsfrage

Nur ganz wenige, wie der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Michael Rogowski, gehen so weit, den NGOs grundsätzlich die Legitimation abzuspochen. »Es kann nicht sein«, meint Rogowski, »dass Nichtregierungsorganisationen, die durch nichts außer ihrem Engagement legitimiert sind, die öffentliche Diskussion um die Globalisierung beherrschen. Es kann auch nicht sein, dass die demokratisch Legitimierten ihre Gestaltungsaufgabe nicht ausreichend wahrnehmen.«³⁵ Anders als der Repräsentant der deutschen Industrie, beurteilen die Parteien des Deutschen Bundestages nahezu übereinstimmend und mit gewissem Respekt die positive und aus ihrer Sicht komplementäre Rolle der NGOs, die bisweilen »allein die Rolle der ›Global Opposition‹, die das kritische Agenda-Setting übernimmt« und »mit ihrem Engagement in einem System von Checks and Balances eine wichtige demokratische Funktion erfüllen.«³⁶ Diese von der Mehrheitsfraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages vertretene Ansicht wird grundsätzlich auch von der CDU/CSU vertreten. In

³⁵ Rogowski 2001: hier zitiert nach Altvater/Brunnengräber 2002.

³⁶ Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 439f.

ihrem Minderheitenvotum im Abschlussbericht der Kommission begrüßen sie »ausdrücklich das Engagement, den Sachverstand und die beratende Mitwirkung an vielfältigen Problemfeldern solcher NGOs bei der Kontrolle und Kritik an Entscheidungen, bei der Kontrolle um die Rechenschaft internationaler Organisationen sowie im legislativen Vorfeld.«³⁷

Allerdings wollen CDU/CSU, aber auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen, um »in Zukunft friedliche Dialoge in Gang setzen und militante Proteste vermeiden zu können«, die NGOs bestenfalls in »demokratische Foren für den offenen Meinungs austausch mit Adressaten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft« platzieren, »in deren Rahmen auch Kritik geäußert werden kann. Solche neuen Formen der Partizipation sollen dazu beitragen, den ins Hintertreffen geratenen gesellschaftlichen Gruppen Mitsprachemöglichkeiten und die Teilhabe an Global Governance zu verschaffen.«³⁸ Den NGOs wird somit zwar zugetraut, eine »Partizipationslücke«, die unter »den gegenwärtigen Bedingungen der u.a. für die Öffentlichkeit, aber auch für die dafür demokratisch legitimierten Akteure, die Parlamente, und selbst für die Administration und Regierungen häufig undurchsichtigen internationalen Entscheidungsprozesse« entstanden ist, zu beheben und »dazu bei(zu)tragen, Entscheidungsprozesse öffentlicher und transparenter zu machen.«³⁹ Eine über »ihre Rolle bei Monitoring, Information, Konsultation und kritischen Dialog, freien Zugang zu den Akten und Verhandlungen von internationalen Organisationen ... Petitionen oder parlamentarische Anfragen auf nationaler Ebene« hinausgehende partizipatorische Teilhabe lehnen die »schon demokratisch Legitimierten« jedoch kategorisch ab. Die berühmte Legitimationsfrage für die NGOs stellt sich also in dem Moment, in dem die Machtfrage, d.h. die Frage nach ihrer Teilhabe an der bisher ausschließlich dem Parteienstaat vorbehaltenen politischen Macht aufgeworfen wird.⁴⁰ Die Parteien machen den NGOs die Teilhabe an der Macht

³⁷ Ebenda: 476.

³⁸ Ebenda: 439.

³⁹ Ebenda: 441.

⁴⁰ Die Diskussionen unterhalb dieser Hauptfrage zur Begründung einer gesellschaftlichen Legitimation, wie beispielsweise Altwater und Brunnengräber in ihrem bemerkenswerten Beitrag »NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest« anführen, treffen nicht den Kern der sich inzwischen offen als Machtfrage stellenden Legitimationsfrage: »NGOs haben also sehr wohl eine Legitimationsbasis, wenn es ihnen gelingt, die Gesellschaft zu überzeugen, dass sie gebraucht werden, obgleich sie über kein demokratisches Mandat verfügen. ... Die Zustimmung zu ihrem politischen Engagement erfolgt dann nicht über Wahlen, sondern durch öffentliche wie mediale Resonanz und über Spendeneinnahmen.« (Altwater/Brunnengräber 2002: 12).

streitig, da das »Engagement der NGOs als alleinige Legitimationsressource nicht ausreicht« und »Entscheidungen letztlich auch zukünftig nur entsprechend demokratisch legitimierte Akteure treffen sollten.«⁴¹

Die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Abschlussbericht der bereits zitierten Enquête-Kommission vertretene und demokratietheoretisch nicht näher begründete Schlussfolgerung kann auch als ein wissenschaftlich verkleideter Versuch der »schon demokratisch Legitimierten« interpretiert werden, auf den drohenden Machtverlust präventiv zu reagieren und sich die potenzielle Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Anders ist die demokratietheoretische Begründung für die Alleinherrschaft der Parteien, die Habermas in seinem bereits zitierten Beitrag liefert. Nach Habermas kann »nur das durch institutionalisierte Wahlentscheidungen zustande gekommene Herrschaftssystem bindende politische Entscheidungen treffen.« Die auf die Teilhabe an der politischen Macht bezogene Legitimationsfrage, die über die Probleme gruppeninterner Legitimation von NGOs hinausgeht, ist von grundlegender Bedeutung, da der den direkten partizipatorischen Ideen und Verfahren ohnehin skeptisch gegenüberstehende politikwissenschaftliche Mainstream – gerade mit Verweis auf die angeblich fehlende demokratische Legitimation – eher dazu tendiert, einer Diskussion über die Demokratisierung der parlamentarischen Demokratie aus dem Wege zu gehen. Ungeachtet dessen müssten seriös vorgetragene Einwände einer kritischen Überprüfung auf ihre logische und historische Stringenz unterzogen werden. Die in der Sache richtige Aussage von Ernst-Ulrich von Weizsäcker, dass es »nicht nur um das Legitimationsproblem der NGOs«, sondern auch »um das Legitimationsproblem einer Weltordnung, die Millionen von Menschen und weite Teile der Umwelt auf die Verliererstraße schickt«,⁴² gehen muss, erübrigt die systematische Beschäftigung mit dem Legitimationsproblem in keiner Weise.

Habermas stellt die staatsrechtliche Legitimation zivilgesellschaftlicher Institutionen wie der NGOs in Frage, da »die nach demokratischen Verfahren zu kommunikativer Macht verarbeitete öffentliche Meinung nicht selber ›herrschen‹, sondern nur den Gebrauch der administrativen Macht in eine bestimmte Richtung lenken (kann) ... Die administrativ verfügbare Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern mehr oder minder auch programmiert. Unbeschadet dessen kann nur das politi-

⁴¹ Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002: 441.

⁴² von Weizsäcker 2001: 26.

sche System ›handeln‹. Es ist ein auf kollektiv bindende Entscheidungen spezialisiertes Teilsystem, während die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit ein weitgespanntes Netz von Sensoren bilden, die auf Druck gesamtgesellschaftlicher Problemlagen reagieren und einflussreiche Meinungen stimulieren.«⁴³

Habermas' Argumentation läuft auf eine optimistische, allgemein idealtypische Deutung und Status quo-Beschreibung der Wechselwirkung zwischen dem zivilgesellschaftlichen Druck als »kommunikativer Macht« und dem Parteienstaat hinaus. Sie trägt den strukturellen Demokratie- und Partizipationslücken, die sich aus der Inkompetenz der Generalisten-Institutionen des Parteienstaates (Komplexitäts-Dilemma) ergeben, und vor allem der Repräsentationslücke hinsichtlich künftiger Generationen und dem Externalisierungsproblem hinsichtlich betroffener Subjekte, die sich jenseits handelnder politischer Systeme befinden, nicht Rechnung.

Des Weiteren fasst Habermas unzutreffenderweise die konkrete themen- und raumspezifische und von handelnden Subjekten ausgehende Macht, die sich für ein bestimmtes Ziel außerhalb des Parteienstaates engagieren, als eine »kommunikative Macht« auf, die sich abgehoben von ihrem spezifisch sozialen Kontext in die »verarbeitete öffentliche Meinung..., in ein weitgespanntes Netz von Sensoren, die auf Druck gesamtgesellschaftlicher Problemlagen reagieren« auflöst und daher auch keinen subjektbezogenen Machtanspruch geltend machen kann. So richtig Habermas' Feststellung ist, dass »nur das politische System handeln kann«, so unzweifelhaft ist auch, dass das politische System nicht bis in alle Ewigkeit mit dem Parteienstaat deckungsgleich bleiben muss, und dass es institutionelle Rückkopplungsmöglichkeiten und Wege geben muss, um die Steuerungsfähigkeit der politischen Systeme auf der Basis der reichhaltigen, zivilgesellschaftlich entstandenen Problemlösungskapazitäten verbindlicher und programmatischer als bisher zu erhöhen.

Außer dieser von Habermas vorgebrachten grundsätzlichen Argumentation gegen die Teilhabe der NGOs an institutioneller Macht gilt es ein von der CDU/CSU in der erwähnten Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages formuliertes und gewichtiges Argument zu diskutieren, das die Legitimationsfrage der NGOs auf den Punkt bringt. Denn NGOs, so das CDU/CSU-Minderheitenvotum, »repräsentieren naturgemäß immer nur einen Ausschnitt der Gesellschaft, den ihrer Mitglieder und das auch nur in einem speziellen Thema. Entsprechend verfügen NGOs meistens über eine sehr spezifische Expertise in wenigen Themenfeldern, sie haben die Ge-

⁴³ Habermas 2001: 356.

samtlage nicht notwendig im Blick. Sie können daher gar nicht für die Zivilgesellschaft im Ganzen sprechen, geschweige denn Verantwortung für das Ganze übernehmen.« Daher »muss also eine deutliche Grenze gezogen werden: Entscheidungen müssen immer von Parlamenten und Regierungen getroffen werden, deren Legitimation sich durch allgemeine, freie Wahlen begründet. Diese übernehmen für ihre Entscheidungen auch die Verantwortung.«⁴⁴

Es ist klar, NGOs können parlamentarische Institutionen und den Parteienstaat nicht ersetzen, bestenfalls ergänzen. So sehen es jedenfalls auch die Repräsentanten der NGOs selbst.⁴⁵ Manche NGO-Vertreter begnügen sich gar mit der Rolle, die Repräsentanten des Parteienstaates ihnen gern zuweisen.⁴⁶ Es gibt jedenfalls niemanden aus den NGOs bzw. aus der Wissenschaft, der ernsthaft einen Repräsentationsanspruch der NGOs für »das Ganze« erhebt.

Anders verhält es sich bei der Legitimationsfrage für die NGOs ganz im Sinne der »föderalen Demokratie«, sofern es sich nicht um eine Generallgitimation, sondern um eine ihrer Kompetenz und dem gesellschaftlichen Ausschnitt ihres Wirkungsbereiches entsprechend begrenzte Legitimation handelt. Denn in pluralistischen Demokratien steht das demokratische Recht zur Partizipation von Regionen und Ländern am Gesetzgebungsverfahren in den Bundesparlamenten außer Frage. Die Mitwirkung beispielsweise im deutschen Föderalismus, die mit weitreichenden Interventionsmöglichkeiten einschließlich dem Vetorecht der Länderregierungen verbunden ist, lässt sich demokratietheoretisch im Kern nur begründen durch (a) spezifische,

⁴⁴ Ebenda: 476. Vergleiche dazu auch Birle 2002, dessen in einer Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung publizierte, äußerst dünne Expertise offenbar die Hauptquelle der im Minderheitenvotum der CDU/CSU-Opposition formulierten Position zu Zivilgesellschaft darstellt.

⁴⁵ »Unsere Berechtigung ergibt sich daraus«, konstatiert der ehemalige Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode, »dass es neben den legitimierten Trägern der Macht – den Parteien, den Parlamenten, den Regierungen – Interessengruppen geben muss, damit es im offenen Meinungsstreit zu vernünftigen Entscheidungen kommt. Wir wollen als Pressure-group ja nie selber legitimierte Organe ersetzen, sondern wir wollen durch unser Handeln immer darauf aufmerksam machen, dass diese ihre Aufgaben nicht erfüllen.« (Bode 1995).

⁴⁶ Die zivilgesellschaftliche Partizipation soll repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern als »Bereicherung und Erweiterung unserer Demokratie« konzipiert werden. Im Kern soll sich dies auf »Informationsfluss, Konsultation und Dialog konzentrieren. Letzte Entscheidungen treffen sollten auch zukünftig nur entsprechend demokratisch legitimierte Akteure«, so Peter Wahl, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands von WEED-Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.; Wahl 2001.

regionale Kompetenzen und Wissen, worüber die Repräsentanten in den Bundesparlamenten schlicht nicht verfügen und auch nicht verfügen können; und (b) durch regionale Sonderinteressen, die anders auf Bundesebene nicht einzubringen und zu entscheiden wären. Die Legitimation der zweiten Kammern, die Beschlüsse der ersten Kammer zu korrigieren, entspringt demnach in erster Linie ihrer Kompetenz in materieller Hinsicht. Dieses Grundprinzip der »föderalen Demokratie« ist – ungeachtet der Möglichkeit von parteipolitischen Blockaden, wie sie dem deutschen Föderalismus allgemein zugeschrieben werden⁴⁷ – für den Interessenausgleich, für die Entflechtung von Problemlagen, für die Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen und für die produktive Nutzung von Problemlösungskapazitäten in einer funktionierenden Demokratie unverzichtbar.

Die Legitimation der NGOs zur Teilhabe an politischer Macht verhält sich hinsichtlich ihrer materiellen Kompetenz wie die Legitimation der Länderregierungen. Bei den NGOs liegt eine themenspezifische Sachkompetenz vor, über die die »Generalistenparlamentarier« im Bundesparlament ebenfalls nicht verfügen. Für Vertreter der »föderalen Demokratie«, z.B. Lutz Roemheld, umfasst der föderative Ansatz eine breite Palette gesellschaftlicher Vielfalt und autonomer Interessen, die nach jeweils besonderen Mitwirkungsmöglichkeiten verlangen. Eine der Grundlagen der föderalen Demokratie ist nach Roemheld »die Achtung autonomer Gruppen auf allen möglichen Ebenen: Nationalitäten, Regionen, Provinzen, Gemeinden, wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationen, kulturelle Einrichtungen, Religionsgemeinschaften usw. Sie gewährt all diesen Gemeinschaften eine eigene Vertretung und lässt sie somit an der Führung der Bundesangelegenheiten teilnehmen.«⁴⁸ Die »föderative Demokratie« sieht »eine doppelte Repräsentanz vor: die der einzelnen Bürger und diejenige einzelner Gruppen; letztere insbesondere deshalb, weil der Mensch sich nicht durch eine einzige, sondern durch viele Gemeinschaften verwirklicht.«⁴⁹

Das Mehrstimmenprinzip oder »die doppelte Repräsentanz« der »föderativen Demokratie« hat auch jenseits des Tatbestandes der mannigfachen Bezüge der Interessenartikulation in einer pluralistischen Gesellschaft gerade im Zusammenhang mit der wachsenden Komplexität der Problemlagen und Aufgaben der Politik an zusätzlicher Aktualität und Relevanz gewonnen.⁵⁰ Es eröffnet Individuen die Möglichkeit, bei Zielkonflikten gleich-

⁴⁷ Vgl. dazu Margedant 2003.

⁴⁸ Vgl. dazu Roemheld 1977: 306.

⁴⁹ Ebenda: 307.

⁵⁰ »Angesichts der Komplexität heutiger Politik und Parteiprogramme darf bezweifelt werden, dass jede Einzelentscheidung – obwohl sie die im Rahmen der repräsenta-

zeitig auf mehreren Ebenen differenziert zu partizipieren. Konservative Gegner der Atomenergie und Pazifisten sind nicht länger in der Zwangslage, sich entweder oder zu entscheiden. Sie können ihrer bisherigen Parteizugehörigkeit oder konservativen Weltanschauung auch weiterhin treu bleiben und gleichzeitig ihren umwelt- und friedenspolitischen Zielen durch aktives Mitwirken in den jeweiligen NGOs im politischen System Geltung verschaffen, mit der Aussicht, dass dieses eigene aktive Engagement hinsichtlich der politischen Umsetzung mindestens soviel Wert besitzt wie das Kreuz auf den Wahlzetteln. Jeder Mensch hätte so grundsätzlich das Recht, durch die Repräsentanten seiner Wahl auf die übergeordneten Institutionen der parlamentarischen Demokratie Einfluss zu nehmen und gleichzeitig auf der komplementären Ebene über die bisherigen Mitwirkungsmöglichkeiten in Kommunal- und Landesparlamenten hinaus auch im Kontext von thematisch sich herausbildenden Einzelanliegen, wie z.B. Umwelt, Frieden etc., an politischen Entscheidungen teilzunehmen.

Zum ersten Mal entstände so ein echter inhaltlicher Wettbewerb zwischen den Parteien einerseits und den NGOs aus der Zivilgesellschaft andererseits. Endlich könnten kreative Gestaltungspotenziale an die Stelle von Parteienverdrossenheit treten. Endlich stünden Parteien vor der Alternative, sich stärker als bisher um die zentralen Menschheitsfragen und um alle bisher externalisierten Belange der Menschen, um die Belange der Kinder, der Frauen, der Älteren, der Arbeitslosen zu kümmern oder aber Macht- und Legitimationsverlust zu riskieren. Und endlich würde der strategischen Definitionsmacht mächtiger Gruppen, die von oben in den Machtnischen des Parteienstaates, in den Fachausschüssen und in den zentralen Kommissionen ihre Partikularinteressen durchsetzen, ein wirksames Gegengewicht von unten gegenübergestellt.

Die im Fall von Länderparlamenten bestehende Gefahr parteipolitischer Instrumentalisierung hätte bei den durch die NGOs zu besetzenden föderativen themenspezifischen Räten, Kommissionen und Parlamenten grundsätzlich keine Grundlage und kann daher als Einwand gegen sie nicht ernsthaft angeführt werden.

Wie man sieht, ist die Ablehnung der Teilhabe von NGOs an politischer Macht demokratietheoretisch nicht zu begründen. Ganz im Gegenteil: Eine

tiven Demokratie erforderlichen Mehrheitsfindungsprozeduren der formal-legalen Willensbildung durchlaufen hat – tatsächlich die empirische Mehrheitsmeinung der Bevölkerung widerspiegelt.« Beisheim 1997: 27. Beisheims Beitrag ist die bisher beste Untersuchung, die sich systematisch und umfassend mit den Legitimationsproblemen der NGOs befasst.

lebendige und zukunftsfähige pluralistische Demokratie verlangt geradezu nach geeigneten Wegen, der Partizipation von sozialen Bewegungen und nichtstaatlichen Organisationen an politischen Entscheidungen den Weg zu ebnen. Ihre Legitimation kann sowohl in formal quantitativer wie in materiell qualitativer Hinsicht schwerlich angezweifelt werden. Im Umweltbereich registrierte das Bundesumweltministerium bereits 1992 »mehr als vier Millionen Menschen als Mitglieder von lokalen, regionalen und bundesweiten Umwelt- und Naturschutzverbänden. Die großen Parteien dagegen hatten zu diesem Zeitpunkt nur rund zwei Millionen Mitglieder.«⁵¹ Auch hinsichtlich der sachlichen Kompetenz sind unzählige Mitglieder der Umweltorganisationen den Repräsentanten des Parteienstaates in den Generalistenparlamenten, von denen sich nur ganz wenige als Umweltpertenten bezeichnen können, um ein Vielfaches überlegen.

So gesehen weisen die Generalistenparlamente – deren Mitglieder in der Regel nur in wenigen Bereichen über hinreichendes Wissen, die erforderliche Erfahrung und Sachkompetenz verfügen, aber bei allen anliegenden Gesetzesvorlagen, Resolutionen, ökonomischen, technologischen, sozialpolitischen und außenpolitischen Vorhaben mit unüberschaubarer Reichweite mitentscheiden – in qualitativ materieller Hinsicht ein substantielles Legitimationsdefizit auf. Die Legitimationsfrage darf sich daher nicht nur auf die NGOs beziehen, die noch am Rande des politischen Systems agieren, sondern in noch größerem Maße auf die Institutionen des Parteienstaates selbst. Es ist jedenfalls demokratieethisch und -theoretisch nicht einsichtig, dass 95% der Parlamentarier, denen die Sachkompetenz z.B. in Umweltfragen fehlt, über die umweltpolitische Zukunft eines Landes – und darüber hinaus auch oft der Menschheit insgesamt – wie selbstverständlich entscheiden dürfen, während Umweltverbände trotz ihrer unvergleichbar größeren Expertisekapazitäten und Wissen außen vor bleiben und sich lediglich auf die Erzeugung von politischem Druck auf die Institutionen der parlamentarischen Demokratie beschränken sollen.

Ein weiteres, für die Legitimation politischen Handelns der NGOs wichtiges Merkmal ist ihre *Unabhängigkeit*. Im Unterschied zu den Parlamentsvertretern sind sie frei von Sachzwängen der Fraktions- und Parteidisziplin sowie Sachzwängen der oft gegensätzlichen Interessen ihrer Partei- und Wählerbasis. Nicht ohne Grund misst auch die Agenda 21 dem Unabhängigkeitsaspekt der NGOs als Legitimationsfaktor eine herausragende Bedeutung bei: »Formelle und informelle Organisationen wie auch Basisgruppen sollen als Partner bei der Umsetzung der Agenda 21 anerkannt werden.

⁵¹ Vgl. dazu Beisheim 1997: 27.

Die unabhängige Rolle, die den nichtstaatlichen Organisationen innerhalb der Gesellschaft zukommt, verlangt nach einer echten Mitwirkung; deshalb ist Unabhängigkeit ein wesentliches Merkmal nichtstaatlicher Organisationen und eine Voraussetzung für wirkliche Partizipation.«⁵²

Die Legitimationsdefizite des Parteienstaates ergeben sich überall dort, wo die Interessenartikulation der Betroffenen nicht gewährleistet ist. Dies trifft in erster Linie für künftige Generationen zu, deren Interessen der Parteienstaat aus den dargelegten Gründen nicht vertritt.⁵³ Umweltverbände und Friedensorganisationen artikulieren nicht nur den berechtigten Anspruch auf einen Schutz der heutigen Generationen gegen die Gefahren durch Zerstörung der Umwelt und Kriege im Zeitalter des Overkills und der Massenvernichtungsmittel. Sie artikulieren quasi als Ersatzsubjekte gleichzeitig auch die Interessen künftiger Generationen. Des Weiteren trifft das Demokratiedefizit des Parteienstaates in dem Maße, wie ökonomische Vorgänge ganz besonders im Zuge der Globalisierung aus dem Nationalstaat »herauswachsen« (Habermas) auch für Betroffene anderer Regionen zu – vor allem für die, die sich mangels schwacher nationalstaatlicher Interessenvertretung auf transnationaler Ebene nicht wehren können: »Weil der Nationalstaat seine Entscheidungen auf territorialer Grundlage organisieren muss, besteht in der interdependenten Weltgesellschaft immer seltener eine Kongruenz zwischen Beteiligten und Betroffenen.«⁵⁴ Auf diesem Dilemma und Demokratiedefizit beruht grundsätzlich die demokratietheoretische Legitimation der entwicklungspolitisch arbeitenden NGOs. Die Legitimationsdefizite der parlamentarischen Demokratie erstrecken sich grundsätzlich auf alle Einzelanliegen wie Umwelt, Dritte Welt, Frieden, Frauen, Kinder, Senioren, Einwanderer, religiöse und ethnische Minderheiten sowie auf alle weltgesellschaftlichen Ebenen, auf die Ebene der Kommunen, der Länder, der Nationalstaaten, der regionalen Zusammenschlüsse und auch auf die globale Ebene.

Fazit: Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie weisen angesichts der Herausforderungen und des qualitativ neuen Komplexitätsgrades von zu lösenden gesellschaftlichen Problemlagen trotz ihrer formalen Legitimation in materieller Hinsicht beträchtliche Legitimationsdefizite auf. Andererseits entstanden nicht zuletzt auch aus diesem Dilemma heraus in zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen beträchtliche Kompetenz- und Problemlösungspotenziale, die sie zwar materiell zur Teilhabe

⁵² Ziffer 27.1 Agenda 21, vgl. Bundesumweltministerium 1992: 228.

⁵³ Näheres dazu vgl. Abschnitt 1 in diesem Kapitel.

⁵⁴ Habermas 1998: 108.

an demokratischen Entscheidungen im politischen System legitimieren, für die jedoch bisher die formalen Legitimationsgrundlagen fehlen. Daher steht auf der Agenda der Reform politischer Systeme, dieses gesellschaftliche Dilemma komplementär produktiv und synergetisch aufzulösen.

5. Formen der Rückkopplung der Zivilgesellschaft an politische Systeme hin zur Nachhaltigkeitsdemokratie

»Die Machtstreuung wird früher oder später zu einer unmittelbaren Auseinandersetzung zwischen repräsentativer Demokratie und direkter Demokratie führen. Sind die heutigen Parlamente die Instrumente der Machtrepräsentation von morgen? Eine Antwort darauf fällt nicht leicht, und vielleicht unterstreicht das an sich schon den Paradigmenwechsel... Sowohl national als auch international bewegen wir uns wahrscheinlich in eine Richtung, wo unsere Gesellschaften die Mechanismen der Machtrepräsentation angehen und vielleicht neue Formen für umfassendere Beteiligung an den Entscheidungsprozessen finden müssen; und das ist nicht nur eine Frage der zahlenmäßigen Beteiligung. Die Machtstreuung hat bereits gezeigt, dass auch jene, die keine Entscheidungen fällen, diese dennoch beeinflussen können. Sie haben vielleicht auch die Fähigkeit, die getroffene Entscheidung zu kontrollieren (checks and balances), und irgendwann werden sie Beteiligung am Entscheidungsprozess fordern.« So lautet die zentrale Botschaft des von Kofi Annan herausgegebenen Manifests »Brücken in die Zukunft«. ⁵⁵

Wir stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts hinsichtlich der Partizipationsfrage vor einer ähnlich historischen Herausforderung wie unsere Vorfahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Damals ging es um die Einführung des Wahlrechts und die Mitbestimmung von neuen sozialen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, des Bürgertums und des Proletariats, am politischen Leben, und zwar gegen das Machtmonopol der absolutistischen Herrschaft. Aus diesem Verlangen resultierte die parlamentarische Demokratie. Heute geht es um die nicht minder wichtige Aufgabe der Erweiterung der aus zivilgesellschaftlicher Differenzierung neu entspringenden Partizipation sozialer Bewegungen und NGOs an politischer Macht gegen den monopolistischen Machtanspruch der Parteien. Heute stehen die Fragen nach Dezentralisierung, Entzerrung und Entflechtung von Entscheidungsstrukturen überall dort auf der politischen Agenda, wo dadurch Problemlösungs-

⁵⁵ Stiftung Entwicklung und Frieden 2001.

kapazitäten und Möglichkeiten kreativer Mitwirkung erweitert und Reformblockaden überwunden werden können. Dabei geht es auch um Vorbeugung gegen Politikverdrossenheit und die damit verbundenen, politisch verheerenden Gefahren der faschistischen und fundamentalistischen Heilslehren. Es geht um die Stärkung der Motivation der Menschen, am politischen Geschehen, das sie selbst betrifft, teilzunehmen. Es geht darum, die ethischen und moralischen Machtpotenziale in den Vordergrund zu stellen und die Weltgesellschaft insgesamt zu humanisieren.

Dies alles setzt aber keineswegs voraus, den Parteienstaat und die parlamentarische Demokratie abzuschaffen. Es geht auch nicht um die Einführung einer Räterepublik auf indirektem Wege und damit die Erfüllung eines basisdemokratischen Traums aus vergangenen Zeiten. Es geht vielmehr darum, die parlamentarische Demokratie mit der Basisdemokratie synergetisch rückzukoppeln. Es geht um die Rehabilitierung des Politischen nach einem anhaltenden Glaubwürdigkeitsverlust angesichts virulent spürbarer Grenzen der parlamentarischen Demokratie. Es geht um die Auflockerung verkrusteter Strukturen nationalstaatlicher und internationaler Institutionen, um den Zugang von frischen Ideen und neuen Energien in das politische System. Und schließlich geht es auch um eine sanfte wie wirkungsvolle Kampfansage an alle Diktaturen und Einparteienstaaten in den östlichen und südlichen Transformationsgesellschaften.

Durch das Herauswachsen der Zivilgesellschaft aus dem Schoß der bürgerlichen Gesellschaft steht bei einer historischen Betrachtung die Anpassung der bestehenden politischen Institutionen an die neue Lage auf der weltpolitischen Agenda. Diese Anpassung bedeutet allerdings nicht Herausbildung oder Etablierung einer Partei neuen Typs, die im Stande wäre, die von den traditionellen Parteien der bürgerlichen Gesellschaft externalisierten Themen und Fragen der Zivilgesellschaft aufzugreifen. Dies wäre in der Tat ein Missverständnis und – wie die Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen auch empirisch unter Beweis stellt – keine echte institutionelle Alternative für die Zivilgesellschaft. Die Anpassung muss die Reproduktion von Geburtsfehlern der Parteiendemokratie auf jeden Fall ausschließen und Problemlösungspotenziale der Gesellschaft partizipativ erweitern. Vieles spricht für die Notwendigkeit dieser Anpassung, unabhängig davon, ob zivilgesellschaftliche Akteure sich selbst über ihre Rolle im Klaren sind bzw. eine institutionelle Anbindung an bestehende Strukturen aus unterschiedlichen Motivationslagen bewusst ablehnen und teilweise zu Recht mit Beharrungsängsten darauf reagieren.

In der *Agenda 21* wird die Notwendigkeit von Rückkopplungsmechanismen der NGOs an bestehende politische Systeme auf allen Ebenen nach-

drücklich empfohlen: »Die Gesellschaft, die Regierungen und internationalen Gremien sollen Mechanismen entwickeln, die den nichtstaatlichen Organisationen die Möglichkeit geben, ihrer partnerschaftlichen Rolle im Rahmen eines umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklungsprozesses in verantwortlicher und wirksamer Weise gerecht zu werden«... Zur Stärkung ihrer Rolle »als gesellschaftlichen Partner« empfiehlt die *Agenda 21* dem System der Vereinten Nationen und den Regierungen »in Absprache mit diesen Organisationen einen Prozess in Gang zu bringen, der die Überprüfung formaler Verfahren und Mechanismen für die Beteiligung dieser Organisationen auf allen Ebenen – von der Gestaltung der Politik und der Entscheidungsfindung bis hin zur Umsetzung – vorsieht.«⁵⁶

Was die institutionellen Formen und Verfahren zivilgesellschaftlicher Partizipation betrifft, so kann es auf diese Frage bei so vielschichtigen Problemlagen und -ebenen naturgemäß nicht nur eine Antwort geben. Vielmehr kommt es darauf an, Formen und Verfahren zu finden, die auf die jeweiligen Problemlagen zugeschnitten sind und Kriterien wie gesamtgesellschaftliche Relevanz, thematische Reichweite, Betroffenheit, Unabhängigkeit von Sachzwängen und akzeptable Bearbeitungszeit genügen. Zu diesen Partizipationsformen gehören Volksbegehren und Volksentscheide als Instrumente der direkten Demokratie, themenspezifische Räte, Kommissionen, Parlamente, Foren sowie die Möglichkeit der Direktwahl von Kandidaten – darunter auch Parteilose – in den kommunalen Wahlkreisen, und auch andere zivilgesellschaftliche Partizipationsformen wie z.B. durch Mitwirkung in Planungszellen und NGO-Versammlungen auf nationaler bzw. internationaler Ebene.⁵⁷ Im Folgenden sollen diese Partizipationsformen und -verfahren unter Berücksichtigung der Strukturprobleme und Defizite der parlamentarischen Demokratie und deren Zuspitzung im Prozess neoliberaler Globalisierung auf der einen Seite und die historisch gewachsenen zivilgesellschaftlichen Problemlösungspotenziale auf der anderen Seite in aller Kürze diskutiert werden.

⁵⁶ Ziffer 27.5 und 27.6 der *Agenda 21* vgl. Bundesministerium (Hrsg.): 1992: 228.

⁵⁷ In diesem Sinne bedeuten meine Überlegungen in diesem Kapitel eine Erweiterung und Differenzierung früherer Beiträge (Massarrat 1995a; derselbe 2000a; derselbe 2001), in denen ich im Wesentlichen für die Schaffung von themenspezifischen Dritten Kammern plädiert habe.

Volksbegehren und Volksentscheid

Diese sehr weitgehende Partizipationsform wird in einigen Staaten seit längerem mit unterschiedlicher Intensität erprobt. Sie ist auch in den Verfassungen einiger deutscher Bundesländer verankert.⁵⁸ Die umfangreichsten Erfahrungen mit diesem Verfahren hat allerdings die Schweiz vorzuweisen. Gerade diese Erfahrungen unterstreichen einerseits die partizipatorische Reichweite, andererseits auch die Anwendungsgrenzen dieses Instruments.⁵⁹ Es ist jedenfalls nicht die praktikabelste Antwort auf die Strukturprobleme der parlamentarischen Demokratie, insbesondere hinsichtlich des im Abschnitt 2 diskutierten Komplexitätsdilemmas. Es liegt in der Natur des Volksentscheids, dass er mit großem organisatorischen und finanziellen Aufwand verbunden ist und sich daher kaum dazu eignet, politische Entscheidungen herbeizuführen bzw. zu korrigieren, die kurz- und mittelfristig wirksam werden müssten.

Um Missbrauch und Manipulation des Volkswillens durch mächtige und finanzkräftige Interessengruppen vorzubeugen, setzt dieses Instrument umfassende gesellschaftliche Debatten und den vollständigen Zugang zu relevanten Informationen voraus. Insofern eignet sich der Volksentscheid am besten für Verfassungsänderungen bzw. gesellschaftliche Konsensbildung für Regeln und Lösungen mit epochalen Konsequenzen, beispielsweise für historische technologische, sicherheitspolitische Weichenstellungen wie z.B. für oder gegen die Atomenergie, für oder gegen Militäreinsätze als Konfliktlösungsalternative. Er eignet sich jedoch nicht, um selektiv die Stilllegung der einen oder anderen Atomkraftanlage zu erreichen bzw. den einen oder anderen Krieg zu verhindern oder zu legitimieren. Sehr sinnvoll wäre es allerdings, durch Volksentscheide zu erreichen, dass die längst fälligen neuen zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen in den Länderverfassungen und den nationalen Verfassungen verankert werden.⁶⁰

⁵⁸ Ausführlicher dazu vgl. Heußner/Jung (Hrsg.) 1999.

⁵⁹ »Seit 1891 sind bis Juni 1999 in der Schweiz 245 Volksinitiativen lanciert und eingerichtet worden. Von ihnen sind 128 (= 52%) zur Volksabstimmung gekommen – etwa ein Drittel wurde im Zuge der parlamentarischen Diskussion zurückgezogen, 22 sind noch anhängig. Nur zwölf Initiativen waren in der Volksabstimmung erfolgreich.« (Ebenda: 93).

⁶⁰ Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es in der Bundesrepublik die bundesweite Initiative »Mehr Demokratie e.V.« mit Sitz in München, die bisher eine Reihe von Kampagnen durchführte.

Themenspezifische Räte, Kommissionen, Parlamente⁶¹

Als eine Art *Dritte Kammern* für Einzelanliegen entsprechen sie den Grundgedanken der *föderalen Demokratie*. Sie sind das Herzstück des hier vorgestellten Konzepts der *Nachhaltigkeitsdemokratie* und hinsichtlich ihrer beschränkten Legitimations- und Segmentfunktion durchaus mit Länderparlamenten vergleichbar. Durch sie soll in nationalen und internationalen politischen Systemen die Möglichkeit für die direkte Partizipation der NGOs geschaffen werden, in denen diese ihr Einzelanliegen unverfälscht und mit geballter Kompetenz den nationalen Generalistenparlamenten gegenüber stellen und durch direkte Intervention deren Fehlentscheidungen korrigieren bzw. bereits im Vorfeld verhindern. Entsprechende Kammern sollen einerseits auf einige wenige Themenbereiche, die unstrittig für jedes Volk und die gesamte Menschheit von existenzieller Bedeutung sind, beschränkt bleiben und andererseits mit Rechten und Kompetenzen, die Landesparlamenten zugestanden werden, ausgestattet sein. Als existenziell gelten analog die *Verbannung von Krieg, der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen der Menschheit und die Überwindung der globalen Armut*. In jedem Memorandum, das von hohen moralischen Autoritäten dieser Welt verfasst wurde, jeder Resolution wissenschaftlicher Kongresse zu weltpolitischen Themen, zu besinnlichen Anlässen formulierte Reden nachdenklicher Staatspräsidenten und Regierungschefs werden diese drei Herausforderungen an erster Stelle hervorgehoben.

Es bietet sich an, zunächst Räte (Kommissionen, Parlamente) mit zwei abgrenzbaren Themenbereichen einzurichten: erstens für Krieg und Frieden und zweitens für Umwelt und Entwicklung.⁶² Damit weiche ich von meinen früheren Überlegungen, für die Themenbereiche Krieg und Frieden, Umwelt und Entwicklung, Geschlechtergleichstellung, Kinder/Jugend, Senioren, Arbeitslose und Migranten Dritte Kammern mit gleichen Rechtskompetenzen einzurichten,⁶³ ab.

⁶¹ Durch Aufzählung dieser Bezeichnungsalternativen wird offen gelassen, welche dieser Bezeichnungen im Kontext der jeweiligen nationalen bzw. internationalen Systeme als geeignet erscheinen.

⁶² Umwelt und Entwicklung gehören seit dem 1987 veröffentlichten Brundtlandbericht untrennbar zusammen. Es besteht inzwischen weltweit Konsens darüber, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen genauso untrennbar mit der Überwindung der globalen Armut verbunden ist wie die Überwindung der Armut mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

⁶³ Bei meinem letzten Beitrag zum Thema (Massarrat 2000) ging ich noch davon aus, dass Dritte Kammern außer für Krieg und Frieden, Umwelt und Entwicklung auch für weitere Einzelanliegen wie für Frauen, Senioren, Jugend, Arbeitslose und Migranten eingerichtet werden müssten. In Übereinstimmung mit Lutz (2001) halte ich es inzwi-

In Anlehnung an Dieter S. Lutz⁶⁴ plädiere ich für die Schaffung von existenziellen und die gesamte Menschheit betreffende Einrichtungen. Ihnen muss hinsichtlich ihrer demokratischen Legitimation, der Dauerhaftigkeit und Verbindlichkeit der Entscheidungen in künftigen nationalen wie globalen Governance-Architekturen ein erkennbar höherer Rang eingeräumt werden, als den Einrichtungen benachteiligter zivilgesellschaftlicher Gruppen, deren bisher arg vernachlässigte Interessen grundsätzlich mit weniger institutionellem Aufwand systemimmanent überwindbar sind.

Dieser hohe Stellenwert macht es im Grunde auch erforderlich, die Räte – ähnlich wie die Länderparlamente – als Verfassungsorgane mit besonderen Aufgaben zu konzipieren. Denn nur so kann ihre Unabhängigkeit, Dauerhaftigkeit und echte Korrektur- bzw. Komplementärfunktion gegenüber dem Bundesparlament gewährleistet werden. Um jedoch angesichts der Dringlichkeit von Problemlösungserfordernissen komplizierte und zeitaufwendige Verfassungsänderungsverfahren nicht abwarten zu müssen, können diese Einrichtungen als Räte, Kommissionen, Parlamente – als »Probelauf« und um für spätere Verfassungsänderungen entsprechende Erfahrungen zu sammeln – auch durch Bundesparlamente bzw. im Rahmen des UN-Systems durch die UN-Generalversammlung selbst beschlossen werden. Sie sollen aus einer überschaubaren Zahl von hoch angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengesetzt sein, die über moralische Autorität verfügen, sich nicht Partikular- sondern Menschheitsinteressen verpflichtet fühlen, somit von Sachzwängen unabhängig zu handeln in der Lage und mit Kompetenzen und Erfahrungen auf dem Gebiet des jeweiligen Einzelanliegens ausgestattet sind. Sie sollen auf Vorschlag der die Einzelanliegen vertretenden und akkreditierten NGOs (Friedens- und Menschenrechtsgruppen bzw. umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen) durch übergeordnete Organe (Bundesparlament bzw. UN-Generalversammlung) nach klaren Kriterien und Regeln gewählt werden. Durch das Akkreditierungsverfahren soll gewährleistet sein, dass die NGOs sowohl formaldemokratische Kriterien (klare interne Legitimationsstrukturen, Transparenz etc.) wie auch materielle Bedingungen (Reichweite des Arbeitsgebietes, Seriosität und gesellschaftliche Anerkennung durch Kontinuität und Langfristigkeit des Engagements etc.) erfüllen.

schen allerdings für erforderlich, die Dritten Kammern – wie in diesem Abschnitt näher begründet wird – nach Räten, Kommissionen, Parlamenten einerseits und Foren andererseits zu klassifizieren.

⁶⁴ Lutz 2001; derselbe 2002.

Über die Schaffung derartiger Einrichtungen wird nicht nur theoretisch nachgedacht, inzwischen sind auch implementierbare Modelle in der Diskussion. Binswanger und Wepler schlugen einen aus Experten bestehenden *Ökologischen Rat mit Vetorecht*⁶⁵ vor, dessen gravierende Schwäche Kritiker darin sahen, »zu großes Vertrauen in wissenschaftliche Experten als Mitglieder eines solchen Gremiums« zu legen. Problematisch sei zudem von der optimistischen Erwartung auszugehen, dass dieses Gremium kein »Eigeninteresse entwickeln wird« und »dass nur Sachverständige über das Wissen und die Kompetenz verfügen, langfristige Lösungsstrategien zu entwickeln bzw. zu verurteilen.«⁶⁶ Als Konsequenz dieser kritischen Beurteilung des *ökologischen Rates* wurde in einer im Auftrag der Enquête-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des Deutschen Bundestages durchgeführten Studie der 1996 durch den Verfasser eingebrachte Vorschlag zur Einrichtung von »Dritten Kammern« aufgegriffen.⁶⁷ Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung anderer ähnlich konzipierter Modelle⁶⁸ wurde der Enquête-Kommission die Einrichtung eines *Nachhaltigkeitsausschusses* beim Deutschen Bundestag vorgeschlagen, der »in der Verfassung oder auf Gesetzesstufe vorgeschrieben werden« sollte.⁶⁹ Tatsächlich konstituierte sich 2001 ein *deutscher Nachhaltigkeitsrat* der die Aufgabe hat, für der Bundesregierung Expertisen vorzulegen. Allerdings wurde der Rat – entgegen der ursprünglichen Idee – durch die Bundesregierung berufen. Daher ist er nicht hinreichend demokratisch legitimiert, ihr untergeordnet und demnach auch nicht unabhängig. Zu erwähnen ist auch das Vierparlamente-Konzept, das neben einem politischen Parlament ein Wirtschafts-, ein Kultur- und ein Grundwerteparlament vorsieht.⁷⁰

Am nächsten dem hier vorgestellten föderativen Räte-Ansatz steht das Konzept von *Zukunftsräten* bzw. von *Expertenparlamenten*, das Dieter S. Lutz vorgeschlagen hat. Sie sollen »mit der Unabhängigkeit und der Autorität des Bundesverfassungsgerichtes« sowie »mit den Hoheitsrechten für existenzielle Menschheitsfragen und der Legitimation von Wahlen wie ein Parlament« ausgestattet sein. Insofern trug Lutz auch dem Aspekt der Beteiligung der NGOs Rechnung, als er diesen und nicht den Parteien das

⁶⁵ Binswanger 1994; Wepler 1995.

⁶⁶ Minsch u. a. 1998: 263.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Vor allem das Modell von Flüh (Forum 1995).

⁶⁹ Minsch u. a. 1998: 268ff.

⁷⁰ Heinrichs 2001: 94ff.

Recht zugestand, die Kandidaten zu nominieren.⁷¹ Die Schaffung von Räten, Kommissionen und Parlamenten für die direkt-demokratische Kanalisierung der zivilgesellschaftlichen Partizipations- und Problemlösungskapazitäten auf nationaler wie internationaler Ebene dürfte trotz der historischen Notwendigkeit und Aktualität realistischere Weise noch längere Zeit in Anspruch nehmen und auch sehr viel Anstrengung erfordern. Sie eröffnet jedoch – ungeachtet der machtpolitischen Hindernisse und der Tatsache, dass die Privilegierten sich der Realisierung dieser historischen Aufgabe entgegen stellen würden – die theoretische und praktische Möglichkeit, die territorial bzw. in die Zukunft ausgelagerten Politikfelder, Gegenwarts Konflikte und Kosten wieder in das jeweils dafür verantwortliche politische System herein zu holen. Dadurch erhöhen sich die Chancen, die bestehenden Interdependenzen zwischen Überausbeutung natürlicher Lebensgrundlagen, den gewaltsamen globalen Konflikten um knappe Ressourcen und der weltweiten Armut zu durchbrechen und Rahmenbedingungen für den inter- und intragenerativen Interessenausgleich von der nationalstaatlichen hin zur globalen Ebene wirkungsvoll zu verbessern.

Themen- und gruppenspezifische Foren

Diese Einrichtungen eignen sich für alle relevanten Problemfelder und zivilgesellschaftlichen Partikularinteressen, die zwar ähnlich wie existenzielle und Menschheitsinteressen bisher wegen mangelnder bzw. schwacher Repräsentation aus dem Blickwinkel des Parteienstaates verdrängt und Opfer der bestehenden asymmetrischen Machtstrukturen geworden sind, deren Problemlagen und adäquate Lösungsmöglichkeiten jedoch von denen der Menschheitsfragen qualitativ zu unterscheiden sind. Es geht insbesondere um Gleichstellung der Geschlechter, Schutz der Interessen von Arbeitslosen angesichts der langanhaltenden strukturellen Massenarbeitslosigkeit, Schutz der Interessen von Kindern und Jugendlichen, von Senioren und Migranten. Allerdings ist hier der Geschlechterfrage wegen ihrer altersübergreifenden, flächendeckenden, sozialen und kulturellen Relevanz gegenüber der Benachteiligung anderer Gruppen ein höherer Rang einzuräumen. Im Unterschied zu Menschheitsfragen, die übergeordneten Charakter ha-

⁷¹ Lutz 2001: 261f. Ein wichtiger Unterschied zu dem von mir vorgeschlagenen Verfahren besteht darin, dass nach Lutz die Mitglieder des Zukunftsrates durch allgemeine Wahlen gewählt werden sollen, während in dem hier vorgeschlagenen Verfahren die Mitglieder dieser Einrichtungen entsprechend dem föderativen Prinzip auf Vorschlag der betreffenden gesellschaftlichen Gruppen mit den jeweils thematischen Spezialkompetenzen nominiert und durch das übergeordnete Verfassungsorgan gewählt werden.

ben, Problemlösungskapazitäten größeren Umfangs erfordern und vor allem als Jahrhundertprojekte aufzufassen sind, ließen sich die aufgelisteten Problemfelder grundsätzlich leichter systemimmanent und insgesamt mit vergleichsweise geringem Widerstand der traditionell herrschenden politischen und soziokulturellen Barrieren institutionell erschließen.

Daher bedarf es auch institutioneller Formen, die sich mit geringerem Aufwand einrichten und leichter in bestehende Strukturen einfügen lassen und die mit demokratiethoretisch vertretbaren Kompetenzen, wie das Recht auf Anhörung, auf Zugang zu Informationen und auf eigene Gesetzesinitiativen zu den jeweiligen Einzelanliegen, ausgestattet sind. Für diesen Zweck und mit diesen oder ähnlichen Kompetenzen könnten sich themen- bzw. gruppenspezifische Foren als geeignete Möglichkeit erweisen, die neben den Räten für existentielle Menschheitsfragen im Sinne eines zweiten selbständigen Partizipationsstranges durch das Bundesparlament für den Zeitraum bis zur Überwindung der spezifischen Benachteiligungen eingerichtet werden. Diese Foren setzen sich ebenfalls aus anerkannten Persönlichkeiten zusammen, die sich durch Unabhängigkeit, moralische Autorität, durch Kompetenz und Erfahrung in dem Aufgabenbereich, für den das Forum eingerichtet worden ist, auszeichnen. Sie werden durch die akkreditierten NGOs desselben Aufgabenbereichs nominiert und durch das Bundesparlament gewählt.

Nachdem nun die verschiedenen institutionellen Rückkopplungsmöglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements an die parlamentarische Demokratie nach den ihnen zu gewährenden politischen und rechtlichen Kompetenzen differenziert dargestellt worden sind, werden sie in der Übersicht 5 überblicksartig im Zusammenhang dargestellt und auch grafisch (Abb. 10) als Modell einer erweiterten Partizipation durch Rückkopplung der Basisdemokratie mit der Parteiendemokratie exemplarisch veranschaulicht.

Über diese mittel- und langfristig durchsetzbaren Formen institutioneller Rückkopplung des zivilgesellschaftlichen Engagements parlamentarischer Demokratie hinaus gibt es auch andere, möglicherweise einfacher durchzusetzende bzw. bereits bewährte Möglichkeiten der themenspezifischen und problemorientierten Partizipation.

Zu erwähnen ist beispielsweise die Schaffung von Wahlkreisen auf kommunaler Ebene mit der Möglichkeit, bei Kommunalwahlen Direktkandidaten zu wählen. Das schafft größere Auswahloptionen für die Wählerinnen und Wähler: Das Thema und die Kompetenz der Kandidatinnen und Kandidaten kann stärker als bisher den Ausschlag geben und damit wird eine themenspezifische Akzentverschiebung erreichbar gemacht. Eine weitere Möglichkeit der Mitgestaltung bietet die *Planungszelle* bzw. die *reflexive*

Übersicht 5: Föderative Rückkopplung von Basisdemokratie mit der Parteidemokratie im politischen System der Bundesrepublik Deutschland

	Übergeordnet	Komplementär		Spezial
Organe	Parlament	Länderparlamente/ Bundesrat	Räte/ Kommissionen/ Parlamente für: Frieden, Umwelt und Entwicklung	Foren für: Frauen, Arbeitslose, Kinder/ Jugend, Senioren, Migranten
Akteure	Parteien	Parteien	NGOs	NGOs
Rechtsgrundlage	Verfassung	Verfassung	Verfassung oder Bundesgesetz	Bundesgesetz
Legitimationsverfahren	Allgemeine Wahlen	Allgemeine Wahlen	Wahl durch das Parlament auf Vorschlag der NGOs	Wahl durch das Parlament auf Vorschlag der NGOs

Demokratie.⁷² Sie besteht in der Mitwirkung einer repräsentativen Auswahl von unmittelbar Betroffenen an der Planung von Einzelprojekten (eine neue Straße, eine Mülldeponie, eine Windkraftanlage etc.) und schafft zweifelsohne einen praktikablen Weg, Fehlentwicklungen in der Verwaltung und der Politik, die dadurch entstehen, dass die Interessen der Bevölkerung gänzlich unberücksichtigt bleiben, vorzubeugen.

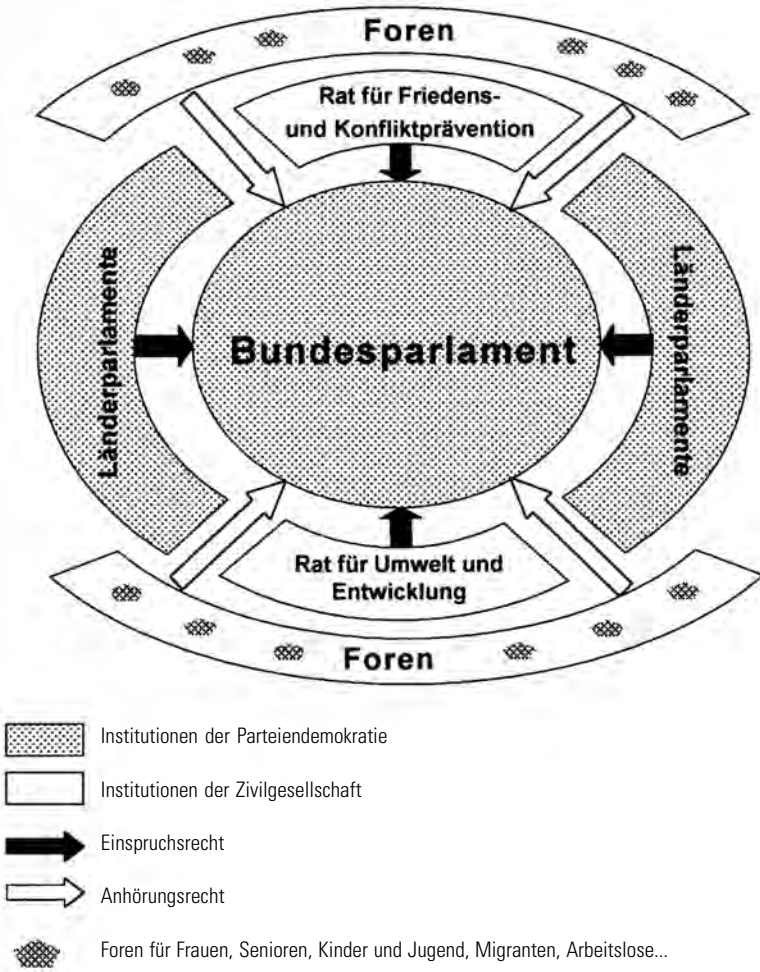
Die Planungszelle ist allerdings mit vergleichsweise hohen finanziellen und organisatorischem Aufwand verbunden und eignet sich auch kaum, projektübergreifende Entscheidungsebenen zu beeinflussen und die Korrektur von Strukturen und Rahmenbedingungen auf gesellschaftlichen Politikebenen (Kommunen, Ländern, Bund) herbeizuführen.

6. Offene Einwände

Auf die staats- und demokratietheoretischen Einwände gegen die Teilhabe der NGOs an politischer Macht, die vor allem in wissenschaftlichen Diskursen diskutiert bzw. seitens politischer Parteien aus nachvollziehbaren machtpolitischen Motiven vorgebracht werden, wurde ausführlich eingegangen. Darüber hinaus formulieren aus unterschiedlicher Motivationslage konservative wie progressive Kritiker vielfältige Einwände gegen die Eta-

⁷² Vgl. dazu Dienel 1992.

Abb. 11: Rückkopplung der Basisdemokratie mit der Parteiendemokratie im politischen System der Bundesrepublik Deutschland



blierung einer institutionellen Einbindung der NGOs in den Governance-Prozess.⁷³ Im Folgenden soll abschließend auf zwei weitere Einwände ein-

⁷³ Vgl. dazu die meisten Beiträge in Altvater/Brunnenraber/Haake/Walk 1997, sowie eine Reihe von Kommentaren in Tageszeitungen anlässlich der 1995 durchgeführten »Brent-Spar«-Aktion von Greenpeace. Vgl. dazu Beisheim 2001: 122.

gegangen werden, die für Kritiker von zentraler Bedeutung zu sein scheinen und von diesen oft in den Vordergrund gestellt werden.

Argument 1: Instrumentalisierungsgefahr der NGOs als Teil des politischen Systems

Durch Eingliederung in politische Systeme seien die NGOs der Gefahr ausgesetzt, ihre Eigenständigkeit zu verlieren und nicht mehr in der Lage, ihrem politischen Einfluss auf die gesellschaftliche Willensbildung wirkungsvoll Geltung zu verschaffen. Vertreter dieser Position übersehen, dass soziale Bewegungen und die NGOs ihre Entstehung zuallererst realen gesellschaftlichen Herausforderungen verdanken, mit denen die bestehenden politischen Systeme nicht fertig werden. Ihre Daseinsberechtigung und Legitimation ist daher auch erst dann ernsthaft gefährdet, sobald jene gesellschaftlichen Herausforderungen ganz verschwinden oder sich spürbar entschärfen, keineswegs jedoch, weil sie den Schritt gewagt haben, durch direkte Rückkoppelung ihren Interventionsradius in das politische System hinein zu erweitern. Solange bestehende politische Systeme gewichtige Problemlagen außen vor lassen, entstehen neue NGOs, wenn alte aus welchen Gründen auch immer in den bestehenden politischen Strukturen soweit aufgehen, dass ihre Unabhängigkeit nicht mehr erkennbar ist und der Bezug zur eigenen zivilgesellschaftlichen Basis vollends verloren gegangen ist.

Das Risiko, die erworbene Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen und zum Versatzstück des Systems zu werden, ist übrigens schon jetzt und auch ohne die institutionelle Rückkopplung gegeben, und zwar in noch stärkerem Maße als die NGOs es selbst wahrnehmen. Denn gerade im Zustand der Recht- und Regellosigkeit tendiert der Parteienstaat beabsichtigt oder unbeabsichtigt dazu, aus der Kooperation zwischen den Ungleichen eine asymmetrische Kooption zu machen. Zu diesen Risiken gehören »Instrumentalisierungen und die Absorption von gerade bei NGOs meist extrem knappen Ressourcen. Dies alles kann zum Verlust von Autonomie und zur Unfähigkeit führen, die Interessen, für die man angetreten war, noch wirkungsvoll zu vertreten.«⁷⁴ Insofern besteht für die NGOs eine doppelte Aufgabe: einerseits aus der gegenwärtig schwachen, kaum transparenten und nicht geregelten Bittstellerposition heraus zu kommen und andererseits mit den Risiken der vollständigen Unterordnung in bestehende Systeme bewusst umzugehen.

⁷⁴ So Peter Wahl, Vorstandsmitglied der deutschen NGO »Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung« (WEED).

Die oft aus einer prinzipiell systemkritischen Perspektive gezogene Schlussfolgerung, wegen der offensichtlichen Risiken des Identitäts- und Funktionsverlustes von jeglichen institutionalisierten Rückkopplungen abzusehen, liefe darauf hinaus zu unterstellen, dass der zivilgesellschaftliche Druck, der durch Protest und inhaltliche Kritik entsteht, dazu führt, dass eigene Alternativvorschläge sich von selbst in das System transportieren und in Politik umsetzen lassen. Tatsächlich wäre es inkonsequent, naiv und auch höchst unpolitisch, mit beträchtlichem Aufwand umfassende, glaubhafte und auch realisierbare Problemlösungsexpertisen zu erarbeiten, deren Umsetzung dann aber freiwillig dem überforderten Parteienstaat und damit jenen überlassen werden, die bisher versagt haben, mehr noch aus strukturellen Gründen haben versagen müssen. Das Risiko des Missbrauchs rechtfertigt jedenfalls nicht die Unterlassung des politisch Notwendigen, es sei denn um einen hohen Preis – den des eigenen Untergangs.

Wäre es statt eines freiwilligen Verzichts auf direkte politische Intervention nicht politisch konsequenter, Bremsmechanismen zu entwickeln, die geeignet sind, das Risiko der eigenen Disfunktionalisierung auf ein Minimum zu reduzieren, um eine Entfremdung von der eigenen sozialen Basis zu erschweren und den Bewegungskarakter der eigenen Herkunft zu bewahren? Hierher gehört beispielsweise, auf die institutionelle Selbstrepräsentation zu verzichten und – so wie es die *Initiative Pro UNCOPAC* vorschlägt – die Repräsentation auserwählten und erfahrenen Persönlichkeiten zu überlassen. Am wirkungsvollsten könnte Instrumentalisierungsrisiken entgegengewirkt werden, indem NGOs den Boden ihres zivilgesellschaftlichen Standbeins durch Vernetzung in themenübergreifenden sozialen und politischen Zusammenhängen festigen und gleichzeitig mit ihrem Spielbein die institutionellen Spielräume an der Nahtstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft themenspezifisch umso selbstsicherer und wirkungsvoller nutzen. Wenn die Grünen mit dieser, bei ihrer Parteigründung für sich beanspruchten Standbein/Spielbein-Doppelstrategie gescheitert sind, so lag dies nicht etwa an diesem Konzept, sondern an dem dem Parteienkonzept zugrunde liegenden Kompromiss- und Komplexitäts-Dilemmata.⁷⁵ Die NGOs müssten daher nicht befürchten, mit einer Standbein/Spielbein-Doppelstrategie ebenfalls zu scheitern.

An themenübergreifenden zivilgesellschaftlichen Bewegungen, aus denen die themenspezifischen NGOs neue moralische Kraft schöpfen und dadurch ihr Kritikvermögenspotenzial gegenüber der Sogwirkung institutioneller Verstaatlichung auffrischen können, mangelt es seit der Entste-

⁷⁵ Vgl. Näheres im Abschnitt 1 dieses Kapitels.

hung weltweit vernetzter globalisierungskritischer Bewegungen in keiner Weise. Tatsächlich handelt es sich bei dieser Bewegung um ein neuartiges, zivilgesellschaftliches Kräftepotenzial, das erstmals 1999 anlässlich der WTO-Konferenz in Seattle spektakulär in Erscheinung getreten ist und seitdem immer stärker die traditionelle soziale Basis von immer mehr themenspezifischen NGOs erfasst. Umgekehrt begreifen sich inzwischen nahezu alle NGOs als Bestandteile dieser globalen Bewegung. Die hoch aktuelle Frage ist also nicht, wie so oft gestellt, ob »die NGOs überhaupt legitime Akteure in der internationalen Politik« sind und ob sie »gar eine Legitimationsressource für komplexes Weltregieren sein können«,⁷⁶ sondern wie die institutionellen Bedingungen für ihre angemessene Beteiligung an politischer Macht beschaffen sein müssen, damit ihre Sachkompetenz sich in Handlungs- und Politikkompetenz niederschlagen kann.

Mit globalisierungskritischen weltweiten Bewegungen wie *attac* ist inzwischen eine Einzelanliegen übergreifende und neuartige weltweite soziale Bewegung entstanden, die im Begriff ist, den inhaltlich gemeinsamen Rahmen und gesellschaftlich gemeinsamen Aktionsraum für alle NGOs darzustellen, ihre thematische Isolation zu überwinden und das additive Nebeneinander mit dem politisch schlagkräftigeren Miteinander zu verbinden.⁷⁷

Argument 2: Hoher Zeitverlust

Die parlamentarische Demokratie mit ihrem System von *Checks and Balances* sei selbst schwerfällig und zeitraubend genug. Eine Verlängerung der Entscheidungsprozeduren über das bisherige Zwei-Kammern-System auf nationalstaatlicher und erst recht auf zwischenstaatlicher Ebene hinaus in drei- oder vierspürige Konsultations-Rückkopplungs- und Entscheidungsstrukturen liefe auf eine vollständige Lähmung und Ineffizienz des Systems hinaus, sodass eine *Demokratisierung der Demokratie* schon aus diesem Grund kontraproduktiv und daher abzulehnen sei. Im Umkehrschluss ließe dieser Einwand allerdings auch die nicht beabsichtigte Schlussfolgerung

⁷⁶ Diese Fragen formuliert in ihrem weiterführenden Beitrag Marianne Beisheim, um sie anschließend insgesamt zu bejahen, Beisheim 2001: 123ff.

⁷⁷ In Deutschland artikuliert sich diese neue Tendenz Anfang 2003 durch das gemeinsame Vorgehen von *attac* und Friedens-NGOs bei der Organisation und Mobilisierung der größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegen den Krieg der USA im Irak mit einer halben Million Demonstranten am 15. Februar 2003 in Berlin. Ende Juni 2003 kam es beim Mc.Planet.com-Kongress »Umwelt in der Globalisierungsfalle« zu einem ersten und gelungenen Schulterschluss zwischen *Attac* und großen deutschen Umweltorganisationen wie Greenpeace und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der richtungweisend sein dürfte.

zu, dass die Diktatur das effizienteste politische System ist. Denn Diktaturen regieren zwar mit den geringsten Reibungen und dem geringstem Zeitaufwand, sie blockieren gleichzeitig aber auch die Entfaltung von Ideen und gesellschaftlichen Produktivpotenzialen und verursachen unüberwindliche Fehlentwicklungen und Dauerkrisen, wie sie aus der Geschichte Europas und der Gegenwart in den östlichen wie südlichen Transformationsgesellschaften hinreichend bekannt sind. Insofern ist die abstrakte und ahistorische Effizienz-Bewertung und die Beurteilung der Transaktionskosten von »Mehr Demokratie« irreführend. Die Erweiterung gesellschaftlicher Problemlösungskapazitäten und die Entfesselung neuer Quellen materieller, vor allem aber kultureller Reichtümer, die aller Voraussicht nach mit der *Demokratisierung der Demokratie* in einem Umfang ungeahnten Ausmaßes einher gehen dürften, legitimieren die dabei unvermeidlichen Reibungsverluste. Demokratie braucht eben Zeit.

Kapitel 9

Globale Krisenprävention von unten

Beispiel UNCOPAC – Utopie oder echte Chance?

United Nation Commission on Peace and Crisis Prevention (UNCOPAC) ist das Konzept eines UN-Nebenorgans, das speziell für eine qualifizierte Mitwirkung der im Bereich der Krisenprävention aktiven Friedens-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umwelt-NGOs durch die UN-Generalversammlung eingerichtet werden soll. Dabei geht es um die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen System – in diesem Fall am UN-System. Denn inzwischen ist unstrittig, dass die Zivilgesellschaft in Problemfeldern wie Umweltschutz, Menschenrechte, Krisenprävention und anderen über deutlich höhere Kompetenz und – demokratietheoretisch gesprochen – damit auch über materiell höhere Legitimation verfügt als Parteien und herkömmliche politische Institutionen national und international je haben könnten.

Komplexitäts- und Kompromissdilemmata in den Institutionen der repräsentativen Demokratie (nationale Parlamente und die UN-Generalversammlung) sind die Ursache dafür, dass alle relevanten Menschheitsfragen wie Frieden, Stabilität, Sicherheit, Überwindung der Armut und Nachhaltigkeit externalisiert und in eine unbestimmte Zukunft verlagert werden. Diese gruppen- und grenzüberschreitenden Ziele fallen in der Regel den kurzfristigen Partialinteressen von Parteien und Regierungen zum Opfer, weil die repräsentative Demokratie es mächtigen Interessengruppen ermöglicht, politische Systeme und deren Entscheidungs- und Managementpotenziale für sich und gegen die Allgemeinheit zu instrumentalisieren.¹

Obwohl diese Demokratielücke der Wissenschaft längst bekannt ist, weigert sich der Mainstream der Demokratietheoretiker von den liberal-konservativen wie Ralf Dahrendorf bis hin zu kritischen Geistern wie Jürgen Habermas, der Zivilgesellschaft mit Verweis auf vermeintlich demokratietheoretische Probleme demokratische Entscheidungskompetenzen zuzuge-

¹ Näheres dazu vgl. Kapitel 9 in diesem Buch.

stehen. Habermas, um jemanden zu nennen, der, ohne als Apologet des Parteienstaates aufgefallen zu sein, erhebliche Zweifel an der Legitimation der Entscheidungskompetenz der Zivilgesellschaft vorbringt, billigt den NGOs bestenfalls die Rolle der »kommunikativen Macht« zu, die keinen subjektbezogenen Machtanspruch geltend machen kann, da »nur das Politische System handeln kann.«² Habermas irrt m.E. in diesem Punkt, indem er das politische System stillschweigend und ohne substantielle Gründe mit dem Parteienstaat gleichsetzt und unterstellt, dass dies auch bis in alle Ewigkeit so bleiben wird.

Im Unterschied zu dieser vorherrschenden Position kann der Anspruch der Zivilgesellschaft auf politische Macht bei Einzelanliegen, für die sie sich schwerpunktmäßig sachliche Kompetenz erworben und eine dauerhafte personelle und institutionelle Grundlage geschaffen hat, ethisch und demokratietheoretisch sehr wohl geltend gemacht werden.³ Auch die institutionelle Rückkopplung der Zivilgesellschaft bzw. der NGOs mit ihren jeweils spezifischen Anliegen an das politische System in Form von Räten, sowohl auf nationaler Ebene wie auf der Ebene des UN-Systems, ist grundsätzlich möglich.⁴ Für den letzteren Fall liefert UNCOPAC den Beweis.

1. UNCOPAC: Modell für mehr Demokratie im UN-System

Mit der Vorlage eines Statuts für ein UN-Nebenorgan, das zur Prävention von Konflikten und Kriegen eine wichtige Aufgabe im UN-System übernehmen soll, erfolgte ein erster, wichtiger Schritt zur effektiven Beteiligung der NGOs am UN-System.

UNCOPAC soll zwei bis dato als unvereinbar bzw. ausgeschlossen geltende Ziele zusammen führen: *Erstens* die demokratieethisch- und (völker-) rechtlich zweifelsfreie Rückkopplung von international anerkannten und bei der UN akkreditierten Friedens-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umwelt-NGOs an das UN-System. Und *zweitens* die Einfügung dieses Nebenorgans in das UN-System, das die UN-Charta in Form von *Commissio-nen* durchaus zulässt (Abb. 12).

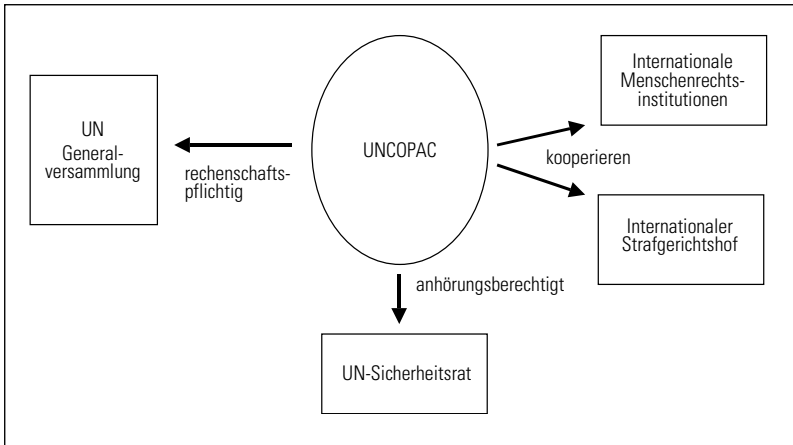
Die fast einjährige Arbeit einer AutorInnengruppe am Statut wurde schon dadurch belohnt, dass damit erstmals die institutionelle Rückkopplung der Zivilgesellschaft an das politische System mit gewissen Rechten und Inter-

² Habermas 2001: 356.

³ Ausführlicher dazu vgl. Kapitel 9 in diesem Buch.

⁴ Ebenda: 98ff.

Abb. 12: UNCOPAC als UN-Nebenorgan



ventionsmöglichkeiten auf den Weg gebracht wurde. Somit ist eine grundsätzliche Option für alle sozialen Bewegungen und NGOs begründet worden, die bis dato durch Parteien und die herrschende Wissenschaft für unmöglich gehalten wurde.

UNCOPAC hat gegenüber anderen, bisher diskutierten Möglichkeiten für mehr Demokratie im UN-System, insbesondere der Idee der *Parlamentarischen Versammlung*, folgenden Vorteil: Dank der selbst gesetzten thematischen Beschränkung und der dadurch kulminierten Sachkompetenz kann UNCOPAC gezielter, glaubwürdiger und effizienter in das UN-System hineinwirken und den eigenen Handlungsspielraum Kraft der *Macht des Faktischen* erweitern, ohne dabei Gefahr zu laufen, zu einem Palaververein und einer rein kosmetischen Demokratieerweiterung zu verkommen. UNCOPAC ist durchaus keine Utopie, sie ist nötig, möglich und bei einem größeren Engagement von international anerkannten NGOs auch durchsetzbar.

Nach diesem Muster könnte auch für den existenziellen Aufgabenbereich *Umwelt und Entwicklung* ein spezielles UN-Nebenorgan für die Mitwirkung von akkreditierten internationalen umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs entstehen.

Der strategischen Definitionsmacht mächtiger Konzerne und Industriestaaten in den für die Gestaltung der Weltwirtschaft entscheidenden Institutionen, wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Weltbank würde ein Gegengewicht gegenüber gestellt. Zudem könnte wirksamer als bisher im Vorfeld von später schwer revidierbaren und zulasten der globalen Umwelt und der armen Staaten des

Südens eingefädelten asymmetrischen Weichenstellungen interveniert werden.⁵

Weniger zielführend und innovativ sind allerdings Konzepte zur Schaffung themenübergreifender zivilgesellschaftlicher Parallelparlamente, wie z.B. das *Forum der Zivilgesellschaft*, das »The Commission and Global Governance« in ihrem Bericht von 1995 als ein neben der UN-Generalversammlung zu schaffendes und aus 300-600 Repräsentanten der bei der UN akkreditierten »Organe der Zivilgesellschaft« bestehendes Gremium vorgeschlagen hat.⁶ Dadurch würden die Strukturprobleme der UN-Generalversammlung, insbesondere hinsichtlich des Komplexitätsdilemmas nicht gelöst, sondern auch in dem neuen, speziell für die Zivilgesellschaft zu schaffenden Organ reproduziert. Die bloße Schaffung eines neuen Organs für die Zivilgesellschaft, neben der für die Staatenwelt bestehenden UN-Generalversammlung, bedeutet per se keine Erweiterung zivilgesellschaftlicher Interventionskapazität innerhalb des UN-Systems. Vielmehr geht es um die Frage, ob ein derartiges Gremium überhaupt in der Lage ist, sich gegenüber der Übermacht der Staatenwelt im UN-System eine strategische Handlungsmacht anzueignen. Genau dies muss aber bezweifelt werden, da vorprogrammiert ist, dass sich die vielfältigen globalen Einzelanliegen aus der Zivilgesellschaft eher gegenseitig blockieren.⁷ Ein Scheitern großer Projekte wie das vorgeschlagene Forum, für dessen Einrichtung viele Jahre vergehen, könnte sich eher als ein probates Mittel erweisen, alle Anstrengungen zur Teilhabe der NGOs an politischer Macht grundsätzlich als sinnloses Unterfangen zu diskreditieren.

⁵ Dieses Nebenorgan könnte im Unterschied zu der zur Diskussion gestellten UNCOPAC auch ohne Änderung der UN-Charta mit deutlich mehr Kompetenzen ausgestattet werden, da die UN-Charta kein anderes Organ mit dem speziellen Aufgabengebiet »Umwelt und Entwicklung« vorsieht. Sollte es tatsächlich zur Entstehung einer »Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung« innerhalb des UN-Systems kommen, wie es beispielsweise Frank Biermann und Udo-Ernst Simonis vorschlugen (Biermann/Simonis 1998), so müsste das speziell durch international agierende Umwelt und Entwicklung-NGOs zu besetzende Gremium, das mit entsprechenden Kompetenzen und Infrastruktur auszustatten und auch unabhängig von Mitgliedsstaaten positioniert wäre, in diese »Weltorganisation für Umwelt & Entwicklung« integriert werden.

⁶ Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) 1995: 286f.

⁷ Vgl. dazu auch Martens 1995.

2. Entstehung von UNCOPAC als zivilgesellschaftlicher Lernprozess

UNCOPAC ist nicht das Produkt eines akademischen Diskurses, sondern einerseits Resultat der offenkundig gewordenen Erkenntnis, dass die Staatenwelt zunehmend wie in den 1990er Jahren Konflikte und Kriege schafft, anstatt die Welt friedlicher zu machen. Andererseits ist sie Ausdruck der vielfältigen Anstrengungen zur Beantwortung der Frage, wie die Zivilgesellschaft ein krisenpräventives Gegengewicht zur Staatenwelt entwickeln kann.

Drei völlig voneinander unabhängige Konzepte wurden im November 2001 in Berlin bei der IPPNW-Tagung »Modelle für zivilgesellschaftliches Gegengewicht der Friedensbewegung angesichts des Versagens des Parteienstaates« durchaus nicht zufällig in Berlin zusammengeführt. Dazu gehörte das 1994 gemeinsam mit der deutschen Sektion der IPPNW diskutierte Modell für *Zivile Friedensräte*,⁸ der 1995 auf der Weltfrauenkonferenz in Peking vorgelegte UN-Konflikttrat und der 1998 formulierte *Linzer Appell*.⁹ Bei dieser Tagung wurde die Idee eines gemeinsamen Projektes geboren, das sich unter Mitwirkung von zehn kompetenten ExpertInnen (JuristInnen, FriedensforscherInnen, und NGO-VertreterInnen) zur Aufgabe gemacht hat, ein stimmiges und politikfähiges Konzept für ein UN-Nebenorgan einschließlich eines Statuts zu entwickeln. Dieses Ziel wurde in der Zeit zwischen Juni 2002 bis April 2003 umgesetzt.

Mit dem UNCOPAC-Statut, das inzwischen nicht nur durch namhafte Völkerrechtler hinsichtlich dessen Völkerrechtstaglichkeit überprüft und als mit der UN-Charta kompatibel charakterisiert wurde und das auch bei zahlreichen NGOs und Einzelpersonen grundsätzlich auf Zustimmung stieß, wurde der erste wichtige und notwendige Schritt eingeleitet. Die eigentliche Arbeit steht allerdings erst bevor. Entscheidend für die politische Umsetzung der Idee ist, dass mindestens ein Dutzend international anerkannter und bei der UN akkreditierter NGOs sich aktiv hinter die Idee stellen und sozusagen das soziale und politische Rückgrad des UNCOPAC bilden. Die Alternative, sich stattdessen auf Gespräche mit UN-Diplomaten zu konzentrieren, in der Hoffnung, dass der UN-Generalsekretär die Einrichtung der UNCOPAC auch ohne vorherige Klärung, ob und welche NGOs dahinter stehen, in die Wege leitet, ist nicht nur illusionär. Sie birgt auch die Gefahr, dass erfahrene UN-Politiker das Manko des Mangels einer handlungsfähigen

⁸ Näheres dazu vgl. Massarrat 1999b; derselbe 1999c: 260.

⁹ Dokumentiert in: ami, Heft 12/2000. Vgl. ferner Steinweg 2004.

gen NGO-Basis dazu nutzen, UNCOPAC als ein reines Beratungsgremium für die ohnehin schon bestehende informelle NGO-Beteiligung an manchen UN-Beratungen zu degradieren und sie als das, was sie sein sollte, zu hintertreiben.

Kapitel 10

Regionale Krisenprävention

Beispiel: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO)

Der Mittlere und Nahe Osten ist in mehrfacher Hinsicht die konfliktträchtigste Region der Welt. Der Israel-Palästina-Konflikt hat sich zu einem Konflikt der gesamten Region ausgeweitet. Angesichts der gigantischen Öl- und Gasreserven erlangte diese Region auch im Hegemonialsystem der Vereinigten Staaten eine strategische Schlüsselrolle.¹ Die nachholende Industrialisierung und politische Transformation in den Staaten des Mittleren und Nahen Ostens setzte – wie übrigens in den letzten 250 Jahren auch in Europa – kulturell bedingte Konfliktpotenziale frei. Die geostrategischen Interessen des Westens sowie der Israel-Palästina-Konflikt trugen zur Radikalisierung der politischen Strömungen und zur Entstehung von Nationalismus und religiösem Fundamentalismus bei. Die offenen Grenzkonflikte und ethnischen Gegensätze, die aus dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der kolonialistischen Grenzziehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hervorgegangen sind, kommen noch hinzu.

Die Verquickung vielfältiger interner territorialer, ethnischer, religiöser und politischer Konfliktformationen mit den externen ökonomischen und geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten und des Westens verwandelte den Mittleren und Nahen Osten buchstäblich in ein explosives Gemisch. Der Irak war bisher in drei große Kriege verwickelt: der acht Jahre andauernde irakisch-iranische Krieg 1980-1988 (1. Golfkrieg), Krieg Irak-USA nach dem irakischen Überfall auf Kuwait 1990 (2. Golfkrieg) und der US-Krieg gegen den Irak 2003 (3. Golfkrieg). Im Irak tobt gegenwärtig ein Beinahe-Bürgerkrieg, dem Land droht die Spaltung in drei Teile. Israel hat bisher fünf Kriege gegen arabische Staaten geführt. Der Mittlere und Nahe Osten ist die Region mit den umfangreichsten Waffenimporten und Militärausgaben in der Dritten Welt. Seit 40 Jahren befinden sich die

¹ Vgl. dazu Kapitel 3.

Hauptkonfliktparteien im Zustand des regionalen Wettrüstens. Israel ist eine Atommacht und will ihre militärische Hegemonie nicht aus der Hand geben. Andere Staaten, wie der Iran, sind bestrebt, militärisch aufzurüsten und ebenfalls Atommacht zu werden.

Somit wachsen die Konfliktpotenziale von Tag zu Tag. Die bisherigen Versuche, z.B. den Israel-Palästina-Konflikt zu bewältigen oder wenigstens zu entschärfen, haben zur Ausweitung und Vertiefung des Konflikts geführt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass unilaterale Initiativen die Konflikte vertiefen, weil sie die legitimen Ziele und Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Konfliktpartei ausblenden. Auch selektive Initiativen führten zur regionalen Ausdehnung statt zur Lösung des Konflikts. Eine friedliche Zukunft der Region könnte dagegen erreicht werden, wenn es gelingt, das selektiv-unilateralistische Vorgehen durch eine Strategie der gemeinsamen Sicherheit für alle Konfliktparteien im Mittleren und Nahen Osten zu ersetzen. Im Folgenden soll die Grundlage dieser Alternative skizziert werden. Dazu wird zunächst eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Konfliktstrukturen vorgenommen, woraufhin die vielfältigen Potenziale für eine regionale Kooperation analysiert werden, um zu untermauern, dass für eine gemeinsame Sicherheit auch eine tragfähige soziale Basis vorhanden ist und dass dieses Projekt dringend auf die Agenda der Weltpolitik zu setzen ist.

1. Grundlegende Konfliktstrukturen

Diese sind vielschichtig und müssten wie folgt nach ihren Besonderheiten und inneren Logiken differenziert dargestellt werden:

Territorialstreitigkeiten

Die wichtigsten Konflikte um Territorien sind im Einzelnen: Israels Besetzung von Palästina und den syrischen Golanhöhen; Iraks Grenzkonflikt um die Grenzlinie in Shatt-al-Arab (wichtiger Grund für den ersten Golfkrieg); Iraks Besitzanspruch auf Kuwait und auf die Inseln Bubiya und Warba: der Irak hat keinen Zugang zu den Weltmeeren, so dass der Besitz dieser Inseln Irak den direkten Zugang zu den Weltmeeren ermöglichen würde – dies war jedenfalls eines der Motive Iraks, Kuwait zu besetzen (zweiter Golfkrieg); iranisch-arabischer Konflikt um drei strategische Inseln (Abu Musa, Groß Tonb und Klein Tonb) im Persischen Golf und Spannungen zwischen Iran und den arabischen Staaten um die Bezeichnung Persischer bzw. Arabischer Golf.

Konflikte um die Nutzung grenzüberschreitender Energie- und Wasserressourcen

Es handelt sich um den Konflikt zwischen Irak und Kuwait um das Ölfeld Rumaila, das von irakischer Seite als ein weiterer Grund für die Besetzung Kuwaits angeführt wurde. Hinzu kommen Konflikte um grenzüberschreitende Öl- und Gasquellen im Persischen Golf zwischen den meisten Golfstaaten. Des Weiteren der Streit zwischen Iran und der Republik Aserbaidschan wegen des Ölfeldes Elburs im Kaspischen Meer und schließlich auch um den Konflikt bezüglich der Nutzung der Energiequellen des Kaspischen Meeres und um Öl- und Pipeline-Routen zwischen den Anrainerstaaten. Gelänge es nicht rechtzeitig, Voraussetzungen für geregelte und kooperative Nutzung dieser grenzüberschreitenden Energieressourcen zu schaffen, dann könnten absehbare Streitigkeiten, die auch mit der Abnahme der verbliebenen Ressourcenmengen intensiver werden dürften, sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen entladen. Bei den Interessengegensätzen um die Nutzung von grenzüberschreitenden Gewässern geht es vor allem um den Konflikt wegen des Flusses Jordan zwischen Israel, Palästina und Jordanien und um die Flüsse Euphrat und Tigris zwischen Türkei, Syrien und Irak. Auch hier wachsen mit der Zunahme von Wasserknappheit Konfliktpotenziale und Kriegsbereitschaft.

Grenzüberschreitende religiös-ethnische Konflikte

Der Hauptkonflikt, der alle anderen Konflikte überlagert und Lösungen erschwert und in der Region einen Flächenbrand entfachen könnte, ist die alte Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten. Zwar sind die islamischen Wurzeln beider Strömungen und die gemeinsame Suche nach neuer Identität im Globalisierungsprozess bedeutend stärker als die Gegensätze. Diese können jedoch, wie gegenwärtig im Irak zu beobachten ist, durch gezielte und blutige Terroranschläge auf Heiligtümer der Schiiten bzw. der Sunniten, aber auch gegen die Zivilbevölkerung, künstlich geschürt werden. Bei einer Zuspitzung der Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten im Irak ist nicht ganz ausgeschlossen, dass sich daraus ein flächendeckender Krieg in der gesamten Region entwickelt, und zwar zwischen Iran, den irakischen Schiiten und Hisbollah im Libanon auf der einen Seite, und Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten und den Sunniten im Irak und Libanon auf der anderen Seite. Verfolgungen der religiösen Minderheiten und Pogrome auf beiden Seiten, wie sie aus Afrika (Ruanda) bekannt sind, stünden dann auf der Tagesordnung. Unabhängig von diesen religiös motivierten Gegensätzen ist ein grundsätzlicher Kulturkonflikt in allen Staaten der Region im Gange: ein Konflikt zwischen Modernismus und Fundamentalismus im historischen

Transformationsprozess, in dem sich die Staaten im Mittleren und Nahen Osten gegenüber befinden. Dieser Konflikt wird – vor dem Hintergrund der insgesamt gewaltträchtigen Atmosphäre – teilweise mit Gewalt ausgetragen, und er verleiht dem Kampf um den Zugriff zur Staatsmacht und zu staatlichen Ressourcen unter rivalisierenden religiösen bzw. nicht religiösen Strömungen wie im Iran, Ägypten, Saudi-Arabien, ja wie in allen Staaten der Region zu beobachten ist, zusätzlichen Auftrieb.

Über die kulturell begründeten Auseinandersetzungen hinaus ist die Gefahr von Separatismus und dem Schüren neuer ethnischer Konflikte, vor allem in den Vielvölkerstaaten wie dem Iran (Azeris, Belutschen, Kurden, Turkmenen, Araber), nicht auszuschließen.² Der grenzüberschreitende Kurdistan-Konflikt ist der wichtigste der ethnisch begründeten und noch immer ungelösten Konflikte, der eine permanente Quelle für weitere Zuspitzungen und gewaltsame Auseinandersetzungen im Irak, in der Türkei, aber auch im Iran darstellt. Hier geht es den kurdischen Nationalbewegungen um Veränderungen der Situation der Kurden mit unterschiedlichen Zielen: kulturelle Autonomie innerhalb des jeweiligen bestehenden Staatsverbandes einerseits, und die Gründung eines kurdischen Nationalstaates, der neue Kriege und internationale Interventionen heraufbeschwören dürfte andererseits. Hinzu kommt die Instrumentalisierung der Kurden als Faustpfand für machtpolitische Allianzen im Konkurrenzkampf unter den Zentralstaaten: Das Schah-Regime im Iran in Allianz mit irakischen Kurden gegen die irakische Zentralmacht in den 1960er und 1970er Jahren, die 1981 den Einsatz von Chemiewaffen durch das Regime von Saddam Hussein in der kurdischen Stadt Halabdscha nach sich zog, um die irakischen Kurden vor einer weiteren Kooperation mit dem Iran abzuschrecken; Allianz zwischen der Türkei und irakischen Kurden gegen die PKK in der Türkei; Allianz zwischen Syrien und PKK gegen die türkische Zentralregierung in den 1990er Jahren. Die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen USA und Israel mit irakischen Kurden gegen Iran und Syrien belegt, dass der Kurdistankonflikt auch eine internationale Dimension hat und tatsächlich neuartige Interventionen nach sich ziehen könnte.

² Vgl. beispielsweise den Plan des dem Pentagon nahestehenden US-Militärtheoretikers Ralph Peters, in: Armed Forces Journal 06/2006, der eine radikale Neuaufteilung der Staaten im Mittleren und Nahen Osten nach ethnischen Grenzziehungen, »Blood Borders«, vorschlägt.

Der Israel-Palästina Konflikt

Es geht in erster Linie um die Beendigung der israelischen Besatzung und die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates. Angesichts der fortgesetzten israelischen Besatzungspolitik und der Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft entstanden neben der säkularistischen palästinensischen Befreiungsbewegung auch religiöse Widerstandsgruppen wie die Hamas. Im Israel-Palästina-Konflikt werden neue Konfliktpotenziale mit explosiver Sprengkraft in der gesamten Region und darüber hinaus auch in der islamischen Welt mobilisiert. Dazu zählen anhaltende Feindbildproduktion, wachsender islamisch-jüdischer Fundamentalismus und arabischer Nationalismus, Verstärkung von Gewaltbereitschaft und Terrorismus sowie die Verhinderung der Demokratisierung in allen arabisch-islamischen Staaten. Dieser Konflikt ist die Ursache einer Israelfeindlichkeit in der islamischen Welt, die im Westen oft mit Antisemitismus gleichgesetzt wird, und er ist auch eine der Ursachen einer ständig wachsenden Islamfeindlichkeit im Westen.

Der Israel-Libanon Konflikt

Die Politisierung der palästinensischen Flüchtlinge in den libanesischen Flüchtlingslagern und die Präsenz der PLO im Libanon führte schließlich dazu, dass der Israel-Palästina-Konflikt Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre sich auf Libanons Territorium ausweitete. Im Juni 1982 besetzte Israel Südlibanon, und der daraus resultierende Widerstand der Schiiten im Südlibanon führte zur Entstehung von Hisbollah. Diese Strömung entwickelte sich mit ihrer hoch motivierten und gut trainierten Miliz zu einem Staat im Staate Libanons. Der ursprünglich durch Israels Besetzung von Palästina entstandene Israel-Libanon-Konflikt zieht neue Kreise und droht die gesamte Region zu erfassen. Durch umfangreiche Waffenlieferungen an die Hisbollah ist ein Wettrüsten zwischen Iran und Israel entstanden, was im letzten Libanon-Krieg im Juli 2006 beinahe in einen größeren Krieg zwischen Iran einerseits und Israel und den USA andererseits übergegangen wäre.³

Die obige Beschreibung der grundsätzlichen Konfliktstrukturen und die Tatsache der Regionalisierung der Konflikteskalation sprechen dafür, die Perspektive einer zusammenhängenden regionalen Strategie analog zum KSZE-Prozess ins Auge zu fassen. Dies setzt allerdings voraus, dass sie auch durch objektiv verifizierbare ökonomische, soziale und kulturelle

³ Vgl. dazu Massarrat 2006a.

Potenziale für langfristige Kooperation und gemeinsame Interessen unterstützt und getragen wird.

2. Regionale Gemeinsamkeiten

Es gibt im Mittleren und Nahen Osten nicht nur Gegensätze, sondern auch viele Gemeinsamkeiten. Im Folgenden werden die wichtigsten dieser Potenziale aufgelistet, die belegen, dass sie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation in der Region beträchtlich sind und eine gute Grundlage auch für eine politische Kooperation darstellen.

Ökonomische Kooperationspotenziale

Möglich ist eine regionale Arbeitsteilung mit komparativen Kostenvorteilen für alle Beteiligten: durch Öl- und Gasexporte sowie petrochemische Produkte aus den Golfstaaten, gegen Agrarprodukte, Lebensmittel, Textilien, langlebige Konsumgüter, Industrieanlagen und High-Tech-Erzeugnisse aus dem Iran, der Türkei und Israel, wobei der Iran auf Grund seiner Größe, diverser Klimazonen und fossiler Reserven beide Produktgruppen zum Tausch bereitstellen könnte. Des Weiteren könnten Potenziale für den regionalen Tourismus in allen Golfstaaten, allen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, allen Anrainerstaaten des Mittelmeeres und Hochkulturstaaten mit antiken Sehenswürdigkeiten (Ägypten, Iran, Türkei, Jordanien, Syrien und alle kleinasiatischen Staaten) durch gemeinsame Projekte erschlossen werden. Hinzu kommen die Ausweitung und Vertiefung gemeinsamer grenzüberschreitender Investitions- und Finanzierungsprojekte (wie z.B. gegenwärtig bei iranischen Investoren in Dubai und türkischen Investoren in zentralasiatischen Staaten). Sinnvoll und möglich ist der Ausbau von grenzüberschreitenden Infrastrukturanlagen (Eisenbahnnetz, regionale Wasserwege). Die Gründung einer regionalen Entwicklungsbank könnte die Abhängigkeit von multinationalen Finanzinstitutionen verringern und zur De-Zentralisierung dieser Institutionen beitragen. Möglich und sinnvoll wäre auch die Gründung von gemeinsamen Wirtschaftskommissionen als Keimzellen einer regionalen Wirtschaftsintegration nach dem Vorbild der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Ressourcen- und Umweltschutz, Ausbau erneuerbarer Energiequellen

Angeichts von nichtnachhaltiger Nutzung von Öl- und Gasquellen in allen Staaten im Persischen Golf bietet es sich an, gemeinsame Strategien zur nachhaltigen Nutzung von Öl- und Gasquellen zu entwickeln und dabei

unterschiedliche Erfahrungen nutzbar zu machen. Zu nennen sind auch gemeinsame Investitionsprojekte zur Nutzung des Kaspischen Meeres und des Persischen Golfes, ferner auch gemeinsame Projekte zur Nutzung regenerativer Energiepotenziale und zur Schaffung eines regionalen Stromnetzes. Besonders wichtig sind auch Strategien zur gemeinsamen Nutzung von knappen Wasserressourcen und Regelungen zur gerechten Verteilung von grenzüberschreitenden Gewässern. Auch hier können gemeinsame Kommissionen für die Koordinierung von Umweltschutz und Ressourcennutzung entstehen, die die institutionellen Grundlagen für die regionale Integration in diesem Bereich bilden.

Soziale Projekte

Die Region verfügt über erhebliche finanzielle und menschliche Ressourcen, um wichtige grenzüberschreitende soziale Projekte, die geeignet sind, neue Arbeitsplätze in besonders benachteiligten Regionen, aber auch in Konfliktregionen wie Palästina und Kurdistan, die auf Grund ihrer permanenten Verwicklung in Kriege auf Ressourcenimport angewiesen sind, zu schaffen. Nur so können anstelle von Separatismus mit allen seinen gewaltvollen Folgen die Vorteile der Friedensperspektive durch Kooperation erlebbar gemacht und neuen Konflikten der Boden entzogen werden. Auch gemeinsame Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenabhängigkeit und Analphabetismus verstärken die Identität und begünstigen die Kooperation in allen anderen Bereichen.

Kultur und Bildung

Alle Staaten im Mittleren und Nahen Osten haben gemeinsame kulturelle und religiöse Wurzeln. Es gibt zwar einen unbarmherzigen Konflikt zwischen islamischen Staaten und Israel, jedoch bisher nicht zwischen Moslems und Juden. Immerhin lebten in allen Staaten der Region Juden mit Moslems jahrhundertlang friedlich zusammen. Antisemitismus, im Sinne von Judenverfolgung oder Vernichtung, so wie sie aus Europa bekannt ist, ist in den islamischen Ländern unbekannt. Auch heute richtet sich die Feindschaft der Moslems ganz eindeutig gegen den Staat Israel, und zwar wegen dessen Besatzungspolitik, aber nicht gegen die Juden als religiöse Gemeinschaft. Die gemeinsame Geschichte: (Perserreich, Arabisches Reich der Abbassiden, Osmanisches Reich), Iranischer Kulturkreis (Iran, Afghanistan, Kleinasienische Staaten) begünstigt das Verständnis von gemeinsam zu bewältigenden Modernisierungsproblemen und Zukunftsfragen. Die sprachliche Verwandtschaft (iranische Sprachgruppe, semitische Sprachgruppe, türkische Sprachgruppe) begünstigt ebenfalls den Kulturaustausch im je-

weiligen Sprachkreis und die Bildung subregionaler Kulturzentren, z.B. die Gründung gemeinsamer Universitäten und Forschungseinrichtungen, in Kurdistan, in den Golf- und den Kaspischen Meer-Staaten, vielleicht irgendwann auch in Jerusalem. Dies gilt auch für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte, insbesondere den Jugendaustausch.

3. Perspektiven für gemeinsame Sicherheit

Die oben skizzierten beträchtlichen ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Kooperationspotenziale zum gegenseitigen Vorteil und einer langfristig angelegten regionalen Integration sind – analog zur europäischen Integration – grundsätzlich denkbar. Demnach sind auch die ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen einer Perspektive zur Lösung von vielschichtigen Konflikten grundsätzlich gegeben. Doch hat die Entwicklung in dieser Perspektive eine Chance, Realität zu werden, wenn die gegenwärtig dominierende Atmosphäre von Drohung, Angst und Gewalt nicht nur zwischen den arabisch-islamischen Staaten und Israel, sondern auch innerhalb der arabisch-islamischen Staaten durch eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Sicherheit schrittweise ersetzt wird. Das unilateralistische Sicherheitsbedürfnis müsste durch die Bereitschaft, auch die Sicherheit der Anderen zu respektieren, verdrängt werden. *Die Sicherheit der Anderen ist auch meine Sicherheit* ist die Philosophie des Konzepts der *Gemeinsamen Sicherheit*. Diese Philosophie bildete die Grundlage für die ständige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) für Staaten unterschiedlicher Systeme und Werte, die während der Kalten-Kriegs-Ära 1973 in Helsinki ins Leben gerufen wurde und ab 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) überführt worden ist. Zwar hat die Abrüstung, ein einschneidendes Ziel der OSZE in Europa, nur begrenzte Fortschritte gemacht, das Wettrüsten wurde jedoch vorerst gestoppt und die aufgestellten gefährlichen Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa wurden wieder abgebaut. Die KSZE hat entscheidend zum »Wandel durch Annäherung« zwischen den west- und osteuropäischen Staaten und zur Demokratisierung in Osteuropa beigetragen. Eine ähnlich positive Entwicklung könnte grundsätzlich auch im Mittleren und Nahen Osten stattfinden.

Beginn einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO)

Mittel- und langfristig zentrales Ziel von KSZMNO muss sein, die Schaffung einer atomwaffen- bzw. umfassenden massenvernichtungsfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten zu ermöglichen. Seit über 40 Jahren hat es verschiedene Initiativen für eine atomwaffenfreie Zone gegeben. Die erste Initiative kam 1957 aus Israel, als zwei Mitglieder der israelischen Regierung aus Protest gegen das Atomwaffenprogramm der Regierung zurücktraten und das *Committee for Denuclearization of the Arab-Israel Conflict* gründeten. 1962 rief dieses Committee erstmals öffentlich zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in der Region auf.⁴ Die UN-Generalversammlung verabschiedete 1974 auf Vorschlag von Ägypten und Iran eine Resolution für eine nuklearfreie Zone im Mittleren Osten, die sie seitdem wie ein Ritual jedes Jahr aufs Neue verabschiedet, seit 1980 sogar einstimmig, d.h. also auch mit israelischer Zustimmung. Diese Idee, aber auch die Idee einer massenvernichtungsfreien Zone (Mubarak-Initiative von 1990), war zentraler Gegenstand zahlreicher Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten, die jedoch alle in der Sackgasse endeten.⁵

Die Hauptursache des Scheiterns dieser Initiativen ist die maximalistische Forderung der Konfliktparteien. Während Israel die umfassende Friedensregelung zur Voraussetzung für Gespräche über atomare Abrüstung erklärte, verlangten die arabischen Staaten genau die umgekehrte Reihenfolge.⁶ Beide Seiten haben offenbar das erst nach mehreren Jahren Verhandlungen erreichbare Ergebnis zur Voraussetzung für die Aufnahme der Verhandlungen gemacht und sich damit gegenseitig blockiert. Der 1994 in Oslo begonnene Nahost-Friedensprozess steckt in der Sackgasse, da Israel die umfassende Anerkennung seines Existenzrechts durch alle palästinensischen Fraktionen zur Voraussetzung weiterer Verhandlungen gemacht hat, ohne die Forderung der Palästinenser für einen lebensfähigen Staat als Gegenleistung zu akzeptieren. Obwohl die Strategie des selektiven Herangehens zur Beilegung des Israel-Palästina-Konflikts ohne eine Gesamtperspektive für Abrüstung und gemeinsame Sicherheit gescheitert ist, machen Sicherheitsexperten und Politiker den Beginn einer Konferenz für gemeinsame Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten unverständlicherweise von der Bewältigung einzelner Konflikte abhängig. »Realistischerweise wird man«, so der Nahostexperte Volker Perthes, »die Entstehung einer solchen

⁴ Mützenich 2004: 27.

⁵ Ebenda: 28.

⁶ Ebenda.

Struktur kaum erwarten können, bevor sich nicht die wesentlichen territorialen Konflikte der Region – insbesondere der israelisch-palästinensische und der israelisch-syrische – zumindest auf dem Weg zu einer friedlichen Regelung befinden.«⁷ Ähnlich äußerte sich der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier nach dem jüngsten Libanon-Krieg in einem Interview mit *Bild am Sonntag*: »In den Zeiten der Spaltung Europas in Ost und West«, fragt der Interviewer, »war Willy Brandt an der Schaffung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) beteiligt, die eben diese Spaltung überwinden sollte. Ist so etwas für den Nahen Osten und insbesondere für den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern vorstellbar?« »Ich glaube«, antwortet der deutsche Außenminister, »die Konferenz-Idee hat ihren Platz in den zukünftigen Bemühungen um Frieden im Nahen Osten. Aber wir müssen uns in Schritten auf sie zu bewegen, bevor wir diese Idee zu früh verbrennen. Mein Plädoyer lautet deshalb: Annäherung zwischen Israel und Palästina nach Kräften fördern, denn das ist der Kernkonflikt der Region. Dazu sollten wir die wichtigen internationalen und regionalen Partner einbinden.«⁸

Volker Perthes und Frank-Walter Steinmeier wiederholen dieselben Fehler, die zum Scheitern der bisher angestrebten Lösungsversuche geführt haben. Sie übersehen offensichtlich, dass wir uns vom Kernkonflikt längst entfernt haben. Der Israel-Palästina-Konflikt weitete sich zum Israel-Syrien- und Israel-Libanon-Konflikt aus. Letzterer rief durch die schiitische Allianz zwischen Hisbollah und Iran den Israel-Iran-Konflikt auf den Plan. Der Iran befindet sich inzwischen auf dem Weg zur Schaffung eigener Nuklearpotenziale. Somit hat der Kernkonflikt wie ein Geschwür in der gesamten Region Metastasen gebildet, Feindschaft, Feindbilder, Gewaltbereitschaft und Terrorismus verstärkt. Will man nicht auf ein Wunder warten, das verhindert, dass die Region zusammen mit Israel in den Abgrund stürzt, dann bliebe keine andere Wahl, als die Konfliktformationen in ihrer Gesamtheit anzupacken und im Rahmen einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit einzubringen. Dazu müsste sie umgehend und ohne Vorbedingungen ins Leben gerufen werden. KSZMNO darf nicht als letzter Schritt, auch nicht als zweiter, sondern als allererster Schritt in Betracht gezogen werden. Es kommt darauf an, eine Wende – weg vom Geist der Selektion, der Spaltung, der Bildung von Konfliktallianzen und hin zum neuen Geist der gemeinsamen Sicherheit und Kooperation – herbeizuführen. Das konkrete Ziel der Konferenz müsste darin bestehen, einen neuen

⁷ Perthes 2004: 18.

⁸ *Bild am Sonntag* vom 20. August 2006

Rahmen zu schaffen, der es allen Konfliktparteien im Mittleren und Nahen Osten ermöglicht, sich auf den Weg zu einem Dialog für gemeinsame Sicherheit und Kooperation zu begeben.

Die Bereitschaft zum Dialog ist die einzige akzeptable Bedingung für den Konferenzbeginn. Konfliktparteien, die Vorbedingungen stellen, schließen sich selbst vorerst aus. Die Konferenz müsste selbst mit einer kleineren Zahl von willigen Konfliktparteien begonnen werden. Allein der Konferenzbeginn könnte eine Dynamik in Gang setzen, der sich zu entziehen, auf Dauer auch hartnäckige Verweigerer sich nicht werden leisten können. Die Haupttätigkeit der Konferenz müsste zunächst darin bestehen, analog zur KSZE, allerdings angepasst an die Bedingungen in der Region, Schritte zu vertrauensbildenden Maßnahmen einzuleiten: Konfliktfelder auflisten, sie so zu sortieren, dass die Perspektive der gemeinsamen Sicherheit und Kooperation für alle beteiligten Staaten nachvollziehbarer wird und die gewünschte Dynamik erzeugt, um auch die bisher nicht beteiligten Staaten zur Mitwirkung zu animieren. Vieles könnte in zehn oder 15 Jahren erreicht werden, was aus heutiger Sicht als utopisch erscheint. Jedes Verschieben des Beginns einer KSZMNO wäre daher eine Entscheidung für weitere Konflikte und Kriege, die dann unvermeidlich wären.

Neben pessimistischen Stellungnahmen gibt es erfreulicherweise sowohl unter den Experten wie in der Politik auch optimistische Stimmen für den Beginn einer Mittel- und Nahostkonferenz. »Trotz der bislang fehlgeschlagenen Initiativen«, schreibt der Sicherheitsexperte Rolf Mützenich, »besteht eine realistische Chance, dem Ziel einer massenvernichtungswaffenfreien Zone näher zu kommen – wenn mit Realismus und Geduld an die Verhandlungen herangegangen wird«.⁹ Auch die deutsche Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecezorek-Zeul, setzte sich im Sommer 2006 für einen ernsthaften Versuch ein, über die bisherigen Initiativen hinauszugehen: »Ich plädiere«, schrieb sie in der *Frankfurter Rundschau*, »für eine internationale Nahostkonferenz, an der auch die arabischen Staaten teilnehmen, über die ja schließlich mit verhandelt wird. Zugegeben, die bisherigen Nahost-Konferenzen beginnend mit Madrid 1991, waren nicht langfristig tragfähig und in diesem Sinne nicht erfolgreich. Durch eine Nah- und Mittelost-Konferenz könnte ein Prozess für Frieden und Sicherheit in Gang gesetzt werden, der in den zentralen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Sicherheit und der menschlichen Zusammenarbeit die Zukunft organisiert. Die Menschen in der Region wollen in ihrer

⁹ Mützenich 2004: 28.

übergroßen Mehrheit Frieden. Wäre es nicht eines neuen Anlaufs wert«, fragt die Ministerin, »das scheinbar Undenkbare zu versuchen?«¹⁰

Europas Vorreiterrolle

»Was ist seit 1956 geschehen«, schreibt Gideon Levy in der israelischen Tageszeitung Haaretz, »als die USA mit einem einzigen Telefonanruf Israel dahin brachten, sich über Nacht aus dem Sinai zurückzuziehen – und zwar unmittelbar nach der Rede des stärksten israelischen Führers Ben Gurion über das 3. Königreich Israel? Doch jetzt, nachdem die Besatzung seit Jahren besteht und die Regierung nicht weniger von der Gnade der USA abhängig ist als in der Vergangenheit – warum schauen die USA nur zu?«¹¹

Die Antwort auf diese Frage ist, dass Stabilität durch gemeinsame Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten den Hegemonialinteressen der USA – wie in Kapitel 3 dargelegt – offensichtlich nicht zuträglich ist. Israel als regionale Hegemonial- und Atommacht entwickelte sich inzwischen zu einem wichtigen Pfeiler der US-Hegemonialsystems. Daraus folgt sicherlich, dass die USA deshalb keinen Anlass sehen, sich als Vorreiter für die Einberufung einer KSZMNO zu betätigen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie in der Lage wären, eine in Gang gekommene KSZMNO auf Dauer zu blockieren, zumal die USA selbst, wie das Irak-Desaster zeigt, an die Grenzen ihres Unilateralismus gestoßen sind. Auch Staaten aus der Region, die im Rahmen einer kooperativen Sicherheitsarchitektur an Macht verlieren, dürften aller Wahrscheinlichkeit nach als Vorreiter ausscheiden. Dazu gehört Israel, solange dort die zionistische Ideologie, die nach wie vor die Schaffung Großisraels propagiert, dominiert. Dazu gehören auch die vordemokratischen Eliten, vor allem in Saudi Arabien, die es noch vorziehen, die Absicherung ihrer Herrschaft durch eine Allianz mit den USA zu erreichen und diese über die Interessen ihrer Völker und über die gemeinsame regionale Sicherheit zu stellen. Demgegenüber kann davon ausgegangen werden, dass die meisten kleineren Staaten im Golfkooperationsrat (GCC), darüber hinaus Libanon, Jordanien, Syrien, aber auch Ägypten und Iran, möglicherweise auch die Türkei, zu den Befürwortern einer KSZMNO gezählt werden können, da sie in dieser Perspektive eine höhere Sicherheit für sich prognostizieren dürften als sie gegenwärtig haben. Der Iran kann sich wahrscheinlich erst im Rahmen einer regionalen Sicherheitskonferenz dazu durchringen, die Urananreicherung zu stoppen.

¹⁰ Wiczorek-Zeul 2006.

¹¹ Levy 2006.

Nach einer realistischen Beurteilung verfügt allerdings lediglich die EU über die Möglichkeiten – sofern die Einsicht und der Wille in Europa unterstellt werden kann –, um eine langfristig angelegte KSZMNO einzuberufen und die Vorreiterrolle zu übernehmen. Die Europäische Union steht ohnehin vor der Alternative, entweder den US-Unilateralismus mit allen seinen Risiken für Europa und den Weltfrieden hinzunehmen oder aber einen Prozess zum Multilateralismus in der Welt in Gang zu setzen. Der KSZMNO kann auch in diesem Sinne eine Schlüsselrolle zukommen. Die EU selbst würde durch die Entstehung einer regionalen Integrations- und Sicherheitsgemeinschaft im Mittleren und Nahen Osten kurz-, mittel- und langfristig den größten Nutzen ziehen: die sicherheitspolitischen Gefahren eines vielschichtigen Konfliktherdes vor der eigenen Haustür wären gebannt, die energiepolitische Sicherheit auf Dauer erreicht und die Voraussetzungen für eine ökonomische Kooperation mit der Region deutlich verbessert.

Gemeinsame Sicherheit, Demokratisierung und Abrüstung

Die US-Regierung behauptet, mit ihrer *Greater-Middle-East-Initiative* die Region demokratisieren zu wollen. Würde sie es damit tatsächlich ernst meinen, dann wären dazu die Strukturen einer gemeinsamen Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten der beste Weg. Denn nur in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens hat die ökonomische und politische Transformation, die gegenwärtig massiv unter Aufrüstung, Kriegen, gegenseitigen Drohkulissen und rückwärts gewandten Strukturen leidet, eine Chance stattzufinden. Die sozialen Träger der Demokratisierung in der Region könnten ihren Handlungsspielraum ausweiten und ihre Basis vertiefen, wenn äußere Gewaltandrohungen ausbleiben. Umgekehrt verlören sie beträchtlichen Handlungsspielraum an konservative Gruppen und Schichten, wenn sich Konflikte mit den Nachbarstaaten, oder wie gegenwärtig der Konflikt zwischen Iran und den Vereinigten Staaten, zuspitzen. Außer den unbestreitbar positiven Effekten für die Demokratisierung ist die Perspektive gemeinsamer Sicherheit die wirkungsvollste Garantie zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen und für Abrüstung. Der Iran-Atomkonflikt kann nur im Kontext dieser Perspektiven auf Dauer gelöst werden. Dies setzt allerdings auch die Bereitschaft Israels zur Abrüstung ihrer atomaren und konventionellen Waffenarsenale voraus. Während Israels Bevölkerung unter den gegenwärtigen Bedingungen des Krieges und der permanenten Angst um die eigene Sicherheit gefangen bleibt, bietet Abrüstung die Chance auf mehr Wohlstand und Sicherheit. Solange westliche Staaten – allen voran die USA – Israel weiterhin hinreichende Sicherheitsgarantien geben, besteht kein nachvollziehbarer Anlass, dass die Existenz eines entmilitarisier-

ten Israels in einem entmilitarisierten Mittleren und Nahen Osten bedroht wäre. Gewinnt diese Idee in Israel eine Mehrheit, hätten die USA keine andere Wahl als sie ebenfalls zu unterstützen.

Eine Herausforderung für Israel, die aber zukunftsfähig ist

Seit der Gründung Israels herrscht im Mittleren Osten ein permanentes Wettrüsten. Israel fühlte sich schon durch die bloße demografische Übermacht der arabischen Staaten bedroht und entschied sich – um diese durch das demografische Übergewicht empfundene Bedrohung abzuwehren – für den Aufbau einer starken Militärmacht, einschließlich atomarer Bewaffnung. Ökonomisch wie politisch-kulturell orientierte sich Israel weg von der Region und entwickelte stattdessen vielschichtige Beziehungen und Bindungen mit Staaten – vor allem mit den USA –, die geografisch fernab von Israel liegen. Auf seine militärische Aufrüstung und Westorientierung reagierten die arabischen Staaten, aber auch der Iran, ihrerseits mit Wettrüsten. Der Iran-Atomkonflikt ist das neueste Ergebnis des Wettrüstens im Mittleren und Nahen Osten. Die Umorientierung Israels weg vom Westen und hinein in den Nahen Osten, wo dieser Staat und seine Bürger beheimatet sind, ist eine wichtige Voraussetzung für die regionale Kooperation und für den dauerhaften Frieden in der gesamten Region. Uri Avnery begründete diese Perspektiven anlässlich des Libanon Krieges wie folgt:

»Das ganze zionistische Unternehmen ist mit einer Organtransplantation in einen menschlichen Körper verglichen worden. Das natürliche Immunsystem revoltiert gegen ein fremdes Implantat, der Körper mobilisiert alle seine Kräfte, um es wieder los zu werden. Die Ärzte benützen eine hohe Dosis Medizin, um diesen Widerstand des Körpers zu überwinden. Das kann eine ganze Zeit lang dauern, manchmal bis zum Tod des Körpers selbst, einschließlich des transplantierten Organs. (Natürlich sollte dieser Vergleich – wie jeder andere auch – vorsichtig verwendet werden. Aber ein Vergleich kann helfen, Dinge besser zu verstehen, aber eben auch nicht mehr als das). Die zionistische Bewegung hat einen fremden Körper in dieses Land gepflanzt, das damals ein Teil der arabisch-muslimischen Welt war. Die Einwohner des Landes und der ganzen arabischen Region lehnten die zionistische Entität ab. Inzwischen hat die jüdische Ansiedlung hier Wurzeln geschlagen und ist zu einer echten neuen Nation geworden, die in diesem Lande verwurzelt ist. Seine Verteidigungskraft gegen die Zurückweisung ist gewachsen. Dieser Kampf dauert nun schon 125 Jahre und wird von Generation zu Generation immer gewalttätiger. Der letzte Krieg (der Libanon-Krieg in 2006, M.M.) war nur eine weitere solche Episode. Was ist bei dieser Auseinandersetzung unser historisches Ziel? Ein Dummkopf wird

sagen: eine höhere Dosis Medikamente verabreichen, die von Amerika und den Juden in aller Welt geliefert werden. Der größte Dummkopf wird hinzufügen: Es gibt keine Lösung. Diese Situation wird auf immer so bleiben. Dagegen kann nichts gemacht werden, außer dass wir uns in einem Krieg um den anderen verteidigen. Und der nächste Krieg klopft schon an unsere Tür. Der Weise wird sagen: Unser Ziel ist es, dass der Körper das eingepflanzte Organ als seines akzeptiert, damit sein Immunsystem uns nicht weiter wie einen Feind behandelt, der um jeden Preis abgestoßen werden muss. Und wenn dies das Ziel ist, müssen unsere Bemühungen in erster Linie in diese Richtung gehen. Das heißt: jede unserer Aktionen muss gründlich an diesem einfachen Kriterium überprüft werden: Dient es unserm Ziele, oder behindert es dieses? Nach diesem Kriterium war der zweite Libanonkrieg eine Katastrophe.«¹²

Die mentale Umorientierung und die Bereitschaft Israels, sich als organischen Bestandteil einer Region zu erleben, in der Juden ihre staatliche Heimat gefunden haben, ist möglicherweise eine große Herausforderung für Israels Bevölkerung. Die Nachbarstaaten als solche zu akzeptieren und sich auf eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit ihnen einzustellen, ist allerdings eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden.

¹² Avnery 2006.

Kapitel 11

De-Hegemonialisierung: Übergang zu einer neuen Weltordnung

Die Kampffront für eine neue und humanere Weltordnung verläuft nicht zwischen Kapital und Lohnarbeit, auch nicht zwischen Norden und Süden. Vielmehr verläuft sie zwischen den reichen Eliten, den neokonservativen und neoliberalen Strömungen und allen von ihnen besetzten globalen Institutionen (WTO, IWF) einerseits und der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung in allen Kontinenten, den Lohn- und Gehaltsabhängigen, den landlosen Bauern, einem Teil des Mittelstandes mit ihren Repräsentanten und schwachen Institutionen andererseits. Es ist notwendig und auch möglich, das Rad der Geschichte im Koordinatensystem globaler Kräfteverhältnisse um die Achse zwischen den beiden Lagern zu drehen, das hegemoniale Projekt der neoliberalen Globalisierung zu delegitimieren und durch eine neue globale Allianz für Gerechtigkeit und Frieden abzulösen.¹

Das neoliberale Projekt wurde zu einem hegemonialen Projekt, weil es dem Neoliberalismus und den reichen Elite gelang, sich auch bei den Opfern der neoliberalen Strategien als alternativlos darzustellen. Nun kommt es darauf an, dem hegemonialen Projekt die politische Basis zu entziehen. Dazu sind normative Ziele, die die Sehnsüchte und Wünsche vieler Menschen zum Ausdruck bringen, wie sie als Prinzipien, z.B. in der *Erd-Charta*² oder im *Aufruf von Bamako*,³ formuliert wurden, sinnvoll und notwendig. Diese reichen aber für die Bildung neuer globaler Allianzen nicht aus. Dazu bedarf es zentraler Projekte und vieler vermittelbarer und anschlussfähiger Zwischenschritte.

Die im Folgenden formulierten Überlegungen sollen einige wichtige Schritte des Übergangs zu einer anderen und humaneren Weltordnung beschreiben. Es gibt zwei große Hindernisse auf dem Weg zu einer anderen Weltordnung und zu Reformen in Richtung auf De-Globalisierung und Nachhaltigkeit: *Erstens* der *Konsens von Washington* und *zweitens* die *US-Hegemonie*. Beide Projekte befinden sich in der moralischen Krise, sie

¹ Siehe auch »Wege aus der Kapitalismusfalle« in Kapitel 2 dieses Buches.

² Ökonomische Initiative Eine Welt. Die Erd-Charta (www.earthcharter.org).

³ Aufruf von Bamako, 2006.

müssten jetzt politisch in den Vordergrund globaler Kritik gestellt werden. Der Konsens von Washington muss weg. Um dies zu erreichen, bedarf es einer globalen Allianz weit über die Allianz der globalisierungskritischen Bewegungen und linker Reformregierungen in einigen Ländern des Südens hinaus. Die Gewerkschaften und Teile des Mittelstandes in den kapitalistischen Ländern müssen gegen den Washington-Konsens sensibilisiert und mobilisiert werden. Genau so wichtig, aber vielleicht komplizierter, ist es allerdings, von der unilateralen zu einer multilateralen Weltordnung zu gelangen und damit die US-Hegemonie entscheidend zu schwächen. Andererseits ist der historische Prozess zur Herausbildung von neuen ökonomisch gewichtigen Zentren, wie China und Indien, unaufhaltsam. Dieser Prozess begünstigt die De-Hegemonialisierung, reicht jedoch nicht aus. Dazu bedarf es der aktiven Rolle von Europa als Zivilmacht und einer weltweiten Allianz mit Multilateralisten aller Staaten, USA eingeschlossen, um den Weg einer multilateralen Weltordnung beschreiten zu können.

1. Europas Beitrag für eine multilaterale Weltordnung

Diese Weltordnung kann allerdings nicht gegen die USA durchgesetzt werden. Die USA sind und bleiben auch absehbar ökonomisch und erst recht militärisch mächtig genug, ihren Unilateralismus mit Hilfe einer Allianz der Willigen quer über den Globus für Jahre in der bisherigen bzw. in abgeschwächter Form fortzusetzen. Letztlich entsteht für eine multilaterale Ordnung eine reale Chance, wenn in den Vereinigten Staaten selbst die politische Legitimation des Unilateralismus zu bröckeln beginnt. Die Gegensätze zwischen US-Unilateralisten und Multilateralisten sind ohnehin größer und die Positionen vielfältiger als sie sich im US-außenpolitischen Erscheinungsbild widerspiegeln.⁴

Insofern täte Europa gut daran, alles zu unternehmen, was den in die Isolation geratenen Multilateralisten in den USA Auftrieb gibt und alles zu unterlassen, was die US-Unilateralisten und ihre Verbündeten, auch in Europa, stärken könnte.⁵ Die Trennlinie für die konkurrierenden Weltordnungsmodelle verläuft nicht zwischen USA und Europa und auch nicht zwischen

⁴ Vgl. Näheres dazu Hippler 2003.

⁵ »Wir müssen daran denken« sagte Horst Eberhard Richter am Antikriegstag bei einer DGB-Veranstaltung in Frankfurt, »dass ohne einen Bewusstseinswandel innerhalb der USA durchgreifende friedenspolitische Fortschritte im Weltmaßstab unerreichbar bleiben.« (Richter 2003).

Demokraten und Republikanern in den USA, sondern zwischen Unilateralisten und Multilateralisten in der ganzen Welt. Multilateral ausgerichtete Parteien und zivilgesellschaftliche Kräfte in Europa stehen vor der großen Herausforderung, Wege und Schritte aufzuzeigen, die mittel- und langfristig zu einer humaneren und gerechteren Weltordnung führen. Welche Leitbilder stehen aber für diese Perspektive zur Diskussion und welchen Beitrag haben Europas Multilateralisten dafür zu leisten? Um dafür einige Hypothesen zu formulieren, sollen im Folgenden zunächst die vier Hauptgruppen, die gegenwärtig im Ringen um die Weltordnungsmodelle einander gegenüber stehen, skizziert werden:

Unilateralisten

Dazu gehören auf politischer Ebene z.B. George W. Bush, Silvio Berlusconi, José Maria Aznar, deren Weltbild stark konservative bis rassistische Züge aufweist, und die die Menschheit manichäisch, ganz im Sinne der Hobbes'schen Welt, in Gute und Böse, in Zivilisierte und Barbaren, aufteilen, rechtliche Doublestandards befürworten, das Recht des Stärkeren zum Maßstab des politischen Handelns erheben und insgesamt die Interessen der reichen Elite dieser Welt vertreten, die sich unter dem US-Hegemonialsystem am sichersten fühlt.⁶

Empire-Protagonisten

Die Empire-Protagonisten beschreiben das *Empire* als ein Frieden stiftendes Ordnungssystem, das im Grundsatz schon jetzt weltweit auf einer breiten Legitimationsgrundlage stünde und dessen Handlungen einschließlich der Kriege daher keinen Widerspruch zum Völkerrecht darstellten. Zu den wichtigsten Vertretern des *Empires* gehören Michael Hardt und Antonio Negri⁷ und der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler.⁸ Bei einer kritischen Betrachtung handelt es sich bei diesem Konzept jedoch um eine Konstruktion, die im Wesentlichen durch historische Analogien (z.B. mit dem Römischen Reich) bzw. Extrapolation republikanischer Ordnungsvorstellungen aus der Gründerzeit der Vereinigten Staaten auf die Gegenwart begründet wird. Die Realität von hegemonialpolitischen Interessen, die Triebkräfte und Handlungen, Brüche und Konflikte, wie sie in Kapitel 3

⁶ Einer der Wortführer dieser Richtung, der die unilateralistische Perspektive am klarsten formuliert und offensiv vertritt, ist der US-Präsidenten-Berater Robert Kagan. Vgl. dazu seine Schrift Kagan 2002.

⁷ Vgl. dazu Hardt/Negri 2002.

⁸ Münkler 2005.

dieses Buches dargelegt sind, werden ignoriert, verharmlost oder *Empire*-konform zurechtgebogen. Ungeachtet der unterschiedlichen Motive seiner Verfechter liefert das *Empire-Modell* eine ideologische Plattform für alle diejenigen, die aus verschiedenen Motivlagen den US-Unilateralismus offen nicht verteidigen, an den Pfründen der globalen Verteilungsstrukturen unter der US-Hegemonie jedoch quasi als Trittbrettfahrer mit partizipieren wollen. Auf dieser Grundlage ließe sich das *Empire-Modell* einerseits positiv und moralisch rechtfertigend auf ein in der chaotischen Welt angeblich Frieden und Freiheit stiftendes Ordnungssystem beziehen, andererseits gleichzeitig das real existierende unilateralistische Hegemonialsystem der USA durch verharmlosende Gleichsetzung mit dem *Empire* für europäische Transatlantiker akzeptanzfähig machen.

Europa als Militärmacht

Die Befürworter eines militärisch starken Europas sind in der EU, in Deutschland und vor allem in Frankreich zahlreich vertreten. Stellvertretend für sie steht der ehemalige Chirac-Berater und Bestseller-Autor Emmanuel Todd, in dessen multilateraler Weltordnung nur ein emanzipiertes Europa denkbar ist, das durch Erhöhung seiner nuklearen Schlagkraft zu echter strategischer Unabhängigkeit gelangt.⁹ Derartige Vorstellungen leisten jedoch einem neuen weltweiten Wettrüsten unweigerlich Vorschub. Dabei wird Europa – wie David hinter Goliath – militärisch stets hinter dem nicht einholbaren Vorsprung der USA zurück bleiben, ökonomisch jedoch gleichzeitig verlieren, weil es seine zivilen Strukturen militarisiert und eine Umstrukturierung der eigenen Wirtschaft hin zum expansionistischen amerikanischen Pfad forcieren muss, bei dem die USA auch in Zukunft die Nase vorn haben dürften. Dieser Pfad würde zudem alle Ansätze zum Abbau globaler Ungleichgewichte, Aufbau einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und ökologischem Umbau der Weltwirtschaft blockieren und die Spaltung in der Welt vertiefen. In diese Falle des US-Hegemonialsystems darf Europa nicht hinein tapen.

Europa als Zivilmacht

Diese Strömung stellt grundsätzlich in Frage, dass militärische Logik und Perspektive zu mehr Stabilität und friedlichem Zusammenleben der Völker führen kann. Das Verharren im militärischen Denken lässt ohnehin den Trugschluss zu, dass Amerika wegen seines militärischen Vorsprungs alles und Europa nichts ist. Für Europa stünde demnach die Abkehr von der militäri-

⁹ Todd 2003: 217.

schen Logik auf der Tagesordnung, da nur so die Aussicht besteht, dass sich die Delegitimation des Militärischen auch in den Vereinigten Staaten durchzusetzen beginnt. Amerikas gegenwärtige Militärmacht fiele in sich zusammen, sobald die Mehrheit der Amerikaner ihr die moralische und politische Legitimation entzieht. Genau in dieser Binsenweisheit liegt für das militärisch schwache Europa die Chance, moralische Macht und Handlungsstärke zu gewinnen.¹⁰ Diese Position wird in Deutschland und Europa durch die Pazifisten vertreten, die sich zwar in der Minderheit befinden, durch die großen, weltweiten Massendemonstrationen am 15. Februar 2003 jedoch neuen Auftrieb erhielten. Auf große Zustimmung stieß der Aufruf von Jürgen Habermas und Jacques Derrida »Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas«. ¹¹ Nach Habermas und Derrida »muss Europa sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.« Europas Gewicht besteht allerdings in der Stärke seiner Zivilmacht: einerseits bietet »die EU sich schon heute als eine Form des ›Regierens jenseits des Nationalstaates‹ an, das in der postnationalen Konstellation Schule machen konnte«, andererseits waren auch »europäische Wohlfahrtsregime lange Zeit vorbildlich.« Europa verfügt über ein beträchtliches moralisches Kapital, das es aus Verlusterfahrungen (Habermas) in der ersten Hälfte und den Integrationsleistungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schöpft. Das Nein von Schröder und Chirac zu Bushs Irak-Krieg – aus welchen Motiven es auch ausgesprochen wurde – und die überwältigend positiven Reaktionen bei den Kriegsgegnern in den USA selbst, in der arabisch-islamischen und in der Dritten Welt insgesamt haben einen Vorgeschmack davon geliefert, welches moralische Gewicht Europa als treibende Kraft einer gerechteren Weltordnung tatsächlich haben könnte, würde es sich vom selbst auferlegten Schattendasein und der amerikanischen Gängelung lösen und mutig mit nicht-militärischen Konzepten zur Bewältigung von Konflikten wie im Nahen Osten aufwarten.¹²

Habermas und Derrida plädieren vor dem Hintergrund der »historischen Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften« für »eine attraktive, ja ansteckende ›Vision‹ für ein künftiges Europa«, das allerdings »nicht vom Himmel fällt« und eben aus der eigenen Geschichte heraus entwickelt wer-

¹⁰ Näheres vgl. Massarrat 2003d.

¹¹ Veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31. Mai 2003. Vgl. auch Habermas 2003.

¹² Vgl. dazu auch Pradetto 2003: 170.

den muss.¹³ Ganz in dieser Perspektive braucht Europa Identität stiftende Projekte, die die Konturen einer auf die Zukunft gerichteten Vision nach innen und außen fühlbar und erlebbar machen. Im Folgenden seien einige an Gegenwartskonflikte angelehnte Bausteine einer von Europa voranzutreibenden multilateralen Weltordnung angeführt.

2. Europa als Zivilmacht: Zwischenschritte für eine europäische Alternative

1. Das Desaster im Irak ist für Europa kein Anlass zur Gleichgültigkeit oder gar Häme, sondern eine wichtige Gelegenheit, konstruktive Alternativen einzubringen. Die US-Regierung ist außerstande, sich im Irak von hegemonialpolitischen Interessen zu lösen, deshalb bleibt sie für die Iraker unglaublich und wird dort überwiegend als imperialistische Besatzungsmacht wahrgenommen. Angesichts der wachsenden Verluste von Soldaten ist es nur eine Frage der Zeit, dass die amerikanischen Truppen den Irak verlassen müssen. Jedweder Kompromiss, der den US-Führungsanspruch im Irak legitimiert, verlängert das Leid der Menschen – der Iraker und der Soldaten der US-Armee – und beschädigt die Autorität der UN. Deutschland und Frankreich müssen daher auf die absolute Zuständigkeit der Vereinten Nationen auch als Ordnungsmacht pochen. Für die Herstellung der Sicherheit der Bevölkerung sind nicht Anzahl der Soldaten und effiziente Kommandostrukturen entscheidend. Unvergleichbar wirkungsvoller ist das Vertrauen in die Legitimität der Ordnungsmacht. Diesen Zweck kann eine durch die UN autorisierte und aus Soldaten einiger islamischer Staaten (wie z.B. Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan und Jordanien) oder alternativ dazu aus neutralen europäischen Staaten (wie Schweden, Norwegen, Österreich) bestehende Ordnungsmacht trotz Inhomogenität und logistischer Ineffizienz viel wirkungsvoller erfüllen. Die Hauptaufgabe dieser Ordnungsmacht bestünde darin, den Irakern so rasch wie möglich durch eine Übergangsregierung, eine verfassungsgebende Versammlung und allgemeine Wahlen ihre Sou-

¹³ Habermas und Derrida bleiben, was die konkreten Elemente dieser »Vision« betrifft, in ihrem Mai-Aufruf allerdings recht unpräzise und begnügen sich mehr oder weniger mit Allgemeinplätzen. Im Interview mit den Blättern für deutsche und internationale Politik wird Habermas jedoch konkreter. Die Identität stiftende Perspektive für Europa könne beispielsweise erreicht werden durch »Harmonisierung der verschiedenen sozialpolitischen Regime«, weil damit Umverteilungen verbunden sein werden, die ein gehöriges Maß an Solidarität und »staatsbürgerlichem Zusammengehörigkeitsgefühl« abverlangen.

veränität zurückzugeben. Ein kompromissloses Pochen auf ein derartiges Irak-Konzept wird zwar bei der US-Regierung auf massive Ablehnung stoßen, wird bei den Amerikanern jedoch – nicht zuletzt auch angesichts der steigenden Zahl toter US-Soldaten und steigender Kriegskosten – aller Wahrscheinlichkeit nach auf große Zustimmung hervor rufen. Und genau darauf kommt es für die Stärkung der multipolaren Perspektive auch an.

2. Der Irak-Konflikt, der Nahost-Konflikt, der Afghanistan-Konflikt, das iranische Atomwaffenprogramm, der Kurdistan-Konflikt, die unzähligen Kriege, millionenfachen Menschenleben und Zerstörungen in den letzten Jahrzehnten sind Symptome von komplexen Konfliktstrukturen in einer der sensibelsten Regionen der Welt. Nur ein friedenspolitisches Gesamtkonzept für den Großraum Mittlerer und Naher Osten böte die Chance, die Region mittel- und langfristig zu befrieden.¹⁴

3. Es ist auch an der Zeit, die OSZE aus dem Schatten der Nato zu lösen und sie zu revitalisieren. Die Nato passt ohnehin weder in Amerikas unilateralistische Ordnung noch in die Architektur einer multipolaren Weltordnung. Kooperative Strukturen sind dagegen tragende Pfeiler einer anderen Welt und stellen die Grundlage für den Beginn einer neu zu initiierten weltweiten Abrüstung von Massenvernichtungsmitteln dar. »Nach der US-Entscheidung zur Entwicklung von ballistischen Raketenabwehrsystemen ... ist die Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens äußerst real«, konstatiert Joseph Rotblat, Träger des Friedensnobelpreises und Symbolfigur der Pugwash-Bewegung. Die vollständige Abschaffung von Atomwaffen ist, wie Rotblat es in seinem alarmierenden Appell gefordert hat,¹⁵ eine der dringendsten Menschheitsaufgaben und gehört daher auf die Agenda der internationalen Politik. Die wirksamste Methode zur Nichtverbreitung von Atomwaffen ist deren vollständige Abschaffung, zu der sich alle Atommächte im nuklearen Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet haben. Es ist nicht nur unglaublich und moralisch verwerflich, sondern auch praktisch wirkungslos, wenn Atomstaaten von den Nicht-Atomstaaten die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verlangen, das eigene Monopol an Atomwaffen jedoch nicht antasten. Europa verfügt weltweit über beste Voraussetzungen, aus Eigeninteresse und auch mit Blick auf eine gerechtere Weltordnung zum Wortführer eines neuen Abrüstungsprozesses zu werden. Mit den bestehenden Atomwaffenarsenalen und asymmetrischen Abhängigkeitsstrukturen auch für Europa wird die Lebensdauer des US-Hegemonialsystems nur noch verlängert. Europas Abrüstungsinitiative bedeutet aber, zunächst

¹⁴ Ausführlicher dazu vgl. Kapitel 10.

¹⁵ Rotblat 2003.

bei sich selbst anzufangen, die eigenen Atomwaffen, die ohnehin ihren sicherheitspolitischen Sinn längst verloren haben, einseitig abzurüsten. Dann wären die Politstrategen und der US-Militärindustrielle Komplex an der Reihe, den Amerikanern zu erklären, warum Amerika das Teufelszeug weiterhin benötigt.

4. Eine neue nachhaltige, stabile und multilaterale Weltordnung kann nur durch den Abbau fossiler Abhängigkeitsstrukturen und auf der Basis einer regenerativen Weltenergieordnung entstehen. Dazu müssen – quer durch die bestehenden Blöcke und Regime – strategische Allianzen gebildet werden, in denen die heutigen Öl produzierenden Staaten eine wichtige Position einnehmen, und dadurch für sich auch die Perspektive sehen, Schritt für Schritt aus der fossilen Energieproduktion auszusteigen. Europa kann und muss dabei die Vorreiterrolle spielen. Auch die Vereinigten Staaten werden sich der Perspektive einer erneuerbaren Weltenergieordnung – ist sie einmal eingeleitet und erlebbar geworden – auf Dauer nicht verschließen können. Der Legitimationsdruck auf die Energie- und Klimapolitik der USA wäre um so stärker, würde Europa mit einem Teil der OPEC-Staaten, vor allem mit Iran, Venezuela, Indonesien, Algerien sowie mit Russland und Mexiko, in eine Allianz für eine zukunftsfähige neue Weltenergieordnung eintreten. Diese Allianz ist möglicherweise nötig, um den multilateral ausgerichteten Reformkräften in den USA neuen Auftrieb zu geben und den Blick der Gesellschaft auf ökonomische innen- und außenpolitische Innovationspotentiale des neuen Energiezeitalters zu lenken.

Diese oben aufgeführten Initiativen sind einige aktuelle und konkrete Beispiele dafür, den schwierigen politischen Prozess der Ausgestaltung einer multilateralen Weltordnung und De-Hegemonisierung vorstellbar zu machen. Multilateralisten in Europa und Verfechter einer gerechteren Weltordnung in der ganzen Welt stehen vor der schwierigen, jedoch perspektivreichen Aufgabe, durch eine eigene Gerechtigkeits- und Friedensethik die Herzen von Milliarden Menschen zu gewinnen. Es gilt, die kulturelle Hegemonie der reichen Weltelite, des Militärindustriellen Komplexes, des Unilateralismus und des Neoliberalismus durch die kulturelle Hegemonie des Friedens und der Gerechtigkeit zu überwinden.

Literatur

- Abdolvand, Behrooz/Adolf, Mathias (2003): Verteidigung des Dollars mit anderen Mitteln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003.
- Albright, Madeleine (2005): Religion und Politik lassen sich nicht trennen, in: Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 2005.
- Altmann, Jörn (2000): Wirtschaftspolitik, Stuttgart.
- Altwater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster.
- Ders./Brunnengräber, Achim (2002): NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2002.
- Dies./Haake, Markus/Walk, Heike (1997): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster. ami, Heft 12/2000.
- Arnim, Hans-Herbert von (2001): Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei, München.
- Arrighi, Giovanni/Silver, Beverly (1999): Chaos and Governance in the Modern World System, Minneapolis.
- Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M. (2002): Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/02.
- Aufruf von Bamako (2006): Nach fünf Jahren Weltsocialforum, in: Sand im Getriebe, Nr. 49.
- Avnery, Uri (2006): Amerikas Rottweiler, in: uri-avnery.de /ZNet Deutschland 26.8.2006.
- Bar-On, Dan (2006): Die Rechtmäßigkeit der Opfer, in: Tageszeitung vom 20. Juli 2006.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hrsg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt/M.
- Beinin, Joel (2003): Bushs Außenhirn. Der Thinktank für Nahostpolitik, in: Le Monde diplomatique vom Juli 2003.
- Beisheim, Marianne (1997): Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/97.
- Dies. (2001): Demokratisierung einer klimapolitischen Global Governance durch NGOs?, in: Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hrsg.) (2001): NGOs als Legitimationsressource, Opladen.
- Bell, Daniel (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt/New York.
- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.
- Ben-Dor, Oren (2006): Wer ist der eigentliche Terrorist?, in: The Independent vom 26. Juli 2006.

- Berthelot, Jacques (2005): Die absurden Regeln des weltweiten Agrarhandels, in: *Le Monde diplomatique* 12/2005.
- Bhagwati, Jadish (2006): Führungsversagen von USA und EU, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 5/2006.
- Biedenkopf, Kurt (1990): Die ökologische Dimension der Wirtschaftsordnung, in: *Politische Ökologie*, Sonderheft 1.
- Biermann, Frank/Simonis, Udo-Ernst (1998): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung, in: *Policy Paper 9* der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Bihr, Alain/Pfefferkorn, Roland (2000): Ohne Gleichheit keine Chance. Wie Liberale und Sozialliberale das Gleichheitsideal untergraben, in: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), September 2000.
- Binswanger, H. Ch. (1994): Europäische Umweltunion, in: *GAIA* 3/1994.
- Birle, Peter (2002): Die globale Vernetzung von Zivilgesellschaften, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Zukunftsforum Politik*; Nr. 41, Sankt Augustin.
- Birnbaum, Norman (2001): Der Scheintod hat das politische Leben in den USA ereilt. Betrachtungen zur Lage einer Nation, in: *Frankfurter Rundschau* vom 3. November 2001.
- Blake, Gustav H. (1988): Das amerikanische Sendungsbewusstsein, in: *Kodal- le, Klaus-Michael (Hrsg.): Gott und Politik in USA*, Frankfurt/M.
- Blaschke, Ronald (2005): Garantierte Mindesteinkommen. Modelle von Grundversicherungen und Grundeinkommen im Vergleich, Meißen/Dresden.
- Bode, Thilo (1995): Wir machen politische Kunst, in: *Die Zeit* vom 1.9.1995.
- Böhret, Carl/Jann, Werner/Kronenwet, Eva (1988): *Innenpolitik und politische Theorie*, Opladen.
- Bontrup, Heinz-J. (2005): Alternative Arbeitszeitverkürzung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2005.
- Brand, Karl-Werner/Fürst, Volker (2002): Sondierungsstudie. Voraussetzungen und Probleme einer Politik der Nachhaltigkeit. Eine Exploration des Forschungsfeldes, in: *Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Die Politik der Nachhaltigkeit*, Berlin, S. 31f.
- Brouns, Bernd (2004): Was ist gerecht? Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen in der Klima- und Biodiversitätspolitik. *Wuppertal Paper* Nr. 146.
- Brundtland-Bericht (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft*. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Hrsg. von Volker Hauff, Greven.
- Brunnengräber, Achim (2005): Nach dem Klimagipfel in Montreal: Perspektive für Kyoto, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung* 12/2005.
- Ders./Walk, Heike (2001): NGOs unter Ökonomisierungs- und Anpassungsdruck. Die Dritte Sektor-Forschung und ihr Beitrag zur Analyse des NGO-Phänomens, Opladen.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M.
- Brozoska, Michael/Neuneck, Götz (2006): *Verhandlungen und andere Optionen*

- im Atomstreit mit dem Iran, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2006.
- Bucharin, Nikolai (1915): Imperialismus und Weltwirtschaft, Frankfurt/M. 1969.
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zur global-nachhaltigen Entwicklung, Basel/Boston/Berlin.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.), o. J.: Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Agenda 21, Bonn.
- Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung. Entwurf für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie. 19. Dezember 2001.
- Bundesumweltministerium (Hrsg.) (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Agenda 21, Bonn.
- Callinicos, Alex (2003): Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, Hamburg.
- Campbell, Collin J. (1998): The end of cheap oil, Genf.
- Cheney, Dick/Powell, Colin L./O'Neill, Paul u. a. (2001): National Energy Policy. Report of the National Energy Policy Development Group, Washington.
- Constanza/Daly/Goodland/Norgaard (2001): Einführung in die ökologische Ökonomik, Stuttgart.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1995): Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre«: Mehr Zukunft für die Erde, Bonn.
- Ders. (Hrsg.) (1997): Zwischenbericht Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für eine Gesellschaft für morgen. Zur Sache 1/97.
- Ders. (Hrsg.) (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft«, Opladen.
- Ders. (Hrsg.) (2002a): Bericht der Enquête-Kommission »Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft«, Opladen.
- Ders. (Hrsg.) (2002b): Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung. Endbericht der Enquete-Kommission, Berlin. Bundesdrucksache 14/9400.
- Diamond, Larry (1994): Towards Democratic Consolidation, in: Journal of Democracy, vol. 5, no. 3.
- Dienel, Peter C. (1992): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen.
- Dieren, Wouter van (Hrsg.) (1995): Mit der Natur rechnen. Der neue Club of Rome-Bericht, Basel/Boston/Berlin.
- Dreyfuss, Robert (2005): Devil's Game. How the United States helped unleash Fundamentalist Islam, New York.
- Dürr, Hans-Peter/Dahm, Daniel/zur Lippe, Rudolf (2006): Potsdamer Manifest 2005, München.
- Dworkin, Ronald (1981a): What is Equality? Part 1: Equality of Welfare, in:

- Philosophy and Public Affairs, 10 (3), P. 185-246.
- Ders. (1981b): What is Equality? Part 2: Equality of Resources, in: Philosophy and Public Affairs, P. 283-345.
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt/M.
- Ekardt, Felix (2005): Das Prinzip Nachhaltigkeit – Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit, München.
- Emmanuel, Arrighi (1969): *L'échange inégal*, Paris.
- Engels, Eve-Marie (2003): Zur Frage der Grenzen solidarischen Handelns aus ethischer und wissenschaftstheoretischer Perspektive, in: Müller, Johannes/Reder, Michael (Hrsg.): *Der Mensch vor der Herausforderung nachhaltiger Solidarität*, Stuttgart.
- Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut/Hüttler, Walter/Payer, Harald/Schandl, Heinz/Winiwarter, Verena/Zangerl-Weisz, Helga (1997): *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie*, Amsterdam.
- Fluck, Winfried (2004): Kultur, in: Lösche, Peter/von Loeffelholz, Hans-Dietrich (Hrsg.): *Länderbericht USA*, Bonn.
- Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Hrsg.) (1995): *Das Modell von Flüh. Ein Zukunftsrat als Dritte Kammer. Skizze eines Modells zur Wahrung der Interessen der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz in der politischen Willensbildung*, Langenbruck.
- Fraenkel, Ernst (1973): *Strukturanalyse der modernen Demokratie*, in: ders.: *Reformismus und Pluralismus*, Hamburg.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (1998): *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit*, Bonn.
- Galiano, Eduardo (2005): Wird die Welt zum Schlachthof, in: Freitag vom 29. Juli 2006.
- Georg, Susan (2002): *WTO: Demokratie statt Drakula*, Hamburg.
- Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/M.
- Gottschlich, Daniela (1999): *Nachhaltigkeit und Gender: Frauenpolitische Anforderungen an den Prozess Lokale Agenda 21 – dargestellt am Beispiel Osnabrück*, Osnabrück (unveröff. Magisterarbeit).
- Dies. (2003): *Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit: Zum Verhältnis von Feminismus und nachhaltiger Entwicklung in Theorie und Praxis*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik: Themenschwerpunkt Feministische Wirtschaftsethik*, Jahrgang 4, Heft 1a.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M.
- Ders. (1998): *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt/M.
- Ders. (2001): *Diskursive Politik und Zivilgesellschaft. Über die Rolle der Bürger-Assoziationen in der Demokratie*, in: *E+Z*, 12/2001.
- Ders. (2003): *Europäische Identität und universalistisches Handeln*, in: *Blätter*

- für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/2003.
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2000): Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Berlin/Wuppertal.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York.
- Hartung, William/Ciarrocca, Michelle (2003): The military-industrial-thinktank complex, in: Multinational Monitor 24, No 1 and 2 (January/February 2003).
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Hassenpflug, Dieter (1974): Umweltzerstörung und Sozialkosten, Westberlin.
- Heinberg, Richard (2005): How to Avoid Oil Wars, Terrorism and Economic Collapse, Muse Letter No 16.
- Heinrichs, Johannes (2001): Eine Sozialökologie der Werte-Ebenen, in: Humboldt-Spektrum Nr. 3-4/2001.
- Heintze, Cornelia (2002): Die Zukunftsblockade. Warum in der Gesellschaft kollektives Vorsorgeverhalten misslingt, Berlin.
- Hennicke, Peter/Müller, Michael (2005): Weltmacht Energie. Herausforderungen für Demokratie und Wohlstand, Stuttgart.
- Hesse, Geneviève (2004): Der Sabbat. Sich über alle Arbeiten erheben, Ostfildern.
- Dies. (2004): Glück statt Geld, in: Tageszeitung vom 24. November 2005.
- Heuermann, Hartmut (2005): Religion und Ideologie. Die Verführung des Glaubens durch Macht, Tübingen.
- Heußner, Hermann K./Jung, Otmar (Hrsg.) (1999): Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte-Praxis-Vorschläge, München.
- Hippler, Jochen (2003): Zu viel Krieg und zu wenig Abrüstung, in: Massarrat, Mohssen/Rolf, Uwe/Wenzel, Hans-Joachim (Hrsg.) (2003): Bilanz nach den Weltgipfeln, München.
- Ders. (2003a): Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/2003.
- Hossein-zadeh, Ismael (2006): The Political Economy of U.S. Militarism, Basingstoke.
- Hotelling, Harold (1931): The Economics of Exhaustible Resources, in: The Journal of Political Economy, Vol. 39, Nr. 2.
- Huber, Joseph (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin.
- Huntington, Samuel P. (1997): Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Wien.
- Immler, Hans (1989): Vom Wert der Natur, Opladen.
- Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (2002): Die zerstörerische Bilanz der Strukturanpassung. Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung. Sonderdienst, Nr. 1-2. Januar 2002.
- International Energy Agency, Mai (2004).

- International Panel on Climate Change IPCC (Hrsg.) (2001): Third Assessment Report – Climate Change 2001, Genf.
- Johanson, Chalmers (2004): Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München.
- Judt, Tony (2006): Panzer mit David-Stern, in Freitag vom 21. Juli 2006. (Englisches Original: »The country that woudn't grow up«, in: Haaretz vom 4. Mai 2006).
- Kagan, Robert (2002): Macht und Schwäche, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/2002.
- Kalinowski, Martin B. (2005): Das Nuklearprogramm des Iran – zivil oder militärisch?, in: Wissenschaft und Frieden, Dossier 51.
- Kapp, K. William (1979): Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt/M. (überarbeitete Originalfassung, 1963: Social Costs of Business Enterprise, Bombay/London).
- Klare, Michael (2004): Blood and Oil, New York.
- Klein, Ansgar (1997): Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partipativen und demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung, in: Altwater, Elmar/Brunnengräber, Achim/Haake, Markus/Walk, Heike (Hrsg.) (1997): Vernetzt und verstrickt, Münster.
- Ders. (2002): Überschätzte Akteure? Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2002.
- Kopfmüller J./Jörissen, J./Brandl, V./Paetau, M.(1999): Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung - Forschungszentrum Karlsruhe, Karlsruhe.
- Krell, Gerd (2003): Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht. Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen, HSFK-Report I/2003, Frankfurt/M.
- Ders. (2006): Die USA, Israel und der Nahostkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 14/2006.
- Kropotkin, Peter (1993): Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Grafenau.
- Kubbig, Bernd W. (2002): Jetzt haben die USA den Freifahrtschein für unbegrenzte Aufrüstung. Ein Nachruf auf den ABM-Vertrag und ein Aufruf zu ernsthafter Rüstungskontrolle, in: Frankfurter Rundschau vom 14. Juni 2002.
- Kupchan, Charles A. (2002): The End of American Era, New York.
- Ders. (2003): Die USA brauchen Europa. Konturen einer künftigen Partnerschaft, Interview, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/2003.
- Küppers, Günter (Hrsg.) (1996): Chaos und Ordnung. Formen der Selbstorganisation in der Natur und Gesellschaft, Stuttgart.
- Kymlicka, Will (1997): Politische Philosophie heute. Eine Einführung. Frankfurt/M.
- Lapham, Lewis H. (2003): Die Faust des Gerechten. Der religiöse Faktor in der US-Politik, in: Le Monde diplomatique, Juli 2003.
- Larson, Alan (2003): U.S. must have access to energy on terms supporting eco-

- conomic growth. US Under Secretary for Economic, Business and Agricultural Affairs vom 08. April 2003.
- Lazare, Daniel (2002): Die Glaubensgemeinschaft USA und ihre Ketzer. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, in: *Le Monde diplomatique*, August 2002.
- Le Monde diplomatique* (Hrsg.) (2003): Atlas der Globalisierung, Paris-Berlin.
- Leggett, Jeremy (2005): *The Empty Tank-Oil, Gas, Hot Air and the Coming Global Financial Catastrophe*, Randomhouse.
- Leipert, Christian (1989): Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert, Frankfurt/M.
- Leist, Anton (1996): Ökologische Ethik II: Gerechtigkeit, Ökonomie, Politik, in: Nida-Rümelin, Julian (Hrsg.): *Angewandte Ethik*. Stuttgart.
- Leithner, Ulrike (1996): Der Carlin Case. Schulintegration rassischer und ethnischer Minderheiten in den USA am Beispiel San Diego. Münster.
- Levy, Gideon (2006): Das Rätsel Amerika, in: *Haaretz* vom 8. Oktober 2006.
- Lutz, Dieter S. (2001): Die Terroranschläge sind auch eine Warnung – vielleicht die letzte, in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. September 2001.
- Ders. (2001): Gibt es eine Demokratie jenseits der Demokratie, wie wir sie kennen? Plädoyer für die Schaffung eines Zukunftsrates, in: Willy-Brandt-Kreis (Hrsg.): *Zur Lage der Nation. Leitgedanken für eine Politik der Berliner Republik*, Berlin.
- Ders. (2002): Beispiel: Zukunftsparlament. Noch nicht publizierter Vortrag bei der Jahrestagung »Vereinigung Deutscher Wissenschaftler« (VDW) zum Thema »Demokratie und Nachhaltigkeit. Wer kümmert sich um unsere Zukunft?«
- Luxemburg, Rosa (1913): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, Berlin.
- Dies. (1925): *Einführung in die Nationalökonomie*, Berlin.
- Maier-Rigaud, Gerhard (1999): Der neoliberale Grundwiderspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit, in: *GAIA* 8/1999.
- Mandel, Ernest (1967): Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt, in: *Folgen einer Theorie. Essay über das Kapital von Karl Marx*. Frankfurt/M.
- Ders. (1968): *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M.
- Ders. (1972): *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.
- Mann, Michael (1994): *Geschichte der Macht. Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Griechischen Antike*, Frankfurt/M.
- Ders. (2003): *Die ohnmächtige Supermacht*, Frankfurt/M.
- Margedant, Udo (2003): Die Föderalismusdiskussion in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30/2003.
- Martens, Jens (1995): Demokratisierung der Vereinten Nationen? Reformversuche gegen die Arroganz der Mächtigen, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Sonderdienst Nr. 7/1995.
- Martuschka, Jürgen (2003): So werden wir den Irren los. Wie der amerikanische

- Geheimdienst CIA vor 50 Jahren den iranischen Premierminister Mohammed Mossadegh stürzte und das Schah-Regime installierte, in: Die Zeit vom 14. August 2003.
- Marx, Karl (1919): Theorien über den Mehrwert, Bd. II, Stuttgart.
- Ders. (1953): Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin, S. 375-413, »Formen, die der kapitalistischen Produktionsweise vorhergehen«.
- Ders. (1968): Kritik des Gothaer Programms, in: Marx-Engels Ausgewählte Schriften Bd. II. Berlin.
- Ders. (1969): Das Kapital, 1. Band, Berlin.
- Ders. (1969): Das Kapital, 3. Band, Berlin.
- Ders./Engels, Friedrich (1983): Die Deutsche Ideologie, in: Marx/Engels-Werke, Band 3.
- Massarrat, Mohssen (1974): Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus, in: Prokla, Heft 32.
- Ders. (1976): Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft, Lollar.
- Ders. (1980): Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Frankfurt/M.
- Ders. (1988): Der Gottesstaat auf dem Kriegsschauplatz, in: Peripherie, Nr. 29.
- Ders. (1993): Endlichkeit der Natur und Überfluss in der Marktökonomie, Marburg.
- Ders. (1995): Aufstieg des Okzidents und Fall des Orients, in: ders. (Hrsg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart, Münster.
- Ders. (1995a): Soziale Bewegungen und parlamentarische Repräsentation. Ein Plädoyer für Dritte Kammern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/95.
- Ders. (1995b): Naher Osten, der Friedensprozeß in der Klemme, in: links, Nr. 1/2, 1995.
- Ders. (1996): Aufstieg des Okzidents und Fall des Orients, in: ders. (Hrsg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte der Gegenwart.
- Ders. (1997): Sustainability Through Cost Internalisation: Theoretical Rudiment fort he Analysis and Reform of Global Structures, in: Ecological Economics, 22.
- Ders. (1998): Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung, in: Jarasch, Oliver/Greven, Thomas (Hrsg.) (1998): Umwege. Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen, Frankfurt/M.
- Ders. (1999): Nachhaltigkeit durch Kosteninternalisierung. Theorieansätze zur Analyse und Reform globaler Strukturen, in: Thiel, Reinhold E. (Hrsg.), 1999: Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, Bonn.
- Ders. (1999a): Milliarden-Subventionen für höheren Energieverbrauch, in: Solarzeitalter 4/99, S. 3-8.
- Ders. (1999b): Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung, in: Wissenschaft und Frieden, 2/1999.

- Ders. (1999c): UN Civilian Peace Council in: Massarrat, Mohssen/Beetz, Paul (Hrsg.): For a Military-Free Policy, Münster, S. 260.
- Ders. (2000): Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik durch Mengenregulierung und neue politische Allianzen, Marburg.
- Ders. (2000a): Weniger Staat – mehr Zivilgesellschaft. Ein Schritt zur nachhaltigen Demokratie, in: Universitas, Februar 2000.
- Ders. (2001): Third Chambers: Less State – More Civil Society – A Step to Sustainable Democracy, in: Széll, György/Ehlert, Wiking (eds.): New Democracies and Old Societies in Europe, Frankfurt/M.
- Ders. (2002): Strategische Allianz für den Einstieg in das Zeitalter Erneuerbarer Energien, in: Solarzeitalter, 4/2002.
- Ders. (2003): Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg.
- Ders. (2003a): Viel Angst in den Knochen. Über die vermeintlichen und wahren Motive der US-Politik gegenüber dem Mittleren Osten, Teil II, in: Freitag vom 28. Februar 2003.
- Ders. (2003b): Vor den Karren gespannt. Ralf Fücks, Herfried Münkler und die Suche nach den vermeintlichen und wahren Motiven der US-Politik gegenüber dem Mittleren Osten, Teil I, in: Freitag vom 21. Februar 2003.
- Ders. (2003c): Die Imperative des Imperiums. Über einen erstaunlichen Versuch, die Aggression gegen den Irak politisch und moralisch zu rechtfertigen, in: »Freitag« vom 21. März 2003.
- Ders. (2003d): Friedensmacht Europa. Die neue Ordnung im Nahen und Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg, in: Frankfurter Rundschau vom 27. März 2003.
- Ders. (2005): Mit einer großen Lüge in einen neuen Krieg, in: FriedensForum 6/2005.
- Ders. (2005a): Demokratisierung des Greater Middle East, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2005.
- Ders. (2005b): Iran: Atomkonflikt auf Raten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2005.
- Ders. (2006): Lösung des Iran-Atomkonflikts, in: FriedensForum Nr. 2/2006.
- Ders. (2006a): Im Libanon prallen auch Israel und Iran aufeinander, in: Frankfurter Rundschau vom 23. August 2006.
- Ders. (2007): Faire Preise für Öl sind Knappheitspreise. Ricardo, Marx, Hoteling, in: Hennicke, Peter/Supersberger, Nikolaus: Krisenfaktor Öl. Abrüsten mit neuer Energie. München.
- Memorandum (2006): Armutsfeste Grundsicherung statt bedingungsloses Grundeinkommen, in: Sozialismus Nr. 5/2006.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans Jürgen (1999): Von der Diktatur zur Demokratie, Wiesbaden.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (2000): Politik in der Global Governance-Architektur, in: Kreibich, Rolf/Simonis, Udo Ernst (Hrsg.): Global Change –

- Globaler Wandel, Ursachen, Komplexe und Lösungsansätze, Berlin.
- Minsch, Jürgen et al (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit, Heidelberg.
- Münkler, Herfried (2005): Keine Angst vor dem Imperium. Interview in taz vom 1. August 2005.
- Ders. (2005a): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft - Vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin.
- Mützenich, Rolf (2004): Ein Mittlerer Osten ohne Massenvernichtungswaffen – Von der Utopie zum Konzept, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2004.
- Nassauer, Otfried (2003): Die Rückkehr der Atomkrieger, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Mai 2003.
- Ders. (2002): Eine neue militärische Aufteilung der Welt. Die künftige Kommandostruktur der USA für eine globale Ordnung und eine zurecht gestutzte Nato, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Juli 2002.
- Nielebock, Thomas, 1991: Die amerikanische Krisen- und Kriegspolitik im Lichte innenpolitischer Motive, in: Frankfurter Rundschau vom 26. Februar 1991.
- Nye, Joseph S. (2003): Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg.
- Obertür, Sebastian/Ott, Hermann E. (1999): The Kyoto Protocol. International Climate Policy for the 21st Century, Berlin.
- OECD (1996): Directory of Non Governmental Organizations Active in Sustainable Development. Part I: Europe, Paris.
- Offe, Claus (1995): Freiwillig auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt verzichten, in: Frankfurter Rundschau vom 19. Juli 1995
- OGD (1998): The World Geopolitics of Drugs 1997/1998. Annual Report, Oktober 1998.
- Oliver, James K. (2004): The foreign policyarchitecture of the Clintons and Bushs administration, in: White House Studies, Vol. IV, 2004.
- Opielka, Michael (2004): Was kostet ein Grundeinkommen, in: Leviatan, Nr. 4/2004.
- Ders./Vobruba, Georg (Hrsg.) (1985): Das garantierte Grundeinkommen, Frankfurt/M.
- Parfit, D. (1984): Reasons and Persons. Oxford.
- Perkins, John (2005): Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienste der Wirtschaftsmafia, München.
- Perthes, Volker (2004): Bewegung im Mittleren Osten, in: SWP-Studie, September 2004.
- Peters, Ralf (2006): Blood Borders, in: Armed Forces Journal 06/2006.
- Polak, Matthias (2003): Wie die Geopolitik der USA abgesichert wird, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Nr. 6/2003.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt/M.
- Power, Samantha (2003): Das Empire der Menschenrechte. Zwischen Macht

- und Moral: Plädoyer für die Neuorientierung amerikanischer Weltpolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 9. August 2003.
- Pradetto, August (2003): Der Irak, die USA und Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003.
- Radermacher, Franz Joseph (2002): Globalisierung. Ausgleich oder Untergang, in: Informatik Spektrum, 16. Dezember 2002.
- Rätz, Werner/Paternoga, Dagmar/Steinbach, Werner (2005): Grundeinkommen: bedingungslos, AttacBasisTexte, Hamburg.
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gleichheit. Frankfurt/M.
- Redclift, M. (1993): Sustainable Development: Needs, Values, Rights, in: Environmental Values 1, 1993, S. 3-20.
- Ricardo, David (1972): Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Frankfurt/Main.
- Richter, Horst Eberhard (2003): Stillhalten ist tödlich. Eine Lehre des Krieges gegen Irak, in: Frankfurter Rundschau vom 3. September 2003.
- Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert, Frankfurt/M.
- Roemer, John E. (1988): Equality of Opportunity, Cambridge.
- Roemheld, Lutz (1977): Integraler Föderalismus. Modell für Europa. Ein Weg zur Personalen Gruppengesellschaft. Band 1: Geschichtliche Entwicklung, München.
- Rogowski, Michael (2001): Handelspolitik ist nicht Sozialpolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 12. März 2001.
- Rosdolsky, Roman (1968): Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapitals«, Frankfurt/M.
- Rotblat, Joseph (2003): Es wächst die Gefahr, dass ein neues nukleares Wettrüsten beginnt, in: Frankfurter Rundschau vom 6. August 2003.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (1991): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Rothe, Klaus (1981): Chancengleichheit, Leistungsprinzip und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Fundierung der Bildungspolitik, Berlin.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (2002): Gutachten 2002, in: Drucksache 14/8792 des Deutschen Bundestages, Berlin.
- Salinger, Pierre/Laurent, Eric (1991): Krieg am Golf. Das Geheimdossier. Die Katastrophe hätte verhindert werden können, München/Wien.
- Samuelson, Paul A. (1948): International Trade and the Equalisation of Factor Prices, in: Economic Journal, Bd. 58.
- Scharpf, Fritz W. (1975): Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Kronberg/Ts.
- Scheer, Hermann (1999): Solare Weltwirtschaft, München.
- Ders. (2005): Energieautonomie, München.
- Schelsky, Helmut (1977): Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?, in: Denninger, Erhard (Hrsg.): Freiheitliche demokratische Grundordnung, Frankfurt/M.

- Sebaldt, Martin (1997): *Organisierter Pluralismus: Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*, Opladen.
- Sen, Amartya (1985): *Commodities and Capabilities*, Amsterdam.
- Solow, Robert M. (1974): *The Economics of Resources or the Resources of Economics*, in: *The American Economic Review*, Vol. LXIV, Nr. 2.
- Sommer, Volker (2003): *Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Erkenntnisse der Biologie über naturgegebene Grenzen von Solidarität*, in: Müller, Johannes/Reder, Michael (Hrsg.): *Der Mensch vor der Herausforderung nachhaltiger Solidarität*, Stuttgart.
- Sonthheimer, Kurt (1980): *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, München.
- Soros, Georg (2004): *Die Vorherrschaft der USA - eine Seifenblase*, München.
- Spitzley, Helmut (2003): *Vorwärts zur 42-Stunden-Woche? In: Tageszeitung vom 25.11.2003.*
- Steinweg, Reiner (2004): *Gewaltprävention ist eine Frage des Zeitpunkts*, in: ÖSFK (Hrsg.), *Friedensforum* September 2004.
- Sterba, J. (1988): *How to Make People Just: A Practical Reconciliation of Alternative Conceptions of Justice*. Totowa, NJ.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) (1995): *Nachbarn in Einer Welt: Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik – The Commission on Global Governance – Bonn.*
- Dies. (Hrsg.) (2001): *Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Eine Initiative von Kofi Annan*, Frankfurt/M., S. 143.
- Stiglitz, Joseph (2006): *Finanziell unverantwortlich*, in: *Spiegel* 14/2006.
- Stockholm Environment Institute, *Szenario von 1993.*
- Summers, Lawrence (2004): *America Overdrawn*, in: *Foreign Policy*, no. 143, Juli-August 2004.
- Todd, Emmanuel (2003): *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, München.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2004): *Globaler Klimawandel - Klimaschutz*, Berlin.
- United Nations Environment Programme UNEP (Hrsg.) (2002): *Global Environment Outlook 3 - Past, Present and Future Perspectives*, London.
- van Beers und de Moor (2001): *Public Subsidies and Policy Failures: How Subsidies Distort the Natural Environment, Equity and Trade, and How to Reform them*, Cheltenham.
- Victor, Barbara (2005): *The Last Crusade. Religion and the Politics of Misdirection*, London.
- Vorländer, Hans (2004): *Politische Kultur*, in: Lösche, Peter/von Loeffelholz, Hans Dietrich (Hrsg.): *Länderbericht USA*, Bonn.
- Wagner, Thomas (2006): *Kopflanger der Herrschaft*, in: *Junge Welt* vom 3. Februar 2006.
- Wahl, Peter (2001): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als Akteure im Prozess der Globalisierung. Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung der*

- Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages am 22. Januar 2001.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (Hrsg.) (2003): Energiewende zur Nachhaltigkeit, Berlin.
- Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe, Tübingen.
- Wezsäcker, Ernst-Ulrich von (2001): Zur Frage der Legitimität der NGOs im globalen Machtkonflikt, in: Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hrsg.): NGOs als Legitimationsressource, Opladen.
- Weltbank (Hrsg.) (2006): Weltentwicklungsbericht. Chancengleichheit und Entwicklung, 2006, Bonn.
- Wepler, C. (1995): Umweltschutz und politische Entscheidungsprozesse. Zu den institutionellen Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Diskussionsbeitrag, in: Nr. 24 der IWÖ-HSG, Universität St. Gallen.
- Whitman, Christie (2005): Es ist auch meine Partei, in: Frankfurter Rundschau vom 3. Februar 2005.
- Wicke, Lutz (1993): Umweltökonomie, München.
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie (2006): Friedensperspektiven für Nahost, in: Frankfurter Rundschau vom 5. August 2006.
- Wiesendahl, Elmar (1981): Moderne Demokratietheorie. Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen, Frankfurt/M.
- Wittfogel, Karl-August (1962): Die orientalische Despotie, Berlin.
- World Council for Renewable Energy (Hrsg.) (2003): Action Plan for the Global Proliferation of Renewable Energy.
- Wortmann, David (2003): Alternative Handlungskonzepte zur nachhaltigen Klimaschutzpolitik. Die Internationale Klimaagentur und die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien, in: Massarrat, Mohssen/Rolf, Uwe/Wenzel, Hans-Joachim (Hrsg.): Bilanz nach den Weltgipfeln, München.
- Zeller, Christian (2004): Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?, in: derselbe (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster.
- Ziesing, Hans-Joachim (2004): Nach wie vor keine sichtbaren Erfolge der weltweiten Klimaschutzpolitik, in: DIW Wochenbericht, Nr. 37/2004.

VSA: Neue Welt(un)ordnung



176 Seiten; € 11.80
ISBN 3-89965-200-2

Die Autorinnen und Autoren liefern Argumente und Gegenentwürfe zur Herrschaft der Konzerne. Ein Muss für Gipfelgegner und all die, die neugierig sind auf die Debatten innerhalb der G 8-Proteste.

Mohssen Massarrat
Amerikas Weltordnung
Hegemonie und Kriege um Öl
184 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-012-3

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de



144 Seiten; € 11.80
ISBN 3-89965-166-9

Anne Tittor und Dieter Boris untersuchen Ursachen und Folgen der argentinischen Krise und gehen der Frage nach, was aus den tastenden Versuchen einer schwierigen Abkehr von neoliberaler Politik zu lernen ist.

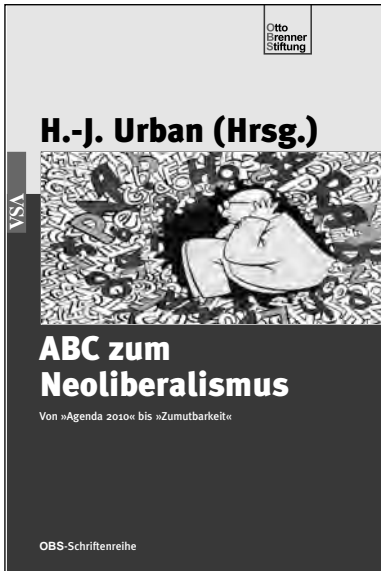
David Harvey
Der neue Imperialismus
Aus dem Amerikanischen
von Britta Dutke
240 Seiten; € 22.80
ISBN 3-89965-092-1

Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.)
Welt-Macht Europa
Auf dem Weg in weltweite Kriege
340 Seiten; € 19.80
ISBN 3-89965-183-9

www.vsa-verlag.de

VSA

VSA: Ideologiekritik



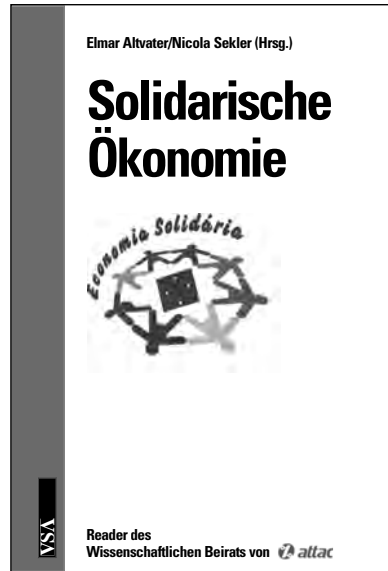
248 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-195-2

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus in der Perspektive seiner Überwindung: für die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

Joachim Bischoff

Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus

Strukturen, Widersprüche, Alternativen
244 Seiten; € 16.80
ISBN 3-89965-184-7



168 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-170-7

Dieser Reader zeigt die Vielfalt solidarischen Wirtschaftens auf.

Ulrich Duchrow/Reinhold Bianchi/
René Krüger/Vincenzo Petracca

Solidarisch Mensch werden

Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung
Gemeinsam verlegt mit Publik-Forum
512 Seiten, Hardcover, € 19.80
ISBN 3-89965-167-7

Silke Ötsch/Peter Wahl

Internationale Besteuerung

Umsteuern – Globalisierungsgewinne fairteilen!

AttacBasisTexte 19

96 Seiten; E 6.50
ISBN 3-89965-178-2

www.vsa-verlag.de

VSA

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de